

Printed in
GermanyTschechien Kč 185,-
Ungarn Ft 2350,-Spanien € 6,50
Spanien/Kanaren € 6,70Slowakei € 6,60
Slowenien € 6,30Polen (ISSN00387452) ZL 32,-
Portugal (cont) € 6,50Norwegen NOK 82,-
Österreich € 5,80Griechenland € 7,-
Italien € 6,50Finnland € 8,-
Frankreich € 6,50Belux € 5,80
Dänemark Dkr 53,-

Amerikas Albtraum

Der Konflikt mit China wird bedrohlich



2019

Politik

Verstärkt sich die Krise
der liberalen Demokratie?

Wirtschaft

Rutscht die
Konjunktur ab?

Technik

Gelingt dem 3-D-Drucker
der Durchbruch?

e-tron



**Wir wünschen ein
elektrisierendes neues Jahr.**

Der rein elektrische Audi e-tron mit quattro kommt.
Jetzt reservieren und als einer der Ersten fahren:
audi.de/e-tron-reservieren

co



Audi Vorsprung durch Technik

WIR HABEN DIESEM INGENIEUR GEHOLFEN, MILLIONEN MENSCHEN ZU HELFEN.

Damit er ohne Risiko eine Start- und Landebahn in der Antarktis bauen konnte, haben wir diesem Ingenieur einen Ersatz für sein Satellitentelefon gebracht. So konnte ein Flugzeug mit Wissenschaftlern, die wichtige Forschungen zum Klimawandel durchführen, sicher landen – und davon profitieren Millionen von Menschen.

**Das ist die Stärke des globalen Handels.
Und DHL macht ihn möglich.**

globaltrade.dhl



DER SPIEGEL

Das deutsche Nachrichten-Magazin

Hausmitteilung
Betr.: Gambia, Wagner, Ausblick, SPIEGEL COACHING



RICCI SHRYOCK / DER SPIEGEL

Backes, Darboe in Gambia

Anderen zu helfen kann erfüllend sein, aber auch ernüchternd. Diese Erfahrung musste ein Ehepaar aus Esslingen machen, das sich mit einem jungen Migranten aus Gambia angefreundet hat. Sarjo Darboe kam Ende 2015 nach Deutschland, lebte für gut zwei Jahre hier und entschloss sich dann, in seine Heimat zurückzukehren, weil dort ein Grundstück auf ihn wartete und eine Frau, die seine Familie für ihn ausgesucht hatte. Darboes Helfer, Bettina Kaufhold und Uli Henning, flogen vor Kurzem

nach Gambia, um Darboe in seinem Dorf zu besuchen und seine Frau kennenzulernen. SPIEGEL-Redakteurin Laura Backes begleitete das Ehepaar auf seiner Reise, die zeigt, dass gute Absichten nicht nur zu guten Ergebnissen führen. **Seite 42**

Wieland Wagner, Japankorrespondent des SPIEGEL, lebt, mit einigen Unterbrechungen, seit Mitte der Achtzigerjahre in diesem Land. Über Jahrzehnte hinweg beobachtete und analysierte er die gesellschaftlichen Vorgänge, seit 1995 im Auftrag des SPIEGEL. Lange Zeit faszinierte ihn das japanische Streben nach Perfektion, die Hingabe, mit der eine gestellte Aufgabe erledigt wurde. Oft thematisierte Wagner die Gründe für den Erfolg, vor allem den der japanischen Wirtschaft: Gruppendruck, überzogene Erwartungen, mangelnde Unterstützung der Überforderten. »Der Individualisierung der Gesellschaft, die andere Industriestaaten grundlegend veränderte, widersetzt sich Japan lange Zeit entschieden«, urteilt Wagner. Welcher Preis dafür zu zahlen ist und wie Japan mit seinen massiven Problemen umgeht, etwa der Überalterung der Gesellschaft, beschreibt Wagner in seinem Abschiedstext für den SPIEGEL. Der Artikel beginnt auf **Seite 84**.



Wagner

DER SPIEGEL

Im letzten Heft, das im Jahr 2018 erscheint, widmen wir uns natürlich auch dem Ausblick. Was könnte 2019 und darüber hinaus kommen? Schon der Titel befasst sich mit dem Großkonflikt, der die Welt in den kommenden Jahren beschäftigen wird: China gegen die USA, ein Wettkampf um politische, ökonomische und militärische Dominanz. Zudem richten alle Ressorts in ihren Aufmachern den Blick nach vorn. Ob Parteiensystem, wirtschaftliche Prognosen oder Technologie – was bringt die Zukunft? Wir sprachen mit einem Optimisten (Seite 50) und einem Pessimisten (Seite 100) über die Aussichten der liberalen Demokratie. Für die Aufmacher entwickelte die Berliner Art-Direktorin Eva Jauss zusammen mit der Bildredaktion Motive, die der Fotograf Ragnar Schmuck umgesetzt hat. Das Ziel war es, für jedes Ressort ein Objekt zu finden, das das Thema des Textes symbolisiert.



Steuern? Lass ich machen.



VLH.



**Wir machen Ihre
Steuererklärung.**



Inhalt

73. Jahrgang | Heft 1 | 29. Dezember 2018

Titel

Supermächte Die USA und China riskieren einen Jahrhunderkonflikt **12**

Donald Trumps erratische Außenpolitik **21**

Deutschland

Leitartikel Die alte Weltordnung ist Geschichte **8**

Meinung Der gesunde Menschenverstand / So gesehen: Warum das Böllern an Silvester schon okay ist **10**

AKK beliebter als Merkel / Klöckner gegen Böllerverbote / Neue Verdächtige in Bremer Bamf-Affäre **22**

Umbrüche Gibt es noch eine Rettung für die Volksparteien? **24**

Demokratie SPIEGEL-Gespräch mit dem ehemaligen Verfassungsrichter Udo Di Fabio über die Frage, ob es eine Frauenquote für den Bundestag braucht **30**

Union Der CSU-Polterer Alexander Dobrindt gibt sich gerade milde – wie lange hält er das durch? **34**

Parteien Drei ostdeutsche Länder werden 2019 einen neuen Landtag wählen, Umfragen sehen eine starke AfD – über die schwierige Suche nach Mehrheiten **38**

Europa Interview mit EU-Kommissar Günther Oettinger über den Aufstieg der Rechtspopulisten in Europa **41**



NIKITA TERYOSHIN

Das Ende der Normalität

Im Jahr 2018 erlitten die beiden großen deutschen Volksparteien einen beispiellosen Niedergang. Ist der Umbruch der Beginn einer neuen, lebendigeren Ära der Politik? Oder stehen der Republik instabile Jahre bevor? **Seite 24**



LEXEY SWALL / DER SPIEGEL

Eine Milliarde für Frauen

Die Start-up-Szene gibt sich innovativ, doch ihr Frauenbild ist oft antiquiert. Männer fördern dort vor allem Männer. Sarah Chen hat mit vier anderen Frauen einen Fonds gegründet, der das ändern soll – mit einer Milliarde Dollar. **Seite 72**

Migration Wiedersehen mit Missverständnissen – ein Ehepaar aus Esslingen besucht einen heimgekehrten Asylbewerber in Gambia **42**

Ansprache Stefan Bergs Grußbotschaft an das Jahr 2019 **47**

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Musikschulen / Silvester in der Notaufnahme? **48**

Eine Meldung und ihre Geschichte Warum eine Frau in Amerika wegen Zuckertwatte verhaftet wurde **49**

Fortschritt Der Politologe Christian Welzel erforscht den globalen Wertewandel **50**

In eigener Sache Ein SPIEGEL-Reporter verbreitete Lügen über eine US-Kleinstadt – nun hat sich ein anderer auf Spurensuche gemacht **54**

Wirtschaft

Verbraucherschützer fordert staatliche Aktienrente / Besserverdiener profitieren am meisten von Soli-Abbau **60**

Prognosen Neun Thesen des Wirtschaftsressorts für das Jahr 2019 **62**

Unternehmer Willy Bogner kämpft um seine Firma und sein Lebenswerk **66**

Investoren SPIEGEL-Gespräch mit Sarah Chen, die mit einem Milliardenfonds Frauen im Silicon Valley fördern will **72**

Business Outsider Alexander Schimmelbusch über die Deutschen und die Atomenergie **75**

Ausland

- Die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo werden nichts an der Misere des Landes ändern / Israels Premier Netanyahu und seine Machtspiele** 76

- Geopolitik** Wo 2019 die größten Gefahren für die Welt liegen 78

- Türkei** Erdogan kooperiert mit Neofaschisten 82

- Japan** Der Abstieg des einstigen Wirtschaftswunderlandes 84

Wissenschaft

- Muttermilch aus der Flasche** wirkt schlechter / Sternekoch kritisiert Avocado-Anbau / Analyse: Wie sich die Tsunami-Frühwarnung verbessern lässt 88

- Erfindungen** Häuser und Brücken, Turnschuhe und Turbinen – 3-D-Drucker revolutionieren die Industrie 90

- Expeditionen** Auf der Suche nach dem Schiffswrack des Polarforschers Ernest Shackleton 94

- Tiere** Die wundersame Welt der Termiten 96

Kultur

- Theaterskandal in Linz / »Die Frau des Nobelpreisträgers« / Letzte Ausgabe des Musikmagazins »Spex« / Kolumne: Zur Zeit** 98

- Klassenkampf** Die französischen Gelbwesten sind das Symbol eines Bruchs, der die westlichen Gesellschaften spaltet 100



FRANCESCO GIOLITTA / ACTION PRESS

Triumph und Drama

Willy Bogner ist Skilegende, Filmemacher, Stuntman, Unternehmer. Privat musste er einige Schicksalsschläge hinnehmen. Die Skimode seiner Firma wirkt aus der Zeit gefallen. Doch er kämpft gegen den Niedergang. **Seite 66**

Das gedruckte Haus

Flugzeug- und Autoteile, Brücken und sogar ganze Gebäude – all das kommt inzwischen aus dem 3-D-Drucker. 2019 könnte das Jahr werden, in dem diese neue Produktionstechnik die Fabriken erobert. **Seite 90**

ANZEIGE

An advertisement for RaboDirect. On the left, there is a blue box with the text "FRAGE DER WOCHE" in yellow. On the right, a black and white photograph shows a close-up of a child's hands reaching out towards the camera. The background is blurred.

► Tag für Tag landen tonnenweise Lebensmittel im Müll. Insgesamt werden in der EU 88 Millionen Tonnen pro Jahr weggeworfen. Das sind 173 Kilogramm pro Kopf. Vieles ist aber noch essbar. Mit diesen Nahrungsmitteln ließen sich alle Hungernden auf der Welt gleich zwei Mal sattmachen. Deswegen unterstützen wir Projekte, die einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln fördern. Legen Sie Geld bei uns an und helfen Sie mit!

www.rabodirect.de

 **RaboDirect**
Rabobank *Sinnvoll sparen.*

- Essen** »Der Ernährungskompass« von Bas Kast ist das wichtigste Sachbuch des Jahres – ein Besuch beim Autor 106

- Kulturgeschichte** Die Geburt des Gutmenschen – 1919 wurde das Bauhaus gegründet und die erste Waldorfschule eröffnet 110

- Selbstkritik** Gute Vorsätze sind auch keine Lösung ... 113

Medien

- Unterhaltung** SPIEGEL-Gespräch mit Komponist Christian Bruhn über Hits und Geld, Alkohol und Politik 114

Sport

- Rekordmann Michael Schumacher / Magische Momente: Der ehemalige Motorradfahrer Joachim Helmhold über sein Rennen gegen Steve McQueen** 117

- Verbände** Ist die Welt-Anti-Doping-Agentur noch zu retten? 118

- Bestseller** 105
Impressum 122
Leserservice 122
Nachrufe 123
Personalien 124
Briefe 126
Hohlspiegel / Rückspiegel ... 130

Mehr Mut

Leitartikel Deutschland und Europa müssen selbst für ihre Sicherheit sorgen.

You aren't going to like what comes after America«, hat der Sänger Leonard Cohen vor ein paar Jahren geschrieben, es wird euch nicht gefallen, was nach Amerika kommt. Nach Amerika – das heißt, nach dem Ende der von den USA dominierten Weltordnung, nachdem Amerika seine Verantwortung für die Welt aufgegeben hat, und es heißt: nachdem sich Europa nicht mehr auf die amerikanische Schutzgarantie verlassen kann. Wie wahr, es gefällt uns nicht. Die Welt nach Amerika ist chaotisch, beängstigend und gefährlich. Die größte Gefahr aber ist, dass wir das immer noch nicht wahrhaben wollen.

Denn die Welt nach Amerika ist die gegenwärtige Welt. Der Rückzug der USA aus Syrien und die Ankündigung, die Zahl der US-Soldaten in Afghanistan deutlich zu reduzieren, sollten in Europa die letzten Illusionen darüber zerstört haben, dass die USA noch ein verlässlicher Partner sind. Es gibt keine Garantie dafür, dass der erratische US-Präsident nicht plötzlich beschließt, seine Soldaten auch aus Polen zurückzubordern. Nach einem Telefonat mit Wladimir Putin vielleicht, der ihm versichert, dass er sich um Polen keine Sorgen zu machen braucht – so wie Trump nach einem Gespräch mit dem türkischen Präsidenten den Rückzug aus Syrien befohlen hat.

Das muss nicht so kommen, aber es ist keineswegs ausgeschlossen. Donald Trump hat häufig zu verstehen gegeben, wie wenig er von Bündnissen und Verträgen, wie wenig er speziell von der Nato hält. Er hat sie als »obsolet« bezeichnet und damit gedroht, dass die USA ihr »eigenes Ding« machen könnten. Er nannte das Nato-Mitglied Montenegro ein »witziges Land« mit »sehr aggressiven Menschen«, für das, so die Logik, amerikanische Soldaten nicht ihr Leben lassen sollten.

Die Beistandsgarantie der Nato verdient ihren Namen nicht mehr, sie ist vielleicht noch eine vage Hoffnung, aber keine Garantie. Was heißt das für Deutschland und Europa? Darüber gibt es selbst anderthalb Jahre nachdem Kanzlerin Merkel das Ende alter Gewissheiten in einer Bierzelte redete thematisiert hat, noch keine ernsthafte Diskussion. Im politischen Berlin möchte diese Diskussion in Wahrheit auch niemand führen. »Daran will ich gar nicht denken«, lautet die Antwort derer, die für Deutschlands Sicherheit offiziell Verantwortung tragen. Man

will die Konsequenzen nicht wahrhaben. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Das ist fahrlässig und gefährlich.

In der politischen Diskussion um Sicherheit und Verteidigung geht es um die Skandale im Ministerium, um Berater und U-Boote, um ein bisschen mehr Zusammenarbeit mit Frankreich. Eine ehrliche Analyse der Sicherheitslage fehlt. Dabei kann es ja nicht um fertige Antworten gehen, aber es ist höchste Zeit, die Gefahren zu benennen, die mit der Auflösung von Allianzen und Strukturen einhergehen, die uns bisher Sicherheit gaben. Verträge zur Rüstungskontrolle werden aufgekündigt oder drohen in den kommenden Jahren auszulaufen. Sie funktionieren nicht mehr, weil Russland

und die USA sie nicht mehr wollen oder gegen sie verstößen. Sie funktionieren auch deshalb nicht mehr, weil die Welt eine andere geworden ist. In einer multilateralen Welt sind bilaterale Abrüstungsverträge nur von begrenztem Wert.

Die aseptische Ordnung der nuklearen Abschreckung gehört ohnehin der Vergangenheit an, wenn die Kriege der Zukunft hybrid sein werden, wenn sie mit anonymen Cyberangriffen geführt werden und die Grenze zwischen Krieg und Nicht-Krieg immer mehr verschwimmt.

Die Sicherheit Deutschlands und Europas hat sich dramatisch verringert. Dem begegnen wir mit bemerkenswerter Sorglosigkeit. Fast achselzuckend nehmen wir Risiken hin, die

wir früher für unerträglich gehalten hätten. Europa sei eben zu schwach, um sich zu verteidigen, heißt es. Aber die deutsche Politik sollte endlich den Mut aufbringen, offen darüber zu debattieren, wie viel Sicherheit Deutschland nach Amerika will, wie viel Geld es auszugeben und wie viel Souveränität es aufzugeben bereit ist für seine Verteidigung, die nur europäisch sein kann. Aber eine Sicherheitsdebatte, die Gefahren und Kosten benennt, ist unpopulär und vor allem für die SPD toxisch. Das Ergebnis einer solchen Debatte könnte auch sein, dass wir bereit sind, mit Risiken zu leben. Sie aber gar nicht erst zu führen ist verantwortungslos.

Der Untergang einer Weltordnung führt nicht zwangsläufig in die Katastrophe, schrieb vor Kurzem der US-Diplomat Richard Haass. Aber um Chaos und Unglück zu verhindern, muss man endlich anerkennen, dass die alte Weltordnung nie mehr wiedergekehrt wird und dass alle Versuche, sie wiederzurichten, vergebens sind. Christiane Hoffmann



Verladung eines US-Panzer in Litauen

MINDAUGAS KULBIS / AP PHOTO / PICTURE ALLIANCE

Mit einem zuverlässigen Partner an Ihrer Seite finden Sie die richtige Lösung zur Erreichung Ihrer finanziellen Ziele. Erfahren Sie mehr über unsere Expertise und unsere Investmentlösungen.

Jetzt alle Möglichkeiten entdecken.

fidelity.de



Vielfältige Möglichkeiten – gemeinsam passende Lösungen finden.

Aktien | Anleihen | Multi-Asset | Immobilien | Nachhaltige Anlagen



Die Vervielfältigung und Verbreitung dieser Informationen ist nicht ohne eine vorherige Genehmigung erlaubt. Sie sind nicht an in den Vereinigten Staaten von Amerika ansässige Personen gerichtet und stellen kein Angebot für diese dar. FIL Investment Services GmbH stellt lediglich Informationen zu Produkten und Dienstleistungen bereit und erteilt keine Anlageempfehlung / Anlageberatung auf Grundlage individueller Umstände. Fidelity International bezeichnet den Unternehmensverbund, der als globale Investmentmanagement-Organisation Informationen zu Produkten und Dienstleistungen in bestimmten Ländern außerhalb Nordamerikas bereitstellt. Fidelity, Fidelity International, das Fidelity-International-Logo und das F-Symbol sind Markenzeichen von FIL Limited. Herausgeber in Deutschland: FIL Investment Services GmbH, Kastanienhöhe 1, 61476 Kronberg im Taunus. MK10159

Meinung

Markus Feldenkirchen **Der gesunde Menschenverstand**

Wahre Größe



Seit Friedrich Merz aus der Parallelwelt der Finanzindustrie zurück in der Politik ist, gibt es eine Konstante: sein unbändiger Wille, möglichst ungeschickt

aufzutreten und kaum ein Fettäpfchen auszulassen. In Sachen sozialer und emotionaler Intelligenz bewies Merz bislang das Fingerspitzengefühl eines Schwergewichtsboxers.

Dass er in Hamburg bei der Wahl zum Parteivorsitzenden trotzdem fast die Hälfte der Delegiertenstimmen und bei den acht Regionalkonferenzen den größten Zuspruch des Publikums erhielt, zeigt vor allem eines: wie stark in weiten Teilen der CDU die Sehnsucht nach einem Ende der Beliebigkeit ist. Wie sehr die Partei sich wünscht, endlich wieder mit ein paar Inhalten verbunden zu werden. Gern auch mal wieder mit konservativen oder wirtschaftsliberalen. Die hatte die CDU tatsächlich einst im Angebot. Zu einer Zeit, als sie sich in der Frage, wer bei ihr etwas zu sagen hat, nicht vom linken Teil der Gesellschaft beeinflussen ließ, von dem sie eh nicht gewählt wird. Die Senioren erinnern sich.

Megageschickt wie immer hat Merz sich zuletzt selbst per Interview für ein Ministeramt ins Spiel gebracht. Als Erstes reagierte Angela Merkel. Sie plane keine Kabinettsbildung, ließ sie ihren Sprecher trocken ausrichten.

In dieser Woche legte Annegret Kramp-Karrenbauer nach. Sie habe beim letzten Kabinettfrühstück noch mal durchgezählt und festgestellt: »Das Kabinett war vollzählig.« Die Freude, mit der sie diesen Satz der »Zeit« autorisierte, muss diebisch gewesen sein.

Sagen wir es so: Natürlich können Merkel und Kramp-Karrenbauer ihren Konkurrenten öffentlich vorführen. Sie sitzen am längeren Hebel, sie haben die Macht. Aber es ist auch ganz schön dumm. Zumindest aus Sicht der CDU.

Es war die große Schwäche Angels Merkels, niemanden neben sich zu dulden, der auffällig anders war. Seit Merz' Abgang vor neun Jahren verfügt die CDU über ähnlich viele profilierte Wirtschaftspolitiker wie der Heidelberger Zoo. Den Posten des wirtschaftspolitischen Sprechers der Unionsfraktion bekleidet seit neun Jahren ein gewisser Dr. Joachim Pfeiffer. Das ist gewiss ein kompetenter Mann. Aber ihn kennt halt kaum einer. Und Peter Altmaier, der aktuelle Wirtschaftsminister von der CDU und Merkels Allzweckminister, mag viele Talente haben. Der Wirtschaftspolitiker in ihm muss jedoch noch entdeckt werden.

Wahre Größe besteht darin, starke Charaktere neben sich zu dulden. Alles andere ist ziemlich kleinkariert.

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Markus Feldenkirchen im Wechsel.

Kittihawk



So gesehen

Die großartige Verschwendungen

Soll man Böller an Silvester verbieten?

● Es ist schon ein unfassbarer Unsinn: Menschen geben Geld aus, um es in die Luft zu jagen. Feuerwerk ist laut, sehr gefährlich, und giftig ist es auch. In der Nacht von Montag auf Dienstag kommender Woche weicht aus vielen Köpfen auch noch der letzte Rest Verstand, dann wird gezündet, gezischt und geböllert wie im Taumel.

Seit Jahren heißt es, man solle Brot spenden, statt Böller zu kaufen – und völlig zu Recht, denn es ist wirklich Quatsch. Aber großartig ist

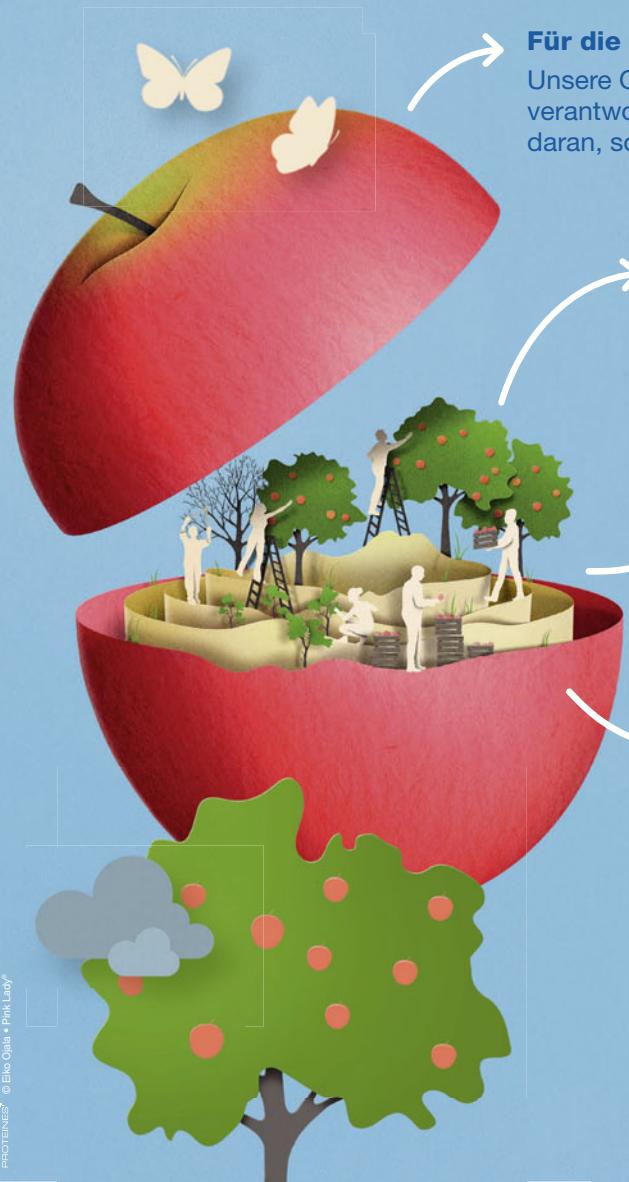


es auch: Das ganze Jahr sind wir zivilisiert, sozial verträglich und ringen um mehr Vernunft. Zur Mitternacht des letzten Tages im Jahr aber geben wir auf. Da schwelgen wir in dem Aberglauben, Glück mit Raketen beschwören zu können, freuen uns, weil die Dämonen sich vor Explosio-nen fürchten, und blicken in die Sterne, ob sie verstanden haben, mit wem sie es hier unten zu tun haben.

Die Gründe für ein Verbot der Böllerei sind exzellent, so wie man ja auch die dummen Gedanken, die Völlerei und das Rauchen verbieten könnte, wenn es allein auf Argumente ankäme. Am 31.12. aber ist es Zeit für eine Erinnerung: So ganz genau wissen wir auch nicht, wie das so läuft mit dem Leben, dem Universum und dem Schicksal. Wir staunen und spekulieren wie die Katze vor dem WLAN-Router. Neues Jahr, vergehende Zeit, Chancen und Probleme, man kommt ins Grübeln – und der Schock einiger Batterien, das Kreischen und Jubeln der Umstehenden, so was klärt den Kopf. Und dann fallen sie uns wieder ein, die Gründe, warum das Unsinn ist. Eigentlich. Nils Minkmar

BEI *Pink Lady*[®]

ZEIGEN WIR VERANTWORTUNG!



Für die Umwelt

Unsere Obstbauern engagieren sich für verantwortungsbewusste Anbaumethoden und setzen alles daran, so umweltverträglich wie möglich zu arbeiten.

Für hochwertige Qualität

Unsere Äpfel werden nach ihren Eigenschaften sortiert. Dabei werden alle Äpfel verwertet. Sie unterliegen regelmäßigen Kontrollen durch die Zertifizierungsstelle Bureau Veritas.



Für unsere Produzenten

Ein Modell, das die 2600 angeschlossenen Bauern angemessen vergütet und ihre Einkünfte durch Jahresverträge sichert.

Für unsere Anbaugebiete

Unsere Erzeugnisse stammen aus hervorragenden Anbaugebieten, die aufgrund ihres Klimas und die Qualität ihrer Böden ausgewählt wurden. Zudem trägt der Anbau zur Förderung der örtlichen Wirtschaft und der Erhaltung des Landschaftsbildes bei.



Weitere Informationen finden Sie unter:
www.pinkladyeurope.com

So viel mehr als nur ein Apfel

Messer am Hals

Supermächte Die USA und China stehen am Anfang einer gefährlichen Konfrontation. Ihre wirtschaftlichen, militärischen und politischen Interessen sind in dieser Weltordnung nicht mehr vereinbar. Peking und Washington müssen mit dem Aufbau einer neuen beginnen.

»Den wahrsten Grund sehe ich im Wachstum Athens, das die erschreckten Spartaner zum Kriege zwang.«

Der griechische Historiker Thukydides im 5. Jahrhundert vor Christus über den Peloponnesischen Krieg

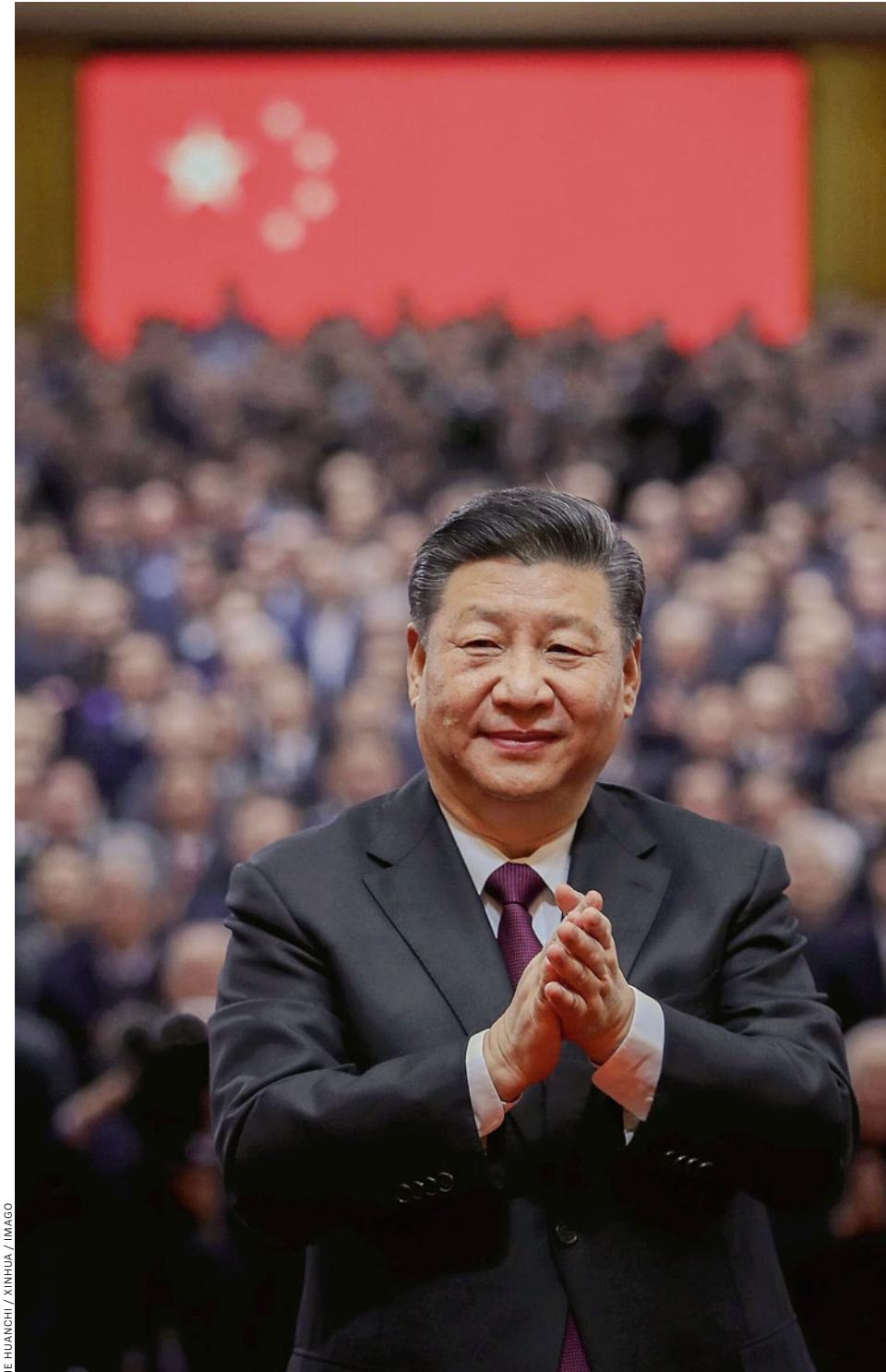
Am Morgen des 30. September, China hat sich gerade in die Herbstferien verabschiedet, die USA verfolgen gebannt den Streit um die Ernennung von Brett Kavanaugh zum Obersten Richter, kommen sich im westlichen Pazifik zwei Kriegsschiffe gefährlich nahe.

Die »Decatur«, ein Zerstörer der U.S. Navy, kreuzt im Südchinesischen Meer, nur ein paar Seemeilen von einem Riff entfernt, das Peking als sein Territorium beansprucht und zu einer maritimen Festung ausgebaut hat. Da nähert sich die »Lanzhou«, ein Lenkwaffenzerstörer der chinesischen Marine. »Sie sind auf gefährlichem Kurs. Wenn Sie den Kurs nicht ändern, haben Sie die Folgen zu tragen«, drohen die Chinesen über Funk.

»Wir sind auf friedlicher Durchfahrt«, funkten die Amerikaner zurück. Sie halten Kurs. Die »Lanzhou« auch. Sie kommt näher und näher. Matrosen an Bord der »Decatur« beobachten, wie die Chinesen beginnen, Fender über die Reling zu hängen, um ihr Schiff für einen Zusammenprall zu wappnen. »Die versuchen uns abzudrängen!«, ruft ein amerikanischer Seemann laut einem Bericht der »New York Times«.

Nur mehr rund 40 Meter trennen die beiden hochgerüsteten Kriegsschiffe, als die »Decatur« schließlich scharf nach Steuerbord ausweicht und eine Kollision verhindert.

Der Beinahezusammenstoß auf halber Strecke zwischen Vietnam und den Philippinen ist der bislang riskanteste von insgesamt 18 »gefährlichen Zwischenfällen«, die das Pentagon seit 2016 zwischen den chinesischen und amerikanischen Streitkräften registriert hat. Hätte der Kapitän der »Decatur« nicht im letzten Moment zurückgezuckt, sondern weiter Kurs gehalten, die US-Luftwaffe zu Hilfe gerufen oder geschossen – China wäre womöglich von einem Seekrieg aus den Herbstferien gerissen worden und das Drama um Rich-



XIE HUANCHI / XINHUA / IMAGO

Chinas Staatschef Xi: Vorbereitung, »einen Krieg zu führen«

ter Kavanaugh aus den Schlagzeilen verschwunden. »Mit solchen militärischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China beginnt der nächste Weltkrieg«, kommentierte die sonst nicht zu Dramatik neigende »South China Morning Post« in Hongkong: »Wenn das letzte Stadium der geopolitischen Rivalität eine militärische Konfrontation ist, dann könnte der Startschuss bereits gefallen sein.«

Die Entschlossenheit, mit der die beiden Weltmächte einander derzeit Stärke demonstrieren, ist bemerkenswert. Und es geht nicht nur um die Manöver einzelner Kapitäne im Südchinesischen Meer.

»Die USA werden weiterhin kreuzen, fliegen und navigieren, wo immer es das internationale Recht erlaubt«, sagt US-Verteidigungsminister James Mattis, der in Kürze seinen Posten räumt. »Imperiales

Verhalten und Aggression haben keinen Platz im indopazifischen Raum«, sagt Vizepräsident Mike Pence. Als er im November zu einer Konferenz nach Singapur fliegt, lässt er die »Air Force Two« 50 Meilen an den von China beanspruchten Spratly-Inseln vorbeifliegen, um seinen Worten Nachdruck zu verleihen. »Wir werden nicht nachgeben.«

Peking werde »keinen Zoll« chinesischen Territoriums aufgeben, kontert Chinas Staatschef Xi Jinping. Als er nach dem Zwischenfall am Gaven-Riff das zuständige Südkommando der chinesischen Streitkräfte besucht, fordert er die Offiziere auf, sich darauf vorzubereiten, »einen Krieg zu führen«. Es seien »alle komplexen Situationen« in Betracht zu ziehen, »Notfallpläne« auszuarbeiten und die »Kampfbereitschaft« der Truppe zu verstärken.

Warnungen vor einem Krieg zwischen Peking und Washington gibt es, seit Chinas Aufstieg zum politischen, wirtschaftlichen und militärischen Rivalen der USA begann. Das Aufeinandertreffen von Pekings Ehrgeiz und Washingtons Sorge um seine Hegemonie im Pazifik lasse historisch nichts Gutes erwarten.

Die »Falle des Thukydides« nennt der Harvard-Politologe Graham Allison diese Konstellation, in einer Anspielung auf den großen Geschichtsschreiber der griechischen Antike: Vom Ringen Spartas mit dem aufstrebenden Athen bis zur Konkurrenz zwischen dem Britischen Empire und dem Deutschen Reich vor 1914 habe es in den meisten Fällen zum Krieg geführt, wenn eine Großmacht zu einer anderen aufgeschlossen habe.

Ebenso entschieden aber behaupten andere, dass ein Konflikt zwischen China und Amerika sehr wohl vermeidbar sei. Zu eng seien die beiden größten Volkswirtschaften der Welt verzahnt, zu groß sei im Zeitalter der Globalisierung das Risiko für beide. Auch zeichneten sich anders als zwischen den USA und der Sowjetunion zwischen Peking und Washington keine Schauplätze für Stellvertreterkriege ab. Vom persönlichen Verhältnis der beiden Staatschefs ganz zu schweigen: Hat Donald Trump sein Gegenüber Xi Jinping nicht einen »großartigen Freund« genannt und von der »guten Chemie« zwischen den Chinesen und sich selbst gesprochen?

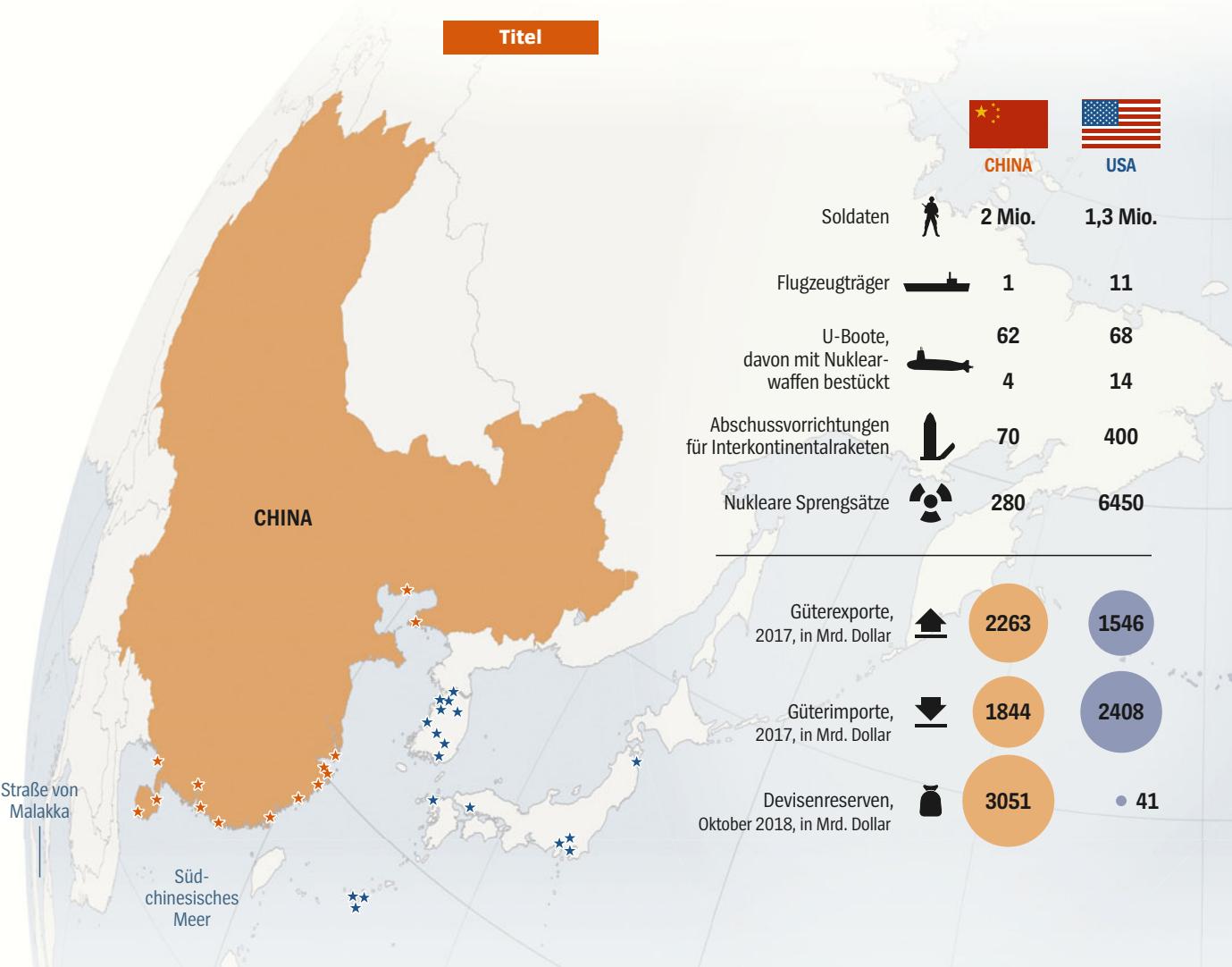
Was sich jedoch in den zwölf Monaten zwischen Trumps erstem Staatsbesuch in China 2017 und seinem Treffen mit Xi am Rande des G-20-Gipfels Anfang Dezember 2018 zugetragen hat, gibt eher den Skeptikern recht:

Wenige Wochen nach Trumps Rückkehr aus Peking 2017 aktualisiert das Weiße Haus seine Nationale Sicherheitsstrategie und definiert das amerikanisch-chinesische Verhältnis als einen »Wettbewerb zwischen freien und repressiven Visionen



SAUL LOEB / AFP/GETTY IMAGES

US-Präsident Trump: Duell auf einem Schachbrett mit mindestens drei Dimensionen



der Weltordnung«. Im Januar folgt das Pentagon mit seiner neuen Nationalen Verteidigungsstrategie, in der China – noch vor Russland – als »strategischer Wettbewerber« der USA und als eine »revisionistische Macht« bezeichnet wird, welche die »wirtschaftlichen, diplomatischen und Sicherheitsentscheidungen« der USA unterminiere.

Von da an überziehen sich die beiden Weltmächte mit gegenseitigen Beschuldigungen: China, sagt FBI-Direktor Christopher Wray, stelle »die umfassendste, komplizierteste, langfristigste« Bedrohung für Amerikas Spionageabwehr dar, ja eine »gesamtgesellschaftliche Gefahr«. Russland sei nach dem Sturz der Sowjetunion daran interessiert, »relevant« zu bleiben, aber »China kämpft den Kampf von morgen«.

Hohe chinesische Beamte und die Staatspresse werfen der Trump-Regierung vor, Peking »ein Messer an den Hals« zu halten und aus Angst vor dem eigenen Abstieg den Aufstieg Chinas »eindämmen« zu wollen – also genau die Strategie anzuwenden, mit der Washington einst Moskau in die Knie gezwungen hat. Daraus werde aber nichts, so die Pekinger »Global Times«: »China ist eine große und mächtige Nation, und ob die Konfrontation nun

wirtschaftlich oder militärisch ausfällt: Der Preis wird gewaltig sein.«

Anfang Oktober verschärft US-Vizepräsident Pence in einer Rede den Ton, alles Vorangegangene erscheint nun wie diplomatisches Geplänkel. »Peking verfolgt einen gesamtstaatlichen Ansatz, um seinen Einfluss zu steigern«, sagt er. China setze »amerikanische Unternehmen, Filmstudios, Universitäten, Denkfabriken, Gelehrte, Journalisten und Beamte« unter Druck, um die USA zu destabilisieren und sich in Amerikas Demokratie einzumischen. »Was die Russen tun, verblassen im Vergleich zu dem, was China in diesem Land veranstaltet.« Frühere US-Regierungen hätten diese Taten nahezu ignoriert. »Doch diese Tage sind vorbei.«

Seine Wortwahl lässt sich schwer anders deuten: Mike Pence erklärt China den kalten Krieg.

»Du führst deinen Krieg, ich führe meinen, hat Mao Zedong gesagt.«

Stehen, 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und knapp 30 nach dem Zerbrechen des Warschauer Pakts, erneut zwei Weltmächte an der Schwelle einer großen Konfrontation?

Auf den ersten Blick ist die Rivalität zwischen den USA und China mit der zwischen den USA und der Sowjetunion nicht zu vergleichen. Beide Staaten sind Atommächte, aber anders als im ersten Kalten Krieg besteht am Pazifik kein nukleares Gleichgewicht des Schreckens. Es ist ein nukleares Ungleichgewicht: Die USA verfügen über 6450 Atomsprengköpfe, China über etwa 280. (Russland besitzt 6850.)

Daraus zu schließen, dass die Welt heute stabiler ist als auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, wäre allerdings ein Irrtum. Zum einen, so die Lehre des 20. Jahrhunderts, ist es für konkurrierende Atommächte offenbar sicherer, wenn sie etwa gleich mächtig sind: Die »wechselseitig zugesicherte Zerstörung« machte während des Rüstungswettrufs den Einsatz von Nuklearwaffen äußerst riskant und wirkte dadurch stabilisierend.

Zum anderen hat sich die Konkurrenz zwischen den Weltmächten verschoben, vom Feld des Militärisch-Nuklearen auf das von Wirtschaft und Technologie.

Quellen: Federation of American Scientists, International Institute for Strategic Studies, IWF, militarybases.com, WTO



DER SPIEGEL

Die Sowjetunion war ein nuklearer Riese, aber weltwirtschaftlich unbedeutend – was ihren Untergang beschleunigte. Für China gilt das Gegenteil. Seine Wirtschaftsleistung beträgt rund zwei Drittel der amerikanischen. Sollten beide Volkswirtschaften weiterhin wachsen wie zurzeit, wird China etwa 2030 mit den USA gleichziehen – vermutlich auch mittels neuer Technologien, um die es jetzt direkt mit Amerika konkurriert: künstliche Intelligenz und Elektromobilität, Digitalwirtschaft und Halbleiterproduktion.

Zugleich sind die chinesische und die US-Wirtschaft aufs Engste verflochten: Ihr gemeinsames Handelsvolumen beträgt jährlich mehr als 600 Milliarden Dollar; mit über 1100 Milliarden Dollar an US-Staatsanleihen ist China der größte Gläubiger der USA. Amerikas Aktionäre, Banken und Pensionsfonds ihrerseits sind mit Milliarden an chinesischen Unternehmen beteiligt, die ab einer gewissen Größe oft auch an US-Börsen notiert sind.

Sollte Peking heute entscheiden, auf einen Schlag seine Dollarreserven abzustoßen, würde das nicht nur die US-Währung schwächen, sondern auch einen

wesentlichen Teil von Chinas Staatsvermögen entwerten. Sollte Washington den Handelskrieg auf die Spitze treiben, würde das nicht nur Chinas Exportkraft, sondern auch den US-Kapitalmarkt erschüttern. Die »wechselseitig zugesicherte Zerstörung« des Nuklearzeitalters hat eine neue, ökonomische Gestalt angenommen.

Die beiden Weltmächte des 21. Jahrhunderts tragen ihre Konkurrenz damit in einem anderen strategischen Umfeld aus als die Supermächte des Kalten Krieges. Die militärische Komponente ist nicht weggefallen: Sowohl China als auch die USA rüsten auf. Aber sie hat, wie auch der Wettstreit der Ideologien, an Bedeutung verloren. Umso entscheidender ist die wirtschaftliche und technologische Konkurrenz geworden. Das Spielfeld, auf dem sich Amerika und China heute gegenüberstehen, ist nicht mehr das zweidimensionale Schachbrett des ersten Kalten Krieges. Es ist ein Schachbrett mit mindestens drei Dimensionen.

Welche Motive leiten die Führungen in Peking und Washington bei diesem Ringen um die Macht? Was sind die Ambitionen und die Ängste, die sie treiben? Wo verlaufen die roten Linien, die sie ziehen – in ihrer wirtschaftlichen, militärischen und geopolitischen Konfrontation?

Wirtschaft: Das Ende von »Chimerica«

Um das wirtschaftliche Verhältnis zwischen den USA und China zu verstehen, lohnt es sich, ein Jahrzehnt zurückzublicken, auf die Frühphase der Weltfinanzkrise: Im Juni 2008 trafen sich der damalige US-Finanzminister Henry Paulson und Chinas Vizepremier Wang Qishan in der Nähe von Washington. Die beiden führenden Finanzpolitiker ihrer Länder, die sich gut kannten, wollten sich darüber abstimmen, wie sie dem drohenden Sturm begegnen sollten.

Amerikas Volkswirtschaft, damals mehr als dreimal so groß wie die chinesische, befand sich in einer dramatischen Verfassung: Die Immobilienkrise hatte das Vertrauen der Anleger erschüttert, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen, Banken und Hedgefonds waren ins Schlingern geraten. Nur Monate später sollte die Investmentbank Lehman Brothers zusammenbrechen.

»Du warst mein Lehrer«, sagte Wang zu Paulson, »doch wenn ich mir jetzt euer System ansehe: Wir sind uns nicht sicher, ob wir noch etwas von euch lernen sollten.«

Die Finanzkrise sei eine »demütigende Erfahrung« gewesen, berichtete Paulson

dann in seinem Buch »Dealing with China«, doch diese Begegnung mit seinem Freund Wang Qishan habe er als »einen der demütigendsten Momente« überhaupt empfunden*. »Damals begann sich die Beziehung unserer beiden Länder zu verschieben. Die Schwierigkeiten der USA hatten Zweifel an unserem System geweckt und gaben gleichzeitig Chinas Selbstbewusstsein Auftrieb.«

Heute geht es der US-Wirtschaft besser, doch die Gewichte haben sich noch stärker zu Pekings Gunsten verschoben, als Paulson damals ahnen konnte: Chinas Wirtschaftsleistung hat sich seit 2008 fast verdreifacht, seine Devisenreserven haben sich nahezu verdoppelt. Die Exporte stiegen um rund 60 Prozent. Der Überschuss im Handel mit den USA, damals etwa 270 Milliarden Dollar, könnte 2018 die 400-Milliarden-Grenze durchbrechen.

Nach Ansicht der US-Regierung hat Peking diesen Aufstieg mit unfairen Mitteln erzielt. Obwohl seit 2001 Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO), verstößt Peking bis heute gegen deren Regeln: Es beschränkt daheim den Marktzugang und die Eigentumsrechte westlicher Unternehmen, klaue ihr Know-how und halte sie durch Subventionen für chinesische Firmen auf Abstand.

Um diese Entwicklung zu stoppen, eröffnet die Trump-Regierung im Sommer den Handelskrieg. Im Juli verhängt sie eine erste Tranche von Strafzöllen auf chinesische Importe, im August die zweite, im September die dritte, zuerst auf 16, dann auf 50, schließlich auf 250 Milliarden Dollar – verbunden mit der Drohung, sie um weitere 267 Milliarden aufzustocken.

Und die nächsten Schritte könnten deutlich weiter gehen. Trumps einflussreicher Wirtschaftsberater Peter Navarro, Autor eines Buchs mit dem Titel »Death by China« und vom Präsidenten vertraulich »my Peter« genannt, möchte die nach China reichenden »internationalen Lieferketten abwickeln und repatriieren«. Die WTO-Regeln bevorzugten Länder wie China und würden Jobs in den USA killen.

Auch der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer zielt auf eine solche »Entkoppelung« der beiden größten Volkswirtschaften. Lighthizer gehe es darum, sagt ein Vertrauter, »so viele amerikanische Firmen und so viel amerikanisches Geld wie möglich« aus China abzuziehen.

Larry Kudlow, Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats, setzt darauf, Peking ökonomisch einzukreisen: »Die USA könnten eine Koalition großer Handelspartner gegen China anführen. Man könnte sie eine Handelskoalition der Willigen nennen« –

eine Anspielung auf die militärische »Koalition der Willigen«, die mit Trumps Vorgänger George W. Bush 2003 in den Irakkrieg zog.

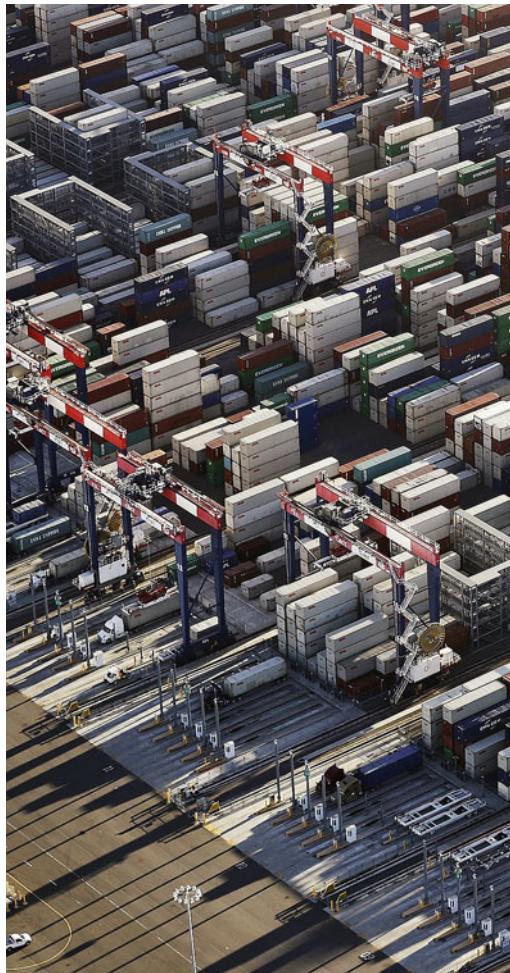
China beantwortet die ersten Salven des Handelskriegs noch jeweils mit gleicher Feuerkraft, doch schon im Herbst gehen Peking die Importe aus, auf die es Strafzölle verhängen könnte: China führt kaum ein Viertel dessen aus den USA ein, was es dorthin exportiert. Nun setzt Peking auf diplomatisch rüde Gesten und sagt ein Treffen hoher Militärs mit dem Pentagonchef sowie eine Begegnung zwischen US-Außenminister Mike Pompeo und Präsident Xi Jinping ab.

Auf dem G-20-Gipfel Anfang Dezember beschließen Trump und Xi einen auf 90 Tage angesetzten Zollstop, schon kurz darauf aber nimmt Trump seine Drohungen wieder auf. In Vancouver wird Meng Wanzhou festgenommen, die Finanzchefin des chinesischen Telekom-Riesen Huawei; Washington verlangt Mungs Auslieferung. Kurz vor Weihnachten veröffentlicht das US-Justizministerium eine Anklageschrift gegen zwei Chinesen, die es der Infiltration von amerikanischen Internetfirmen und Einrichtungen des US-Energieministeriums beschuldigt.

Auch China wappnet sich für eine weitere Eskalation. Viermal hat Peking 2018 die Mindestreserve für chinesische Banken gesenkt, um Geld in den Markt zu pumpen und seine Kriegskasse für den Handelskonflikt aufzustocken. Auch arbeitet China mit Hochdruck daran, 2019 einen gegen die USA gerichteten Handelspakt mit den übrigen pazifischen Volkswirtschaften zu schmieden – das RCEP-Abkommen, das etwa 45 Prozent der Weltbevölkerung und mehr als ein Drittel des Welthandels umfassen würde.

Zugleich greift China auf Strategien zurück, die es seit den Alleingängen der Mao-Zeit nicht mehr angewendet hat. Es werde immer schwieriger, im Ausland neue Technik zu erwerben, klagt Staatschef Xi Jinping. »Das zwingt uns, den Weg der Autarkie einzuschlagen.« Chinas Militär und seine Staatsunternehmen sollten künftig stärker mit dem Privatsektor zusammenarbeiten, um die Entwicklung einheimischer Technologien voranzutreiben.

Und auch wenn führende Kader bislang jede Anspielung darauf vermeiden – ultimativ behält sich Peking auch den Einsatz der schwersten Waffe in einem Handelskrieg gegen Washington vor: den Verkauf



Container im US-amerikanischen Hafen Long Beach

seiner US-Staatsanleihen. Die USA seien im Finanzsektor verwundbarer als China, sagt der Ökonom Mei Xinyu vom chinesischen Handelsministerium. »Insofern ist das natürlich eine Option.«

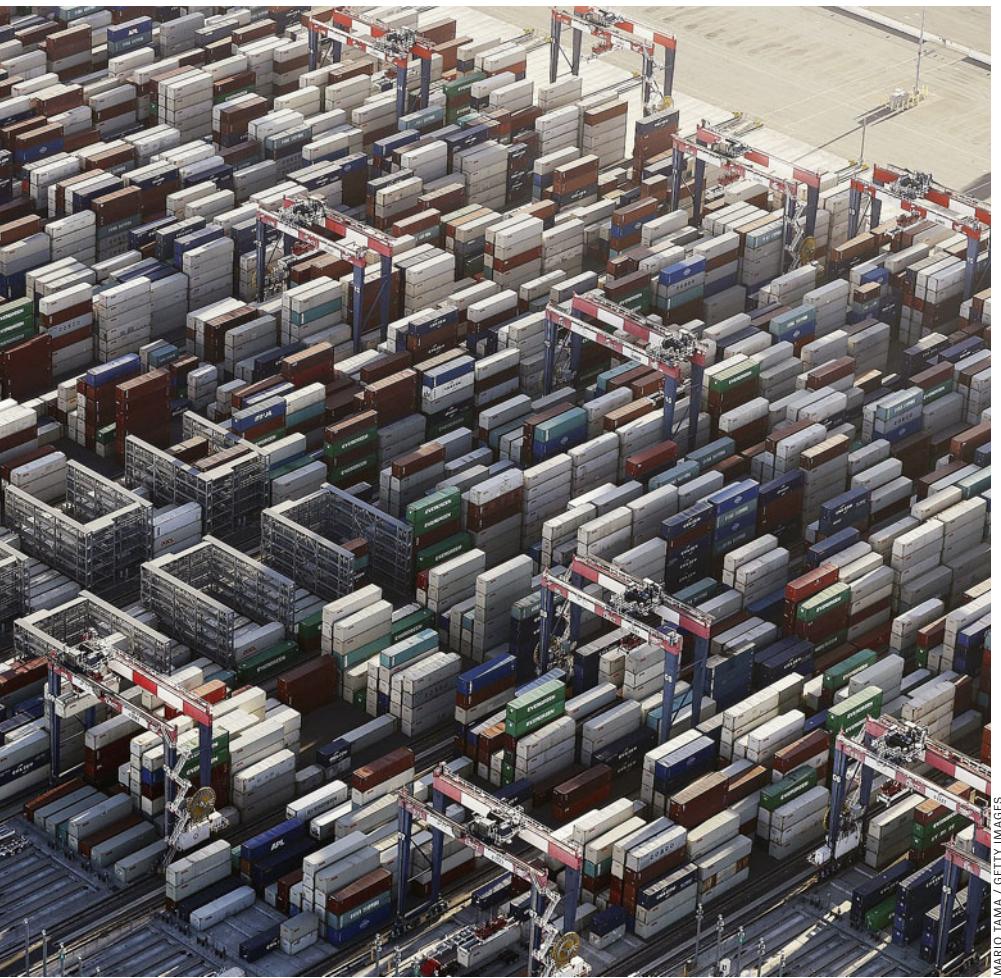
Dass China mit dem Einsatz dieser »nuklearen Option«, wie Finanzexperten den Verkauf nennen, auch seine eigene und die Stabilität der Weltwirtschaft aufs Spiel setzen würde, bestreite er nicht, so Mei. »In guten Zeiten besteht unser Wettbewerb darin, dass wir versuchen, schneller zu wachsen als die USA. Aber wenn die Zeiten schlechter werden, geht es darum, wer schneller verliert. Das wäre dann ein Finanzkrieg. ›Du führst deinen Krieg, ich führe meinen‹, hat Mao Zedong gesagt.«

Bislang galt die enge wirtschaftliche Verflechtung als der wichtigste stabilisierende Faktor im Verhältnis zwischen China und den USA. »Chimerica« nannte der Historiker Niall Ferguson 2006 die immer enger werdende Symbiose eines unablässigen produzierenden Chinas mit einem unablässigen konsumierenden Amerika.

Nun aber fürchte er, so Ex-Finanzminister Henry Paulson, dass ein »ökonomischer Eiserner Vorhang« niedergehen

Das Allerheiligste der Militärmacht China ver- birgt sich in einem Loch auf einer Tropeninsel.

* Henry M. Paulson: »Dealing with China. An Insider Unmasks the New Economic Superpower.«



Beach: Ein »systemisches Risiko für den Weltfrieden«

könnte – und andere Staaten zwingen werden zu entscheiden, auf welcher Seite des Vorhangs sie stehen wollen.

Anfang November traf Paulson sich auf einer Konferenz in Singapur erneut mit seinem Freund Wang Qishan, der inzwischen Chinas Vizepräsident ist. Während Wang in seiner Rede nur vage vor den Gefahren eines eskalierenden Handelskriegs warnte, sprach Paulson Klartext: Wenn sich die USA und China nicht auf einen brauchbaren Kompromiss einigen könnten, würde sich ein »systemisches Risiko von monumentalem Ausmaß auf – nicht nur für die Weltwirtschaft, sondern für die Weltordnung, wie wir sie kennen, und für den Weltfrieden«.

Militär: Chinas Nukleardoktrin

An der Südspitze der chinesischen Tropeninsel Hainan ragt ein etwa 160 Meter hoher Berg aus dem Wasser. An seiner Westseite öffnet sich, von den Hotelbalkons auf der anderen Seite der Yalong-Bucht gut auszumachen, ein rätselhaftes dunkles Loch. Hier ist das Allerheiligste der Militärmacht China: der massiv geschützte Bunker, in dem Pekings Marine ihre vier

nuklear betriebenen und bestückbaren U-Boote stationiert hat.

Kein Land – außer den USA – hat in den vergangenen Jahren so viel in die Rüstung investiert wie China: 60 Prozent des globalen Wachstums an Verteidigungsausgaben seit 1990 entfallen ausschließlich auf die Volksbefreiungsarmee.

Besonders aufmerksam verfolgen westliche Militärattachés in Peking den Ausbau der Seestreitkräfte. In den vergangenen zehn Jahren hat China mehr als hundert neue Kriegsschiffe gebaut und übertrifft mit 317 einsatzbereiten Schiffen selbst die (qualitativ allerdings überlegene) US-Marine mit 283 Schiffen. Neben Dutzenden von Zerstörern wie der »Lanzhou«, Fregatten, Korvetten und amphibischen Angriffsschiffen verfügt die chinesische Marine seit 2012 auch über einen ersten Flugzeugträger. Ein zweiter lief im April 2017 vom Stapel, ist aber noch nicht in Dienst gestellt worden, weitere sind in Planung und sollen, wie die elf US-Träger, mit einem Atomantrieb ausgestattet werden.

Ähnlich ehrgeizig baut China seine Luftwaffe auf. Auf der Airshow im südchinesischen Zhuhai stellten Militärs Anfang November zum ersten Mal ein Kampfflug-

zeug mit sogenannter Schubvektorsteuerung vor – einer Einrichtung, die chinesische Jets ähnlich manövrierfähig macht wie die modernsten Militärflugzeuge westlicher Bauart. Seit 2017 verfügt China auch über einen ersten Tarnkappenjet. Bis 2025 soll ein schwerer Tarnkappenbomber folgen, der es mit dem B-2-Bomber der U.S. Air Force aufnehmen können soll.

Die strategisch folgenreichste Reform der chinesischen Streitkräfte ist aber die Modernisierung ihres Raketenarsenals. Schon heute verfügt China über die weltweit höchste Zahl ballistischer Raketen. Mehr als die Hälfte von ihnen fallen in die Kategorie der Mittelstreckenwaffen. Dazu zählen unter anderen die Antischiffsraketen DF-21 und DF-26, im Militärgargan »carrier killer« genannt, weil sie wohl in der Lage sind, auch die bislang fast unangreifbaren US-Flugzeugträger auszuschalten.

All diese Waffen sind in erster Linie darauf ausgerichtet, den Westpazifik zu kontrollieren, den das wachsende China als sein Meer betrachtet. Anders als Washington zielt Peking bislang nicht auf eine globale Machtprojektion oder die Fähigkeit, jede Streitmacht der Welt besiegen zu können. Das Ziel der Chinesen ist vielmehr, potentielle Gegner so weit wie möglich auf Abstand zu halten – und einen Angriff auf Chinas selbst definierte Einflusszone so gefährlich und kostspielig zu machen, dass der Gegner darauf verzichtet.

Die »Abhalte«-Strategie bildet den Kern von Chinas Militärdoktrin. Sie erklärt, warum China seine Gebietsansprüche im Westpazifik so aggressiv verfolgt, 2013 eine Luftraum-Überwachungszone über dem Ostchinesischen Meer ausgerufen und mehrere Inseln im Südchinesischen Meer – um die sich teils verschiedene Länder streiten – zu waffenstarrenden Marine-, Luftwaffen- und Raketenbasen ausgebaut hat.

Hinzu kommt ein Motiv, auf das der Sicherheitsexperte Michael Paul von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik kürzlich in einem Buch und einer aktuellen Studie hingewiesen hat: Pekings Nukleardoktrin**.

Die meisten chinesischen Kernwaffen sind auf landgestützten Abschussbasen installiert. Landgestützte Systeme sind im Zeitalter ultrasensibler und -präziser Lenkwaffen aber relativ leicht zu finden und zu zerstören, womöglich sogar mit einem nuklearen Erstschiß – was Chinas nukleare Abschreckungskapazität zunichten machen würde. Deshalb setzt Peking wie die Atommächte des Kalten Krieges darauf, seine Kernwaffen auf U-Booten zu stationieren – den vier nuklear betriebenen Schiffen

** Michael Paul: »Kriegsgefahr im Pazifik? Die maritime Bedeutung der sino-amerikanischen Rivalität.«



US NAVY/ERWIN JACOB V MICIANO/EPA-EFE/REX

Amerikanisch-japanische Machtdemonstration in der Philippinensee im November: Washington braucht neue Verbündete

im Bunker an der Yalong-Bucht. Sie bieten den besten Schutz, auch vor einem militärisch so potennten Gegner wie den USA.

Allerdings sind selbst die modernsten chinesischen Atom-U-Boote im Betrieb zu laut: Sie können an den Ausgängen des Ost- und Südchinesischen Meeres von Sonarsystemen erfasst und ausgeschaltet werden. China braucht also, während es in den kommenden Jahren leisere Schiffe entwickelt, einen maritimen Schutzraum, in dem seine U-Boote ungestört etwa zu Testzwecken operieren können.

Das ist der zweite und wahrscheinlich entscheidende Grund dafür, dass China Inseln im Südchinesischen Meer zu Festungen ausbaut.

Für die USA ist diese Militarisierung im Westpazifik nicht hinnehmbar. Die Trump-Regierung besteht darauf, ihre militärische Präsenz in der Region aufrechtzuerhalten. Doch welche Mittel hat sie, um dieses Ziel durchzusetzen?

Trumps Vorgänger Barack Obama hatte Chinas Expansionsdrang 2011 mit einem »pivot to Asia«, einem strategischen Schwenk nach Asien, beantwortet. 60 statt bis dahin nur 50 Prozent der amerikanischen Seestreitkräfte sollten künftig im Pazifik stationiert und zusätzliche US-Stützpunkte in der Region eingerichtet werden.

Diesen Schwenk will Trump fortsetzen, ja beschleunigen: Er hat angekündigt, die U.S. Navy mit ihren derzeit 283 Schiffen in den kommenden Jahren auf 355 Schiffe auszubauen, manche seiner Berater plädieren für deutlich mehr Schiffe. Außerdem solle künftig ein zweiter Flugzeugträger permanent in den Pazifik entsandt werden. Auf den anderen Weltmeeren wechseln die Trägergruppen einander in der Regel nach einem halben Jahr ab. Die Antwort auf Chinas Militarisierung wäre also die Gegenmilitarisierung, eine Aufstockung der US-Streitkräfte in der Region.

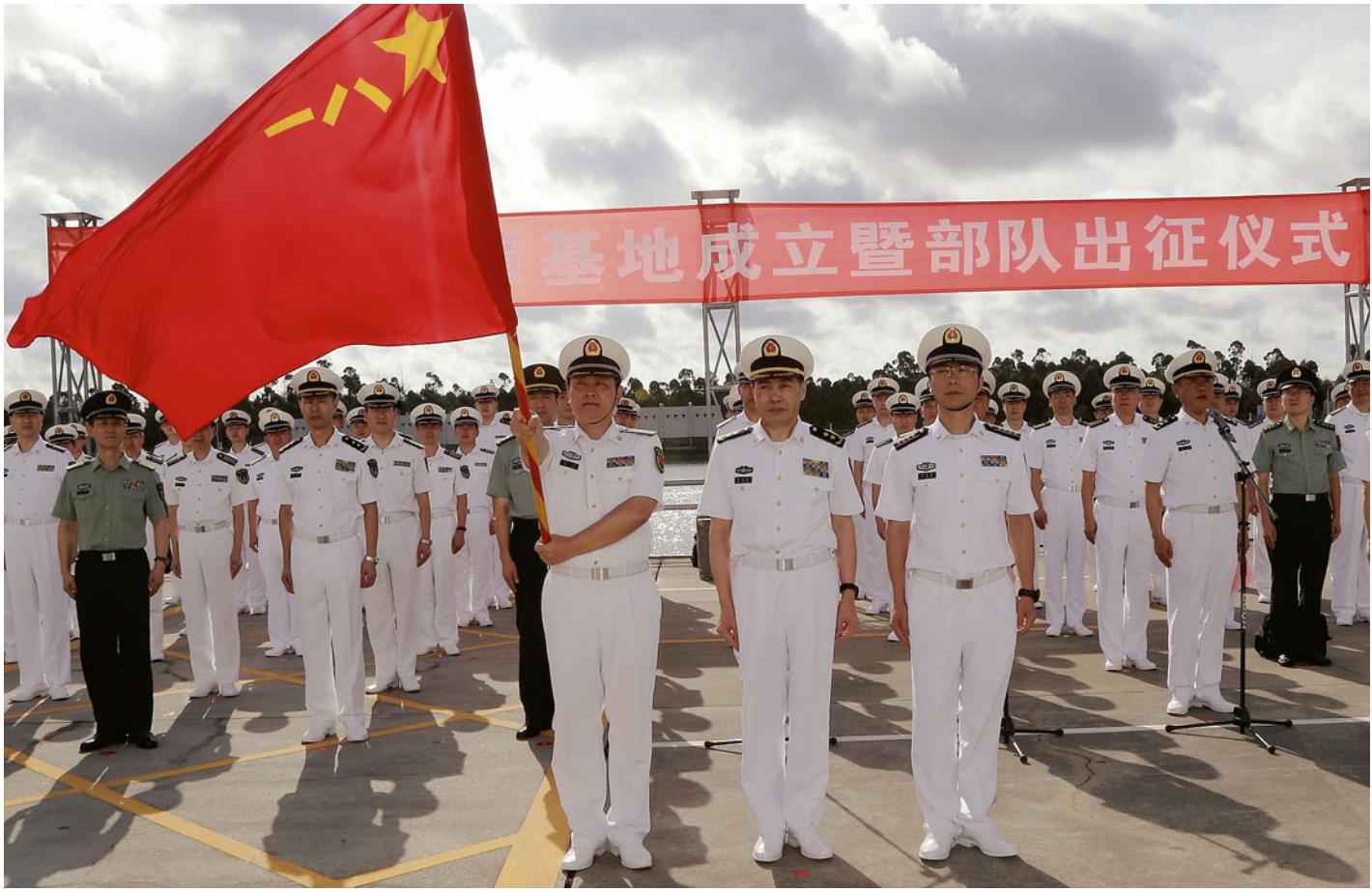
Dass diese Strategie erfolgreich sein wird, bezweifeln allerdings manche US-Experten. Schon heute, sagt Admiral Philip Davidson, Kommandeur der US-Streitkräfte im Pazifik, kontrolliere China das Südchinesische Meer »in allen Szenarien außer einem Krieg mit den USA«. Und selbst im Kriegsfall, warnte eine vom Kongress ernannte Kommission, sei ein Sieg nicht mehr sicher: »Das US-Militär könnte in seinem nächsten Konflikt unannehmbar hohe Verluste erleiden. Es könnte Schwierigkeiten haben, einen Krieg gegen China oder Russland zu gewinnen, oder ihn vielleicht verlieren. Die USA sind insbesondere gefährdet, falls ihre Streitkräfte ge-

zwungen werden sollten, an zwei Fronten gleichzeitig zu kämpfen.«

Die Erwähnung Russlands deutet auf einen in der Konfrontation zwischen China und den USA bislang unterschätzten Aspekt hin – und zugleich auf die Bedeutung, die ein Konflikt im fernen Pazifik auch für Europa haben könnte: Über Jahrzehnte war das Verhältnis zwischen Peking und Moskau gespannt und von Misstrauen geprägt. Davon haben die Nato-Partner dies- und jenseits des Atlantiks lange profitiert.

Doch diese Konstellation hat sich durch Chinas Aufstieg und die Wahl Donald Trumps verändert. Die Abneigung, die China und Russland derzeit aus Washington wahrnehmen, verbindet die Interessen der beiden anderen Mächte. Im September unternahmen sie zum ersten Mal ein großes gemeinsames Land- und Seemanöver in Nordostasien. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten scheint es also denkbar, dass die USA irgendwann vielleicht einen Zweifrontenkrieg führen müssen.

Im ersten Kalten Krieg erkannten US-Präsident Richard Nixon und sein Sicherheitsberater Henry Kissinger die Gelegenheit, die sich aus dem komplizierten Verhältnis zwischen China und der Sowjetunion für die USA ergab. Nixon reiste nach Peking, leitete die diplomatische An-



REUTERS

Chinesische Marinesoldaten: Mehr Kriegsschiffe als die USA

erkennung Chinas ein und verbesserte Amerikas strategische Position gegenüber Moskau nachhaltig.

Heute könnte diese Gelegenheit bei Peking liegen: Russland bietet sich als Partner gegen ein als feindselig wahrgenommenes Amerika an. Washington, so scheint es, braucht neue Verbündete, um der militärischen Herausforderung durch China zu begegnen.

Geopolitik: Amerika muss Platz machen

Zwei Tage bevor die meisten anderen Staats- und Regierungschefs Mitte November zum Gipfel der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (Apec) nach Port Moresby reisten, traf Chinas Präsident Xi Jinping in der Hauptstadt von Papua-Neuguinea ein. Die 21 Apec-Staaten repräsentieren rund 2,8 Milliarden Menschen und gut die Hälfte der Weltwirtschaftsleistung.

Xi war bereits vor den Vertretern der großen Apec-Staaten angekommen, um einen Sondergipfel mit den Regierungschefs von acht kleinen Pazifikstaaten abzuhalten, die eine riesige, strategisch zunehmend bedeutende Region vertreten. Das Gruppenbild danach zeigte Xi, von den acht anderen Politikern flankiert, ent-

spannt lächelnd – einen Mann, der das Treffen offenbar spielend dominierte.

Xis Auftritt in Port Moresby ist ein lehrreicher Beleg dafür, warum China das geopolitische Ringen um Einfluss am Pazifik für sich entscheiden könnte. In einer Region, die gut 70 Jahre lang eine unbestrittene Domäne Washingtons war, ist Peking binnen wenigen Jahren zum zentralen Player aufgestiegen. Auf Inselgruppen im Südpazifik, die US-Truppen im Zweiten Weltkrieg zum Teil der japanischen Besatzung entrissen hatten, baut heute China neue Häfen, Straßen und Umspannwerke. Es überschüttet die oft schwachen Regierungen mit Spenden und Krediten und schafft auf diese Weise wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten – ein Modell, das China auch in anderen Teilen der Welt anwendet, von Südostasien bis Afrika, von Lateinamerika bis Osteuropa.

Washington entgeht das nicht. »Die Sicherheit und der Wohlstand unserer Na-

»China ist da. Das ist eine Realität, Amerika und alle anderen sollten das zur Kenntnis nehmen.«

tion sind von dieser zentralen Region abhängig«, sagte US-Vizepräsident Pence kurz vor dem Apec-Gipfel. »Die USA werden weiterhin sicherstellen, dass alle Nationen, die großen und die kleinen, in einem freien und offenen Indopazifik blühren und gedeihen können.«

Aber erst spät begannen die USA gegenzuhalten. Zunächst hat Washington die Region symbolisch umbenannt, um seine neuen Prioritäten zu markieren. Statt vom »Pazifik« sprechen US-Politiker und -Militärs neuerdings vom »Indopazifik«. Damit deuten sie an, dass Amerikas strategische Ausrichtung über die Straße von Malakka hinausreicht und fortan auch Indien stärker miteinbezieht. Zusammen mit Australien und Japan bilden die vier Nationen einen losen Verbund, der sich »Quad« nennt und dessen Mitglieder der Argwohn gegenüber dem dominanten China eint.

Dann vollzog die Trump-Regierung, sonst staatlicher Entwicklungshilfe abgeneigt, eine bemerkenswerte Wende und richtete eine Bundesagentur für US-Investitionen in Entwicklungsländern ein. Mit 60 Milliarden Dollar ausgestattet, bleibt sie zwar weit hinter dem chinesischen Billionenprojekt der Neuen Seidenstraße zurück – aber genau gegen dieses Programm



WANG JIANNIU / XINHUA / EYEVINE / LAIF

Wirtschaftszentrum Shanghai: »China kämpft den Kampf von morgen«

ist die neue Initiative gerichtet. Amerika, so die Botschaft, ist bereit, es mit den Entwicklungskrediten aus Peking aufzunehmen.

Und schließlich verstärkt Washington seinen Einsatz für Staaten, die Chinas wachsende Übermacht besonders spüren. Das Pentagon hat seine Rüstungslieferungen an die Inselrepublik Taiwan forciert, die von Peking als abtrünnige Provinz betrachtet und regelmäßig mit Drohungen überzogen wird. Auch Staaten wie Vietnam oder Malaysia, die Territorialkonflikte mit China haben, erfreuen sich neuen Zuspruchs amerikanischer Diplomaten.

All diesen Bemühungen zum Trotz – der wichtigste Apec-Führer fehlte auf dem Gipfel in Port Moresby: US-Präsident Trump, der anders als Xi nur seinen Stellvertreter schickte.

Die Stunden, die Mike Pence mit den Pazifikführern verbrachte, könnten ihm allerdings klargemacht haben, wie nachhaltig sich die Machtverhältnisse in der Region verändert haben. Ausgerechnet Rodrigo Duterte, Präsident der Philippinen, des einst wohl engsten pazifischen US-Verbündeten, ließ ihn das spüren: Sein Land habe zwar immer noch ein militärisches Schutzbündnis mit den USA, doch China kontrolliere das Südchinesische Meer schon heute. »Es ist in ihren Händen. China ist da. Das ist eine Realität, und Amerika und alle anderen sollten das zur Kenntnis nehmen.«

Auch wenn es der umstrittene Präsident der Philippinen war, der das sagte – mit Chinas wachsendem Gewicht arrangieren

sich längst auch andere US-Verbündete in Asien: Südkoreas Präsident Moon Jae In führt die Détente mit Peking weiter – weil sich der Koreakonflikt ohne China nicht lösen lässt. Japans Ministerpräsident Shinzo Abe reiste im Oktober mit einer Delegation von mehr als tausend Unternehmern nach Peking – weil Japans Wirtschaft auf den chinesischen Markt angewiesen ist. Und so geht es fast allen Nachbarn: So sehr sie das neue China fürchten, so gern sie die alte Ordnung am Pazifik aufrecht erhalten würden – es gilt die Devise: »China ist da.«

Duterte hat recht. Mit dieser Wirklichkeit wird sich auch Amerika abfinden müssen, und das wird schwer. Denn anders als im Nahen Osten hatte die Ordnungsmacht USA am Pazifik eine historische Leistung vollbracht, neben dem Wiederaufbau Europas vielleicht eine ihrer erstaunlichsten überhaupt: Unter dem Schirm der US-Hegemonie wurden im Fernen Osten aus ehemaligen Kriegsgegnern Demokratien und aus Armenhäusern wohlhabende Länder – von Japan und Südkorea bis Taiwan, Malaysia, Thailand und Singapur. Selbst Vietnam, das Opfer des ersten Kalten Krieges, ist heute mit den USA befreundet.

Aber das ändert nichts daran, dass das erstarkte China in diesem Teil der Welt künftig eine andere, deutlich größere Rolle spielen wird. Das zu bestreiten wäre naiv. »Die Vereinigten Staaten«, schreibt der amerikanische Geostratege Robert Kaplan, »müssen zumindest etwas Platz machen für eine verstärkte Luft- und Seemacht Chinas.« Pekings Nachbarn brauchten die

Vereinigten Staaten, »aber als Gegengewicht zu China, nicht als seinen Feind«.

Dass Washington Peking zurückdrängen wolle, sagt der Sinologe und frühere australische Premier Kevin Rudd, sei eine »strukturell unvermeidliche Antwort« auf die chinesische Herausforderung. Doch bevor Amerika diesen Plan umsetze, müsse es eine Reihe unbeabsichtigter Folgen bedenken – »eine mögliche Eskalation, die vielleicht am Ende zu einem bewaffneten Konflikt führen könnte.«

Peking hat ein legitimes Interesse, sein gewachsenes wirtschaftliches Gewicht auch politisch und militärisch abzubilden. Für seine Größe kann China nichts, und seine Sicherheitsinteressen – auch die Sorge um sein nukleares Abschreckungspotenzial – zählen ebenso viel wie die der USA und ihrer Verbündeten.

Doch China, in seiner autokratischen Selbstherrlichkeit und von den aktuellen Krisen des Westens wie beflogelt, sollte sich nicht überschätzen. Es mag die zweitgrößte und demnächst die größte Wirtschaftsmacht der Erde sein, ehrgeizig und selbstbewusst.

Doch einen Krieg, selbst einen kalten Krieg, gegen den Westen würde es nicht überstehen. So wenig wie der Rest der Welt. Bernhard Zand

Video
Die unvermeidliche Konfrontation
spiegel.de/sp12019usa
oder in der App DER SPIEGEL



Chaos ist eine Leiter

Analyse Donald Trump will US-Truppen aus Syrien und Afghanistan zurückziehen.
Der Isolationismus des amerikanischen Präsidenten stärkt China und Russland.

Gut möglich, dass die ersten beiden Jahre von Donald Trump uns in der Rückschau bald relativ ruhig erscheinen könnten. Zunehmend gibt der US-Präsident seinem Bauchgefühl nach, das ihn meist in die Richtung von mehr Chaos und Zerstörung drängt, und immer weniger hört er auf die Berater, Strategen, Generäle, die ihn zeitweise einhegten. Das zeigt sich gerade innenpolitisch, wo Trump droht, die Regierung und einige Bundesbehörden so lange lahmzulegen, bis der Kongress für seinen im Wahlkampf versprochenen Grenzwall fünf Milliarden Dollar willigt – diese Auseinandersetzung kann die USA noch länger beschäftigen.

Die weit größeren Verwerfungen kündigen sich in der Außenpolitik an: Bereits vor Weihnachten verlor Trump mit Verteidigungsminister James Mattis sein letztes Kabinettsmitglied, das in der Vergangenheit seinen Drang zu außenpolitischen Blitzentscheidungen zu bändigen vermochte. Trump hatte schon seit einiger Zeit immer weniger auf Mattis gehört. Doch dem Minister blieb nur der Rücktritt, als Trump vergangene Woche plötzlich bekannt gab, die US-Truppen aus Syrien abzuziehen. Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur AP fällt Trump die Entscheidung spontan in einem Telefongespräch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Der brauchte keine große Überredungskunst: Trump will schon lange raus aus Syrien. Bisher hatten seine Generäle ihn allerdings stets zurückgehalten.

Die Entscheidung hat das Potenzial, den Krieg in Syrien erneut anzuheizen und den weitgehend zurückgedrängten »Islamischen Staat« wieder zu stärken. Schon bald werden die kurdischen YPG-Milizen wohl nicht mehr gegen den »Islamischen Staat« kämpfen, sondern gegen die türkische Armee. In türkischen Medien wurde bereits eine Offensive auf die Stadt Manbidsch angekündigt, die derzeit von den Kurden kontrolliert wird.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in Afghanistan. Laut Presseberichten will Trump die Hälfte der 14 000 Soldaten abziehen, die am Hindukusch stationiert sind – obwohl sich die Sicherheitslage im Land verschlechtert.

Was sich in all diesen Entscheidungen zeigt, ist Donald Trumps tiefes Desinteresse an der bisherigen Rolle der USA als Garant von Stabilität. Für ihn bietet sich militärisch daselbe Bild wie wirtschaftlich: Amerika wird in Trumps Augen von der Welt über den Tisch gezogen, gibt viel Geld aus, erhält aber wenig zurück. Das stimmt zwar nicht, die USA haben durch Bündnisse, durch die geltende internationale Ordnung ihre Dominanz abgesichert. Es ist aber tief in Trumps Weltbild verankert.

Zwar wollte schon sein Vorgänger Barack Obama die militärische Rolle der USA in der Welt verkleinern, nicht mehr so viele Lasten übernehmen, sich nicht überall einmischen. Diesen schleichenden Rückzug aus der globalen Verantwortung will Trump in einen ruckartigen verwandeln, und dafür stehen seine Entscheidungen rund um die Weihnachtsfeiertage. Die Leute um Obama bezeichneten dessen außenpolitischen Kurs in Abgrenzung zum Interventionismus eines George W. Bush als »Realismus«, Trump hingegen ist ein Isolationist. Die Kräfte, die sich ihm in der eigenen Regierung in den Weg gestellt haben, hat er abgeschüttelt. Das Gefährliche ist, dass er mittlerweile nur noch von Leuten der dritten und vierten Garde umgeben ist – und dass er selbst von Weltpolitik kaum Ahnung hat, nur Eingebungen.

Diese Eingebungen haben ihn schon veranlasst, einen Gipfel mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong Un abzuhalten, der Kim gewaltiges Prestige gebracht, aber Nordkoreas Drang zur nuklearen Raketenmacht kaum eingedämmt hat. Die gleichen Eingebungen haben Trump dazu verleitet, in Helsinki zusammen mit Vladimir Putin vor die Presse zu treten und die russische Einflussnahme auf die US-Wahlen zu dementieren. Diese Reinfälle haben nicht dazu geführt, dass Trump sich besser beraten ließe, sie haben seinen Hang zum abrupten Alleingang eher noch verstärkt.

Der »New York Times«-Kolumnist Thomas Friedman hat die Republikaner in dieser



Kurdische YPG-Kämpfer in der syrischen Provinz Hasaka

RODI SAID / REUTERS

Woche aufgefordert, Trump mit der Amtsenthebung zu drohen, wenn er sein »irres Verhalten« nicht ändere. Er selbst, so Friedman, sei bisher gegen eine Amtsenthebung gewesen, aber das Land könnte keine weiteren zwei Jahre Trump im selben Stil ertragen. Je weiter Sonderermittler Robert Mueller mit seinen Ermittlungen voranschreite, desto schlimmer werde sich Trump benehmen. Er destabilisiere die Märkte, das Land, die Welt.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Republikaner ihrem Präsidenten ein solches Ultimatum stellen, geht allerdings gegen null. Und der Achterbahnkurs der trumpschen Präsidentschaft wird sich wohl eher noch verschlimmern. Die Destabilisierung der Welt, die Trumps erratisches Verhalten mit sich bringt, hat allerdings auch Nutznießer: Der Rückzug Amerikas hilft jenen Mächten, die ihre eigenen Pläne für die Welt haben, dazu zählen vor allem China und Russland.

»Chaos ist eine Leiter«, sagt in der TV-Serie »Game of Thrones« der geniale Intrigant Petyr Baelish. Das ist in der Machtpolitik immer wahr: Das Versinken der US-Außenpolitik im Chaos bietet anderen Mächten Aufstiegsmöglichkeiten. Sie werden sie zu nutzen wissen. Mathieu von Rohr

Deutschland

Vermisst er Deutschland? »No, not at all«, antwortet er, ohne zu zögern. ► S. 42

Silvesterknaller

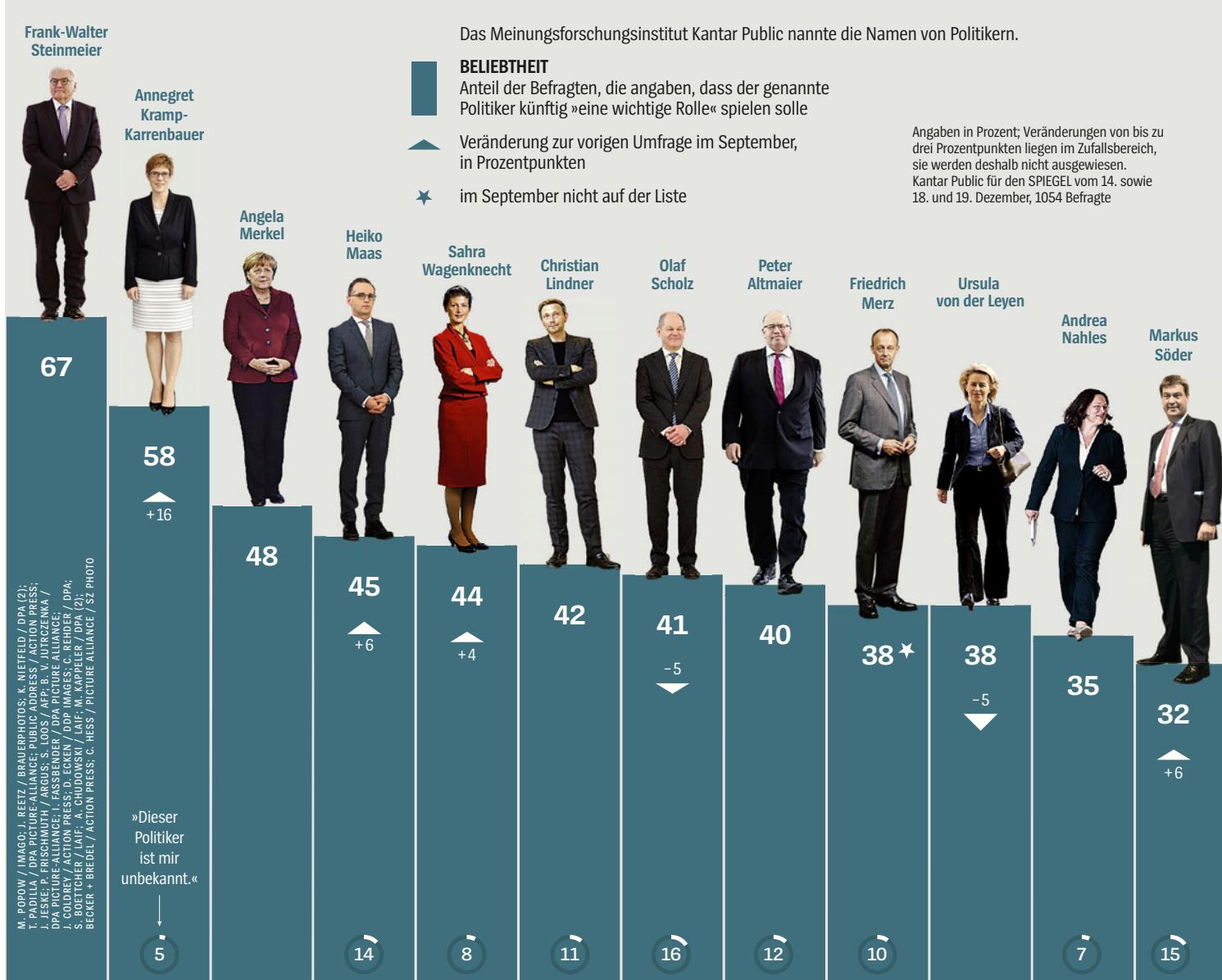
Klöckner gegen schärfere Regeln

- CDU-Vize Julia Klöckner lehnt den Vorstoß der Deutschen Umwelthilfe für schärfere Vorschriften gegen Silvesterböller ab. Die geltenden Regeln reichten aus, findet die Bundeslandwirtschaftsministerin.
»Dass es immer wieder Deppen gibt, die sich nicht daran halten, kommt leider auch in anderen Bereichen des Alltags vor«, sagt



A. HEIMKEN / PICTURE ALLIANCE / DPA
lich verhalten«. Die Umwelthilfe hatte gefordert, Feuerwerk aus Innenstädten mit hoher Feinstaubbelastung zu verbannen. Im vergangenen Jahr waren zwei Menschen durch Böller ums Leben gekommen; jedes Jahr werden Hunderte Menschen an Silvester teils schwer verletzt. »In einer freien Gesellschaft wird es immer um das Aussterben von Regeln und verantwortungsbewusster Freiheit gehen«, sagt Klöckner. Der Ansatz der Umwelthilfe sei »Bevormundung« und beeinträchtige das »Verantwortungsbewusstsein« der Bürger. AMA

Klöckner. Es könne nicht angehen, dass »diejenigen, die sich fehlverhalten, das Leben derer bestimmen, die sich ordent-



Islam

»Gute Idee, aber nicht umsetzbar«

Bülent Uçar, 41, Islamwissenschaftler und Mitglied der Deutschen Islam Konferenz, zu den Forderungen nach einer Moscheesteuer

SPIEGEL: Die Muslimin Seyran Ateş und Politiker der Großen Koalition fordern eine Moscheesteuer für Muslime. Was halten Sie davon?

Uçar: Die Idee an sich ist gut, weil muslimische Gemeinden dadurch unabhängig von Zuwendungen aus dem Ausland wären. Außerdem gäbe es eine größere Transparenz hinsichtlich der Mitgliederzahlen, denn die Gläubigen müssten sich beim Einwohnermeldeamt registrieren.

Die Forderung ist aber unrealistisch und zurzeit überhaupt nicht umsetzbar.

SPIEGEL: Wieso?

Uçar: Die allermeisten muslimischen Gemeinden in Deutschland sind nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt. Dieser Status ist aber die Grundvoraussetzung, um eine Moscheesteuer analog zur Kirchensteuer erheben zu können.

SPIEGEL: Woran liegt das?

Uçar: In manchen Fällen steht die mangelnde politische Unabhängigkeit im Weg. An Ditib etwa, dem größten Moscheeverband in Deutschland, gibt es immer wieder Kritik wegen seiner Nähe zur türkischen Regierung.

SPIEGEL: Wie stehen denn die Muslime in Deutschland zur Moscheesteuer?

Uçar: Ich erlebe ambivalente Reaktionen. Zwar sind sich alle einig, dass die Gemein-

den mehr finanzielle Unterstützung benötigen. Aber viele Muslime misstrauen dem deutschen Staat, sie haben Angst vor zu viel Bevormundung. Manche befürchten, die Bundesregierung wolle eine Religionsbehörde nach türkischem Vorbild einrichten.

SPIEGEL: Welche Finanzierungsmodelle außer einer Moscheesteuer wären denn noch denkbar?

Uçar: Man kann zum Beispiel über die Einrichtung einer Stiftung nachdenken. Anstatt eines großen Wurfs würde ich aber kleinere, parallel laufende Modelle bevorzugen. Die Integrationsarbeit in den muslimischen Gemeinden etwa sollte verstärkt staatlich gefördert werden. Und wir müssen in Deutschland endlich die Imam-Ausbildung ermöglichen, damit die Gemeinden nicht mehr auf ausländische Geistliche angewiesen sind. BHR

Umfrage

AKK überholt Merkel

● Die gewonnene Wahl zur neuen Parteivorsitzenden der CDU beschert Annegret Kramp-Karrenbauer hohe Sympathiewerte. Mit einem deutlichen Sprung um 16 Prozentpunkte gelangte sie in der Umfrage für die aktuelle SPIEGEL-Politikertreppe auf Platz zwei – mit großem Abstand vor Kanzlerin Merkel (Platz drei). Aber auch der CDU-Gesundheitsminister hat durch den Wahlkampf um den Parteivorsitz an Beliebtheit zugelegt: Jens Spahn hat 4 Prozentpunkte gutgemacht. In der Gunst der Befragten trennen ihn aber immer noch 7 Prozentpunkte von Friedrich Merz. Der Finanzexperte ist erstmals seit 2005 wieder auf der Politikertreppe vertreten. 38 Prozent der Befragten würden es begrüßen, wenn er künftig eine wichtige Rolle spielen.



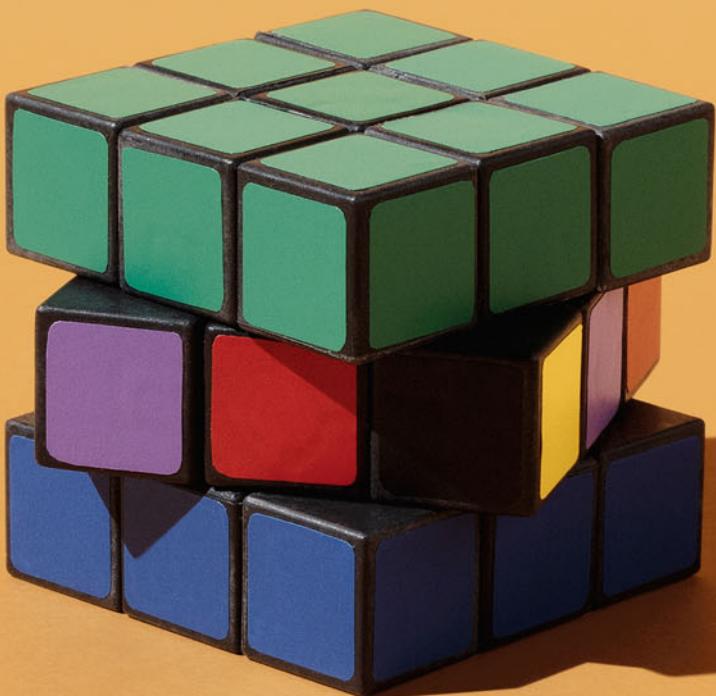
TOMA BABOVIC / LAIF

Bamf-Außenstelle Bremen

Bamf-Affäre

Neue Verdächtige in Bremen

● Die Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen in der Affäre um manipulierte Asylverfahren in der Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ausgeweitet. Neben der ehemaligen Amtsleiterin Ulrike B. ist eine zweite Bamf-Mitarbeiterin aus Bremen in den Fokus der Ermittler gerückt. Die Beamte soll daran beteiligt gewesen sein, zahlreiche Asylanträge durchzuwinken. Auf Anfrage wollte sie sich nicht äußern, die sechs bisher in der Affäre Beschuldigten bestreiten die Vorwürfe. Bei einer ersten Prüfung war die Interne Revision des Bundesamts in Nürnberg auf 601 fragwürdige Fälle der beiden Rechtsanwälte Irfan C. und Cahit T. gestoßen, mit denen Regierungsdirektorin Ulrike B. auch privat in Kontakt stand. Gegen die Juristen wird ebenfalls ermittelt. Eine zweite Prüfgruppe, die Tausende weitere Akten der Bremer Bamf-Niederlassung seit 2006 untersuchte, entdeckte 145 zusätzliche Verfahren, die mutmaßlich manipuliert wurden. GUD, WOW



Ende der Disruption?

Umbrüche Das Jahr 2018 war das turbulenteste in der deutschen Politik seit der Wiedervereinigung. CDU und SPD tauschten ihre Vorsitzenden aus, die Volksparteien schrumpften auf Tiefststände. Geht es so weiter? Oder gibt es ein Zurück zur alten Stabilität des politischen Systems?

Ich bin froh, dass es rum ist«, sagt Andrea Nahles in ihrem Vorsitzendenbüro im Willy-Brandt-Haus. Sie könne sich an kein vergleichbares Jahr in ihrer politischen Karriere erinnern. Die SPD ist in diesem Jahr zum Sinnbild der sterbenden Volkspartei geworden. Und niemand leidet unter diesem Trend mehr als ihre Chefin. »Das war der Wahnsinn«, sagt Nahles.

Drei Kilometer weiter sitzt Robert Habeck in einem Raum der Grünen-Partezentrale, der so auch in jeder Werbeagentur von Berlin-Mitte liegen könnte. Er könne sich nicht beklagen, sagt Habeck in seinem blauen Vintage-Strickpullover. Sicher, anstrengend sei es gewesen, aber es sei schon ziemlich gut gelaufen, dieses 2018.

Zwei Berliner Büros kurz vor Weihnachten, zwei Parteivorsitzende, zwei Bilanzen, die unterschiedlicher nicht ausfallen könnten. Der eine ist der große Gewinner in der deutschen Politik im Jahr 2018. Die andere die große Verliererin. Der eine profitiert vom Zerfall der alten Ordnung, von der schleichenden Auflösung des alten Partiensystems, vom Niedergang der Volksparteien. Für die andere ist dieser Prozess existenzbedrohend.

2018 war das vielleicht extremste Jahr in der deutschen Politik seit der Wiedervereinigung. Es hat Monate gedauert, bis nach dem Scheitern der Jamaikasondierungen eine neue Regierung gefunden wurde. Und dann erwies sich das Bündnis aus Union und SPD als Große Koalition der Unglücksraben. Alle drei Beteiligten, CDU, CSU wie SPD, fielen in den Umfragen auf historische Tiefstände. Und dann wechselten CDU und SPD binnen einem Jahr ihre Vorsitzenden aus. Im Januar folgt die CSU. Das hatte es zuvor nie gegeben in der Nachkriegsgeschichte. Mehr Disruption war selten in der deutschen Politik.

Am Beginn des Jahres 2019 steht nun die Frage, ob die Zeit des alten politischen Systems, fußend auf zwei starken, sich inhaltlich unterscheidenden Volksparteien, unwiederbringlich vorbei ist. Ob auch in

Deutschland jene Zerfaserung der Parteienschaft die Zukunft ist, wie sie Italien bereits erlebt hat, wo die Ausdifferenzierung eine Instabilität bis hin zur Unregierbarkeit mit sich gebracht hat.

Nie war Deutschland dem Ende der Volksparteien näher als im Oktober 2018, als die Union in Umfragen auf 25 Prozent sackte und die SPD auf 14 Prozent. Von Volksparteien konnte man in diesem Mo-

ment nicht mehr ernsthaft sprechen, weil der Begriff ein Mindestmaß an Größe voraussetzt.

Woran liegt es, dass sie, die der Republik lange Zeit eine wohlige Mischung aus Fortschritt und Stabilität garantierten, am Ende dieses Jahres dastehen wie gerupfte Hühner, nicht nur die SPD, die natürlich am gerupftesten ist, sondern auch CDU und CSU? Und gibt es Anzeichen, dass auf das Jahr der politischen Disruption nun ein Jahr der Stabilisierung folgt?

Wird 2018 als Jahr in Erinnerung bleiben, an dem das Ende der Volksparteien in Deutschland besiegelt wurde, das Ende eines Erfolgskonzepts, mit dem die Bundesrepublik fast sieben Jahrzehnte lang gut gefahren ist, weil die Stärke von Union und SPD dem Land eine politische Stabilität verlieh? Oder kann 2019 das Jahr der Rückbesinnung, der Stabilisierung werden?

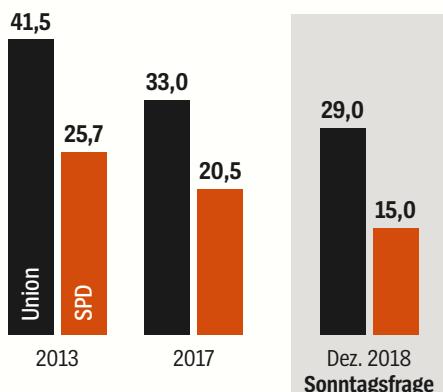
Es gibt zwei Meinungen über die Bedeutung von Volksparteien und deren Zukunft: die wehmütige und die kecke.

Andrea Nahles, die Wehmütige, glaubt, dass dem Land mit dem Verlust von Volksparteien weit mehr verloren ginge als ein Stück Tradition. Robert Habeck, der Kcke, sieht diesen Prozess ganz nüchtern. Die Zeit der traditionellen Volksparteien sei vorbei, sagt er. Die grundsätzliche Ausrichtung und Ansage der Volksparteien »Wir sind alle gemeinsam eins« verfehle die Lebenswirklichkeit der Menschen.

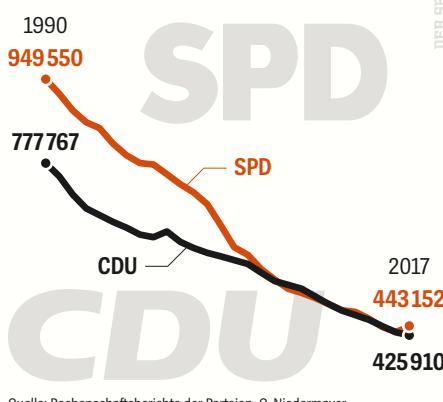
Hinter Nahles hängt ein dicker roter Boxhandschuh an der Schreibtischlampe. Davor steht ein schweres Kreuz auf der Platte. Ihr fallen beim Niedergang der Volksparteien nur Nachteile ein: Instabilität, Fragilität, Kurzfristigkeit. Sie beschreibt einen Automatismus, eine Spirale abwärts, die wie folgt funktioniert: Ohne große Parteien gibt es zwangsläufig immer mehr kleine Parteien, denen es immer schwerer fällt, eine stabile Regierung zu bilden. Diese Instabilität hinterlässt bei den Bürgern den Eindruck, dass »die oben« es nicht hinbekommen. Und am Ende ertönt dann der laute Ruf nach dem

Wählergunst

Zweitstimmenanteile bei Bundestagswahlen, in Prozent



Mitgliederzahlen



starken Mann, der autoritären Führungsfigur, dem Erlöser.

»Volkspartei oder starke Führungsfigur? Das ist in Wahrheit die Alternative«, sagt Nahles in ihrem Vorsitzendenbüro. Auch deshalb will sie dafür kämpfen, dass ihre SPD Volkspartei bleibt. Oder wieder wird. »Ob das realistisch ist unter den heutigen Bedingungen, das weiß ich nicht«, gesteht sie. Sie hat sich im vergangenen Jahr oft gefragt, ob ihrer Partei das gleiche Schicksal droht wie den Schwesterparteien in Frankreich oder den Niederlanden. Deren Niedergang ist bereits eine Stufe weiter fortgeschritten. Sie sind zu Kleinstparteien geschrumpft, bedeutungslos.

Die alte Bindewirkung der Volksparteien habe klar nachgelassen, sagt Habeck. Sie hätten eine geringere integrative Kraft. Als Parallele erinnert er an die Entwicklung des Fernsehens. Als Habeck 14 Jahre alt war, wurde das Privatfernsehen eingeführt. Das erhöhte zwar die Zahl der Sender, aber am nächsten Tag sprachen die Leute doch über die ein, zwei Sendungen am Vorabend, die man gesehen haben musste. In den Fünfzigerjahren sei das noch extremer gewesen. Heute könne man auf unzähligen Kanälen alles gucken, und zwar zu jeder Zeit. Es gebe nicht mehr das eine Ding, um das sich alles versammle.

»Es war nur eine Frage der Zeit«, sagt Habeck, »bis sich diese Entwicklung auch im Wahlverhalten der Menschen widerspiegelt.« Anders als Nahles erkennt Habeck Positives im Zerfallsprozess der Volksparteien und in der Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft. Der Wählermarkt sei in Bewegung, die Menschen wählen nicht mehr stur SPD oder CDU, sie seien offen für Argumente. Habeck sieht darin Chance und Ansporn. »Die Volatilität bedeutet auch: Es gibt eine faire Chance, Mehrheiten zu gewinnen.« Nein, Habeck würde den Volksparteien nicht nachtrauen, sollten sie weiter schrumpfen. »Der Verlust von alten Sicherheiten ist zugleich der Gewinn von neuen Möglichkeiten.«

Die Grünen haben zuletzt frühere CDU-Wähler für sich gewinnen können, vor allem aber SPD-Wähler aus dem aufgeklärten linksliberalen Milieu, dem Bildungsbürgertum. »Die SPD war die große Konsenskraft in der Bundesrepublik«, sagt Habeck. »Und wir brauchen eine starke Sozialdemokratie. Aber wenn ihre Integrationskraft schwindet, muss etwas anderes an ihre Stelle treten.«

Das mag stimmen. Aber ein bisschen kokettieren die Grünen mit ihrem Gerede, wonach Volksparteien nicht mehr zeitgemäß sind, auch mit dem weltweit grasierenden Anti-Establishment-Reflex. Es ist die politisch korrekte Version des amerikanischen Anti-Washington-Effekts, des »Drain the Swamp« (legt den Sumpf trocken). Indem man das Etablierte ab-

schreibt, in diesem Fall die Volkspartei, und sei es nur begrifflich, präsentiert man sich zugleich als etwas Neues, Frisches.

Kaum jemand hat dieses Spiel perfekter gespielt als Emmanuel Macron, dessen Bewegung »En Marche« auf ausgezehrte und zutiefst beschädigte Volksparteien traf und diese marginalisierte. Aber: Dass das Hoffen auf einen einzelnen, charismatischen Superstar und der Austausch etablierter und organisierter Parteien gegen lose Bewegungen nicht automatisch eine Verbesserung an Lebensqualität und Stabilität bringen, zeigt sich nicht erst seit den Protesten der Gelbwesten in Frankreich.

Andrea Nahles hat sich zuletzt viele Gedanken gemacht, warum es ihrer Partei (ebenso wie CDU und CSU) nicht mehr gelingt, größere Teile der Gesellschaft an sich zu binden.

Sie sieht zwei große gesellschaftliche Trends, einen kurz- und einen langfristigen. Der eine reicht zurück in die Achtzigerjahre, als kollektives Denken plötzlich uncool wurde und der Trend in Richtung Individualisierung und Selbstverwirklichung merklich anzug. »Ich bin ja ein Kind der Achtzigerjahre«, sagt Nahles. Als sie damals Abitur machte, waren gerade mal drei aus ihrer Stufe politisch engagiert. Einer bei der Jungen Union, einer bei den Grünen. Und sie selbst bei den Jusos. 90 Prozent ihrer Mitschüler konzentrierten sich auf ihre Karriere. Die meisten sehr erfolgreich. Nahles hatte vor Kurzem Abitreffen, da hörte sie viele berufliche Erfolgsgeschichten. »Dieser langfristige gesellschaftliche Trend ist spätestens jetzt in der Politik angekommen«, sagt Nahles. Verschärfend komme neuerdings hinzu, was sie die »Klickkultur« nennt. Viele Menschen hätten sich in den vergangenen Jahren daran gewöhnt, dass ihre Bedürfnisse unmittelbar befriedigt und ausgeführt würden. Ein Klick bei Amazon oder Zalando, und das gewünschte Produkt ist tags drauf an der Haustür.

»Die Erwartungshaltung der Leute hat sich verändert«, sagt Nahles. Sie beklagt einen »neuen Rigorismus«, eine »100-Prozent-Gewissheits-Rhetorik«. Auch diese Mentalität wirke gegen die Volksparteien: dass immer mehr Menschen ihre Wünsche und Ansichten kompromisslos umgesetzt sehen wollten.

Zum Konzept der Volksparteien gehört der Ausgleich. Sie wirken wie politische Schalldämpfer, weil Konflikte zunächst in den eigenen Reihen ausgetragen werden. Die Position am Ende dieses Ringens ist naturgemäß eine moderate, ein Kompromiss. Maximalforderungen lassen sich in kleineren Parteien, die Partikularinteressen vertreten, jedenfalls besser vertreten.

»Die Sehnsucht, in der Politik keine Kompromisse machen zu müssen, spiegelt den Rigorismus in der Gesellschaft«, sagt die SPD-Parteivorsitzende.

Wie Politik unter den Bedingungen des Rigorismus aussieht, konnte Nahles im vergangenen Jahr an der eigenen Jugendorganisation beobachten. Juso-Chef Kevin Kühnert bekommt auch deshalb so viel Aufmerksamkeit und Zuspruch, weil die Haltung der Jusos klar und rigoros ist, nicht so abwägend, ausbalancierend wie die der Parteführung. Das Bedürfnis nach Eindeutigkeit und Klarheit, das in der SPD mit jedem weiteren Monat Großer Koalition wächst, befriedigt Kühnert weitaus stärker. Und verstärkt so das Gefühl der Unzufriedenheit.

Und dann gibt es einen dritten Faktor, der beiden Volksparteien geschadet hat, der SPD früher, der CDU zeitversetzt: Angela Merkels Transformation der CDU zu einer quasi sozialdemokratischen Partei, deren neue, moderne bis beliebige Programmatik kaum noch Raum für Reibung zwischen Sozial- und Christdemokraten ließ. Insbesondere nicht unter den Zwängen einer gemeinsamen Koalition, der dritten, seit Merkel Kanzlerin ist.

Nahles schätzt Merkel in vielerlei Hinsicht. Aber sie kann wunderbar fluchen darüber, dass die Kanzlerin eine »auf Sozialdemokratie getrimmte CDU« geschaffen habe. »Merkels Kurs, die Sozialdemokratisierung der CDU, hat beide Volksparteien geschwächt.«

Merkels Strategie der asymmetrischen Demobilisierung ist im Jahr 2018 endgültig an ihr Ende gekommen. Es war eine Strategie, die darauf setzte, viele Themen und Anliegen des Hauptkonkurrenten zu übernehmen und jeden Anschein von Konflikt und Polarisierung zu vermeiden, damit potenzielle sozialdemokratische Wähler keinen dringlichen Anlass verspüren, für ihre Partei an die Urne zu gehen.

Wählerwanderung zu den Grünen*

Landtagswahl Bayern

SPD 200 000

CSU 170 000

Nichtwähler 140 000

FDP 10 000

Landtagswahl Hessen

SPD 104 000

CDU 99 000

FDP 3 000

Nichtwähler 2 000

* positive Wanderungssalden aus Sicht der Grünen;
Quelle: Infratest dimap



DENNIS WILLIAMS

Grünen-Chef Habeck: »Es gibt eine faire Chance, Mehrheiten zu gewinnen«



HC PLAMBECK

SPD-Vorsitzende Nahles: »Merkels Kurs hat beide Volksparteien geschwächt«

Was der Union kurzfristig Erfolge bescherkte, unter anderem ein Wahlergebnis von 41,5 Prozent bei der Bundestagswahl 2013, hatte gravierende Folgen für das deutsche Parteiensystem. Es begünstigte den Aufstieg der AfD. Und es ließ der SPD kaum noch Raum, sich als Alternative zu präsentieren.

Die CDU zahlt für diese Strategie langfristig ebenfalls einen Preis. Auch deswegen ist sie zuletzt so zusammengeschrumpft. Weil nach Jahren der latenten Positionslosigkeit viele Wähler, die ein größeres Bedürfnis nach Haltung und Positionen haben, nach rechts oder nach links abgewandert sind, zur AfD oder zu den Grünen, die vor allem in der Flüchtlingspolitik jeweils klar Position beziehen.

Nachdem Angela Merkel bekannt gegeben hatte, nach 18 Jahren im Amt nicht mehr für den Vorsitz der CDU zu kandidieren, offenbarte sich, dass die asymme-

trische Demobilisierung auch innerparteilich Auswirkungen hatte. Dass Friedrich Merz trotz einer ungeschickten Kandidatur auf fast allen Regionalkonferenzen die größte Unterstützung erhielt und bei der Wahl auf dem Parteitag nur hauchdünn die Mehrheit verfehlte, zeigt, wie groß das Bedürfnis nach einem Kurswechsel in der CDU ist.

Endgültig geklärt sind die Machtverhältnisse jedenfalls nicht, in keiner der Volksparteien. Welchen Veränderungsdruck Wahlen ausüben, hat das Umbruchjahr 2018 gezeigt. 2019 stehen ebenfalls bedeutende Wahlen an. Zunächst die Europawahl im Mai, dann folgen gleich drei Landtagswahlen in Ostdeutschland, in Brandenburg, Thüringen und Sachsen (siehe Seite 38).

Was geschieht, wenn Union und SPD bei der Europawahl drastisch verlieren, ist offen. In der SPD könnte nicht nur der Ruf nach der Absetzung von Nahles als Vorsitzender, sondern auch nach Verlassen

der Großen Koalition laut werden. Und in der CDU würden sich jene Kräfte erheben, die der Meinung sind, dass Merkel nun auch als Bundeskanzlerin abdanken solle und der Wechsel an der Parteispitze nicht ausreiche.

Sollte die Alternative für Deutschland in den neuen Bundesländern vor der CDU landen, könnte sogar erneut nach Friedrich Merz gerufen werden, der mit dem Kernversprechen kandidiert hatte, die AfD zu halbieren. Nicht nur Nahles glaubt, dass Merz und seine Unterstützer längst noch nicht resigniert haben. Seine öffentliche Bewerbung um ein Ministeramt deutet darauf hin.

Aber selbst wenn die Wahlen glimpflich ausgehen sollten, wird Annegret Kramp-Karrenbauer dem unterlegenen Merz-Flügel ihrer Partei inhaltliche Angebote machen und die CDU wieder konservativer und wirtschaftsliberaler positionieren müssen. Das aber hätte womöglich Folgen für die Regierung. In der SPD lauern unzählige Mitglieder und Funktionäre darauf, die Große Koalition endlich verlassen zu dürfen. Eine merzigere Union (wenn auch ohne Merz selbst) wird ihnen mehr Munition für die Forderung nach einem Ausstieg verschaffen.

Andrea Nahles hat sich am Ende dieses für ihre Partei so furchtbaren Jahres einen Rest an Optimismus bewahrt. Sie glaubt an eine Aufholjagd im neuen Jahr, sagt sie. Fürs Erste würde sie sich über 20 Prozent freuen, jenes Ergebnis von der letzten Bundestagswahl, das damals als dramatische Schlappe empfunden wurde und heute, gerade mal 15 Monate später, wie ein Traumergebnis wirkt. Bei der Europawahl im Mai hofft Nahles, einige der rot-grünen Wechselwähler von Habecks Grünen zurückholen zu können, vor allem weil sie glaubt, mit Katarina Barley die bessere Spitzenkandidatin zu haben.

Hinzu kommt: In den letzten Wochen des Jahres hat sich die Große Koalition halbwegs erwachsen verhalten, es gab keine Bösartigkeiten, keine Provokationen, kein präpubertäres Verhalten. Und sofort zogen die Umfragewerte der Union an, die der SPD zumindest leicht.

Ob das der Beginn eines neuen Trends ist, eines Retrotrends in der Politik? Ist es denkbar, dass die Bürger die Volksparteien noch einmal neu für sich entdecken? Dass sie erkennen, was sie einst an diesem etwas tragen und langweiligen Konstrukt hatten? Und dass etwas Neues nicht zwangsläufig etwas Besseres ist?

»Ich spüre einen Dreh in Richtung Stabilität«, sagt Nahles. Sie spielt diese Drehung nun mit den Händen in der Luft nach, ganz langsam, ganz behutsam, als könnte gleich wieder etwas zerbrechen.

Markus Feldenkirchen

DER RÜCKHALT FÜR ALLE, DIE NICHTS ZURÜCKHÄLT.

Wer mehr vom Leben erwartet, setzt auf die richtige Karte. Entdecken Sie alle Vorteile von American Express® unter: amex.de/kreditkarten

AMERICAN EXPRESS

D. BRANDT
MEMBER SINCE 12

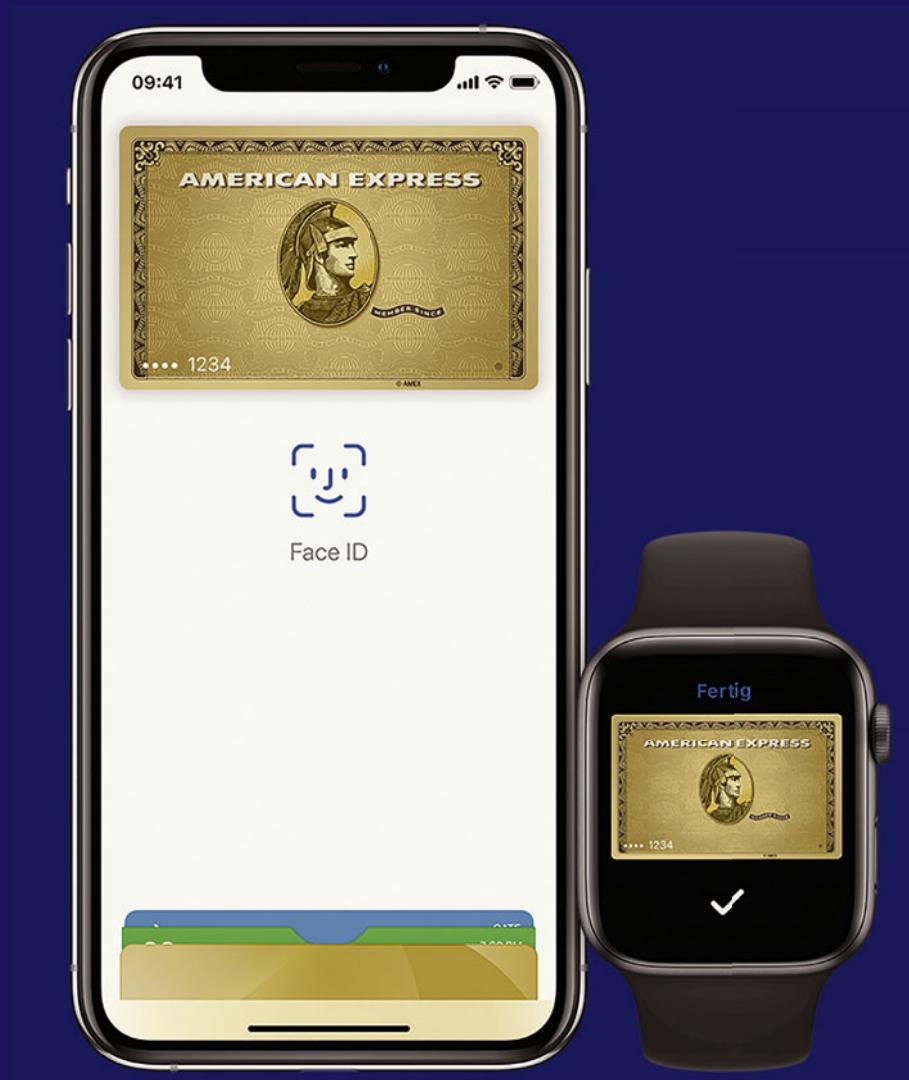


DON'T *live life* WITHOUT IT™

AMERICAN EXPRESS MIT APPLE PAY.

Einfach, schnell und sicher bezahlen.

amex.de/applepay



Apple Pay

»Ich käme nie auf die Idee, eine Frau mit ›Kollege‹ anzureden«



MATTHIAS JUNG / DER SPIEGEL

SPIEGEL-Gespräch Udo Di Fabio, 64, Staatsrechtsprofessor und ehemaliger Verfassungsrichter, über die Dominanz der Männer im Bundestag und die Frage, ob man der Gleichberechtigung per Gesetz zum Durchbruch verhelfen sollte

SPIEGEL: Herr Professor, der Frauenanteil im Bundestag ist von 37 auf 31 Prozent gesunken, das ist der niedrigste Anteil seit 20 Jahren, ungefähr so hoch wie im Sudan.

Di Fabio: Das wirkt wie ein Skandal und ein gesellschaftspolitischer Rückschritt. Aber man muss genau hinsehen. Wenn man den Frauenanteil der im Bundestag vertretenen Parteien betrachtet, vor allem bei der AfD, aber auch bei der FDP oder CDU/CSU, dann ist diese Zahl auch eine repräsentative Größe.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Di Fabio: Die AfD hat bei ihren Mitgliedern einen Frauenanteil von rund 17 Prozent. Bei den Grünen sind es fast 40. Da nun die AfD als drittstärkste Kraft in den Bundestag eingezogen ist, mussten sich die Proportionen verschieben. Parteien mit wenigen Frauen entsenden weniger Mandatsträgerinnen.

SPIEGEL: Aus Ihrer Sicht genügt es also, wenn der Bundestag das Geschlechterverhältnis in den Parteien treffend abbildet, aber nicht die Bevölkerung insgesamt?

Di Fabio: Das Grundgesetz kennt keine auf Gruppen bezogene paritätische Bevölkerungsrepräsentation. Aber was sich in den Parteien in Freiheit als Willen bildet – und das beginnt mit der Freiheit, in einer Partei einzutreten –, hat Gewicht. Parteien haben eine herausgehobene Stellung im Grundgesetz, weil sie der Transmissionsriemen für die politische Willensbildung sind. Sie schlagen quasi eine Brücke von unserer freiheitlich organisierten Gesellschaft in den politischen Raum.

SPIEGEL: Trotzdem: Ist es aus verfassungsrechtlicher Sicht vertretbar, dass die Hälfte der Wählerschaft im Parlament nur einen Minderheitenstatus hat?

Di Fabio: Der Bundestag muss nicht Bevölkerungsgruppen paritätisch abbilden wie eine Ständeversammlung, das ist dem modernen Parlamentarismus fremd. Da auch Parteien kein Geschlecht oder eine soziale Gruppe ausschließen dürfen, muss man hier fragen, warum Frauen zögern, in eine Partei einzutreten.

SPIEGEL: Bundesjustizministerin Katarina Barley denkt über ein Paritätsgesetz nach. Die Parteien sollen etwa dazu verpflichtet werden, mehr Frauen auf ihre Listen zu setzen. Was halten Sie davon?

Di Fabio: Ich habe Zweifel, dass diese Idee mit unseren Wahlrechtsgrundsätzen und mit der Freiheit der Parteien vereinbar wäre. Die Verfassung kennt nur eine einzige Bezugsgröße für Wahlen, nämlich das Volk – die Gesamtheit aller Wahlberechtigten. Kein anderer Faktor spielt eine Rolle, nicht die Ethnie, nicht die soziale Schicht und auch nicht das Geschlecht. Diese Formalität hat für mich etwas Beruhigendes, geradezu Unantastbares. Jeden Versuch, das Wahlvolk in Gruppen zu tei-

len, die irgendwie gefördert oder gebremst werden sollten, halte ich für bedenklich.

SPIEGEL: Wo sehen Sie die Gefahr?

Di Fabio: Wenn die Wahl zum Bundestag an die Zugehörigkeit zu der Gruppe der Frauen oder Männer geknüpft wird, dann wird es bei dieser einen Gruppenbildung womöglich nicht bleiben. Dann käme sofort die Frage auf, ob die Wahl auch für andere Fälle wie eingebürgerte Migranten, junge Menschen, Senioren gerecht ist. Unser formalisiertes Wahlrecht mit Grundsätzen der Allgemeinheit und Gleichheit der Wahl will solche »Gerechtigkeitsfragen« ausschließen, die im Denkmuster der Gruppenpolitik nie begrenzbar bleiben.

SPIEGEL: Artikel 3 des Grundgesetzes misst der Gleichberechtigung von Frauen gegenüber anderen Gruppen eine besondere Bedeutung bei. Er verpflichtet den Staat explizit, darauf hinzuwirken, dass Nachteile für Frauen beseitigt werden.

Di Fabio: Dieser Teil des Gleichheitssatzes will die Chancengleichheit der Geschlechter fördern, aber nicht bestimmte Ergebnisse vorschreiben. Auf das Wahlrecht

Programm noch an das Personal einer Partei knüpfen. Aber es gibt eine bessere Idee, wie man mehr Frauen ins Parlament bringen könnte.

SPIEGEL: Wir sind gespannt!

Di Fabio: Das Wahlgesetz könnte vorschreiben, dass die Parteien für Direktmandate immer zwei Nominierungen aufstellen müssen, einen Mann und eine Frau. So wären weder die Parteien in der Kandidatenauswahl eingeschränkt, noch wäre die Wahlfreiheit der Wähler beeinträchtigt.

SPIEGEL: Eine reizvolle Idee, allerdings gewinnen die Kandidaten kleiner Parteien selten Direktmandate. Und viele Politikerinnen berichten, dass sie bei der Listenaufstellung systematisch von Männerbünden benachteiligt werden.

Di Fabio: Auch Frauen können Netzwerke bilden. Und das mutmaßliche Netzwerk der Männer in der CDU-Führung gegen Angela Merkel war wenig wirksam. Die geäußerten Erfahrungen muss man ernst nehmen, aber manches ist auch vereinfachte Zurechnung.

SPIEGEL: Es gibt schon Forschung dazu, wie Männer und Frauen sich Netzwerke schaffen und welche strukturellen Nachteile etwa Mütter dabei haben.

Di Fabio: Ich will nicht bestreiten, dass die Strukturen in Parteien von Männern geprägt sind und dass vielleicht nicht nur eine Partei wie die AfD mit ihrer maskulinen Aura Frauen abschreckt. Aber diese Nachteile könnte der Staat nur durch massive Eingriffe in die inneren Abläufe der Parteien korrigieren, und dagegen steht das Prinzip innerparteilicher Selbstbestimmung. Erziehung und Bildung sollten stattdessen die Bereitschaft von Frauen fördern, sich in Parteien zu engagieren.

SPIEGEL: Denken Sie, dass Frauen sich weniger für Politik interessieren?

Di Fabio: Es gibt vermutlich geschlechtspezifische Schwerpunkte der Aufmerksamkeit, die diesen Eindruck nahelegen. Bei politischen oder geschichtlichen Themen sind Studentinnen auf den ersten Blick weniger engagiert. Aber das kann täuschen, weil dahinter oft nur andere Sichtweisen stehen, die nicht besser oder schlechter sind. Vielleicht lösen auch »brünnstige« Spiele der Macht Desinteresse aus.

SPIEGEL: Was, glauben Sie, ist der Grund für dieses Desinteresse an Politik?

Di Fabio: Man kann endlos darüber streiten, ob das strukturelle Gründe hat oder mit der Mentalität der Menschen zu tun hat, das führt zu keinem Ergebnis. Aber man kann etwas dagegen tun: Politische Bildung sollte wieder besser vermittelt werden, nicht als Moralkatechismus, sondern als Respekt- und Regelsystem, so wie in den Sechzigerjahren mit der Gemeinschaftskunde, die Staatsbürgerkunde war.

SPIEGEL: Staatsbürger*innenkunde.

Frauen im Deutschen Bundestag*

Anteil in Prozent



* zu Beginn der Wahlperiode

Quelle: Deutscher Bundestag

übertragen, verpflichtet dieses Ziel des Grundgesetzes den Staat, alles zu tun, um Frauen einen ungehinderten Zugang zu Parteien zu ermöglichen – aber nicht eine Mindestzahl an Plätzen im Parlament zu reservieren. Fördermaßnahmen zur Gleichstellung sind etwas anderes als zwangsweise Regelungen.

SPIEGEL: Ministerin Barley denkt an eine Regelung wie in Frankreich, bei der die Parteien nominieren können, wen sie wollen. Aber wenn sie zu wenige Frauen aufstellen, gibt es weniger staatliche Gelder.

Di Fabio: In der französischen Nationalversammlung lag der Frauenanteil 2012 bei 27 Prozent, also noch niedriger als im Bundestag. Jetzt ist er auf 39 Prozent gestiegen, aber nicht durch Quotenvorgaben, sondern durch Macrons Bewegung »En Marche!«. Das zeigt, dass nicht die staatlichen Maßnahmen entscheidend sind.

SPIEGEL: Finanzielle Einbußen wären ein vergleichsweise kleiner Eingriff.

Di Fabio: Aus meiner Sicht wären solche Bußen eine Verletzung der Chancengleichheit der Parteien. Der Staat darf Zahlungen oder Finanzsanktionen weder an das

Di Fabio: Von mir aus. Vielleicht sollte man dort junge Mädchen besonders ansprechen und ihnen sagen: Es ist eure Entscheidung. Geht hinein in Parteien, und haltet euch nicht zu lange mit der Klage auf, dass dort alles so männlich ist. Ändert es, indem ihr dabei seid!

SPIEGEL: Viele Frauen sind frustriert, weil es nach Jahrzehnten des mühsam erkämpften Fortschritts neue Rückschritte gibt. Es gibt eine neue offene Frauenverachtung, wie sie etwa der US-Präsident und Brasiliens neuer Präsident gezeigt haben. Woher kommt diese Verachtung?

Di Fabio: Für ein so überraschendes Phänomen wie Trump sind nicht nur die Tea Party und verbohrte Republikaner verantwortlich, sondern auch die liberale Linke. Sie wollte die Gesellschaft mit oft gut gemeinten, aber eben manchmal elitär anmutenden Unterscheidungen und Sprachregelungen in Richtung einer positiven Utopie lenken. Aber das ist nicht wirklich liberal und kann unerwartete Gegenreaktionen auslösen. Wer allzu verbissen nach Mikroaggressionen fahndet, erntet womöglich eine Makroaggression wie Trump.

SPIEGEL: Die Demokraten sind schuld an Trump, die Feministinnen am Frauenhass?

Di Fabio: Nein, so simpel ist die Welt nicht. Aber Hillary Clinton hat kürzlich eine Mitverantwortung eingeräumt, weil manche überakzentuierte Idee diverser Gesellschaftstransformation die konkreten Lebenslagen der Wähler missachtet. Auch eine ideell oder makroökonomisch »richtige« Politik kann zu Protesten wie denen der Gelbwesten führen. Zur Spaltung westlicher Gesellschaften trägt zudem die wechselseitige Überzeugung bei, dass nur die andere Seite schuld an der Spaltung sei.

SPIEGEL: Haben die Rechtspopulisten nicht gerade deshalb Zulauf, weil das von Ihnen kritisierte Gruppendenken lange vernachlässigt worden ist? Jeden Menschen treibt das Bedürfnis, sich einer Gruppe zugehörig zu fühlen. Dieser Drang scheint im Grundgesetz oder in Ihrem Menschenbild zu fehlen.

Di Fabio: Ich bin auch der Meinung, dass zwischen dem Staat und dem Einzelnen noch etwas Bedeutsames ist. Das Grundgesetz ignoriert das auch nicht, es stellt Ehe und Familie unter besonderen Schutz, räumt Glaubensgemeinschaften einen besonderen Status ein, gibt den Koalitionen im Wirtschaftsleben Tarifautonomie. Und wenn Frauen sich als Geschlechtsgemeinschaft definieren, ist das ihre freie Entscheidung. Die Frage ist, ob eine politisch betonte Gruppenidentität mit staatlichem Zwang auch für alle verbindlich gemacht werden darf.

SPIEGEL: Wie fänden Sie es, wenn an der Universität Bonn alle Professoren als Professor*innen angesprochen würden?



MATTHIAS JUNG / DER SPIEGEL

Di Fabio, SPIEGEL-Redakteurinnen*

»Man kann natürlich Mörderinnen sagen«

Di Fabio: Titel werden ohnehin kaum noch als Anrede genutzt, insofern gibt es Wichtigeres. Die persönliche Ansprache hat etwas mit Respekt vor dem individuellen Selbstbestimmungsanspruch zu tun. Ich möchte gern als Mann wahrgenommen werden und käme nie auf die Idee, eine Frau mit »Kollege« anzureden.

SPIEGEL: Frauen werden seit Jahrzehnten mit dem generischen Maskulinum angeprochen. Was spricht dagegen, grundsätzlich die weibliche Form mit zu nennen?

Di Fabio: Nichts. Wer sprachästhetisch sensibel ist, stört sich allenfalls an einer umständlichen Sprache.

SPIEGEL: Man könnte aus sprachästhetischen Gründen ja mal ein paar Jahrzehnte auf die männliche Form verzichten. Die Männer wären dann auch mitgemeint.

Di Fabio: Man kann natürlich auch Verbrecherinnen sagen oder Mörderinnen. Und für die Durchsetzung der neuen Sprachregelungen an Brennpunktschulen wünsche ich gutes Gelingen. Im Ernst: Ich verstehe, dass Frauen repräsentiert sein möchten, wenn von Allgemeinheiten gesprochen wird. Dennoch möchte ich nicht bevormundet werden, mich in jeder Redewendung geschlechtsneutral auszudrücken. Gibt es nicht viel Wichtigeres, wenn in manchen Schulen und im öffentlichen Raum die Herabsetzung von Frauen zum Alltag wird oder unsere Rechtsordnung schwankt, ob Ehen mit 14-jährigen Mädchen anerkannt werden sollten?

SPIEGEL: In Ihrem Buch »Kultur der Freiheit« von 2005 äußern Sie sich kritisch zur Gleichheit der Geschlechter. Sie verweisen darauf, dass der Frau von Natur aus eine andere Rolle zukommt als dem Mann.

Di Fabio: Ich wende mich nicht gegen das längst überfällige Aufbrechen antiquierter Rollenverständnisse, aber ich werbe dafür, dass man spielerisch mit den neuen Möglichkeiten umgeht und daraus keinen Kultukampf macht.

SPIEGEL: Ist die traditionelle Familie mit der Frau als Mutter für Sie ein Leitbild?

Di Fabio: Die Familie bleibt ein Leitbild, auch die Ehe. Ob allerdings der Vater die neue Mutter ist oder die Mutter das Geld nach Hause bringt, darauf kommt es eben-

so wenig an wie auf die Geschlechterverschiedenheit bei der Ehe. Die Substanz der Institution liegt im Sinn von dauerhafter Bindung und frei begründeter Gemeinschaft. Lebensglück können viele Lebensentwürfe stiften, aber eine Gesellschaft darf schon dafür werben, dass Kinder Segen und Zukunft sind.

SPIEGEL: Erschreckt es Sie, dass Ihr Leitbild dem der AfD ähnlich ist?

Di Fabio: Keine Ahnung. Wenn die AfD sagt, dass die Erde eine Kugel ist, muss ich dann sagen, sie sei eine Scheibe? Man sollte jedenfalls nicht verkrampt für androgyn Verhältnisse werben, wo ein Mann kein Mann mehr sein darf und eine Frau keine Frau. Nutzen wir doch die Freiheit, dass jeder seinen Lebensentwurf ausprobieren und seine Rolle in einer Beziehung gemeinsam bestimmen kann.

SPIEGEL: Klingt leicht, aber sogar in Liebesbeziehungen fällt es Männern schwer, locker mit Machtverlust umzugehen.

Di Fabio: Ja, das ist wahr. Aber Liebe ist nicht nur Macht. Und Machtausübung durch Frauen soll es auch geben. In Führungspositionen werden Mann und Frau zu robustem Verhalten geradezu erzogen. Wer davon geträumt hat, Frauen würden instrumentelle Interessendurchsetzung des Machismo durch sanfte kooperative Formen ersetzen, hat womöglich auch Enttäuschungen erlitten.

SPIEGEL: Das klingt, als wären Sie auch schon von Frauen enttäuscht worden?

Di Fabio: Frauen können genauso großartig und genauso berechnend oder intrigant sein wie Männer. Das überrascht nicht. Ich bin ja kein Anhänger des Gruppendenkens, sondern einer Verfassungsordnung, die den Einzelnen in seinem Tun beurteilt.

SPIEGEL: Welche Rolle spielten Geschlechterklischees etwa bei der Wahl um den CDU-Bundesvorsitz zwischen Friedrich Merz und Annegret Kramp-Karrenbauer?

Di Fabio: Ich habe mit einigen weiblichen Delegierten gesprochen, für die nichts anderes infrage kam, als Kramp-Karrenbauer zu wählen, weil sie eine Frau ist. Vermutlich gab es auch Männer, die endlich wieder einen Mann an der Spitze wollten. Das halte ich für erschreckend unpolitisch.

SPIEGEL: Diese Frauen folgen nur Ihrem Rat: Wer Frauen will, soll Frauen wählen.

Di Fabio: Und Männer wählen nur Männer? Gott sei Dank müssen doch eine ganze Reihe von Männern die neue CDU-Chefin gewählt haben. Man sollte das Risiko nicht unterschätzen, dass mit geschlechtsparitätischem Denken Unterschiede zementiert werden, anstatt die Normalität einer Vorsitzenden oder Kanzlerin als Frucht der Emanzipation zu würdigen.

SPIEGEL: Herr Professor, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Melanie Amann und Christiane Hoffmann in seinem Institut in Bonn.

Gute Zeiten, **GUTE TARIFE**

ab 429 €

Machen Sie 2019 noch besser.

Mit unseren besonders attraktiven Tarifen, erstklassigem Service, Gourmet-Küche und über 3.500 Unterhaltungskanälen können Sie jetzt endlich den Trip machen, von dem Sie schon immer geträumt haben. Buchen Sie bis 15. Januar und reisen Sie bis 30. November 2019.

DESTINATION	ECONOMY CLASS AB*	BUSINESS CLASS AB*
Dubai	429 €	1.949 €
Bangkok	499 €	2.149 €
Colombo	519 €	2.649 €
Kapstadt	599 €	2.229 €
Mauritius	699 €	2.699 €
Sydney	999 €	3.999 €

FLY BETTER


Emirates

Auf der Lauer

Union CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt ist einer der politischen Verlierer des Jahres.

Die Verluste bei der bayerischen Landtagswahl werden von vielen in der Partei auch ihm angelastet. Seither gibt er sich zahm, aber ist die neue Sanfttheit echt? Von Ralf Neukirch

Der Mann, der in liberalen Kreisen so verachtet wird wie kein zweiter Politiker der Großen Koalition, steigt als einer der Letzten ins Flugzeug nach Berlin. Er setzt sich ans Fenster in der ersten Reihe, rückt sein weißes Einstekktuch zurecht und hängt sein Jackett an einen Haken. Dann lehnt er sich im Sitz zurück und reibt sich die Hände. Alexander Dobrindt macht einen rundum zufriedenen Eindruck.

Es läuft gut, zumindest heute. Der CSU-Vorstand hat Horst Seehofer würdig als Parteichef verabschiedet, sein designierter Nachfolger Markus Söder fand die richtigen Worte. Dobrindt hatte oft genug Grund, sich zu ärgern, wenn er montags von München nach Berlin flog. Diesmal gibt es keinen Anlass zur Klage.

Wer Dobrindt in diesen Tagen begleitet, kann den Eindruck bekommen, ihn habe mit seinen 48 Jahren bereits eine Form der Altersmilde befallen. Nicht nur über Söder spricht er positiv, auch für die Kanzlerin, den Fraktionschef und die neue CDU-Vorsitzende hat Dobrindt Lob übrig. Über das Migrationsproblem, darauf weist er ausdrücklich hin, hat er schon länger nicht mehr gesprochen.

Zumindest nicht so, wie man es von ihm gewohnt ist. Als Gesundheitsminister Jens Spahn im November noch Verständnis für die Kritik am Migrationspakt der Vereinten Nationen äußerte, sprach sich Dobrindt für das Regelwerk aus und warnte vor den »Falschbehauptungen der Rechtsaußen-Panikmacher«. Ausgerechnet Dobrindt, dem die »Zeit« zu Jahresbeginn »hohe intellektuelle Verkommenheit« attestiert hatte.

Dobrindts Wandlung vom Provokateur zum Konsenspolitiker hat vermutlich weniger damit zu tun, dass er seinen Seelenfrieden gefunden hätte. Die vergangenen Monate sind nicht gut gelaufen für den Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag. Dass Dobrindt sich gemäßigter gibt, ist vor allem Selbstschutz.

In den eigenen Reihen wird er für seinen harten Kurs in der Flüchtlingsfrage angegangen. Auf der Beliebtheitsskala Angela Merkels steht Dobrindt ganz unten, knapp vor Friedrich Merz. Seine Kritiker werfen ihm vor, dass der von ihm angeführte Streit um Zurückweisungen an der Grenze die Union im Sommer an den Rand der

Spaltung gebracht habe. Das schlechte Ergebnis bei der bayerischen Landtagswahl führen viele in der Partei auch auf Dobrindts aggressives Auftreten zurück.

Zugleich schrumpft die Zahl seiner Verbündeten. Horst Seehofer, der ihn förderte, wird im Januar als Parteichef abgelöst. Verkehrsminister Andreas Scheuer, ein langjähriger Vertrauter, kämpft in der Dieselkrise um seine Reputation. Dafür steigen die Widersacher auf: Der bayerische Ministerpräsident Söder übernimmt bald auch den CSU-Vorsitz. Der stellvertretende Parteichef Manfred Weber wird Spitzenkandidat des konservativen Parteienbündnisses EVP bei der Europawahl.

Wie stark Dobrindts Ansehen gesunken ist, ließ sich nach der Ankündigung Seehofers, als Parteivorsitzender zurückzutreten, beobachten. Vor einem Jahr galt Dobrindt neben Söder noch als aussichtsreichster Anwärter auf den Posten des Parteichefs. Als die Frage im Oktober akut wurde, sprach die Partei nur noch über Söder und Weber. Dobrindt wurde nicht mehr ernsthaft als Kandidat genannt.

Auftritte wie im Sommer, als er im SPIEGEL einen Bruch der jahrzehntealten Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU nicht ausschloss, kann er sich zurzeit nicht erlauben. Die Frage ist, wie ernst der Wandel gemeint ist. Hat sich Dobrindts Haltung geändert, oder ist die neue Sanftmut taktisch bedingt? Liegt der wahre Dobrindt nur auf der Lauer?

Ein Abend in Dobrindts Büro im Berliner Jakob-Kaiser-Haus. Es gibt Schnittchen mit Garnelen und luftgetrocknetem Schinken. Dobrindt röhrt während des zweieinhalbstündigen Gesprächs nichts an.

Provokation gehört für ihn nicht nur zum politischen Geschäft, sie macht dessen Wesen aus.

Früher habe er sich mit Essen belohnt, sagt er. Er trug Konfektionsgröße 56 und war auf dem Wege, ein Wiedergänger von Franz Josef Strauß zu werden.

Vor sieben Jahren traf er eine Entscheidung. Er stellte seine Ernährung um, kaufte sich schmal geschnittene Sakkos und eine modische schwarze Brille. Heute trägt



Politiker Dobrindt
Am rechten Rand des demokratischen Spektrums

SEBASTIAN ART

er Anzüge in Größe 48. »Das ist ein ganz einfacher psychologischer Mechanismus«, sagt Dobrindt. »Du musst das nur einmal im Kopf umdrehen und sagen: Ich stehe superzufrieden auf, wenn ich nichts von alledem gegessen habe. Dann ist das die Belohnung.«

Dobrindt ist kein Instinktpolitiker wie Seehofer. Er dreht alles im Kopf um, nicht nur die Nahrungsaufnahme. Politische Positionen kommen bei ihm nicht aus dem Bauch, sondern sind das Ergebnis rationaler Prozesse. Als Seehofer während der Flüchtlingskrise von der »Herrschaft des Unrechts« sprach, ließ er sich von der Stimmung des Augenblicks mitreißen. Wenn

Dobrindt fordert, an der deutschen Grenze müsse wieder »geltendes Recht ohne Abstriche« angewendet werden, ist das eine kalkulierte Provokation.

Es ist diese Kälte, die viele, auch in den eigenen Reihen, abschreckt. Bei den Jamaikaverhandlungen mit FDP und Grünen sei die Temperatur immer um ein paar Grad gefallen, wenn Dobrindt den Raum betreten habe, sagt ein CDU-Ministerpräsident, der bei den Verhandlungen dabei war. »Er kann auf Knopfdruck den Kotzbrocken raushängen lassen, auch uns gegenüber.« Das Problem, zu sehr geliebt werden zu wollen, hat Dobrindt nicht.

Dabei ist er vielschichtiger, als sein öffentliches Bild vermuten lässt. Im persönlichen Gespräch argumentiert er zurück-

war ein Thema, bei dem eine Verständigung zwischen CDU und CSU nicht mehr möglich schien. Zusammen mit dem damaligen Kanzleramtschef Peter Altmaier bekam Dobrindt doch eine Einigung hin. Das hätte ihm niemand zugetraut. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Seehofer wollten sich vor der Wahl nicht mehr einigen.

Dobrindt hat vor einigen Monaten im SPIEGEL eine Reportage über den österreichischen Popstar Andreas Gabalier gelesen. Der besingt Männer, die »mit der Motorsäge im Wald stehen«, oder ein eisernes Kreuz, »das am höchsten Gipfel steht und selbst dem allerstärksten Sturmwind widersteht«.

Es ist nicht ganz klar, ob das nur Kitsch oder schon rechts ist, aber Gabalier füllt

ral. »Sonst hätte die Gegend nicht von jeder eine so große Anziehungskraft auf Künstler wie Gabriele Münter oder Wassily Kandinsky gehabt«, sagt er. »Hier gibt es eine hohe Liberalität.«

Dass ausgerechnet Dobrindt die hohe Liberalität hervorhebt, erstaunt dann doch. Hat man ihm unrecht getan? Als besonders liberal ist er bislang nicht aufgefallen. An Liberalität herrsche auch in der Union ja nun kein Mangel, sagt Dobrindt. »Woran es mangelt, das ist die Argumentation des Konservativen.« Es ist ein typischer Dobrindt-Gedanke. Er hat eine politische Lücke identifiziert, und die versucht er nun zu füllen.

Der »Argumentation des Konservativen« widmet sich Dobrindt seit Jahren hingebungsvoll. Als junger Abgeordneter wandte er sich gegen Versuche, die Familienpolitik der CSU zu modernisieren. Singlehaushalte oder Patchworkfamilien spiegelten nicht »die tatsächliche Lebenssehnsucht vieler Menschen wider«, hieß es in einem Aufruf, den er mitinitiierte. Das traditionelle Familienbild müsse »als unverrückbares politisches Leitbild in der CSU« aufrechterhalten werden.

Anfang 2018 hat er in der »Welt« ein politisches Manifest mit dem Titel »Für eine bürgerliche Wende« veröffentlicht. Es war ein ziemlich plattes Pamphlet, weit unter seinem Niveau. Für Aufregung sorgte seine Forderung nach einer konservativen Revolution. Diese sei verfehlt »und nimmt nur in missglückter Form Anleihe an einen Kampfbegriff gegen die Demokratie in der Weimarer Republik«, urteilte selbst der CSU-Ehrenvorsitzende Theo Waigel.

Bei einem Interview über seinen Text mit Marietta Slomka im ZDF-»heute journal« machte Dobrindt eine schlechte Figur, aber das focht ihn angeblich nicht an. Die wütenden Proteste des linksliberalen Bürgertums spielten ihm in die Hände, so sieht er das bis heute. Es habe seine Glaubwürdigkeit im konservativen Lager gestärkt.

Dobrindt kann sehr eindringlich die Gefahr beschreiben, die seiner Meinung nach von demokratischen Systemen ausgeht, in denen charismatische Politiker wie Emmanuel Macron in Frankreich, Sebastian Kurz in Österreich oder Donald Trump in Amerika zum Teil gegen das Parteiestablishment an die Macht gekommen sind. Dobrindt will die Volksparteien erhalten, weil sie Stabilität garantieren. Man nimmt ihm



Klausurtagungsort Kloster Seeon:
Auf Provokationen verzichten

haltend und sachlich, manchmal blitzt Selbstironie auf. Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles schätzt er, und selbst zu Grünenfraktionschef Anton Hofreiter hat er eine gute persönliche Beziehung.

Hofreiter äußerte sich ebenfalls positiv über Dobrindt, jedenfalls über den Privatmann. Er schätzt ihn als intelligenten, nachdenklichen Kollegen. Den Politiker Dobrindt bekämpft er dagegen mit Hingabe. Hofreiter sagt, er kenne niemanden, bei dem öffentliches und privates Auftreten so auseinanderfielen wie bei Dobrindt.

Im Bundestagswahlkampf 2017 hatte Dobrindt einen Kompromiss zur Obergrenze für Flüchtlinge ausgearbeitet. Es

die Stadien. »Warum funktioniert das, wenn einer nur die alte Zeit besingt?«, fragt Dobrindt. »Irgendetwas spricht er an in den Leuten.« Für ihn ist das keine Frage, die ins Feuilleton gehört. Möglicherweise suchen die Besucher eines Gabalier-Konzerts dasselbe wie die Mitglieder des Werdenfelser Trachtenvereins – etwas, das im weitesten Sinne mit Heimat zu tun hat. Früher hätten diese Leute CSU gewählt. Heute gehen viele zur AfD.

Vom Hohen Peissenberg in Dobrindts Wahlkreis kann man den Starnberger See und schneedeckte Alpengipfel sehen. Erdverbundene Leute wohnen hier, sagt Dobrindt, strukturstabil, aber libe-

SPIEGEL TV WISSEN

SONNTAG, 30.12., 20.15 – 21.00 UHR | SKY UND BEI ALLEN FÜHRENDEN KABELNETZBETREIBERN

Die Rattenfänger von Hamburg

Die Zahl der Einsätze gegen potenzielle Krankheitsüberträger ist in den vergangenen Jahren drastisch



Schädlingsbekämpfer

gestiegen. Wenn es dem Ungeziefer an den Kragen geht, ist Diskretion oberstes Gebot. Die Kundschaft sorgt sich um das Image. SPIEGEL TV WISSEN begleitet Schädlingsbekämpfer im Außendienst.

SPIEGEL GESCHICHTE

SONNTAG, 30.12., 21.45 – 22.30 UHR | SKY

Saddam Hussein – das Ende eines Diktators

In den frühen Morgenstunden des 30. Dezember 2006 wird in einem Vorort Bagdads das Todesurteil an Saddam Hussein vollstreckt. Jahrelang herrschte er diktatorisch über den Irak, drängte sein Volk in einen blutigen Krieg mit Iran, verfolgte die kurdische Minderheit im eigenen Land und ließ Truppen in Kuwait einmarschieren. Nach der Invasion internationaler Truppen im Irak endete Husseins Herrschaft abrupt. Die Dokumentation rekonstruiert das Ende des Despoten – von seinem Sturz im Jahr 2003 bis zu seiner Hinrichtung.

SPIEGEL TV MAGAZIN

MONTAG, 31.12., RTL

Die Sendung entfällt.

ab, dass er es ernst meint. Aber taugt seine Methode?

Er glaubt, dass die Union in der Flüchtlingskrise den Raum rechts der Mitte freigegeben habe. Dadurch sei der Aufstieg der AfD möglich geworden. Die lässt sich seiner Meinung nach nur zurückdrängen, wenn CDU und CSU wieder bis an den rechten Rand des demokratischen Spektrums rücken.

Er definiert diesen Raum großzügig. Von ihm stammt die Aussage, eine aggressive Anti-Abschiebe-Industrie versuche, die Abschiebung krimineller Ausländer zu verhindern. Keine Äußerung hat ihn so ihn die Kritik gebracht wie diese. Sogar der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, sah sich zum Einschreiten genötigt. »Wer rechtsstaatliche Garantien in Anspruch nimmt, muss sich dafür nicht beschimpfen lassen«, warnte er.

Aus Dobrindts Sicht war die Äußerung in Ordnung, weil sie eine schlichte Tatssache beschreibe. Im Übrigen seien in den Asyldebatten zu Beginn der Neunzigerjahre härtere Äußerungen gefallen. Provokation gehört für ihn nicht nur zum politischen Geschäft, sie macht geradezu dessen Wesen aus.

Für den Kampf gegen die AfD gilt das erst recht. Ohne Zuspitzung sei dieser Kampf nicht zu führen, glaubt Dobrindt. Dadurch werde die Partei gezwungen, Positionen zu beziehen, die so radikal sind, dass der bürgerliche Teil ihrer Anhänger davon abgestoßen wird.

Es ist eine interessante Theorie, aber derzeit beobachtet man eher etwas anderes: Dobrindt macht Gedanken hoffähig, die bislang vor allem in rechten Kreisen zu finden waren, etwa, dass die Regierung in Deutschland an der Grenze das Recht nicht durchsetze. Das bestärkt AfD-Anhänger eher in ihrer Haltung, als dass es die Partei schwäche.

Dobrindts Strategie hat einen weiteren Makel: Sie hat den Praxistest nicht bestanden. Zwar kommen aus der AfD immer radikalere Töne, ihrer Popularität hat das aber noch nicht geschadet, auch in Bayern nicht. Dobrindt weist selbst darauf hin, dass die CSU bei der Landtagswahl 320 000 Stimmen an AfD und Freie Wähler verloren habe, aber nur 170 000 Stimmen an die Grünen.

Viele in der CSU, darunter der designierte Parteichef Söder, glauben, das habe auch mit dem unnachgiebigen Ton zu tun, in dem die Partei im Sommer die Auseinandersetzung mit der CDU geführt hat. Dobrindt glaubt, es habe damit zu tun, dass die CSU nicht hart geblieben sei. Die Botschaft sei verwässert worden.

Und die Abwanderung zu den Grünen? Vor der bayerischen Landtagswahl hat Dobrindt noch geglaubt, die Gewinne der Grünen gingen auf Kosten der SPD. Doch

seit dem 14. Oktober ist klar, dass es so einfach nicht ist. Die CSU verliert nach beiden Seiten. Das war in Dobrindts Konzept nicht vorgesehen.

Seither ist in der CSU mezzopiano die bevorzugte Lautstärke. Söder will mit »positiv-konstruktiver Haltung an die Themen der Zukunft« herangehen. Das zeigt, wie fragil die Lage ist.

Auch Dobrindt hat sich angepasst. In der kommenden Woche trifft sich die Landesgruppe zur Klausurtagung im Kloster Seeon. Statt, wie beim letzten Mal, den ungarischen Ministerpräsidenten Victor Orbán zu empfangen, erwartet Dobrindt den irischen Premierminister Leo Varadkar. Der löst in der CDU keine Abwehrreaktionen aus. Dobrindt will diesmal auf Provokationen verzichten.

Er gehört jetzt zu den Ruhigen. Er weiß, dass es sonst für ihn schwierig wird. Jüngere Abgeordnete wie Wolfgang Steffinger haben Kritik an seinem Auftreten geübt. In München wird genau beobachtet, ob der Landesgruppenchef bei der positiv-konstruktiven Haltung bleibt. Wie lange hält er das durch?

Alexander Dobrindt sitzt in dem Sitzungssaal der bayerischen Landesvertretung in Berlin, in dem er regelmäßig am Vormittag zum Gespräch mit Journalisten einlädt, zum sogenannten weiß-blauen Stammtisch. Unter seiner Vorgängerin Gerda Hasselfeldt war das eine eher getragene Veranstaltung. Seit Dobrindt Gastgeber ist, stehen Flaschen mit Weißbier auf den Tischen. Die röhrt kein Journalist an, aber zu einem CSU-Stammtisch gehört halt Bier.

Dobrindt sinnt über die Regionalkonferenzen nach, auf denen sich im November drei Kandidaten für den CDU-Vorsitz der Basis vorgestellt hatten. Die Flüchtlingspolitik sei ein zentrales Thema gewesen. Dabei habe er sich diesmal zurückgehalten, darauf weist er mehrmals hin. »Das treibt die Leute nach wie vor um.« Das wird seiner Meinung nach auf absehbare Zeit so bleiben. Und damit auch die Frage, wie man mit der AfD umgeht.

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Dobrindt seine Meinung wirklich geändert hat. Allenfalls in taktischen Fragen, aber nicht im Grundsatz. Vor Kurzem hat er mit Söder und Weber darüber gesprochen, wie die CSU verhindern könne, dass ihre Wähler auf der einen Seite zu den Grünen und auf der anderen zur AfD abwanderen. Einer allein könne das nicht schaffen, da waren sich die drei einig.

Man will sich die Rollen aufteilen. Söder ist der Landesvater, Weber der liberale Europäer. Dobrindt verkörpert, was er am besten kann. »Verbale Grenzüberschreitung gehört zur Politik«, sagt er. Man wird sicher bald wieder von Alexander Dobrindt hören.

Hallo 2019



HALLO NEUE CHANCEN & SICHERHEITEN!



Ab jetzt: Viele Verbesserungen bei Arbeit und Rente.



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Ab dem 1.1.2019 gelten viele neue Gesetze, die das Leben der Menschen besser machen: der **Rentenpakt** für mehr soziale Sicherheit bei der Rente. Die **Brückenteilzeit** – mit dem Recht, zur vorherigen Arbeitszeit zurückzukehren, damit die Arbeit zum Leben passt. Das **Qualifizierungschancengesetz**, für mehr Schutz und Weiterbildungsmöglichkeiten im digitalen Wandel. Und das **Teilhabechancengesetz**, das neue Perspektiven für Langzeitarbeitslose schafft.

Informieren Sie sich über die neuen
Gesetze unter www.hallo-2019.de

MIT VEREINTEN
KRÄFTEN

Der Crash-Test

Parteien 2019 wählen drei ostdeutsche Bundesländer ihren Landtag. Glaubt man den Umfragen, wird es ein Triumph für die AfD. Die Wahlen könnten die politischen Verhältnisse verändern.



STEFAN BONESS / VISUM

AfD-Anhänger mit Höcke-Transparent: Völkische Tiraden

Mitte Dezember steht Björn Höcke im Thüringer Landtag und hält einen Strauß rosafarbener Blumen in der Hand. Artig hat sich der AfD-Fraktionschef in der Reihe der Gratulanten bei Birgit Diezel von der CDU angestellt, die gerade zur Landtagspräsidentin gewählt worden ist. Höcke schüttelt ihr die Hand, dann kehrt er zurück auf seinen Platz in der ersten Reihe der AfD-Bänke.

Die Landtagsregie hat es so gewollt, dass die Rechtspopulisten gleich neben der Regierungsbank von Ministerpräsident Bodo Ramelow sitzen. In den jüngsten Umfragen liegt die AfD gleichauf mit Ramelows Linker bei etwa 22 Prozent – Spitzenkandidat ist der provokanteste Rechtsaußen, den die AfD zu bieten hat: Björn Höcke. Wenn der Trend hält bis zur Landtagswahl 2019, könnte die AfD ihr Ergeb-

nis mehr als verdoppeln und die Landesregierung in ernste Bedrängnis bringen.

Bereits jetzt geht die Angst um vor der Wut der Ostwähler, die nächstes Jahr die AfD zur entscheidenden politischen Kraft machen könnte. In gleich drei ostdeutschen Bundesländern wird gewählt, neben Thüringen in Sachsen und Brandenburg. Die Landtagswahlen im September und Oktober, wenige Monate nach der Europawahl Ende Mai, könnten der Crash-Test werden für das deutsche Parteiensystem.

In allen drei Ländern liegt die AfD derzeit in Umfragen bei mehr als 20 Prozent, das macht es schwer für die anderen Parteien, regierungsfähige Mehrheiten zu bilden. In Sachsen-Anhalt, wo die AfD 2016 mit 24,3 Prozent ihr bisheriges Spitzenergebnis erreichte, müht sich seitdem eine schwarz-rot-grüne »Kenia-Koalition«. Gehen die Wahlen 2019 noch

knapper aus, könnte das Debatten um bisherige Tabu-Koalitionen befeuern: Ginge die CDU mit der Linken – oder gar mit der AfD? Droht, bei aller Vorsicht vor der Aussagekraft früher Umfragen, gar die Unregierbarkeit?

Der Leipziger Politologe Hendrik Träger sieht Zeiten der Instabilität mit »sehr schwieriger Regierungsbildung« auf Deutschland zukommen. »Es könnte sein, dass wir uns der europäischen Normalität annähern, mit wackligen Koalitionen, häufigeren Wechseln oder Minderheitsregierungen, die wir bisher kritisch sehen.« Je mehr Stimmen die AfD holt, desto größer werde ihr »Erpressungspotenzial«: »Ab einer gewissen Stärke in den Parlamenten treibt sie die anderen Parteien vor sich her.«

In Sachsen, wo die AfD 2014 erstmals in einen Landtag einzog, will sie stärkste Kraft werden. Die CDU werde »ihr blaues

Wunder erleben«, tönt die AfD. Bei der Bundestagswahl 2017 überholte sie in Sachsen bereits knapp die Union. Gelingt ihr das auch bei der Landtagswahl am 1. September, sagt Träger ein »politisches Beben« voraus. Es könnte die Große Koalition in Berlin hinwegspülen, gar das Ende von Merkels Kanzlerschaft besiegen. Das miserable CDU-Ergebnis in Hessen hatte ihren Rückzug vom Parteivorsitz ausgelöst.

Landtagswahlen haben eine enorme Bedeutung bekommen, seit die Lage der Volksparteien so prekär geworden ist. Die Wähler nutzen den Urnengang in ihrem Land, um Berlin abzustrafen. Die Ostdeutschen gelten als besonders eifige Denzettelwähler. Weil sie sich weniger an Parteien gebunden fühlen als die Westdeutschen, ist ihr Wahlverhalten sprunghafter.

In Sachsen hätte die Große Koalition von Michael Kretschmer (CDU) nach den Umfragen derzeit keine Mehrheit mehr. Die CDU käme nur noch auf 29 Prozent, die AfD auf 25. »Vor allem in Sachsen haben wir echte Chancen, stärkste Kraft zu werden«, sagt Parteichef Alexander Gauland. Entsprechend üppig will der AfD-Bundesverband den sächsischen Wahlkampf sponsieren, mit 500 000 Euro. 800 Veranstaltungen sind geplant für die sechs Monate vor der Wahl. Brandenburg soll 250 000 Euro bekommen, Thüringen 300 000.

Bei der Bundestagswahl verlor Kretschmer sein Direktmandat an einen eher unbekannten AfD-Mann. Hat ihn das wachgerüttelt? Seither fährt der Ministerpräsident durchs Land und stellt sich den Fragen und dem Frust der Bürger. Er marschierte mit, als am 21. Oktober 10 000 Bürger gegen die ausländerfeindliche Pegida demonstrierten. Es habe zu lange gedauert, sagte Kretschmer da selbstkritisch, den richtigen Umgang mit ausländerfeindlichen Parolen zu finden.

Selbst Kritiker der Sachsen-CDU sehen einen Wandel: weg von der alten Machtarroganz, auch mal Fehler zugeben, Sorgen der Bürger ernst nehmen. »Es sind wohltuend andere Töne als bei all seinen Vorgängern«, sagt Hans Vorländer, Politikprofessor an der TU Dresden. Kretschmer habe begriffen, glaubt der Wissenschaftler, »dass man Position beziehen muss für eine offene, demokratische Gesellschaft«. Doch wird das reichen, um rechtzeitig die Stimmung zu drehen?

Jahrelang verfolgte die Dresdner CDU-Spitze die hetzerischen Pegida-Aufmärsche wie gelähmt. Die Rechtsausleger in den eigenen Reihen ließ sie gewähren, selbst wenn CDU-Landtagsabgeordnete rechtspopulistische Töne anschlugen oder im kleinen Kreis schon von schwarz-blauen Koalitionen schwafelten. Der sächsische CDU-Fraktionschef Christian Hartmann schloss im Herbst eine solche Koalition nicht aus und sorgte damit für die

Ansage von Annegret Kramp-Karrenbauer, damals noch CDU-Generalsekretärin: »Keine Zusammenarbeit oder Koalition mit der AfD.«

In Sachsen unterscheiden sich allerdings CDU- und AfD-Politiker mancherorts inhaltlich kaum. Vor allem jenseits der Großstädte Chemnitz, Leipzig und Dresden ist die CDU traditionell erzkonservativ und über Kreuz mit der Merkel-CDU, nicht nur in der Migrations- und Flüchtlingspolitik. In Kommunalparlamenten haben Christdemokraten wenig Berührungsängste mit den Rechtspopulisten. Im Kreisparlament von Meißen etwa stimmen mitunter AfD, CDU und Freie Wähler gemeinsam gegen SPD, Linke und Grüne. »Das ist eine richtige Lagerbildung«, sagt ein Meißner CDU-Funktionär.

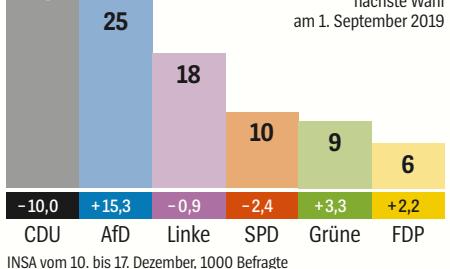
»Mit Michael Kretschmer und mir wird es eine Koalition zwischen CDU und AfD nicht geben«, beteuert der sächsische CDU-Generalsekretär Alexander Dierks. Die AfD sei der Hauptgegner, »die wollen ein Land, das nicht meines ist«.

Sonntagsfrage

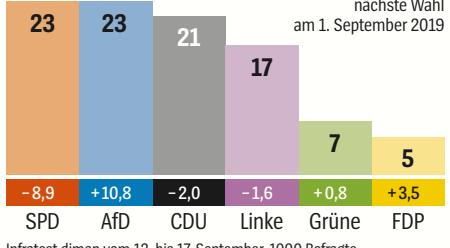
»Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag **Landtagswahl** wäre?«

Angaben in Prozent,
Veränderung zur letzten Landtagswahl in Prozentpunkten

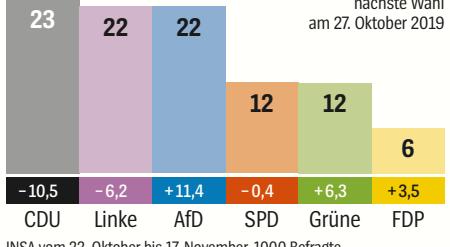
Sachsen
nächste Wahl
am 1. September 2019



Brandenburg
nächste Wahl
am 1. September 2019



Thüringen
nächste Wahl
am 27. Oktober 2019



Nur: Mit wem gibt es noch eine Mehrheit? Der Koalitionspartner SPD rangiert aktuell bei zehn Prozent. Selbst wenn Kretschmer die Grünen oder die FDP dazunähme, bliebe es knapp. Womöglich wäre ein Viererbündnis uneiniger Parteien nötig. Eine Koalition mit der Linken oder der AfD schließt Dierks aus.

Doch unter den Kooperationsbefürwortern in der Union kursiert ein Plan B: Sollte es nicht einmal für ein Dreierbündnis reichen, wollen sie eine Koalition mit der AfD unter CDU-Führung ins Gespräch bringen.

Einst überzog die CDU die Gegner von der SPD mit einer Rote-Socken-Kampagne, damals ging es um mögliche Koalitionen mit der Ex-DDR-Partei PDS. Nun könnte der CDU eine »Braune-Socken-Debatte« blühen, sagt der Politologe Träger.

SPD und Linke im Osten regieren längst selbstverständlich zusammen, in Thüringen seit 2014 sogar mit dem bundesweit einzigen linken Ministerpräsidenten in der Kombination Rot-Rot-Grün. Ramelow ist beliebt, bei einer Direktwahl würden ihn die Thüringer wohl wiederwählen. Ramelow setzt deshalb auf einen Personenwahlkampf, redet viel über Heimat, besucht Trachtenvereine und geht zum Bauernreiten nach Altenburg. Und regt sich auf über »so manch linksliberales Gerede, Heimat sei der Eintritt für Nazitum«.

Er kämpft für Rot-Rot-Grün, sagt Ramelow. Doch es könnten ganz andere Formationen nötig werden. »Dreier- oder Viererkombinationen, Minderheitsregierung, Tolerierungen, das halte ich alles für denkbar.« Bloß mit der AfD, das schließt er aus, er nennt sie »Verweigerer eines modernen, offenen Landes, die unsere parlamentarische Demokratie verächtlich machen«.

Die AfD schickt Höcke gegen ihn ins Rennen, obwohl die völkischen Tiraden des Geschichtslehrers ein Risiko für die gesamte AfD bedeuten. In Umfragen ist Höcke nicht sonderlich beliebt. Er wurde zwar mit 84,4 Prozent zum Spitzenkandidaten gewählt, doch wer sich in Thüringen umhört, erlebt auch AfD-Leute, die ihn als Problem sehen. »Mit ihm an der Spitze wird es schwer, die CDU für Koalitions Gespräche zu gewinnen«, heißt es aus der Fraktion.

Gauland hält an Höcke fest, obwohl der Thüringer Verfassungsschutzchef jüngst warnte, vor allem die Person Höcke werde über eine Beobachtung des Landesverbandes entscheiden. »Unsere Anhänger wissen, dass der Verfassungsschutz immer mehr zu einem politischen Kampfinstrument gerät«, sagt Gauland, »eine Beobachtung kann uns deshalb sowohl nutzen als auch schaden.«

Höcke sei bundes- und europaweit der bekannteste Kopf der AfD, obwohl er doch eigentlich ein Provinzpolitiker sei, sagt sein Co-Vorsitzender Stefan Möller,



PROBIER MAL!

Mitmach-Wettbewerb PROBIER MAL!

**Wir suchen die besten Plakat-Ideen
für gesundes Schulessen.**

Darum geht's:

Überzeugt andere davon, sich gesünder in der Schule zu ernähren – mit einem Werbeplakat!

Was genau müsst ihr tun?

Fragt euch zum Beispiel: Wie sieht die Welt aus der Sicht eines gesunden Pausenbrotes aus? Oder: Wie ernähren sich Schüler im Jahre 2157 gesund? Zeichnet, bastelt oder fotografiert es, oder entwerft ein Bild am Computer. Überlegt euch noch einen einprägsamen Spruch – und fertig ist das Plakat.

Wer kann teilnehmen?

Kinder im Alter von 8 bis 11 Jahren und Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren. Ihr könnt allein teilnehmen oder als Gruppe von maximal fünf Freunden.

Und das könnt ihr gewinnen:

- 1. Preis:** eine Reise nach Hamburg inklusive Kochkurs in der SPIEGEL-Kantine und Besuch im Miniatur Wunderland
- 2. Preis:** jeweils ein Bücherpaket aus der »Dein SPIEGEL«-Bestenliste
- 3. Preis:** ein großes ROSSMANN-Überraschungspaket mit gesunden Snacks

Wie kann man sich bewerben?

Alle Informationen zum Wettbewerb und die Teilnahmebedingungen findet ihr unter:
www.deinspiegel.de/wettbewerb

ROSSMANN
Dein SPIEGEL
EINFACH MEHR WISSEN



das spreche für seine »Wirkmächtigkeit«, und die wolle man nutzen. Die AfD müsse gar nicht stärkste Kraft werden, »entscheidend ist, dass keine Politik mehr an uns vorbei gemacht werden kann«. Er spricht von »Blockaddepositio-nen« im Landtag und dem Aufrücken in wichtige Gremien.

Mike Mohring, der Thüringer CDU-Oppositionsführer, der gerade ins CDU-Präsidium gewählt wurde, setzt darauf, dass Höcke »die bürgerlichen Wähler verschreckt«. Die CDU wolle die AfD »inhaltlich stellen und entzaubern«, im Landtag sei sie »völlig blank«. Eine Kooperation mit der Höcke-Partei schließt er aus. Mohring favorisiert eine Neuausgabe der Großen Koalition und wirbt um die SPD. Doch selbst wenn die Sozialdemokraten mittun wollten, viel bringen würde es kaum, denn in Umfragen kommt die SPD gerade auf zehn, zwölf Prozent.

Es nützt den Sozialdemokraten bisher offenbar nichts, dass sie in Erfurt erfolgreich mitregieren und Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) der landesweit bestbewertete Politiker ist. Solange die SPD in Berlin in der Großen Koalition feststeckt, haben die Genossen es schwer bei Landtagswahlen. »Es ist ja schön, dass in Berlin viele SPD-Forderungen umgesetzt werden«, sagt der Erfurter SPD-Fraktionschef Matthias Hey, »doch die bloße Abarbeitung des Koalitionsvertrages bringt weder gute Umfragewerte noch Wahlergebnisse.« Das haben zuletzt die SPD-Spitzenkandidaten in Hessen und Bayern erfahren.

Selbst Brandenburg, die letzte Hochburg der Sozialdemokraten im Osten, könnte nun fallen. Seit der Wende stellt die SPD in Potsdam die Regierung, 2014 holte sie noch 31,9 Prozent. Nun kommt sie in Umfragen gerade noch auf 23 Prozent – gleichauf mit der AfD. Die rot-rote Koalition hätte keine Mehrheit mehr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident und SPD-Landeschef, gibt sich zwar unbeeindruckt, die SPD werde wieder gewinnen, sagt er.

Doch hochrangige Genossen sehen die SPD auf einem falschen Weg. Katrin Lange, stellvertretende Landesvorsitzende, warnt ihre Partei vor »moralischem Hochmut«: »Wenn die SPD einen Wahlkampf nach dem Prinzip führen will: ›Die Anständigen gegen die Dunkeldeutschen‹, werden wir im Osten ein Fiasko erleben.«

Themen wie Bildung, Wohnung und Mobilität seien ja wichtig, aber um heikle Fragen wie die Migration werde in der SPD »herumgeredet«. Lange, Staatssekretärin im Innenministerium, hält es für einen Fehler, die heutige Wut der Ostdeutschen vor allem auf die Nachwendezeit zu-



Ministerpräsident Ramelow

»Linksliberales Gerede, Heimat sei der Eintritt für Nazitum«

rückzuführen. Es gehe den Menschen um anhaltende Benachteiligungen, etwa bei der Rente. Nun soll eine »Ostdeutschland-Kommission« für den SPD-Landesvorstand Vorschläge machen, um strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West zu beseitigen. »Wir sind gegen die AfD, das reicht nicht«, sagt Lange.

Gauland hat die Brandenburger AfD lange geprägt. Sein Nachfolger als Landeschef ist Andreas Kalbitz, der mit Höcke über den rechtsnationalen »Flügel« eng verbunden ist. Vor seiner AfD-Zeit tummelte sich Kalbitz in rechten Splittergruppen wie dem »Witikobund« oder der später verbotenen »Heimattreuen deutschen Jugend«. Unter ihm macht die Partei Stimmung gegen Wölfe, gegen Ausländer, für den Braunkohleabbau und setzt die SPD unter Druck. Die Sozialdemokraten haben inzwischen ihren Kurs in der inneren Sicherheit verschärft, was ihnen den Protest linksliberaler Städter eingebracht hat.

Fände die AfD in Brandenburg überhaupt Partner? CDU-Landeschef Ingo Senftleben sagt, er würde nach einer Wahl mit Vertretern der AfD zumindest reden, auch wenn er keinerlei Gemeinsamkeiten sehe, »schon aus Respekt vor dem Wähler«. Das sind neue Töne. Nach letzten Umfragen käme die CDU auf Platz drei hinter SPD und AfD. »Man braucht kein Orakel«, sagt Senftleben, »um jetzt schon zu wissen, dass die Regierungsbildung sehr schwierig wird.«

Die Europawahl im Mai wird eine Richtung vorgeben. Vielleicht wird sie ein heilsamer Schock für Wähler wie Politiker. Vielleicht ist bis dahin die Große Koalition in Berlin geplatzt, oder die AfD zerlegt sich in einem Skandal. In Thüringen wird erst am 27. Oktober gewählt, acht Wochen nach Brandenburg und Sachsen. Dann erst geht in Erfurt der wirkliche Wahlkampf los, mit einem AfD-Spitzenkandidaten, der Björn Höcke heißt.

Melanie Amann, Maik Baumgärtner, Stefan Berg, Annette Großbongardt, Andreas Wassermann

»Die AfD schrumpfen«

Europa Deutschlands EU-Kommissar Günther Oettinger, 65, über den Brexit und den Aufstieg der Rechtspopulisten in Europa

SPIEGEL: Herr Oettinger, 2019 verlassen die Briten die EU, bei den Europawahlen droht ein Aufstieg der Rechtspopulisten. Wird das Jahr 2019 einmal den Anfang vom Ende der EU markieren?

Oettinger: 2019 ist für Europa ein entscheidendes Jahr, mit vielen Chancen und manchen Risiken. Die Europawahlen können eine Chance sein, um zu beweisen, dass eine klare Mehrheit der Wähler für Abgeordnete stimmt, die Europa stärken wollen. Dies setzt aber voraus, dass wir die Europawahlen endlich ernst nehmen. Sie sind genauso wichtig wie die Bundestagswahl.

SPIEGEL: Beginnen wir mit den Risiken. Der erste große Einschnitt ist der Brexit. Wird es der britischen Premierministerin Theresa May gelingen, Mitte Januar eine Mehrheit für ihr Abkommen mit der EU zu stande zu bekommen?

Oettinger: Derzeit stehen die Chancen nicht gut, dass das Unterhaus dem Abkommen, das die britische Regierung mit der EU ausgehandelt hat, zustimmen wird. Ich setze aber darauf, dass immer mehr Abgeordnete erkennen: Kein Abkommen ist die schlechteste aller Lösungen. Wer auf Nachverhandlungen mit Brüssel hofft, wird enttäuscht werden.

SPIEGEL: Auch der deutsch-französische Motor stockt. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat mit Widerstand gegen seine Reformpolitik zu kämpfen, Berlin ist mit sich selbst beschäftigt. Ist es ein Fehler, dass Deutschland Macron hat hängen lassen?

Oettinger: Der Gipfel im Dezember hat sich auf Reformen der Eurozone geeinigt, die jedenfalls zum Teil auf deutsch-französischen Übereinkünften beruhen.

SPIEGEL: Man konnte sich nur zu Minireformen aufraffen.

Oettinger: Wir stehen heute besser da als 2010, der Rettungsschirm ESM hat sich bewährt. Was mich sorgt, ist, dass einige Länder ihre Hausaufgaben beim Abbau von Schulden nicht machen und nicht genügend dafür tun, dass ihre Wirtschaft wettbewerbsfähiger wird. Diese Gefahr ist nicht zu unterschätzen, weil die Europäische Zentralbank ihr Pulver weitgehend verschossen und den Ausstieg aus der Niedrigzinspolitik angekündigt hat.

SPIEGEL: Niemand hat die EZB in der Eurokrise schärfer kritisiert als die AfD. Hat es Manfred Weber, der CSU-Mann und Spitzenkandidat von Europas Christdemokraten, im Kreuz, die AfD und Rechte in Europa kleinzuhalten?

Oettinger: Ich traue ihm einen überzeugenden Wahlkampf in allen 27 EU-Ländern zu, gerade in Deutschland. Manfred Weber kann es schaffen, die AfD zu schrumpfen, aber nicht allein. Voraussetzung ist vor allem eine höhere Wahlbeteiligung. Hier sehe ich auch Sozialdemokraten und Grüne in



BENJAMIN ZIBNER / BILD

Haushaltskommissar Oettinger
»Wasser auf die Mühlen der EU-Gegner«

der Pflicht. Nur wenn wir leidenschaftlich darum ringen, welches Europa wir wollen, können wir die Bürger dazu bringen, für proeuropäische Kräfte abzustimmen.

SPIEGEL: Und nach der Wahl? Hat Kanzlerin Angela Merkel noch genügend Autorität, um Weber im Kreis der Staats- und Regierungschefs als Kommissionschef durchzusetzen?

Oettinger: Niemand kann die Beratungen nach der Europawahl vorhersagen. Es gibt viele Posten zu verteilen, Kommissions- und Ratspräsident sowie den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, um nur einige zu nennen. Manfred Weber tritt als

Spitzenkandidat an, um Kommissionschef zu werden. Das ist eine sehr gute Ausgangslage. Ich gehöre zu denen, die für ihn kämpfen werden.

SPIEGEL: Ausgerechnet wenn Europa mit sich selbst beschäftigt ist, wollen Sie im kommenden Jahr den Haushalt für die Zeit zwischen 2021 und 2027 beschließen und damit die Grundlage für die Arbeit der EU im nächsten Jahrzehnt legen. Kann das in stürmischen Zeiten gelingen?

Oettinger: Die Wahl und die Konstituierung des Parlaments machen mein Vorhaben sicher nicht einfacher. Ich warne aber vor einer Entscheidung in letzter Minute, also während der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020. Wenn wir uns erst dann verstündigen, werden im Jahr 2021 Milliarden Euro für Infrastruktur, soziale Projekte und Forschungsförderung, etwa bei der künstlichen Intelligenz, nicht bereitstehen. Diesen Fehler

haben wir bereits beim letzten mehrjährigen Haushaltserahmen gemacht. Ein derartiges Versäumnis wäre Wasser auf die Mühlen der EU-Gegner.

SPIEGEL: Während die EU streitet, erhöht US-Präsident Donald Trump den Druck. Er droht Deutschland nicht nur weiterhin mit Strafzöllen, sondern auch mit Sanktionen gegen Firmen, die sich am Nord-Stream-2-Projekt beteiligen. Sollte die Bundesregierung ihre Unterstützung für das Projekt aufgeben?

Oettinger: Ich war nie ein großer Anhänger von Nord Stream 2. Zur Wahrheit gehört aber, dass die Pipeline längst gebaut wird und nicht mehr so einfach gestoppt werden kann. Drohungen Trumps sind dafür schon gar kein Grund. Entscheidend ist aus meiner Sicht, dass Gazprom ein faires Abkommen über die weitere Nutzung der bestehenden Leitungen durch die Ukraine schließt. Ohne Druckmöglichkeiten sind wir hier nicht, denn bei der Frage, wie das Gas aus Nord Stream 2 in Europa weitergeleitet wird, gilt das EU-Binnenmarktrecht. Dazu gehören auch Vorschriften, die einen fairen Wettbewerb sicherstellen. Das wissen auch Wladimir Putin und Gazprom.

SPIEGEL: Trump, Brexit und die Herausforderung durch die Rechte – wäre die neue CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer als Kanzlerin in der Lage, dieser Probleme Herr zu werden?

Oettinger: Frau Kramp-Karrenbauer hat über viele Jahre Regierungserfahrung im Saarland und in der Bundespolitik gesammelt. Überdies ist kein Land durch seine Geschichte und Geografie so auf europäische Kooperation ausgerichtet wie das Saarland. Interview: Peter Müller

Zwei Welten

Migration Sarjo Darboe lebte als Asylbewerber in Esslingen, dann ging er zurück nach Gambia, zwei deutsche Bekannte besuchen ihn dort. Eine Geschichte über die Schwierigkeit zu helfen.

Am Morgen bevor seine »German family«, die deutsche Familie, in Gambia landet, fährt Sarjo Darboe in die nächstgelegene Stadt Serekunda. Er kauft Toilettenpapier, Trinkwasser in Flaschen, löslichen Kaffee und Milchpulver. Er selbst findet Kaffee furchtbar, aber wenn die Europäer morgens keinen Riesenbecher davon trinken, sind sie schlecht gelaunt.

Darboe weiß, was Europäer brauchen, um sich wohlzufühlen. Er hat mehr als zwei Jahre lang in Deutschland gelebt. Deshalb stand er auch lange vor dem Regal mit dem Bier, das trinken die Deutschen gern zum Feierabend. Aber weder er noch sein Bruder, in dessen Haus sie schlafen sollen, besitzen einen funktionierenden Kühlschrank. Es muss auch mal ohne Alkohol gehen, beschließt er.

Die German family, Bettina Kaufhold und Uli Henning, ein Ehepaar aus Esslingen in Baden-Württemberg, hat die Reise über Monate vorbereitet. Die beiden haben sich impfen lassen, gegen Meningitis, Typhus, Tollwut, Gelbfieber, Cholera. Sie haben einen Wasserfilter und bequeme Clogs aus Kunststoff gekauft. Stunden haben sie in Geschäften verbracht, um ein Geschenk für das Kind zu finden, das Darboes Frau in einigen Monaten gebären soll. Einen Babyschlafsack vielleicht? Oder wird es da wirklich nie kalt?

Je näher der Abflug rückte, desto mulmiger wurde Kaufhold und Henning zumute, erzählen sie später. Wie würde es ihnen ergehen, zweieinhalb Wochen in einem der ärmsten Länder der Welt, fragten sie sich. Sie dachten an die Bilder von Bekannten, die schon mal in Gambia gewesen waren. Schlammige, unbefestigte Straßen, Häuser, die Bauruinen glichen, Löcher im Boden, die als Toiletten genutzt wurden. Würden sie diese Löcher benutzen müssen? Wo würden sie sich waschen?

An einem Samstag im Oktober ist es so weit. Am Flughafen von Banjul, der Hauptstadt Gambias, sieht es so aus, als trafen Schauspieler in einem Werbevideo für Völkerverständigung aufeinander. Darboe hat sich ein frisch gewaschenes Deutschlandtrikot übergezogen. Kaufhold und Henning tragen T-Shirts in knalligem Blau und Orange, die Darboe ihnen geschickt hat; darauf

sind der Name seiner Farm, seine Telefonnummer und seine E-Mail-Adresse gedruckt. Die T-Shirts sind etwas eng und schnüren den Hals ein, aber »das musste einfach sein«, sagt Kaufhold später.

Auf dem Weg zum Auto sagt Kaufhold auf Deutsch: »Sarjo, ich habe Zutaten für Kartoffelsalat dabei. Wir müssen nur Kartoffeln und Zwiebeln kaufen.« Darboe antwortet: »Gut. I love Kartoffelsalat.«

Bis zu diesem Zeitpunkt könnte es eine einfache, wunderbare Geschichte werden: von Fremden, die zueinanderfinden und sich auch dann nicht aus den Augen verlieren, als sie wieder auf verschiedenen Kontinenten, in verschiedenen Welten leben.

Da ist Bettina Kaufhold, 51, eine kleine, freundliche Frau mit Brille und schwäbischen Dialekt, seit drei Jahrzehnten Kinderkrankenschwester auf einer Frühchenstation. Da ist Uli Henning, 52, Halbglatze, der bis Juni 2018 als Bankkaufmann gearbeitet hat, seit Sommer arbeitslos ist und sich seitdem im Flüchtlingsrat in Stuttgart engagiert. Und da ist Sarjo Darboe, 22, ein großer, schlaksiger Mann mit ernstem Blick, der Ende 2015 in einer Flüchtlingsunterkunft in Deutschland ankommt, einer Turnhalle in Esslingen.

Er stammt aus Gambia, einem Land in Westafrika, nördlich und südlich des Flusses, der ebenfalls Gambia heißt, umschlossen vom Senegal. Zwei Millionen Menschen leben hier; das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Gambiers beträgt knapp 400 Euro. Die Wirtschaft liegt nach zwei Jahrzehnten Diktatur weitgehend brach, auch wenn die Strände traumhaft schön sind und die Zahl der Touristen in den vergangenen zehn Jahren gestiegen ist, darunter viele Europäerinnen auf der Suche nach Sex.

14 485 Gambier haben in den letzten fünf Jahren in Deutschland Asyl beantragt, die meisten ohne Erfolg. Verschiedene bundesweite und internationale Programme versuchen, Gambier und andere Asylbewerber zur freiwilligen Rückkehr zu bewegen, beispielsweise mit Geld für die ersten Monate, um sich eine Unterkunft leisten oder eine Existenz aufzubauen zu können.

Einer von denen, die ein solches Angebot angenommen haben, ist Darboe. Er



beschloss, in seine Heimat zurückzukehren, da hatten die Behörden noch nicht mal über seinen Asylantrag entschieden. Kaufhold und Henning versprachen, ihn zu besuchen. Darboe glaubte ihnen nicht, natürlich nicht. Sonst fuhren die beiden gern nach Italien oder machten Kreuzfahrten, sie waren schon in Kanada und auf Hawaii. Aber Afrika? Noch nie.

Doch die beiden hielten ihr Versprechen. Zweieinhalb Wochen werden sie in Gambia verbringen. Sie wollen ihren Freund Sarjo besuchen, aber auch das Land bereisen, vielleicht sogar ein paar Tage am Strand entspannen. Während ihres Aufenthalts werden sie immer wieder an Grenzen stoßen. An körperliche, weil



RICCI SHROCK / DER SPIEGEL

Heimkehrer Darboe, Besucher Kaufhold, Henning auf Markt in Gunjur: Einkaufen für den schwäbischen Kartoffelsalat

die Hitze unerträglich ist. An sprachliche, weil ihr Schulenglisch manchmal nicht ausreicht und Darboe nur einige Vokabeln Deutsch behalten hat. Und weil Ehe und Familie in Gambia anders funktionieren als in Esslingen.

Am Ende werden sie sich fragen müssen, ob Gutgemeintes zu Gutem führt oder ob sie ihrem Freund mit ihrer Unterstützung langfristig schaden.

Darboe wohnt im Küstenort Gunjur. Der Weg vom Flughafen führt zunächst über eine Straße, die vor Kurzem geteert wurde. Henning sitzt auf der Rückbank des Minivans, den Darboe gemietet hat, und ist begeistert: »Toll, the quality of the

road.« Ganz anders als die Straßen auf den Bildern.

Wie ein Kind zeigt er mit großen Augen auf die erste Kuh, die ersten Ziegen, die am Straßenrand stehen. Während sich das Auto langsam durch die Menschenmenge der Stadt Serekunda schiebt, sagt er: »Das ist ja hier wie bei der Tour de France.« Nach einer knappen Stunde geht es im Schritttempo über eine breite rotbraune Buckelpiste mit kraterartigen Löchern. Zwei Tage vorher hat es stark geregnet, das Wasser ist immer noch nicht abgeflossen. Die Straßenverhältnisse sind jetzt schlimmer als auf den Fotos.

Als die beiden Deutschen ihre Unterkunft erreichen, ist es stockdunkel. Sie

wohnen im Haus von Darboes Bruder, der als Immobilienmakler in Knoxville, Tennessee, in Amerika arbeitet. Kaufhold und Henning ist die Erleichterung anzusehen. Henning läuft von Zimmer zu Zimmer und lobt aufgedreht die nagelneue Couchgarantitur aus rotem Kunstleder, den glänzenden Steinboden, das breite Holzbett.

Es gibt fließend Wasser, ein Bad mit Toilette und Dusche und genügend Solarstrom für einen Flachbildfernseher und diverse Ventilatoren. Nur die Küche ist gewöhnungsbedürftig: eine Hütte, in der man über dem Holzfeuer kocht.

Zum Glück ist das Abendessen schon vorbereitet. Darboes Schwägerin hat sein Lieblingsessen gekocht, Hähnchen und ge-



Gäste Henning, Kaufhold, Sohn Darboe im Haus seiner Mutter: Nur nicht unhöflich sein

bratenen Jollof-Reis, dazu selbst gemachter Hibiskusblütensaft.

Kaufhold und Henning loben auch das Essen überschwänglich. Vielleicht wollen sie Anerkennung ausdrücken, vielleicht sind sie überrascht, wie gut es schmeckt. Vor der Abfahrt aus Deutschland hatte eine befreundete afghanische Familie ihnen eine Tupperdose voller Teigtaschen mitgegeben, »zur Sicherheit«. Die Fotos von gambischem Essen im Internet hatten sie nicht überzeugt.

Irgendwann fragt Bettina Kaufhold auf Deutsch, ob Darboe Heimweh nach Deutschland habe. »No, not at all«, antwortet er ohne zu zögern. Kaufhold sieht ihn überrascht an. Damit hat sie offenbar nicht gerechnet. Immerhin hat er hier keinen Kühlschrank, keine ordentliche Küche. Dann sind da all die Freunde, die ihn in Deutschland unterstützt haben, die beiden Frauen zum Beispiel, die ihr Briefe mit Geldscheinen für Darboe mitgegeben haben. Wahrscheinlich hat er die Frage einfach nicht verstanden.

Kaufhold versucht es noch einmal. »Vermisst du irgendwas, do you miss something?« Darboe schüttelt wieder heftig den Kopf. Er merkt nicht, dass er seinen Gast enttäuscht. Kaufhold blickt zur Seite, ihr Mann versucht, die Spannung zu lösen, indem er einwendet: »So lange war er auch nicht in Deutschland.« Seine Frau sieht ihn skeptisch an, sagt aber nichts. Nur keinen Konflikt heraufbeschwören, nicht schon am ersten Abend.

Zwei Tage später, während sie auf dem Markt Kartoffeln und Zwiebeln für den Kartoffelsalat kaufen, wird Kaufhold doch noch einfallen, was Darboe vermisst. Mitten auf der Straße dreht sie sich zu Sarjo und ruft: »You missed Kartoffelsalat!«

Darboe hat mehr als zwei Jahre lang in Deutschland gelebt. Für Kaufhold und Henning war er zunächst nur eine von vielen neuen Bekanntschaften, die sie durch ihre ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit machten. Dann kam der zweite Weihnachtsfeiertag 2016. Darboe rief Henning an und erklärte ihm, er höre eine Stimme, die aus einem brennenden Busch zu ihm spräche und ihm befiehle, das Zelt der Flüchtlingsunterkunft anzuzünden.

Uli Henning war überfordert. Darboe hatte anscheinend eine Panikattacke. Aber würde er seine Drohung wahr machen? Henning traute es ihm zu. In der Flüchtlingsunterkunft in Baltmannsweiler wohnten damals 80 bis 100 Personen. An den Feiertagen arbeiteten kaum Betreuer oder Sozialarbeiter. Also fuhr Henning los und ging stundenlang mit Darboe spazieren. Der beruhigte sich irgendwann und erzählte, er habe ständig Albträume.

Im neuen Jahr beriet sich Henning mit den anderen Ehrenamtlichen. Gemeinsam beschlossen sie, Darboe in die Psychiatrie zu bringen, sicherheitshalber. Dort blieb er drei Wochen. Henning setzte sich zweimal die Woche nach der Arbeit in die S-Bahn und besuchte ihn. Das Pflegepersonal habe sich nicht genug um Darboe gekümmert, fand er. Seit dieser Zeit sind die beiden Freunde.

Als Darboe ihm im Januar 2018 verkündete, es sei Zeit heimzukehren, und zwar sofort, war Henning verwundert. Klar, sein Asylantrag hatte schlechte Chancen, aber wer wusste schon, wie die Behörden im Einzelfall ticken? Darboe hatte immerhin zwei Deutschkurse besucht und bei diversen Gartenprojekten ausgeholfen. So schnell werde man da schon nicht abgeschoben.

Trotzdem gingen sie zusammen zur Rückkehrberatung in Esslingen. Dort erklärte man Darboe, wie viel Unterstützung er von der Bundesregierung und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) bekommen würde. Darboe unterschrieb sofort.

Zu Hause packte er Klamotten und Lebensmittel in Kisten und verschiffte sie zusammen mit einem Fernseher und einem Tandemfahrrad nach Gambia. Zu seiner Abschiedsparty gab es Fleischküchle und Kartoffelsalat. Am 27. März, am Tag seiner Ausreise, erwartete ihn ein IOM-Mitarbeiter, um ihm 600 Euro in bar in die Hand zu drücken. Treffpunkt war das Abfluggate, hinter der Sicherheitskontrolle, damit Rückkehrer wie Darboe nicht auf die Idee kommen, das Geld abzugreifen und doch in Deutschland zu bleiben.

Darboes Mutter war zunächst nicht glücklich über die Rückkehr ihres Sohnes. Sie dachte, er wäre abgeschoben worden. Ein junger Mann, der ohne Geld und Arbeit aus Europa zurückkehrt, gilt in Gambia als Verlierer. Außerdem hatte sie Angst, er würde weiter Mist bauen, so wie früher in seiner Jugend.

Darboe hatte sein Heimatland nicht verlassen, weil er vom Machtaufstand des Diktators Yahya Jammeh verfolgt wurde. Er wuchs mit 16 Geschwistern auf, brach die Schule ab und legte sich ständig mit anderen jungen Männern an. Er hat Narben am Bauch, am Hals, am Kopf von diversen Schlägereien. Als die Polizei nach ihm suchte, beschloss er zu gehen, da war er 17.

Seit seiner Rückkehr macht Darboe keinen Ärger mehr, er baut sich ein Leben als Bauer auf. Dafür hat er ein großes Grundstück seiner Familie umzäunt. Er hat Hühner und Ziegen gekauft, Palmen gefällt, Erde umgegraben und Bananen, Orangen, Zitronen, Mangos, Papayas, Gurken, Tomaten und Erdnüsse angepflanzt.

Am Tag nach der Ankunft der German family brennt die Sonne schon früh am Morgen. Es werden an diesem Tag 31 Grad Celsius; gefühlt sind es deutlich mehr. Die Luftfeuchtigkeit wird bei mehr als 70 Prozent liegen. Darboe und seine beiden Gäste sind auf seiner Farm, sie setzen Wintersteckzwiebeln und säen Bohnenkraut und Paprika. Wobei niemand Darboe erklären kann, was Bohnenkraut eigentlich ist. Wie sehr den zwei Deutschen die Hitze zu schaffen macht, erzählt Kaufhold erst Tage später: Beim Aufstehen sei ihr jedes Mal schwarz vor Augen geworden.

Darboe merkt davon nichts. Als er sie fragt, ob sie zum Haus seiner Mutter laufen wollen, sagt Henning in einer Mischung aus Höflichkeit, Naivität und Selbstüberschätzung: »Ja klar, so ein Spaziergang ist doch schön.« Nach einem

langen Marsch durch die pralle Mittagshitze, nach Besuchen bei Darboes Nachbarn, den Dorfältesten, seiner Mutter und einigen seiner Brüder wird Henning leise sagen: »Jetzt ist es aber auch mal gut.« Darboe soll das allerdings auf keinen Fall mitbekommen. Nur nicht unhöflich sein.

Am Nachmittag hat Darboe seine Gäste endlich zurück in ihre Unterkunft gebracht, im Schatten eines Baumes sitzen die drei auf Plastikstühlen und unterhalten sich über ihre gemeinsame Zeit in Deutschland. Henning erzählt, wie seltsam es für ihn war, als Darboe im November 2017 in Abwesenheit mit einer Frau in Gambia verheiratet wurde, der er zuvor noch nicht begegnet war, der 22-jährigen Schwester eines Freundes. Henning und Kaufhold konnten nicht glauben, dass es das gibt. Und dass sich ihr Freund Sarjo darauf einließ. »Deshalb wolltest du doch plötzlich so schnell zurück«, sagt Henning.

Darboe blickt ihn irritiert an: Nein, das alles habe nichts mit seiner Frau zu tun. Jetzt schauen Kaufhold und Henning verwirrt. Warum, wenn nicht wegen der Frau, war seine Abreise so überstürzt? Sonst hätte er auch ein halbes Jahr später gehen können, nach der Regenzeit. Das wäre doch weniger stressig gewesen, sagt Kaufhold.

Sie spricht meistens auf Deutsch mit Darboe. Wie viel er davon versteht, ist nicht immer klar. Ebenso wenig, was von seinen englischen Antworten bei ihr ankommt.

Er sagt, er sei gegangen, weil er endlich ein Stück Land von seiner Familie bekommen habe. Ein anderer Bruder habe damals angedeutet, er habe auch Interesse. Da habe er zugreifen müssen. »Ich hätte schon viel früher kommen sollen«, sagt er, es klingt Härte aus seiner Stimme. Dann könnte er jetzt schon Früchte ernten und auf dem Markt verkaufen. »Und dann hätte ich auch die richtige Wahl bei meiner Frau getroffen. Eine, die hart arbeiten kann.« Er stockt, sagt dann: »Ich habe so natürlich auch die richtige Wahl getroffen.«

Das deutsche Ehepaar ist von diesen Antworten überrascht. Die beiden kennen zwar die Beschwerden über seine Ehefrau Suwado Sanneh, Rufname Yamundou, von Darboe nur Princess genannt. Sie arbeite nicht hart genug, sei immer müde und würde am liebsten nur schöne Kleider tragen und fernsehen. Aber das hatten sie bislang nicht ernst genommen, sie war immerhin im sechsten Monat schwanger und in den Wochen vor ihrer Ankunft im Krankenhaus gewesen, weil das Kind sich nicht bewegte.

Später erzählt Kaufhold, damals in Baden-Württemberg habe sie nie so ausführlich mit ihm über seine Beweggründe



RICCI SHROYCK / DER SPIEGEL

Bauer Darboe auf seinem Farmgrundstück: Seit der Rückkehr baut er sich ein Leben auf

gesprochen. Für sie war klar, dass er wegen seiner frisch angetrauten Frau zurückgeht.

Sie kann es sich auch jetzt nicht vorstellen, dass bei einer arrangierten Ehe die Sehnsucht nach Nähe womöglich nicht so groß ist wie bei Liebesehen. »Es ist doch was anderes, ob du sagst, ich hab 'n Grundstück, oder, ich hab 'ne Frau und 'n Grundstück.« Was sie meint: Wenn man Europa schon freiwillig verlässt, dann doch eher aus Liebe oder zumindest Zuneigung für eine Frau, nicht nur für ein Grundstück. »Och, Businessman Sarjo würde sagen, ich hab 'n Grundstück«, entgegnet Henning, ohne zu zögern, und sieht dabei nicht glücklich aus.

Zwei Tage später hat Darboe die Deutschen schon wieder auf seine Farm eingeladen. Während er gemeinsam mit Henning 20 Orangenbäumchen pflanzt, schleicht sich Kaufhold ins Haus. Sie will in Ruhe mit Yamundou sprechen, ohne Männer. Sie versteht nicht, warum es der jungen Frau so schlecht geht.

Yamundou sitzt in einem rot-schwarz gemusterten Rüschenkleid im Dunkeln und schaut sich eine nigerianische Fernsehserie an. Wie sich herausstellt, nimmt sie seit zwei Wochen ein Antibiotikum gegen Bakterien, wegen der furchtbaren Schmerzen beim Geschlechtsverkehr. Gewirkt hätten die Tabletten nicht, sagt Yamundou. Nach einigen Minuten Schweigen fragt sie auf Englisch: »Tut die Geburt weh?« Kaufhold zögert. Was sagt man einer jungen Schwangeren, die offensichtlich keine Ahnung hat, was auf sie zukommt?

Ja, es tue schon weh, sagt Kaufhold in holprigem Englisch, aber es sei auch gut.

»Princess, du musst dein Kind direkt nach der Geburt an deiner Brust lassen. Sag Nein, wenn die Ärzte es dir erst mal wegnehmen wollen.« Während Kaufhold Vokabel für Vokabel sucht, wird ihr bewusst, wie wenig bei ihrem Gegenüber ankommt. Also schweigen die beiden Frauen wieder.

Auf einmal sagt Kaufhold leise auf Deutsch: »Beschneidung bei Mädchen ist doch hier kein Thema, oder?« Der erste Google-Treffer zeigt ihr: Seit 2015 ist die weibliche Genitalverstümmelung in Gambia verboten, doch laut Terre des Femmes sind 77 Prozent der muslimischen Frauen in Gambia beschnitten, bei den Christinnen 21 Prozent. Das könnte eine Erklärung für Yamundous Schmerzen sein und bei der Geburt zu Komplikationen führen, fürchtet Kaufhold.

Wortlos verlässt sie das Haus. Wie soll man damit umgehen? Wie soll man helfen, wenn man im Grunde nichts versteht, die Kultur, die Tradition, die Sprache?

Einen Tag später wird Kaufhold ihren Mut zusammennehmen und Yamundou fragen, ob sie beschnitten sei. Ja, ist sie. »Sie hat mich gefragt, ob ich es mal sehen will«, erzählt die Deutsche anschließend ungläubig. Sie bittet um Bedenkzeit. Es wird sich nicht mehr ergeben, weil es Yamundou wieder schlechter geht und sie zu ihrer Familie zurückkehrt.

Für den Nachmittag hat Darboe einen Ausflug nach Abuko organisiert, zu einem Wildpark mit Krokodilen im Teich, Affen im Wald und Hyänen in einem Gehege. Danach will er beim IOM-Büro in Serekunda vorbeifahren. Er plant ein Eröffnungsfest für seine Farm Ende Oktober und will seinen Ansprechpartner einladen. Außerdem hat er seit zwei Wochen einen Anspruch auf die zweite Hälfte der Start-



RICCI SHRYOCK / DER SPIEGEL

Straße in Gunjur: Wer ohne Geld und Arbeit aus Europa zurückkommt, gilt als Verlierer

hilfePlus der Bundesregierung für Rückkehrer, noch einmal 600 Euro.

Der Sachbearbeiter ist nicht da, sie sind außerhalb der Öffnungszeiten gekommen. Henning spricht eine andere IOM-Mitarbeiterin an: ob man über Strukturen und Projekte für potenzielle Rückkehrer reden könne? Er kenne einige Gambier in Baden-Württemberg, die vielleicht auch zurückkämen, wenn sie nur wüssten, was sie erwarte. Die Frau schaut den weißen Mann in seinem T-Shirt, den Cargoshorts und den Plastikclogs verwirrt an, schließlich sagt sie, sie dürfe nichts sagen, aber er solle warten. Dann verschwindet sie.

Nach einigen Minuten tritt ein Mann aus dem Gebäude, der sich als Etienne aus Malta vorstellt. Er sei der General Manager, habe aber erst vor zwei Wochen hier angefangen, entschuldigt er sich, davor habe er in Peking gearbeitet. Dort gebe es andere Probleme. Etienne bittet die drei in einen Konferenzraum. Als er verstanden hat, was Henning will, holt er ein paar Flyer und schreibt die Namen verschiedener Projekte auf einen Zettel. Die EU und Deutschland haben Geld in Gambia investiert, um Rückkehrer zu unterstützen und jungen Menschen vor Ort eine Ausbildung zu ermöglichen – und sie von der Flucht nach Europa abzuhalten.

Dann legt Darboe los. Wieso kann er sein Geld nicht auf der Stelle bekommen? Wieso hat die IOM ihm, anders als angekündigt, kein Geld für das Dach seines Hauses gegeben? Seine deutschen Freunde mussten ihm deshalb Geld überweisen. Henning schaut ihn die ganze Zeit aufmunternd an, nickt ab und zu mit dem Kopf, dann fällt er ihm ins Wort: »Wieso funktioniert das alles nur, wenn es private Un-

terstützung gibt? Sarjo ist mit seinem Projekt ein Vorbild in Gunjur. This is not a dream anymore, it's concrete!«

Etienne hält sich bedeckt, seine Antwort ist immer die gleiche. Er könne auf die Schnelle nichts über konkrete Fälle sagen, werde sich aber Darboes Daten aufschreiben und dem Fall nachgehen. Am Ende bedankt sich Henning überschwänglich, er ist besänftigt. Etienes Blick schweift in die Ferne, dabei sagt er leise: »Keine Ursache. Ich wünschte, es gäbe mehr Leute wie Sie, die sich für Migration interessieren.« Einige Tage später wird Sarjo einen Anruf von der IOM erhalten, er könne sein Geld jetzt abholen.

Wieso tun Kaufhold und Henning sich das alles an? Wieso verbringen sie ihren Urlaub in der sengenden Sonne auf einem Feld anstatt auf Hawaii am Strand? Wieso schlagen sie sich in Deutschland mit unwilligen Behörden herum, begleiten Asylbewerber zu Arztbesuchen und organisieren Ausflüge für Menschen, die sie bis vor Kurzem noch gar nicht kannten? Wie halten sie all die Frustration über die Missverständnisse aus, die es mit sich bringt, wenn unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen?

»Am Anfang war bei uns allen schon viel Euphorie dabei«, erzählt Henning eines Morgens beim Frühstück. »Wir kriegen viel zurück«, ergänzt Kaufhold lächelnd. »Zum Beispiel eine Einladung nach Gambia.« Dann erzählt sie, ihre Cousine habe sie schon immer gewarnt, sie sollte nicht zu viel für andere tun, mehr auf sich selbst achten, eine Grenze ziehen.

Nach ihrer Heimkehr nach Esslingen fragen sich Kaufhold und Henning, wo diese Grenze liege: wann es zu viel ist, wann es

die Helfer überfordert und den Hilfsbedürftigen womöglich schadet.

Die beiden bereuen die Reise nicht, sie haben gern auf dem Feld ausgeholfen und Darboe auf ihren Kurztrip ins Landesinnere mitgenommen, und selbstverständlich haben sie die Reise für ihn bezahlt. Aber seit sie in Gunjur waren, hat sich für Darboe eine Menge geändert. Fast jeden Tag kommen Familienmitglieder oder Bekannte vorbei und bitten ihn um Hilfe. Er habe reiche Sponsoren aus Deutschland, die ihn mit Geld versorgten. Könnten die nicht auch die Projekte der anderen unterstützen? Oder kenne er andere Sponsoren aus Europa, an die man sich wenden könne?

Seine Frau Yamundou wohnt wieder bei ihrer Familie. Ihre Eltern werfen Darboe vor, er gebe ihrer Tochter nicht genug Geld. Solange er nicht die traditionelle Hochzeitsfeier organisiere und bezahle, seiner Frau teure Kleider und Wäsche kaufen, dürfe Yamundou nicht zurück.

Kaufhold und Henning wissen: Sie hätten sich in Gambia nicht anders verhalten können. Allein durch ihre Anwesenheit haben sie das Gleichgewicht des Ortes gestört. Darboe gilt jetzt als wohlhabend, zumindest als jemand mit guten Beziehungen. Sie fühlen sich schuldig, sie haben Angst, jemand könnte Darboe ernsthaft schaden. Nachts, wenn Bettina Kaufhold wach liegt, stellt sie sich vor, wie einfach es für Fremde wäre, das Grundstück zu betreten und alles, was Darboe angebaut hat, zu zerstören.

»Es war nie unsere Intention, Neid und Missgunst entstehen zu lassen«, sagt Henning. Aber so einfach ist das nicht. So wenig Darboe sich gegen die Erwartungen aus seinem Umfeld wehren kann, so wenig können sich seine deutschen Freunde einfach abwenden. Deshalb haben sie beschlossen, die Kosten für die Hochzeitsfeier zu übernehmen, 500 Euro, viel Geld. Darboe hat nicht danach gefragt, aber das Angebot hat er angenommen. Gemeinsam haben sie verabredet, Stillschweigen zu bewahren. Er soll behaupten, das Geld von der IOM für die Hochzeit auszugeben. Ob es danach besser wird? Darboe glaubt schon, Kaufhold nicht. »Yamundou und ihre Familie werden sicher weiter Geld wollen.« Kommen sie sich von Darboe ausgenutzt vor? »Nein, Sarjo denkt deutsch«, findet Kaufhold. »Der kämpft gegen die Traditionen.«

Noch glauben sie, dass es Unterstützung auf Zeit ist, Darboe soll sich und seine Familie irgendwann selbst versorgen. »Aber wir lassen Sarjo nicht verhungern«, sagt Kaufhold. »Auch nicht in einem Jahr!«

Laura Backes

Mail: laura.backes@spiegel.de

Twitter: @LauraBackes

Ansprache

Hallo, neues Jahr!

Grußbotschaft an das Jahr 2019. Von Stefan Berg

Wenn Du denkst, Du kannst einfach so anfangen, und wir rufen »zehn, neun, acht, sieben, sechs, fünf, vier, drei, zwei, eins, null – halllooooo«, dann hast Du Dich getäuscht. Früher habe ich da mitgemacht. Aber nein, damit ist jetzt Schluss. Mit dieser Willkommenskultur haben wir uns genug Ärger eingefangen. Du wolltest sicher so beginnen wie all die Jahre zuvor. Ohne zu fragen.

Prost Neujahr! Und los geht es.

Aber nein, diesmal nicht. Nix ist. Wir lassen nicht mehr jeden ungefragt rein. Nein, auch Dich nicht, auch nicht die neue Zeit. Es ist Zeit für eine Neujahrsansprache. Du musst Dir schon ein paar Fragen gefallen lassen.

Hast Du Dir gut überlegt, was Du willst? Wir werden Dich nur empfangen, wenn Du nicht so viel Unheil mitbringst wie 2018. Wir haben noch an diesem Jahr zu knabbern. Mit den schlechten Nachrichten und bösen Überraschungen hätte man früher ein ganzes Jahrzehnt gefüllt. Wenn Du so weitermachen willst, dann brauchst Du nicht anzufangen. Dann verlängern wir einfach den Dezember. Und Du kannst warten und Dir überlegen, was Du bringst. Immer haben wir uns etwas vorgenommen.

Bitte, jetzt bist Du dran!

Zugegeben, wir haben uns nicht daran gehalten.

Aber dann sei Du doch einfach mal Vorbild!

Wahrscheinlich ist es zwecklos, wahrscheinlich lohnt es nicht, mit Dir zu streiten. Aber vielleicht kann man Dich mal erinnern, was andere Jahre gebracht haben. Es gab Jahre prall gefüllt mit guten Nachrichten, mit Bildern von Menschen, die sich in den Armen liegen, Panzern, die zerkleinert, Kriege, die beendet werden. Der Krieg hatte schlechte Karten und kaum noch Anhänger.

Und nun? In diesem Jahr, das irgendwann zu Ende geht, hat man sich ja kaum getraut, das Radio anzuschalten oder das Internet. Man bekommt alle Krisenherde gar nicht mehr zusammen. Selbst das Wetter – ein Grauen. Entweder

Dürre, oder es pladdert los wie aus Kannen. Früher gab es die sprichwörtliche Ruhe vor dem Sturm. Abgeschafft. Gewitter ohne Ankündigung.

Vielleicht hätten wir die Zeit anhalten sollen, als wir noch gute Zeiten hatten. Wir hätten eine Pause machen sollen. Nachdenken. Oder noch besser: vordenken. Aber wir sangen: »Time is on my side«. Oder: »Mit uns zieht die neue Zeit«. Als hätten wir einen Vertrag mit ihr geschlossen. Der Zeitgeist war auf unserer Seite. Heute fällt es schwer, die Wörter Zeit und Geist in einem Atemzug zu nennen. Einige Menschen sind so verzweifelt, dass sie das Wort Zeit kaum mehr hören können. Sei auf der Hut, neues Jahr. Diese Menschen wollen die Zeit totschlagen. Sie haben das Gefühl, nicht auf der Höhe der Zeit zu sein. Lass Dir was einfallen, wie Du sie wieder für Dich gewinnst.

Ach, es wäre schon schön, das neue Jahr zu begrüßen und zu feiern. So leicht, so ausgelassen wie in manchen Jahren.

Es gibt da allerdings seltsame Zeitgenossen. Sie reden von guten alten Zeiten, aber meinen damit andere als ich. Sie denken an diese merkwürdigen tausend Jahre, die nach zwölf Jahren schon rum waren. Damals herrschte ein Zeit-Ungeist.

Wir dachten, die Menschen hätten die Lehren daraus gezogen. Aber ... Wozu erzähle ich das alles?

Verzeih mir, 2019, dass ich Dich so zutexte. Aber manchmal fällt es schwer, verdammt schwer, wirklich fröhlich in die Zukunft zu blicken. Und irgendwie muss man sich das mal von der Seele reden.

Also, vielleicht machen wir es so: Du versprichst, ein gutes neues Jahr zu werden, und wir versprechen, uns einfach wie Menschen zu benehmen. Darauf könnten wir anstoßen, so leise und behutsam, dass es nicht zu überhören ist.

Und wir, wir grülen nicht.

Einverstanden? ■



Gesellschaft

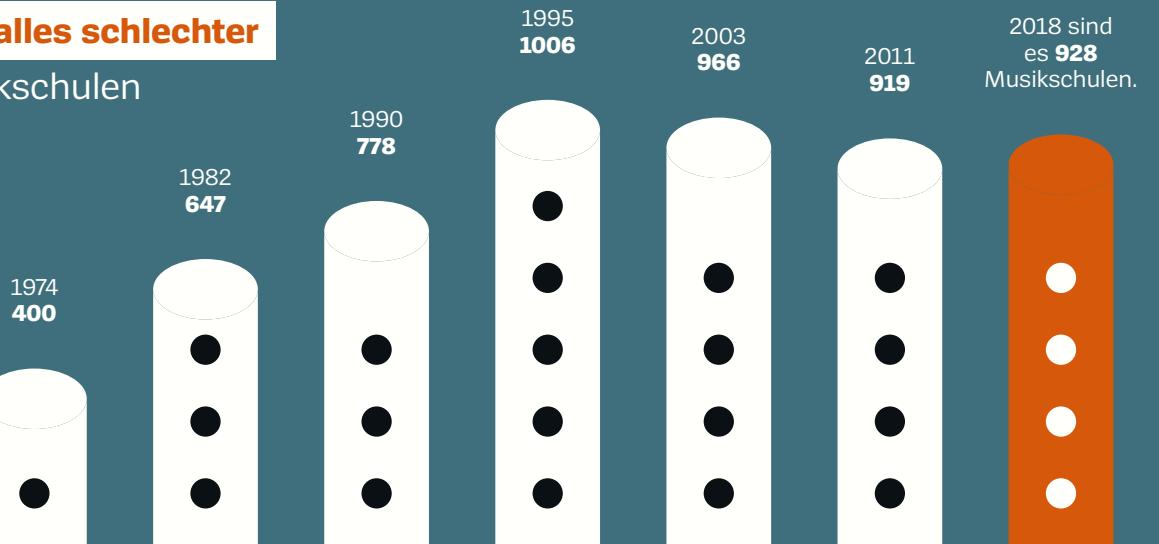
Erst das Fressen, dann die Moral. ▶ S. 50

Früher war alles schlechter

Nº 156: Musikschulen

* bis 1990 nur Westdeutschland

1966 hatte
der Verband
deutscher
Musikschulen
136 Mitglieder.*



Wohltuende Musik. Wie schön die Kinderlein klingen einmal im Jahr, wie gerührt Oma und Opa dem piepsenden, kopfnicken den Blockflöten in C-Dur lauschen und wie schön, dass diese Bescherung auch bald wieder vorüber ist, verschallt bis zum nächsten Weihnachtsfest. Oder vielleicht auch: verschallt für immer. Das frühe Spiel der Blockflöte, lange Bestandteil des deutschen Tugendkatalogs, ein Mittel der Früherziehung, auch bekannt als der »Klangschnullen«, wird in den Musikschulen weniger unterrichtet. Die beliebtesten Instrumente sind heute Klavier, Gitarre und Violine – ein Beleg für den Fortschritt des Menschengeschlechts, wie er in dieser Kolumne postuliert wird. Die Zahl der kommunalen Musikschulen ist in Deutschland in der Nachkriegszeit rasant gestiegen, erreichte ein Fortissimo nach der

Wiedervereinigung und ist seither auf einem hohen Niveau geblieben. Nicht gerechnet die Zahl der Standortfilialen und der freien Schulen und trotz der Tatsache, dass es inzwischen für jedes Instrument, von Alphorn bis Zither, geduldige und kompetente Lehrer im Netz gibt. Was allerdings nicht bedeutet, dass man der guten alten Blockflöte nicht nachtrauern darf. Vermutlich hat auch der große Jimi Hendrix einmal holzblasend angefangen, der Liedermacher Matthias Schrei, alias »Blockflöte des Todes«, ganz gewiss. Und der deutsche Musiktheoretiker und Komponist Martin Agricola reimte bereits zur Zeit der Renaissance: »Auch wiltu haben den grund und bodem. So lern pfeiffen mit zitterndem odem. Denn es den gesang gantz sere zyret. Auff allen pfeiffen wie man hofiret.« alexander.smoltczyk@spiegel.de

Feiern

Wer kommt an Silvester in die Notaufnahme, Frau Dr. Groth?

Gabriele Groth, 53, ist Leitende Ärztin in der Asklepios-Klinik in Hamburg-Altona.

SPIEGEL: Ist die Nachschicht an Silvester die schlimmste im Jahr?

Groth: Man reißt sich im Dienstplan nicht gerade darum. Eine halbe Stunde nach Jahreswechsel geht es los, dann kommen haufenweise Betrunkene, manche haben schon am Morgen mit dem Trinken angefangen, viele sind gestürzt, erbrechen sich. Und dann sind da die Böllerverletzungen.

SPIEGEL: Was können Böller und Raketen anrichten?

Groth: Einmal kam ein junger Mann mit seinen Freunden, ein Böller hatte ihm drei Finger abgerissen. Die Herren waren äußerst fröhlich, im Rausch war ihnen der Ernst der Lage nicht klar. Dann kam einer, der hatte einen Böller angeguckt, bis das Ding losging. Bei dem war eine Gesichtshälfte völlig verbrannt.



SPIEGEL: Nehmen solche Verletzungen zu?

Groth: Nein, ich bin seit 28 Jahren Ärztin und habe sicher 15 Silvesterschichten gemacht. Früher war es schlimmer. Da kamen die Leute schon am Tag mit Verletzungen durch Knallkörper. Nun kommen immer mehr Betrunkene, Leute mit vier Promille oder mehr.

SPIEGEL: Bleibt da Zeit für Patienten mit echten Verletzungen?

Groth: Die nehmen wir uns. Besonders ältere Menschen haben mit dem Jahreswechsel Probleme. Viele sind allein, erhoffen sich für das nächste Jahr etwas, da ist viel Aufregung im Spiel. Manche kommen mit Bluthochdruck, Herzinfarkt, Schlaganfall. Das sind Notfälle.

SPIEGEL: Müssen Sie dieses Jahr ran?

Groth: Glücklicherweise habe ich frei. Ich feiere mit Freunden, Fondue. Weit weg vom Hafen – dort wird es richtig wild. RED

Unglück in Lila

Warum eine Amerikanerin wegen einer Tüte Zuckerwatte ins Gefängnis musste

Es geschah auf der Landstraße 19, nördlich von Macon, Georgia, hier lernte Dasha Fincher, Mutter eines Sohns und einer Tochter, das Justizsystem der Vereinigten Staaten von Amerika auf eine ganz unerwartete Weise kennen.

Fincher saß in einem weißen Toyota Corolla mit getönten Scheiben und war auf dem Weg zu ein paar Freunden, aber bis dorthin schaffte sie es nicht. Kurz vor der Einfahrt scherte ein Polizeiwagen hinter dem Toyota ein, die Beamten schalteten das Blaulicht an, ließen kurz die Sirene aufheulen, was in den USA bedeutet: rechts ranfahren.

Im Streifenwagen saßen zwei Polizisten, sie hatten den Toyota gestoppt, weil seine Scheiben verdächtig aussahen. Nach Meinung der Beamten waren sie zu dunkel, um legal zu sein. Als die beiden Autos auf dem Randstreifen parkten, stieg einer der Polizisten, sein Name ist Cody Maples, aus dem Wagen aus, ging zu Finchers Fahrzeug, bat um ihren Führerschein und gab ihren Namen, ihre Adresse über Funk durch.

Die Polizeizentrale meldete, der Führerschein sei ungültig. Maples befahl Dasha Fincher nun, aus ihrem Auto auszusteigen, und sein Kollege begann, den Wagen zu durchsuchen. In seinem Bericht schrieb Maples später, dass Dasha Fincher nervös geworden sei, so nervös, dass sie sichtbar zu zittern begonnen habe.

Im Fußraum des Toyota fand Maples' Kollege eine durchsichtige Plastiktüte, in der eine wäteähnliche Substanz lag, weich und leuchtend blau. Für ihn sah der Inhalt der Plastiktüte verdächtig nach Methamphetamine aus, kurz Meth, eine illegale Droge. Dasha Fincher wurde gefragt, was in dem Beutel sei. »Zuckerwatte«, antwortete sie.

Maples bezweifelte das sehr. Sein Kollege ging zurück zum Streifenwagen, holte einen Drogentest aus dem Auto und überprüfte den Inhalt des Beutels.

Der Test bestand aus einem Plastiktütchen und drei gläsernen Ampullen, in denen sich Acetaldehyd, Natrium-Nitroprussid und Natriumkarbonat befanden. Maples' Kollege schob mit seinen Fingern ein wenig von der blauen Substanz in die Tüte und kippte nacheinander die drei Chemikalien hinterher. Dann wartete er ein paar Sekunden. Die Flüssigkeit färbte sich lila. Die Polizisten hatten ganz offenbar Meth gefunden.

Dasha Fincher wurde festgenommen und ins Gefängnis gesteckt, unter dem dringenden Verdacht, dass sie mit Meth deale. Fincher beteuerte verzweifelt ihre Unschuld, aber man

ließ sie wissen, dass sie in Haft bleiben werde, bis ein Labor die Zeit finde, die Substanz aus ihrem Auto eingehender zu untersuchen.

Das sollte drei Monate dauern.

Während dieser drei Monate erlitt Finchers Tochter eine Fehlgeburt, ihre Schwiegertochter brachte Zwillinge zur Welt, und Dasha Finchers Sohn wurde verhaftet, als er seine Mutter im Gefängnis besuchte, um ihr die Zwillinge zu zeigen. Die Polizei interessierte sich für ihn, weil er nicht zu einer Gerichtsverhandlung erschien war. Das war mehr Unglück, als Dasha Fincher ertragen konnte. Wütend und verzweifelt schlug sie nach der Verhaftung ihres Sohnes mit der Faust auf eine Betonwand ein. Sie brach sich die Hand.

Knapp drei Monate nachdem Fincher in eine Zelle gesperrt worden war, schickte das Polizeilabor von Georgia seine Ergebnisse. In der Plastiktüte war kein Meth, sondern tatsächlich Zuckerwatte. Statt Finchers Haft zu beenden, hielt die Gefängnisleitung sie für weitere zwei Wochen fest. Dann wurde Fincher in die Freiheit entlassen, so ist es im Polizeibericht Monroe Countys zu lesen, so wird es von Finchers Anwalt in der Klageschrift berichtet.

Der Anwalt weist auch darauf hin, dass dem Polizisten, der den Drogentest am Straßenrand durchführte, nie gezeigt wurde, wie diese Tests durchzuführen seien, und es wurde ihm offenbar auch nie gesagt, wie man die Ergebnisse zu interpretieren habe. Das aber wäre dringend nötig gewesen, denn das US-Justizministerium warnte schon vor Jahren, dass die Mängel dieser Tests »gar nicht stark genug betont werden können«. Experten forderten, ebenfalls vor Jahren, dass diese Tests allenfalls als Entlastung berücksichtigt werden sollen, wenn sie die Abwesenheit von verbeten Substanzen bestätigen.

Als Belastungsmaterial taugen sie nämlich nur bedingt: Auch bei Minzbonbons, Vitamin C oder Salbei zeigen sie manchmal illegale Drogen an. Selbst der Hersteller der Tester, das Unternehmen Sirchie, weist darauf hin, dass die Ergebnisse nur als vorläufig bewertet werden und nicht der einzige Grund für eine Festnahme sein sollten. All diese Mängel und Einschränkungen haben aber nicht dazu geführt, dass die Tester von der Polizei ausgemustert wurden. Der Grund: Sie sind so günstig, kosten nur zwei Dollar pro Stück.

Dasha Fincher verklagt nun die beiden Polizisten, das Monroe County und Sirchie, den Hersteller der Tester. Mitte November ging die Klage bei Gericht ein. Dasha Fincher fordert Schadensersatz für das ihr zugefügte Leid, für die Monate im Gefängnis. Eine Summe will ihr Anwalt nicht nennen, aber er hofft, dass die Jury seiner Mandantin sehr viel Geld zusprechen wird, zur Abschreckung, damit die Polizei in Monroe County, Georgia, künftig weniger schlampig arbeitet. Das ist gut möglich.

Obwohl Dasha Fincher vor mehr als einem Jahr aus der Haft entlassen wurde, findet sich in ihrem polizeilichen Führungszeugnis immer noch der Hinweis, dass sie eine mutmaßliche Drogendealerin sei. Dass der Verdacht widerlegt wurde, steht dort nicht. Uwe Buse



MONROE COUNTY SHERIFFS OFFICE / NYT / REDUX / LAIF

Fincher, Polizist

Police Thought Cotton Candy Was Meth. She Spent 3 Months in Jail for Their Mistake.

Von der Website Nytimes.com



Gewissensfragen an die Welt

Fortschritt Der deutsche Politologe Christian Welzel erforscht den globalen Wertewandel. Und er hat gute Nachrichten: Freiheit, Toleranz und Liberalismus nehmen zu auf der Welt. Nicht ab.

Was für ein großenwahnsinniger Versuch! Dieser Mann glaubt, er könne die Werthaltungen der ganzen Menschheit erfassen und in ein einziges Koordinatensystem packen. Er, Christian Welzel, Politologe an der Universität Lüneburg, könne beziffern, wie die Welt moralisch tickt, welche Nationen woran glauben, welche Kulturen wie progressiv sind, welche wie konservativ, auf einer großen, indexierten Skala. Das heißt dann »World Values Survey«, etwa: Welt-Werte-Erhebung. Es ist nicht weniger als die moralische Vermessung der Welt.

Und wie ist es moralisch bestellt um das Menschengeschlecht? »Ziemlich gut«, sagt Welzel, »wir machen Fortschritte.«

Wir sind in seinem Büro an der Leuphana-Universität zu Lüneburg, norddeutsche Tiefebene und nicht der Ort, an dem man das kartografierte Globalgewissen vermutet. Welzel, 54, sitzt sehr aufrecht auf seinem Stuhl. Er hat in diesem Jahr viel Zeit in Moskau verbracht, wo er ein Institut für vergleichende Sozialforschung wissenschaftlich leitet. Russland ist nicht unbedingt als Quellgebiet von Toleranz und Freiheit bekannt, doch Welzel kennt eine andere Seite des Landes. »Ich kann dort Vorträge halten über die wachsende globale Toleranz gegenüber Homosexuellen, kein Problem. Vor allem in den Städten gibt es eine breite progressive Schicht.«

Welzels Forschung bietet eine große Antithese zum aktuellen Zeitgeist, zur allgegenwärtigen Angst um das Ende des großen liberalen Projekts angesichts von Rechtsruck, neuem Nationalismus und reaktionärem Stammesdenken. Die Erkenntnisse, die aus seinen Daten hervorgehen, erlauben interessante Zugänge zu vielen aktuellen Fragen. Warum sind manche Länder anfälliger für populistische Verführungen als andere? Stirbt die Demokratie tatsächlich gerade? Verharrt die muslimische Welt unrettbar in religiösen Dogmen?

Welzel: »Ich glaube, dass die gegenwärtige Angst vor einer globalen Krise der Demokratie, vor einer populistisch-autokratischen Wende überzogen ist.« Er sieht in seinen Daten »keine fundamentale Trend-

umkehr beim Bekenntnis zum liberalen Gesellschaftsmodell.«

Wie kommt Welzel zu dieser Überzeugung? Aufgrund seiner Daten. Und wie kommt er zu seinen Daten? Nicht allein. Der World Values Survey ist ein akademisches Mammutprojekt, das seit 1981 besteht und an dem etliche Forscher und Universitäten beteiligt sind. Welzel ist seit 1998 dabei und mittlerweile der publizistische Kopf und das öffentliche Gesicht dieser größten Studie ihrer Art. Was Welzel und seine Kollegen abzubilden versuchen – die menschlichen Werthaltungen und deren Wandel –, ist eine für viele globale Entwicklungen entscheidende Größe, zu der es zwar Millionen Meinungen gibt, aber wenig Empirie.

Wenn man ihn fragt, wie das alles begann, fällt ihm Samuel Huntington ein und dessen wirkungsmächtige Großthese vom

Rund 250 Fragen werden gestellt, an Menschen in Stockholm, Medellín, Dhaka, Sankt Petersburg, Lagos, Manila, Bagdad; 250 Gewissensfragen wie diese:

- ▶ Wie wirkt sich Ihrer Meinung nach die Zuwanderung auf die weitere Entwicklung Ihres Landes aus?
- ▶ Wie wichtig ist es für Sie, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?
- ▶ Wie wichtig ist Gott in Ihrem Leben?
- ▶ Gleichgeschlechtliche Paare sind genauso gute Eltern wie andere Paare: stimme voll und ganz zu, stimme zu, stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu.
- ▶ Auf einer Skala von eins bis zehn, sind folgende Punkte in jedem Fall in Ordnung oder unter keinen Umständen in Ordnung? Homosexualität. Prostitution. Abtreibung. Sex vor der Ehe. Selbstmord. Wenn ein Mann seine Frau schlägt. Wenn Eltern ihre Kinder schlagen. Todesstrafe.

Aus den Daten zieht Welzel Schlüsse, baut Grafiken, organisiert Symposien, verfasst Papiere und schreibt Bücher, das wichtigste trägt den etwas pomösen Titel: »Freedom Rising. Human Empowerment and the Quest for Emancipation«. Die Freiheit, glaubt Welzel, ist weltweit weiter im Wachsen begriffen, die Selbstermächtigung des Menschen, sein Ausgang aus der Unmündigkeit, schreitet allerorten voran.

Erhebungen wie der World Values Survey haben Tücken und Grenzen, wie jede empirische Sozialforschung, natürlich ist das keine Physik. Dass die Befragten womöglich nicht nur sagen, was sie denken, dass sie vielleicht auch den Erwartungen des Fragestellers genügen wollen, ist eine Fehlerquelle jeder Umfrageforschung. Welzels Arbeit bietet Erkenntnisversuche, keine letztbegründeten Wahrheiten.

Die bekannteste Darstellung der Resultate des World Values Survey ist die sogenannte Inglehart-Welzel-Kulturweltkarte (siehe Grafik auf Seite 53), benannt nach dem Gründer der Erhebung, dem US-Demokratieforscher Ronald Inglehart. Auf ihr sind sämtliche untersuchten Länder aufgrund der Einstellungen ihrer Bewohner auf einer Art kulturellem

Warum sind manche Länder anfälliger für populistische Verführungen als andere?

»Kampf der Kulturen«. Von der Idee also, dass diese Kulturen unvereinbare Wertvorstellungen haben, dass die Ideale des Westens – Freiheit, Toleranz, offene Marktwirtschaft, Gleichberechtigung, Demokratie – vom Rest der Welt nicht als universell anerkannt werden. Welzel: »Es gab aber für diese Sicht keine Evidenz, keine Daten, die die These belegen oder ihr widersprechen. Die wollten wir beschaffen.«

Seit Jahrzehnten und in regelmäßigen »Wellen« erfragen die Forscher in repräsentativen Erhebungen die soziokulturellen, religiösen und politischen Einstellungen der Menschen, in Finnland, Australien, Simbabwe, Indien, China, den USA. Schicken ihre Interviewer aus, in über hundert Ländern oder Regionen, deren Bevölkerungen zusammen mehr als 90 Prozent der Menschheit ausmachen, um jeweils mindestens tausend zufällig ausgewählte Probanden in persönlichen Gesprächen auszuhorchen.

Koordinatensystem mit zwei Dimensionen verortet. Die Vertikale gibt den Grad der Aufgeklärtheit einer Gesellschaft an, also den Übergang von religiös-traditionellen Werthaltungen zu weltlich-rationalen. Je tiefer ein Land auf der Vertikalen liegt, desto dominanter sind dort religiöse Werte und Institutionen, desto größer ist die Achtung vor Autoritäten, desto starrer die familiäre Hierarchie. Je höher dagegen ein Land liegt, desto geringer ist die Kraft solcher Denkmuster, desto weiter entwickelt sind die weltlichen Institutionen, der Staat.

Die Horizontale aber bildet ein Spektrum ab, das Welzel und Inglehart »Überlebenswerte« versus »emanzipative Werte« nennen. Je weiter links im Schema, desto stärker ist im jeweiligen Land der Überlebenskampf durch Armut, desto stärker ausgeprägt sind dort Werte wie Sicherheit, Verteidigung, Disziplin. Je weiter nach rechts, desto größer die Selbstverwirklichung, das wechselseitige Vertrauen, die Gleichheit der Geschlechter, die Toleranz gegenüber Ausländern, Andersgläubigen, sexuellen Minderheiten. Der typische kulturelle Reifungsprozess einer Gesellschaft verläuft damit nach Welzel in einem Bogen erst von unten nach oben, dann von links nach rechts. Während Länder sich von Agrar- zu Industrie- zu Dienstleistungs- und Informationsgesellschaften wandeln, sich dabei ihr Wohlstand mehrt, werden sie auch weltlicher, toleranter, progressiver, freiheitlicher, umweltbewusster. Brecht hat es gewusst: erst das Fressen, dann die Moral.

Man kann den Blick und den Geist lange spazieren führen auf dieser Karte. Man sieht ganz oben rechts die Skandinavier, die vorläufige Krone der Zivilisation. Man sieht, auch weit oben, aber überraschend weit links, Japan, diese gleichzeitig hochmoderne, aber auch verschlossene, auf sich selbst fokussierte Insel. Man sieht die seltsame Lage des islamischen Ölstaats Katar, erstaunlich weit rechts, aber ganz unten, wo niemand mehr ums Überleben kämpft, die Menschen jedoch in autoritären Strukturen gefangen bleiben. Man sieht, weit rechts, aber überraschend weit unten, die USA, wirtschaftlich frei, religiös unfrei.

Welzel und Inglehart haben auf ihrer Karte Gruppen von Ländern zu »kulturellen Zonen« zusammengefasst, weil deren jeweiligen moralischen Haltungen ähnlich ausfallen. Diese Gesellschaften sind sich einigermaßen einig bei Fragen nach Geschlechtergleichheit, persönlich-sexueller Freiheit, Meinungsfreiheit, Kindererziehung.

Eine Lesart des World Values Survey ist die, dass zu einer widerstandsfähigen liberalen Demokratie nicht nur ein hohes Maß an politischer und wirtschaftlicher Freiheit gehört, sondern auch eine breite Zustimmung zu emanzipativen Werten. Frühere Befragungswellen, sagt Welzel, zeigten beispielsweise, dass Länder wie Russland oder Ungarn sich institutionell zu schnell zu frei-

heitlich entwickelt hatten – gemessen an den Einstellungen ihrer Bewohner. Wenn die politische Entwicklung der moralischen davonläuft, wie in den ehemals kommunistischen Ländern Osteuropas nach der Wende, kann ein Ungleichgewicht entstehen. Welzel: »Ein Land wie Ungarn ist mittlerweile zurückgefallen auf ein politisch-demokratisches Niveau, das seiner kulturell-moralischen Reife besser entspricht.«

Deutschland ist zwar ebenfalls sehr weit oben zu finden, liegt aber auf der Horizontalen, wo sich die Zustimmung zu emanzipativen Werten niederschlägt, nur knapp über dem Durchschnitt. Welzel erklärt sich das mit der »historisch-moralischen Verspätung« der Deutschen, die nach 1945 eine »Entwicklung im Zeitraffer durchgemacht haben, von einer konservativ-autoritär geprägten zu einer entschlossenen liberal-demokratischen Gesellschaft«. Deutschland, so Welzel, gehöre neben der Türkei oder Spanien zu den Ländern mit den »größten moralischen Spreizungen zwischen den Generationen«, den größten Differenzen bei den Wertvorstellungen zwischen Alt und Jung. Inzwischen aber gehören die jüngeren Deutschen zu den

um Rückschläge und Hindernisse dreht, schreitet die langfristig positive Entwicklung mehr oder minder unbemerkt voran.

Kürzlich hat sich Welzel (mit der Kollegin Amy Alexander) mit einem Aufsatz in einer Debatte zu Wort gemeldet, die viele Beobachter des Weltgeschehens umtreibt. Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in westlichen Demokratien, die neue Lust des Bürgers an autoritär regierenden alten Männern wie Putin, Erdogan oder Trump, der aufziehende Handelskrieg – all dies nährt weltweit die Angst vor einer fundamentalen Krise des Liberalismus, vor einem zivilisatorischen Wendepunkt.

Unter Historikern scheint ein Wettstreit ausgebrochen, wer die dramatischsten Assoziationen mit welcher unglückseligen Epoche aufstellen kann. Die aktuelle Weltlage wurde schon mit den Dreißigerjahren des 20. Jahrhunderts verglichen, als der Faschismus dräute; mit dem wirtschaftlichen Protektionismus um 1900, der zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs beigetragen habe; sogar der Dreißigjährige Krieg wurde als Vergleichsära herbeizitiert. »Unfug«, sagt Welzel zu solchen Thesen. In einer Replik auf die jüngst viel beachteten Analysen der US-Politologen Yascha Mounk und Roberto Foa, die die These einer fortschreitenden Erosion der liberalen Demokratie im Westen vertreten, hat Welzel solche Positionen als »alarmistisch« zurückgewiesen. Was ist sein Gegenargument?

Für Welzel prallen heute zwei Vorstellungen dessen, was eine demokratisch-freiheitliche Gesellschaft ausmacht, aufeinander. Er spricht von zwei »moralischen Stämmen« innerhalb westlicher Länder. Da sind die älteren Generationen, die zwar von der Demokratie als Regierungsform überzeugt sind, aber nicht von den »emanzipativen Werten«, welche die wachsende persönliche Freiheit mit sich bringt: Gleichberechtigung der Geschlechter, Akzeptanz von Andersgläubigen, von Homosexualität, von Abtreibung, Scheidung.

Entscheidend ist nun: Der Anteil der wertekonservativen Menschen – Welzel nennt sie »illiberale Demokraten« – ist in den Erhebungen über die Jahrzehnte gesunken, nicht gewachsen. Das sind jene tendenziell älteren, eher männlichen, weißen, oft bildungsferneren, ländlicheren und für populistische Kampagnen erreichbaren sozialen Schichten – die Großbritannien mit knapper Mehrheit zum Brexit trieben, die die AfD in den Bundestag wählten halfen, die Trump dank dem US-Wahlmänner-system zum Sieg führten. Umgekehrt ließ sich in diesem Jahr beim irischen Volksentscheid gegen das Abtreibungsverbot verfolgen, wie die junge, moralisch progressive Generation die ältere überstimmte. Aber natürlich gibt es auch unter den Älteren viele liberale Demokraten, unter den Jüngeren illiberale.

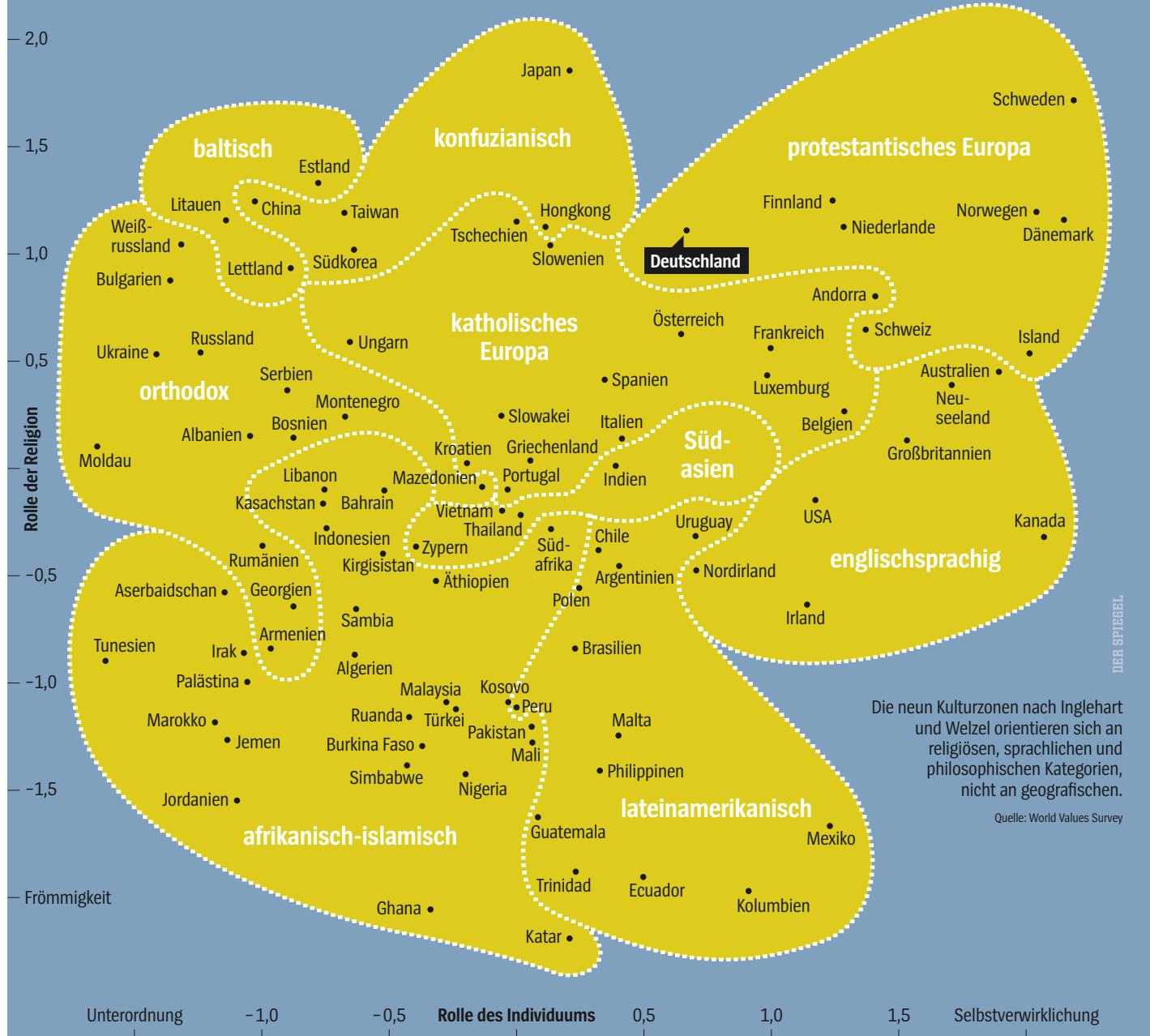
Zur widerstandsfähigen Demokratie gehört eine breite Zustimmung zu emanzipativen Werten.

moralischen Pionieren, indem sie neue ethische Gebiete progressiv besetzen, zu Themen wie Tierrechten, nachhaltiger Nahrungsproduktion oder der Ehe für alle.

Eine zentrale These des World Values Survey ist, dass die Menschen langfristig betrachtet in sämtlichen Teilen der Welt liberaler geworden sind, auch in scheinbaren Hochburgen des Autoritarismus wie China, Ägypten, Russland oder der Türkei. So sind namentlich die Wertvorstellungen muslimischer Gesellschaften, die den konservativsten Kulturzonen angehören, heute auf einem Level, der immerhin mit dem von Westeuropäern in den Sechzigerjahren vergleichbar ist. Ausschlaggebend für diesen Fortschritt sind die jungen Muslime, die den Arabischen Frühling angezettelt haben, eine Art 1968 des Islam, wenn auch weniger erfolgreich. Bislang. Denn die Kräfte, die auch die muslimische Welt Richtung Liberalismus bewegen – höherer Wohlstand, bessere Bildung, Zugang zu pluraler Information –, sind nicht plötzlich verschwunden. Bei der Entwicklung liberaler Werthaltungen ist dasselbe zu beobachten wie bei vielen Formen des Fortschritts, sei es bei der Armutsbekämpfung, der Medizin, der Bildung, der Sicherheit: Während der Diskurs sich fast vollständig

Kulturweltkarte nach Inglehart und Welzel

Wie aufgeklärt, wie selbstbestimmt sind die Menschen welcher Länder und Regionen?



DER SPIEGEL

Die neun Kulturzonen nach Inglehart und Welzel orientieren sich an religiösen, sprachlichen und philosophischen Kategorien, nicht an geografischen.

Quelle: World Values Survey

Die illiberalen Demokraten fühlen sich als Verlierer in einem Wettbewerb um die moralische Neumöblierung ihrer Heimat. Sie können nicht viel anfangen mit der Ehe für alle, mit #MeToo, mit genderoptimierten Sprachregelungen, mit Multikulturalismus, mit Idealen also, die ihre »Leitkultur« sich auf die Fahne geschrieben hat. Welzel: »Gra-
de weil die Basis der Wertekonservativen schrumpft, gerade weil ihre Zahl sinkt, ver-
schärft sich ihr soziales Profil, und sie sind für die Rechtspopulisten besser ansprechbar.«

Also ein Rückzugsgefecht, ein vorübergehender Backlash? Man weiß es nicht. Welzel leugnet keineswegs die momentane Regression des liberalen Projekts, sie ist auch in seinen Daten erkennbar. In einem Schaubild fasste er die Entwicklung vier verschie-

dener »Regimeformen« seit 1900 zusammen, abgestuft nach demokratischer Qualität: vollständige Demokratie, unvollständige Demokratie, unvollständige Autokratie, vollständige Autokratie. Welzels Berechnungen basieren hier auf der Datenbank »Varieties of Democracy« der Universität Göteborg. Der auffälligste Trend ist der unablässige Rückgang der lungenreinen Autokratie. Klar wird auch, dass das Leben in reifen, hoch ausgebildeten Demokratien immer das Privileg einer Minderheit war und sich ihre Zahl seit den Siebzigern kaum veränderte. Im Wachsen begriffen sind dagegen halbherrige, unvollständige Demokratien.

Welzel, entschlossener Optimist, kann selbst dem Rechtspopulismus etwas Positives abgewinnen. »Er hat Menschen, die lan-

ge geschwiegen haben, dazu ermutigt, sich politisch zu äußern. Das ist grundsätzlich ein Gewinn an demokratischer Qualität.« Drei Demokratiewellen kannte das 20. Jahrhundert, nach dem Ersten, nach dem Zweiten Weltkrieg, nach dem Kalten Krieg, und auf jede liberale Euphorie folgte irgendwann ein Abschwung, bevor der Fortschritt wieder Fahrt aufnahm. Wird es auch diesmal so sein? Christian Welzel glaubt daran. Weil er an seine Daten glaubt. Und an die unablässige Anziehungskraft der Freiheit.

Guido Mingels

► Lesen Sie auch auf Seite 100

Das Verschwinden der Mittelschicht – der Gelbwesten-Protest ist Symbol für einen tiefen Konflikt in der westlichen Welt.



Gäste des Viking Cafes in Fergus Falls, SPIEGEL-Korrespondent Scheuermann (6. v. r.): Ein Tatort in der Causa Relotius

Die gefälschte Stadt

In eigener Sache Der frühere SPIEGEL-Mitarbeiter Claas Relotius erfand eine Reportage über die US-Kleinstadt Fergus Falls in Minnesota. Versuch einer Aufarbeitung. Von Christoph Scheuermann

Am 17. Januar 2017, einem Dienstag, tritt der Reporter Claas Relotius eine Reise in die USA an. Er soll, so wünschen es sich seine Chefs, jene Menschen begreifen, die Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt haben. Relotius geht in eine Kleinstadt im US-Bundesstaat Minnesota, nähert sich den Bewohnern an, begleitet sie zum Bowling, besucht eine Kirche und isst in der Pizzeria, die dem

Bürgermeister gehört. 38 Tage wohnt er in Fergus Falls. Er ist freier Mitarbeiter des SPIEGEL und soll für das Magazin eine Reportage schreiben. Was er mitbringt, ist ein Märchen, eine Erfindung, eine Lüge.

Der Text von Claas Relotius, erschienen Ende März vergangenen Jahres, trägt den Titel »In einer kleinen Stadt«. Vorigen Mittwoch legte die SPIEGEL-Chefredaktion offen, dass dieser und wohl die meisten anderen Texte von Relotius Fälschun-

gen enthalten, wenn sie nicht gar komplett erfunden sind. Er dachte sich Namen aus, Menschen, Szenen, er spann sich eine völlig neue Realität zusammen, auch in Fergus Falls in Minnesota, »typisch für das ländliche Amerika«, wie es in der Untzeile seiner Reportage heißt.

Am vorigen Donnerstag kam ich in der Kleinstadt an, am Tag nach der Enthüllung. Fergus Falls ist zu einem Tatort in der Causa Relotius geworden, ein Ort, an dem sich



MATTHEW HINTZ / DER SPIEGEL

eine Katastrophe für den Journalismus erzählen lässt. Auch »Bild« und die »New York Times« waren hier.

Es wird sich im Verlauf der Recherche zeigen, dass Relotius schon von hier aus seine Lügen inszenierte, als er seinen Chefs in Hamburg schrieb. In Nachrichten kündigte er etwa an, eine Schulkasse nach New York begleiten zu wollen – »wären 30 Stunden Busfahrt durch sieben Bundesstaaten, hart, aber irgendwie auch gut«. Ob er diesen Höllenritt auf sich nehmen solle? Die Klassenfahrt ist Teil des Textes geworden, in Wirklichkeit fand sie wohl nie statt.

Die Nachricht über den Fälscher erreicht die Bewohner schnell. Noch am Mittwoch voriger Woche, wenige Stunden nach den ersten Meldungen über den Skandal, veröffentlichen zwei Bürger einen Text im Internet, in dem sie viele von Relotius' Behauptungen widerlegen.

Relotius schrieb seinen Text für das Gesellschaftsressort, das Reportageressort des Magazins. Ich erinnere mich, dass ich die Geschichte, zehn Seiten lang, damals eher spröde fand und am Ende immer noch nicht wusste, wie Trump-Wähler nun tickten. Auf die Idee, dass sie eine Erfindung sein könnte, kam ich nie.

Relotius hat nicht nur diese Geschichte gefälscht, wie mittlerweile die halbe Welt weiß. Beim SPIEGEL ist seit vergangener Woche ein Krisenteam mit der Nachrecherche seiner Texte beschäftigt, die er hier geschrieben hat, zunächst als freier Mitarbeiter, seit April 2017 fest angestellt. Der künftige SPIEGEL-Chefredakteur Steffen Klusmann schrieb am Samstag, man müsse davon ausgehen, »dass sämtliche Relotius-Geschichten Fälschungen sind«.

Eine dreiköpfige Kommission soll jetzt herausfinden, wie es dazu kommen konnte. Der neue Chefredakteur will dann die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Ich kam nach Fergus Falls als Journalist. Was hat Relotius hier eigentlich 38 Tage lang gemacht? Hat er mit den Leuten gesprochen? Was lässt sich heute über diese Stadt sagen? Am Ende wurde daraus eine diplomatische Aufgabe, ich entschuldigte mich bei den Bewohnern im Namen meines Arbeitgebers, einer der unerfreulichsten Jobs, die man als Reporter vier Tage vor Heiligabend haben kann.

Die Entstehungsgeschichte dieses Märchens beginnt kurz nach der Wahl von Donald Trump zum 45. US-Präsidenten im November 2016. Die Überraschung über das Ergebnis der Präsidentschaftswahl ist groß, auch beim SPIEGEL. Die Redaktion hat viele Fragen: Wie konnte Trump es schaffen, Präsident zu werden? Wer sind die Menschen, die ihn gewählt haben? Wie geht es weiter für Amerika?

Im Gesellschaftsressort keimt die Idee, sich länger mit Trump-Wählern zu befassen, man will ihre Motive verstehen, ihre Ängste, Hoffnungen. Der Plan ist, eine Reportage aus dem Innern der Vereinigten Staaten zu liefern.

Das Ressort unter der Leitung von Matthias Geyer entscheidet, einem Reporter so viel Zeit zu geben, wie er benötigt. »Eine Tiefenbohrung« nennt es Geyer. Die ursprüngliche Idee sei gewesen, jemanden 100 Tage lang graben zu lassen, erzählt er am Telefon, eine kleine Ewigkeit im Journalismus. Jeder Reporter träumt von so viel Zeit für einen Text. Das Unverständliche ist, dass Relotius alle Möglichkeiten zur Recherche hatte, aber am Ende seine Geschichte einfach erfand.

Er macht sich im Internet auf die Suche nach einem geeigneten Ort. Eine Woche nach der Präsidentschaftswahl schreibt er in einer E-Mail an sein Ressort, er habe sich Kleinstädte in Ohio, Pennsylvania, Illinois und Michigan angesehen. »Bin

noch unschlüssig, was die ideale Größe angeht.« Er stößt auf die Stadt Carpentersville im Bundesstaat Illinois, hält sie aber mit fast 40 000 Einwohnern für »viel zu groß, um sie als ›nutshell‹ erforschen oder überhaupt fassen zu können«. Solche Überlegungen stellt jeder Reporter an, wenn er nach Orten sucht, an denen sich Phänomene erzählen lassen. Das Problem ist, dass Relotius natürlich kein Reporter war, der an der Wahrheit interessiert war.

Er entscheidet sich für Fergus Falls, warum genau, lässt sich nicht mehr klären. Rückblickend betrachtet ist es eine seltsame Wahl, denn bei den letzten drei Präsidentschaftswahlen stimmten die Bürger mehrheitlich für den jeweiligen Kandidaten der Republikaner.

In Fergus Falls herrscht tiefer Winter, als er im Januar ankommt, drei Tage vor Trumps Vereidigung. Er hat ein billiges Hotel am Strand gebucht, das Super 8 am College Way, 43 Dollar die Nacht, 37 Nächte wird er bleiben, es gibt angenehme Unterkünfte in der Gegend. Die heutige Managerin sagt, sie sei damals noch nicht im Hotel gewesen und könne zu Relotius daher nichts sagen.

Die Reise in das echte Fergus Falls ist ein merkwürdiger Trip in eine Realität, die mit dem Ort aus dem Text wenig bis nichts gemein hat. Es gibt hier keinen dunklen Wald, »der aussieht, als würden darin Drachen hausen«, wie es im Einstieg heißt.

Fergus Falls ist halb Dorf, halb Stadt, mit Fast-Food-Restaurants, mindestens 20 Kirchen, einem Walmart und einem Aldi, mit Einfamilienhäusern und Gärten. Es wohnen viele Familien hier, die Stadt ist umgeben von Seen, im Sommer kann man hier Kanu fahren, im Winter eisangeln. Die Menschen sind konservativer als in den Küstenstädten, sie gehen sonntags in die Kirche, sie sind stolz auf ihre Gastfreundschaft, Offenheit, Gottgefälligkeit.

Es ist seltsam, den Erfindungen eines Ex-Kollegen hinterherzureisen, noch seltamer aber ist es, mit einer Fiktion im Kopf durch die Wirklichkeit zu laufen und Vergleiche zu ziehen. Man trifft Menschen, die Relotius' Figuren ähneln, aber sich immer weiter von ihnen entfernen, je länger



Reportage im SPIEGEL 13/2017
Fast komplett erfunden

man mit ihnen spricht. Manchmal sind die Namen identisch mit der Realität, wie bei Maria Rodriguez (»eine Mutter und Lokbesitzerin aus Mexiko«) und dem Verwaltungsleiter der Stadt; teils sind sie verfälscht, wie bei »Neil Becker« (»ein Arbeiter, der sein Leben lang Kohle geschaufelt hatte und eines Tages seine Partei, die Demokraten, nicht mehr verstand«) oder »Israel Rodriguez« (dem angeblichen Sohn von Maria). Am Ende muss man feststellen, dass die wirklichen Menschen nichts mit den Figuren verbindet, die der Artikel beschreibt.

Relotius schafft in seinem Text keine plump gezeichneten Zerrbilder, die als Fälschung erkennbar wären. Er sagt nie explizit, dass hier rechte Hinterwäldler lebten, er schreibt sogar: »Diese Menschen sind keine Rassisten.« Und: »Wenn die Sonne scheint, ist Fergus Falls eine schöne Kleinstadt mit aufgeräumten Vorgärten und hölzernen Einfamilienhäusern.«

Er stellt die Bewohner aber, mithilfe von erfundenen Szenen, als rechte Hinterwäldler dar und suggeriert, dass in den Köpfen Gewalt und Vorurteile herrschten. Wenige Tage nach seiner Ankunft hängt angeblich ein Schild mit der Aufschrift »Mexicans Keep Out« am Ortseingang, »Mexikaner haltet euch fern«, auch das gab es, nach allem, was man vor Ort erfahren kann, nie.

Die Figuren, die Relotius erfindet, ringen fast täglich mit Trump und den Folgen der Präsidentschaftswahl. Der erfundene »Neil Becker« bereut, für Trump gestimmt zu haben. Der Verwaltungsleiter freut sich in Relotius' Märchen über den Präsidenten, weil ihm Hillary Clinton die Waffen nehmen wollte. Maria Rodriguez, Einwanderin aus Mexiko und angeblich erkrankt an einem Nierenleiden, zweifelt an ihrer Stimme für Trump. Und »Israel Rodriguez«, Marias Sohn, wird von Mitschülern wegen seiner Herkunft gehänselt, auch er ein Opfer dieser hässlichen, gewalttätigen Trump-Zeiten.

Diese vier sind die Hauptfiguren in Relotius' Fantasie – ein Geschenk für einen Reporter. Wenn es sie denn gäbe. »Neil Becker« und »Israel Rodriguez« sind zwar angeblich auf Fotos zu sehen, die den Text begleiten, Relotius hat die Aufnahmen selbst gemacht. Ihre Biografien sind jedoch erfunden. Den Verwaltungsleiter von Fergus Falls gibt es, aber nicht so, wie ihn Relotius beschreibt. Und Maria Rodriguez arbeitete, als der Reporter sie traf, als Kellnerin in einem mexikanischen Restaurant, nicht als Inhaberin.

Das Perfide an dieser sogenannten Reportage ist, dass der Autor innere und äußere Konflikte zeichnet, die komplett erdacht sind. Bei meiner Recherche in Fergus Falls treffe ich freundliche Leute, die über Deutschland und Europa reden wollen. Wenn es hier wütende weiße Männer gibt,

dann verstecken sie sich gut. Es gibt Librale, Konservative, Trump-Wähler, Trump-Kritiker und Leute, die um die Politik einen Bogen machen. Viele sagen den Satz, sie respektierten das Amt des Präsidenten, unabhängig davon, wer das Amt gerade innehaben.

Meine erste Verabredung führt mich in das Büro von Michele Anderson, Mitarbeiterin bei »Springboard for the Arts«, einer vom Bundesstaat Minnesota finanzierten Initiative, die lokale Künstler berät. Anderson war es, zusammen mit dem IT-Berater Jake Krohn, einem Freund, die in Fergus Falls mit der Aufklärung begannen.

Relotius beschreibe eine Kleinstadt, die im Abstieg begriffen sei, sagt Michele Anderson, das sei das Problem. Neben ihr auf

vor die Sache öffentlich wurde. Schon damals versuchte Anderson, den SPIEGEL auf Unstimmigkeiten und Erfindungen aufmerksam zu machen – vergebens. Auf eine Nachricht an den Twitter-Account des Magazins erhielt sie keine Antwort.

Anderson und Krohn stellten rasch fest, dass viele Details falsch waren, sie fanden heraus, dass das Kino in der Stadt den Film »American Sniper« damals gar nicht zeigte, anders als Relotius schrieb. Auch war die Stadtbibliothek nie ein Kindergarten.

Natürlich ärgern sich viele Bewohner von Fergus Falls darüber, dass an diesem Text so vieles erfunden ist. Von allen Menschen, mit denen ich spreche, ärgert sich am meisten der Verwaltungsleiter, der bis heute tief getroffen wirkt; sein Name soll



Rechercheurin Anderson: Viele Details waren falsch

dem Sofa sitzt Krohn und nickt. »Der Autor folgt dem sehr einfachen Narrativ des ländlichen Verfalls. Das ist aber genauso irreführend wie das Narrativ von der Kleinstadtidylle. Die Wahrheit liegt in der Mitte.« Sie habe damals bei einer Gemeindeversammlung versucht, Bürger an Relotius zu vermitteln, für Gespräche. Der Reporter sei aber nur an seinen Fotos interessiert gewesen, was wiederum die Bürger irritierte.

Im April vorigen Jahres übersetzten und prüften sie den Relotius-Artikel, lange be-

hier nicht auftauchen. Die Leute hier sind enttäuscht von meinem Ex-Kollegen, weil sie ihm Vertrauen geschenkt haben. Noch wütender aber sind sie darüber, auf welche Weise ihr Ort beschrieben wird – als Heimat von tendenziell rassistischen Provinzbewohnern, die selten verreisen und Angst haben vor allem, was sie nicht kennen.

Ben Schierer sagt, die Leute seien zu Recht stolz auf ihre kleine Stadt. Natürlich sagt Schierer solche Sätze, er ist der Bürgermeister, ein Mann mit bester Laune und roten Wangen. Er bittet an einen Tisch des Restaurants Union Pizza & Brewing Co. an der Union Avenue, das ihm gehört. »Ich habe mich auf diesen Reporter aus Deutschland gefreut«, sagt Schierer. »Er wirkte offen, mein erster Gedanke war: Was für eine tolle Gelegenheit, ihm die Stadt zu zeigen.«

Schierer hat Pläne für Fergus Falls, einen neuen Spielplatz, ein kleines Am-



phitheater, überdachte Marktstände, er wird mir die Pläne am nächsten Morgen im Rathaus detailliert erklären, begeistert, mitreißend. So war er vermutlich auch beim Gespräch mit Relotius. Schirer wollte und will beweisen, dass seine Stadt lebendig ist, dass sie Ambitionen hat, dass sie nicht im Gestern stecken bleibt.

Vermutlich erklärt das einen Teil der Enttäuschung der Menschen hier: Sie dachten, da höre ihnen jemand zu und wolle nicht schon wieder die Geschichte einer sterbenden Kleinstadt erzählen. Sie dachten, der Kerl aus Deutschland wäre aufrechtig, als er ihnen versicherte, er wolle sie wirklich verstehen.

Ich spreche in diesen Tagen vor Weihnachten mit ungefähr zwei Dutzend Be-

täuschender Absicht. Er simulierte einen mühsamen Rechercheweg und vermeldete später erfundene Erfolge. Er machte die Täuschung wasserfest.

Die Nachrichten an ihn aus dieser Zeit, die mir das Ressort schickt, klingen nicht drängend, sondern eher ermutigend, aufmunternd, interessiert. Seine Chefs stellten sich damals, wenn überhaupt, einen ruhig erzählten Text vor, sagt Matthias Geyer heute, eine Reportage, »die nicht aufs Gaspedal drückt«. Wenn Relotius in Fergus Falls Gleichgültigkeit gegenüber Trump und seiner Politik erlebe, schrieb er ihm damals, solle er diese Gleichgültigkeit eben beschreiben und nicht versuchen, Aufregung zu erzeugen. Es gab keinen Zeitdruck, der ursprüngliche Plan sah eine

er »Neil Becker«, hat keine Kinder und fuhr im Sommer 89 nach Hamburg, auf die Reeperbahn. Doug Becker dagegen ist stolz auf seinen Sohn, ein Mitglied der U.S. Navy, war aber »leider« noch nie in Hamburg, dafür in Montreal und Costa Rica.

Wir essen Pizza im Restaurant des Bürgermeisters. Der falsche Becker, der Becker aus dem Text, liegt im Kohlekraftwerk im Zwist mit seinem Kollegen »Bashir« aus Somalia, mit dem er angeblich den Arbeitsplatz teilen und dafür offenbar eine Gehaltskürzung hinnehmen musste.

Der echte Becker sagt, er kenne keinen Bashir. Wenn ihn die Erinnerung nicht trüge, traf er Relotius erstmals in seinem Fitnessklub auf der Lincoln Avenue. Der Klub stand jedem offen, halb Kraftraum, halb Musikladen, Becker lagerte dort Teile seiner Plattsammlung. Im März verkauftete er den Klub. Jetzt verschickt er seine Schallplatten von zu Hause an die Kundenschaft. Er erzählt von seinen Marathons in Los Angeles, Seattle, Chicago; er joggte durch halb Amerika. Wenn er nicht rannte, trainierte er die Hockey-Jugend. Dazu liefert er Pakete für UPS aus.

Becker schüttelt den Kopf. »Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand diesen Text liest und ernst nimmt, was drin steht.«

Er hat Fragen. »Kam der Reporter wirklich her, um eine wahre Geschichte aufzuschreiben, keine Satire? Hat niemand die Fakten geprüft, bevor die Story in Druck ging? Konnte niemand herausfinden, dass bei uns nicht mehr Kohle per Hand auf ein Förderband geschaufelt wird?«

Tja, und was das angebliche Schild am Ortseingang betrifft, »Mexicans Keep Out«, das er angeblich entfernt und mit einer Axt zerkleinert habe: »Das ist nie passiert.« Das Schild habe es nie gegeben.

Nach 17 Tagen schreibt Claas Relotius an seinen Ressortleiter in Hamburg eine optimistischere Nachricht. Er habe schon »ein paar Figuren im Kopf, die ich sehr regelmäßig treffe«. Zum Beispiel den Stadtverwalter, der immer eine Waffe trage und Trump wählte, weil ihm Clinton die Waffe nehmen wollte. Er habe auch eine mexikanische Köchin kennengelernt, die er im Restaurant besuchen wolle. Er testet seine Erfindungen, er bereitet ihnen den Boden.

Ich weiß nicht, wie oft ich den Text von Claas Relotius inzwischen gelesen habe. Wenn man ihn mit dem Blick eines Lesers betrachtet, der weiß, dass es sich um eine Fälschung handelt, könnte man fragen: Ist es plausibel, dass heute Arbeiter in den USA täglich neun Stunden lang Kohleschaufeln, um ein Kraftwerk anzuheizen? Hätte man stutzig werden müssen bei der Szene, als »Neil Becker« mit seiner angeblich vom Kohleschaufeln schwarzen Hand auf den Tisch haut, beim Frühstück?

Schwerer wiegen die falschen Behauptungen, die sich hätten überprüfen lassen.



Hauptstraße von Fergus Falls: »Hat niemand die Fakten geprüft?«

wohnern, mal einige Minuten lang, mal Stunden. Nach allem, was ich höre, geht Relotius aufmerksam durch die Stadt, auch wenn er auf einige Menschen zurückhaltend wirkt. Er trifft den Leiter des Heimatkundemuseums, Chris Schuelke, geht ins Viking Cafe an der Lincoln Avenue, das Patrick Shol gehört, genannt Pat, spricht mit dem Bürgermeister und dem Verwaltungsleiter. Er klopft nach Aussagen von Einwohnern an Türen, macht Fotos von der Bowlingbahn.

Nach zwei Wochen schickt Relotius eine Nachricht an sein Ressort in Hamburg: »Es ist mühsam hier, kenne tausend Leute, war schon überall, werde auch viel eingeladen. Aber es lässt sich nichts beschreiben, es gibt keine Entwicklung.« Es ist eine normale Nachricht eines Journalisten an seine Chefs, jeder hat erlebt, dass eine Recherche nicht glattläuft. Doch Relotius verschickte wohl viele dieser Nachrichten in

hunderttägige Recherche vor, er wurde nach einigen Wochen gekippt.

Die Sache ist: Man könnte, denke ich, über Fergus Falls eine spannende Geschichte erzählen. Über eine konservative Stadt, die Trump wählte, weil Hillary einfach keine Option für die meisten Leute war. Oder über eine Stadt mit vielen Christen, die einen Präsidenten wählte, der mittunter das Gegenteil eines Christen zu sein scheint. Oder über eine Stadt, in der mancher seine Entscheidung für Trump bereut, wie Douglas Becker.

Becker sagt, er wollte einen Mann in Washington, »der das Land durchröhrt«, deshalb habe er für Trump gestimmt. Inzwischen glaubt er, einen Fehler begangen zu haben. Sollte Trump 2020 kandidieren, werde er ihm nicht mehr seine Stimme geben. Becker, 57 Jahre alt, muskulös, nimmt die Lügen von Relotius gelassen. Er lacht darüber. In dem Text von Relotius heißt

Die Bewohner haben nicht 40 Jahre lang immer demokratische Kandidaten gewählt, wie es im Text steht. 2012 etwa stimmten sie für den Republikaner Mitt Romney. Es ist zudem unwahrscheinlich, dass der Verwaltungsleiter sagt, er schieße bei der Jagd Wölfe, weil Wölfe in Minnesota unter Schutz stehen. Auch das ausgestopfte Wildschwein im Rathaus, das erwähnt wird, ist unwahrscheinlich, denn es gibt in Minnesota keine Wildschweine.

Das Restaurant »Union Pizza & Brewing Co.«, das im Text als »Pizza Union« bezeichnet wird, ist bei Weitem nicht »die einzige Kneipe« im Ort. Und von Fergus Falls sind es auch nicht 2200 Kilometer Luftlinie nach New York, wie bei Relotius nachzulesen ist.

Jeder Text, der im SPIEGEL gedruckt werden soll, wird von einem oder mehreren der über 50 Dokumentationsjournalisten des Hauses geprüft. Auch die Reportage »In einer kleinen Stadt« wurde gecheckt. Anders als bei amerikanischen Magazinen rufen die Dokumentare aber nicht noch einmal bei zitierten Personen an. Sie überprüfen alle unabhängig überprüfbaren Fakten, wie die oben genannten.

Die Dokumentation hat nach einer ersten internen Untersuchung schon festgestellt: In diesem Fall wich die Methode der Verifikation deutlich von den Standards ab, die sich Redaktion und Dokumentation gemeinsam gesetzt haben. Unstimmigkeiten, die hätten auffallen können oder müssen, rutschten durch.

Als die Sache auffliegt und Relotius mit seinen Lügen konfrontiert wird, kommt er in einem Geständnis gegenüber seinen früheren Ressortleitern mehrfach auf Fergus Falls zurück. Es sei der Text gewesen, sagt Relotius, bei dem die Gefahr entdeckt zu werden sehr groß gewesen sei. Die Fotos von echten Menschen mit falschen Namen und falschen Biografien – ihm war offenbar klar, dass ihn seine Gesprächspartner damit schnell hätten enttarnen können. Fergus Falls war ein Risiko.

Wenn man den Schriftverkehr zwischen Autor und Redaktion heute durchliest, zeigt sich immer wieder, dass Relotius nicht erst später am Schreibtisch entscheidet, Szenen zu erfinden, sondern bereits vor Ort.

Am 21. Februar 2017 schickt er eine Nachricht nach Hamburg, dass er über die Highschool schreiben möchte, »wo dieser mexikanische Junge gemobbt wird«. Er würde gern mit dessen Schulkasse nach New York fahren, »die waren noch nie in New York und sie werden natürlich nicht

die Freiheitsstatue angucken, sondern den Trump Tower«.

Der mexikanische Schüler, den Relotius meint, heißt im Text »Israel Rodriguez«, sei in Fergus Falls geboren und werde in der Schule gehänselt, »Drogenjunge, Zaunjunge« werde er genannt. Zu sehen ist ein Foto von Pablo Rodriguez, heute 21 Jahre alt, der echte Rodriguez. Er ist in Fargo geboren, eine Stunde nördlich von Fergus Falls, und sagt, das treffe alles nicht zu. Er habe zwar in der zweiten oder dritten Klasse einmal eine Lehrerin gehabt, die ihn zum Weinen gebracht habe, mehr nicht. Keine Hänseleien, völliger Unsinn.

Ich treffe Rodriguez im Restaurant »Fajitas Place« in Alexandria, das seine Mut-

Vor dem Gespräch mit Pablo Rodriguez bin ich zur Schule gefahren, die nach John F. Kennedy benannt ist, um mit dem Schulleiter und dem Schulinspektor zu sprechen, Dean Monke und Jerry Ness. Beide wissen nichts von einer Klassenreise voriges Jahr nach New York, sie halten es für ausgeschlossen.

»Ich habe keine großen Thesen«, schreibt Relotius gegen Ende. Es ist einer der wenigen Sätze, die wohl wahr sind.

Am 25. Februar checkt er aus dem Super-8-Hotel aus und macht sich auf den Rückweg, um eine Geschichte aufzuschreiben, die sich niemals zutrug. Er erhält für sein Manuskript ein großes Kompliment aus Hamburg verbunden mit der Bitte, die Konturen seiner Figuren etwas zu schärfen und hier und da noch einen Gedanken einzufügen.

Was bleibt von diesem Text? Eine kleine Stadt in Minnesota, die sich fragt, womit sie das verdient hat. Ein Plattenhändler, der den Autor gern noch mal treffen würde. Ein Junge, der Mathematik studiert, eine Mutter, die glücklich ist in Fergus Falls. Ein Verwaltungsleiter, der tief getroffen wirkt von den absurd Erfindungen über sich und sich deshalb nur mit zwei Sätzen zitieren lässt: »Das ist eine wunderbare, liebenswerte Gemeinschaft. Eine Stadt wie ein Edelstein.«

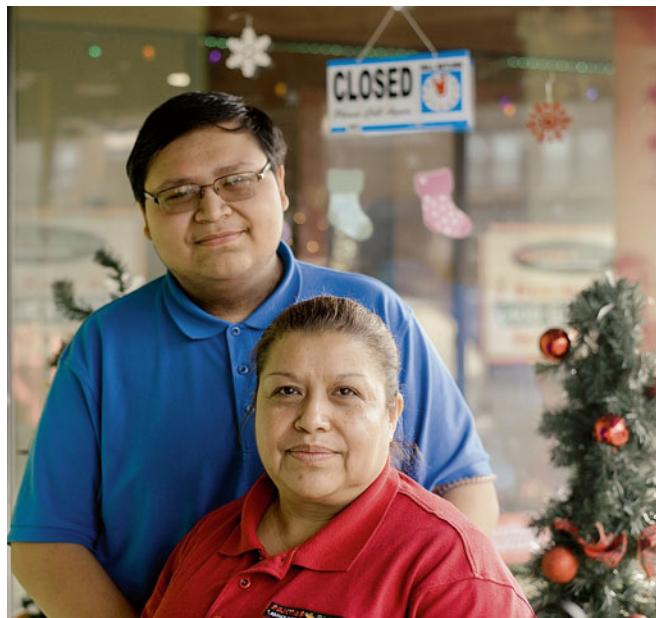
Bei mir bleibt nur Ratlosigkeit. Mir fehlen viele Informationen. Relotius war nicht verfügbar für ein Gespräch. Ich kann aus der Ferne nicht nachprüfen, ob die Hamburger Redaktion bei diesem oder anderen Texten hätte skeptisch werden können, ich weiß nicht, warum in der Dokumentationsabteilung so viel

schiefläufen ist. Es ist eine vorläufige Bestandsaufnahme, mehr nicht.

Drei Tage als SPIEGEL-Reporter in Fergus Falls sind eine Übung in Demut. Vielleicht ist das die wichtigste Lektion. Fast niemand in dem Ort, mit dem ich gesprochen habe, ist nachhaltig böse. Entschuldigung angenommen, das ist der häufigste Satz, den ich höre. Wenn überhaupt, freuen sich die Bürger über das Interesse und den Versuch, die Dinge geradezurücken.

Relotius hatte eine bemedenswerte Aufgabe. Er durfte fünf Wochen unter Menschen leben, die ihm erklären wollten, wie Amerika tickt. Er hatte zehn Seiten Platz. Er wollte oder konnte ihnen nicht zuhören, er wollte ihre Geschichten nicht so aufschreiben, wie sie waren. Was für eine verdammt verschwendete Verschwendungen.

Die gesamte Berichterstattung zum Fall Claas Relotius finden Sie auf SPIEGEL ONLINE.



Gastwirtin Rodriguez, Sohn Pablo: »Ich habe mich geschämt«

ter und sein Vater vor Kurzem eröffnet haben. Pablo ist ein gutmütiger Riese, brillt, Mathematikstudent, später möchte er Professor werden. Pablo sagt, er habe mit Claas Relotius »maximal zehn Minuten« gesprochen. Er war nie auf Klassenreise in New York, schon gar nicht voriges Jahr. Sein letzter Ausflug mit Mitschülern war 2015 nach Chicago.

Neben ihm sitzt seine Mutter Maria, die laut Relotius Trump gewählt hat. Sie sagt, sie habe eine Arbeitserlaubnis, aber keine US-Staatsbürgerschaft. 2016 durfte sie nicht wählen. Sie redet ungern über Politik. »Ich habe mich geschämt, als ich gehört habe, was über mich geschrieben wird.«

Die Reise von »Israels« Klasse nimmt im Relotius-Text viel Platz ein. Es liest sich, als fahre der Reporter mit dem Bus durch halb Amerika, sieben Bundesstaaten, 31 Stunden Fahrtzeit.

Mit SPIEGEL+ nutzen Sie die ganze digitale Welt des SPIEGEL.



1 Monat
SPIEGEL+
gratis

Jeden Tag besser informiert: Sie erhalten vollen Zugriff auf alle **Inhalte von SPIEGEL+ auf SPIEGEL ONLINE**, erfahren im **Newsletter Daily Update** das Wichtigste des Tages und lesen **die digitale Ausgabe** des SPIEGEL schon freitags ab 18 Uhr.

Testen Sie jetzt SPIEGEL+ 1 Monat gratis! Als Abonnent der gedruckten Ausgabe können Sie anschließend für nur € 0,70 bequem weiterlesen.

Jetzt gratis testen:

abo.spiegel.de/upgrade

SPIEGEL+

Wirtschaft

»Es braucht keinen Prinzen, wenn man auf sich selbst vertraut und eine tolle Schwester hat.« ► S. 72



FLORIAN GAERTNER / PHOTOTHER / IMAGO

Private Altersvorsorge

»Etwas völlig Neues wagen«

Verbraucherschützer fordert Strategiewechsel der Politik.

Klaus Müller, 47, Chef des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), über seine Pläne für die private Altersvorsorge

SPIEGEL: Hat die Politik mit der Förderung von Riester- und Betriebsrenten auf die falsche Strategie gesetzt?

Müller: Ja – zumindest wurden in beiden Bereichen Fehler gemacht. Ich wünsche mir deshalb von der Politik für das kommende Jahr Selbstreflexion und den Mut, etwas völlig Neues zu wagen.

SPIEGEL: Und das wäre?

Müller: Ein einfaches und kostengünstiges Standardprodukt für die private Altersvorsorge kann so funktionieren, dass jeder mitmacht, außer er entscheidet sich bewusst dagegen.

SPIEGEL: Wer soll dieses Produkt anbieten – der Staat?

Müller: Das kann eine Bank sein, ein Konsortium aus mehreren Finanzfirmen oder auch die Deutsche Bundes-

bank. Wichtig ist, dass der Staat die Bedingungen klar vorschreibt.

SPIEGEL: Wenn ein Standardprodukt auch Rendite abwerfen soll, müsste stark in Aktien investiert werden. Wie wollen Sie das den börsenskeptischen Deutschen vermitteln?

Müller: Indem wir darüber sprechen, dass privates Sparen immer auch Risiko bedeutet. Und dass Garantien nicht kostenlos, sondern sehr teuer sind. Es gehört zur Wahrheit, dass es kurzfristig zu Verlusten kommen kann ...

SPIEGEL: ... 2018 ist die deutsche Börse deutlich eingebrochen ...

Müller: ... aber über 20, 30 oder 40 Jahre waren gute kapitalmarktbasierte Produkte bislang immer lukrativ. Vielleicht muss man mit der deutschen Vorsicht einen Kompromiss schließen. Dann könnten die Sparer zwischen zwei Produkten wählen: einem mit höheren und einem mit geringeren Chancen und Risiken. Transparenz wäre hier wichtig. ASE

Steuern

Soli-Abbau begünstigt Besserverdiener

● Anders als von der Bundesregierung behauptet, begünstigt der geplante Abbau des Solidaritätszuschlags vor allem die oberen Einkommensschichten. Das geht aus einer Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der

gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung hervor, die in der kommenden Woche veröffentlicht wird. Danach wird der erste Schritt der Reform vor allem die oberen 30 Prozent der Einkommensbezieher entlasten, auf sie entfallen drei Viertel der geplanten Steuersenkung. Der Grund: Die unteren 70 Prozent der Verdienster zahlen nicht einmal 12 Prozent des Aufkommens des Solidaritätszuschlags. Würde der Soli weiter abgebaut, wie es etwa

FDP und Union fordern, würden davon ausschließlich die vier Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Einkünften profitieren. Die Bundesregierung könne »ihr selbst gestecktes Ziel einer Entlastung von unteren und mittleren Einkommen« mit der vorgesehenen Reform »nicht erreichen«, heißt es in der Analyse. Nach den Plänen der Großen Koalition soll im Jahr 2021 der Soli für 90 Prozent der Steuerzahler wegfallen. MSA

Spitzenforschung

Teurer Beschleuniger

● Bei einem der spektakulärsten Forschungsprojekte des Bundes, dem Teilchenbeschleuniger FAIR, werden die Kosten die ursprüngliche Planung um mehr als eine halbe Milliarde Euro übersteigen – mindestens. Das geht aus einem bisher unveröffentlichten Bericht des Bundesrechnungshofes an den Haushaltshausschuss des Bundestages hervor. Darin listen die Rechnungsprüfer eine Reihe von Versäumnissen bei Bau und Kostenmanagement der physikalischen Versuchsanlage in Darmstadt auf. Im Juli 2017 begann der Bau; bereits in der Planungsphase explodierten die Kosten auf fast 1,4 Milliarden Euro. Inzwischen wird

laut Bundesrechnungshof mit über 1,7 Milliarden Euro kalkuliert. Diesen Betrag, monieren die Prüfer, habe das Bundesforschungsministerium »weder an das Parlament noch im Bundeshaushaltspunkt vollständig und transparent ausgewiesen«. Angesichts drohender »Mehrkosten und weiterer Risiken« sehen die Prüfer die Gefahr, »dass die angestrebte einzigartige wissenschaftliche Bedeutung insbesondere vor dem Hintergrund ähnlich gerichteter Entwicklungen in anderen Ländern nicht erreicht wird«. Eine Sprecherin des Bundesforschungsministeriums bestätigt Kostensteigerungen, weist aber die Vorwürfe zurück: Die Anlage sei »technologisch hochkomplex, woraus sich extreme Anforderungen an den Brand- und Strahlenschutz ergeben«. WAS

Währungsunion

Kroatien strebt in den Euro

● Kroatien treibt seinen Beitritt zum Euro voran. Das EU-Mitglied will Mitte 2020 in den sogenannten Wechselkursmechanismus II aufgenommen werden, die letzte Vorstufe vor einem Beitritt zur Währungsunion. Diesen Wunsch hinterlegten Beamte des Landes bei der Europäischen Zentralbank und anderen europäischen Institutionen. Zuletzt hatte Bulgarien mit den Vorbereitungen zum Eurobeitritt begonnen und die Aufnahme in die Bankenunion beantragt. Derzeit ist

denkbar, dass Bulgarien 2022 dem Euro beitritt, Kroatien könnte dann ein Jahr später so weit sein. Ein Problem Kroatiens besteht darin, dass seine Gesamtverschuldung mit geschätzten 73,5 Prozent im Jahr 2018 über den Defizitkriterien liegt. EU-Beamte sehen jedoch weniger einen Beitritt Bulgariens oder Kroatiens als problematisch an. »Vorwurfe alle Angst haben, ist, dass dann die Rumänen kommen«, heißt es in Brüssel, Hintergrund ist die grassierende Korruption in dem Land. Die Entscheidung, ein neues Mitglied in den Euro aufzunehmen, treffen die EU-Mitgliedstaaten. MP

Greser & Lenz



Aus dem Bericht von Transparency International



MICHAEL KAPPELER / DPA

Scheuer

Dieselnachrüstung

VW brüskiert Scheuer

● Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) hat die technischen Richtlinien vorgelegt, nach denen Dieselautos mit Stickoxidkatalysatoren nachgerüstet werden sollen. Nun weigert sich VW, die Umrüstfirmen bei der Entwicklung zu unterstützen. Laut Richtlinien müssen Umrüstfirmen nachweisen, dass Diesel-Pkw nicht mehr als 270 Milligramm Stickoxide pro Kilometer ausstoßen, wenn sie mit sogenannten SCR-Systemen nachgerüstet wurden. Das SCR-System basiert darauf, dass Harnstofflösung ins Abgas eingespritzt wird. Ist die Flüssigkeit aufgebraucht, müsste es »ein deutliches, optisches oder akustisches Dauersignal« im Auto geben, so die Richtlinie. Das SCR-System wird voraussichtlich zu einem erhöhten Kraftstoffverbrauch führen – dieser soll aber nicht mehr als sechs Prozent vom gewöhnlichen Verbrauch abweichen. Die Richtlinien sollen Anfang Januar in Kraft treten. Spezialfirmen können dann mit der Entwicklung der Systeme beginnen, doch VW will ihnen technisch nicht helfen. Auf Anfrage des SPIEGEL und des Bayerischen Rundfunks erklärte VW, die Anbieter der Systeme müssten dem Kraftfahrt-Bundesamt »eigenverantwortlich die technische Machbarkeit nachweisen und die Gewährleistung übernehmen«. Man könne »die Entwicklungen der Hardware-Nachrüster aus haftungsrechtlichen Gründen nicht unterstützen«. Zudem sei der Konzern davon überzeugt, »dass Nachrüstungen nicht die richtige Lösung sind«. An der Finanzierung der Umrüstung, für die VW 3000 Euro je Pkw versprochen hat, wolle man jedoch festhalten. GT



Unsichere Zeiten

Prognosen Die deutsche Wirtschaft nimmt Abschied: von der Hochkonjunktur, vom Immobilienboom, vom Dieselantrieb, von den Briten.

Und was folgt? Neun Thesen zur ökonomischen Entwicklung im Jahr 2019.

Alles schwankt. Der Ölpreis sackt an einem Tag um fünf Prozent ab, tags darauf legt er sieben Prozent zu. Der Aktienmarkt bewegt sich seit Oktober im Zickzack. Die Zeiten, sie sind volatil. Das Auf und Ab erschwert es einzuschätzen, wie sich die deutsche Wirtschaft entwickelt. Vieles ist vager als sonst, diffuser, unberechenbarer. Es beginnt ein Jahr der Verunsicherung.

Was wird aus der Autoindustrie? Wie stark bremst der neue Protektionismus die globale Konjunktur? Wo verändert die Digitalisierung das Leben spürbar? Aus solchen Fragen hat der SPIEGEL neun Thesen formuliert. Manche Vorstellungen klingen kühn, andere sind naheliegend. Ende des Jahres werden wir überprüfen, mit welchen Behauptungen wir richtig lagen. Und mit welchen daneben.

Brexit: You say Goodbye, I say Hello!

Am 29. März ist Brexit-Tag. Glaubt man den Doom-Propheten, droht dann der Niedergang Europas, mindestens jedoch Großbritanniens. Aber was, wenn sie alle irren?

Es wäre nicht das erste Mal, dass eine angekündigte Katastrophe ausbleibt. Weder die Computerumstellung auf das Jahr 2000 noch die Euroeinführung haben die Welt ins Chaos gestürzt. Drei Szenarien könnten zu einem überraschend guten Ende führen.

Erstens: Es kommt zu einem neuen Referendum und dem Exit vom Brexit.

Zweitens: Das britische Parlament macht doch den Weg zu einem Abkommen mit der EU inklusive Übergangsfristen frei, und die Verwerfungen halten sich in Grenzen.

Doch selbst wenn, drittens, der ungeordnete Austritt kommt, könnten sich die Briten als Meister der Improvisation erweisen und vielleicht sogar die aufwendigere Zollabfertigung am Ärmelkanal spiegelnd bewältigen. Vielleicht beschäftigt das so viele Zöllner, Fish-&-Chips-Shop- und Stripklub-Betreiber, dass allein dies die Konjunktur ankurbelt. Vielleicht löst die

Pfundschwäche trotz neuer Zölle einen Exportboom aus. Wenn die Regierung Großbritannien dann noch in eine Steueroase verwandelt und die Unternehmen ein Investitionseuerwerk zünden, dann könnte der Brexit ein Erfolg werden, der ganz nebenbei die EU aus ihrer Lethargie erweckt.

Nicht zu glauben? Na gut. Dann eben Szenario zwei. MHS

Welthandel: Eine Show, kein Krieg

Im November befragte die Auslandshandelskammer deutsche Unternehmen, die in Mexiko produzieren, nach ihrem Befinden. Ergebnis: Die Geschäfte laufen, die Firmen investieren, sie stellen ein.

Wer hätte das vor zwei Jahren gedacht? Als US-Präsident Donald Trump antrat, drohte er den Mexikanern mit Strafzöllen und Mauerbau; Daimler, BMW oder VW fürchteten das Schlimmste für ihre Standorte. Es blieb bei der Drohung. Und es spricht einiges dafür, dass die Kraft der Globalisierung auch 2019 stärker sein wird als alle Attacken aus dem Weißen Haus.

Der Welthandel zeigt sich robust. Insgesamt werde die globale Wirtschaft um 3,6 Prozent zulegen, prognostizieren die Volkswirte des Kreditversicherers Euler Hermes. Der Ausbruch eines offenen Handelskriegs stehe nicht zu befürchten; sie beobachten vielmehr »eine gewisse Protektionismus-Müdigkeit« auf allen Seiten, auch in den USA. Allerdings werde Trump seine »Protektionismus-Show« fortsetzen.

Typischer Ablauf: Erst wird gedroht, dann verhandelt, und schließlich verkauft der US-Präsident den Kompromiss als Sieg. Seinen Sieg. AJU

Autoindustrie: Die große Transformation

Es war eine kleine Runde von Bundestagsabgeordneten, die VW-Chef Herbert Diess eingeladen hatte. Ahnungslos waren sie Ende November in die Konzernrepräsentanz in Berlin gekommen, keiner hatte damit gerechnet, ausgerechnet hier vom Tod des Diesels zu erfahren.

Diess eröffnete ihnen, der Verbrennungsmotor werde spätestens bis 2040 aus



Wachstum werden
der Weltwirtschaft für 2019 prognostiziert.



**Beschäftigte in Deutschland
werden 2019 einen neuen Rekord darstellen.**

seinem Unternehmen verschwunden sein. Manche glaubten an ein PR-Manöver, doch VW macht Ernst: Die Produktion von Verbrennungsmotoren will der Konzern allmählich nach Osteuropa verlagern, Elektroautos in deutschen Werken bauen.

Die Weichen für die große Transformation in der Autoindustrie werden 2019 gestellt, getrieben von der Panik, die Elektromodelle wie der Tesla S und die staatfinanzierte Offensive in China auslösen. »Die Entscheidung über die Elektrifizierung fällt der Bürgermeister von Peking«, lautet die Parole in den Chefetagen der deutschen Autokonzerne.

Vertreter der Bundesregierung reden zwar noch davon, wie sehr man den Diesel für den Übergang benötige. Doch auch sie haben sich längst festgelegt. Die Abkehr vom Selbstzünder wird durch eine wirtschaftspolitische Entscheidung beschleunigt, die im kommenden Jahr ihre Wirkung entfaltet: Dienstwagen mit Elektroantrieb werden steuerlich begünstigt. GT

Konjunktur: Auf mit weniger Schwung

Im kommenden Jahr wird sich der Aufschwung in Deutschland abschwächen, aber nicht zu Ende gehen. Wachstumsraten von 2 Prozent oder mehr, wie zuvor, wird es nicht geben. Die Deutschen können von Glück reden, wenn sie ein Plus von 1,5 Prozent erwirtschaften.

Vor allem die weiter schwelenden Handelskonflikte, der ungeklärte Brexit und die wirtschaftspolitische Amokfahrt der italienischen Regierung bremsen die Entwicklung. Als Folge der langsameren Gangart werden die Steuereinnahmen weiter steigen, aber nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit.

Für neue Rekordeinnahmen des Staates wird es dennoch reichen. Das Steuerauf-

kommen wird erstmals die Schwelle von 800 Milliarden Euro überschreiten. Und die Staatsschulden werden erstmals seit 2002 wieder unter die im Stabilitätspakt vorgesehene Obergrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken. Der Bundeshaushalt wird das sechste Jahr in Folge ohne neue Schulden auskommen. Die schwarze Null steht.

Auch der Aufschwung am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Die Zahl der Erwerbstätigen wird mit mehr als 45 Millionen einen Rekord erreichen. Und die Zahl der Arbeitslosen könnte im Jahresverlauf unter 2 Millionen sinken. REI

Immobilien: Superzyklus am Ende

Jetzt doch noch eine Wohnung kaufen? Die Frage stellen sich viele, jedes Jahr aufs Neue. Zu teuer, denken sie sich dann – um später zerknirscht festzustellen, dass die Preise weiter gestiegen sind. So geht das seit ungefähr zehn Jahren.

Damals startete der Immobilienhype in Deutschland, jetzt erreicht der Superzyklus die finale Phase. Der Boom gehe nun wahrscheinlich zu Ende, sagt Marcus Lemli, Deutschlandchef des Maklerhauses Savills. Aber er schränkt ein: »Das heißt nicht, dass es ab jetzt talwärts geht.«

Seitwärts ist die grobe Richtung, in die sich die Immobilienmärkte bewegen, manche Sektoren legen noch etwas zu, andere verlieren an Schwung, das Geschäft mit Handelsobjekten zum Beispiel: Verbraucher kaufen im Netz statt im Laden. Deshalb stagnieren die Mieten, die Laufzeiten werden kürzer, der Leerstand wächst. Büroflächen dagegen bleiben gesucht. Coworking-Spaces, in denen Schreibtische flexibel zu buchen sind, beleben den Markt.

Und was ist nun mit Wohnungen? Vieles spricht zwar dafür, dass der Markt ange-

spannt bleibt, zumindest in den Metropolen: Es werden nach wie vor viel weniger Wohnungen fertiggestellt als nötig. Dennoch kann die Dynamik nachlassen. Verliert die Volkswirtschaft an Fahrt, scheut mancher davor zurück, sich auf Jahrzehnte finanziell festzulegen. Eine Konjunkturwende sei für die Immobilienmärkte das größere Risiko als eine Zinswende, sagt Savills-Mann Lemli: »Auf Letztere sind die Marktteure vorbereitet, auf eine Rezession wahrscheinlich nicht.« AJU

Leitzinsen: Trumps härtester Gegner

Als Jerome Powell US-Notenbankchef wurde, galt er vielen als Lakai des Präsidenten. Powell entspricht nun mal Donald Trumps Beuteschema: als Republikaner, als Millionär, als Mitglied der Ostküstenelite. Inzwischen ist klar, dass der 65-jährige Jurist keineswegs ein treuer Bündnisgenosse des Twitterers-in-Chief ist.

Stattdessen hat Powell das Potenzial, 2019 zu Trumps größtem Widersacher zu werden, abgesehen von Sonderermittler Robert Mueller. Denn Powell macht, was man von einem Zentralbankchef erwartet: unabhängig von politischen Weisungen zinspolitische Entscheidungen treffen, die auf makroökonomischen Daten fußen.

Viermal hat die Federal Reserve, kurz »Fed«, die Zinsen 2018 angehoben. Da die US-Konjunktur dank Trumps Steuersenkungen brummt und die Inflationsgefahr steigt, dürfte es 2019 so weitergehen. Das verheißt nichts Gutes für Aktionäre, die bereits fallende Kurse hinnehmen mussten, für Hauskäufer, deren Hypothekenzinsen weiter steigen. Und für Trump, dessen Wiederwahlchancen vor allem davon abhängen, wie zufrieden die Amerikaner mit seiner Wirtschaftspolitik sind. Mit mehreren Twittersalven gegen Powell hat Trump bereits kundgetan, dass ihn Powells Entscheidungen nerven. Mehr Lob geht kaum für einen Fed-Chef. BAZ

Karriere: Frauen an der Spitze

Würden die Frauen, die vor 100 Jahren für ihr Wahlrecht kämpften, heute durch Deutschland reisen, sie würden es nicht wiedererkennen: Die Regierung wird von einer Frau angeführt, ebenso zwei von drei Parteien der Großen Koalition. Verfassungsrichterinnen, Nobelpreisträgerinnen und Chefredakteurinnen prägen das Land. Nur beim Blick auf die Wirtschaftswelt: kein Fortschritt zu sehen.

Zwar haben 50 der 160 größten börsennotierten Konzerne hierzulande mindestens eine Frau im Vorstand, der Anteil der Vorständinnen liegt bei acht Prozent. Doch bislang hat es keine Frau an die Spitze

ze eines Dax-30-Konzern geschafft. 2019 wird sich das ändern. Hoffentlich.

Es wäre ein wichtiges Zeichen, eine der letzten gläsernen Decken, die eine Frau auf dem Weg nach oben durchbrechen würde. Vorstandswechsel im Dax erfolgen meist überraschend, wenn Aufsichtsrat und Aktionäre verärgert sind. Deshalb ist eine Prognose schwierig, wo genau im kommenden Jahr ein Chefsessel frei wird. Kandidatinnen, die keine Angst vor einem solch symbolträchtigen Mandat haben, gäbe es genügend: etwa die ehemalige Lufthansa-Managerin Simone Menne, Douglas-Chefin Tina Müller oder Dorothee Blessing von J. P. Morgan. AKN

Luftfahrt: Fliegen wird teurer

Für 4,99 Euro von Memmingen nach Mallorca: Mit diesem Angebot warb Ryanair Ende November um Passagiere für Trips auf die Lieblingsinsel der Deutschen bei Abflug Anfang Dezember. Von Berlin-Schönefeld aus war ein Ticket für Januar sogar schon für 1,99 Euro buchbar. Da kostet eine U-Bahn-Karte oft mehr.

Doch die Angebote sind Ausreißer. Fliegen wird 2019 teurer, um gut sieben Prozent im Schnitt, schätzen Fachleute. Das hat mehrere Gründe. Nach den chaotischen Verhältnissen an den Flughäfen im Sommer haben Fluglinien wie die Lufthansa ihr Angebot vorsorglich ausgedünnt. Knappheit treibt die Preise. Zugleich sind ein halbes Dutzend kleinere Fluglinien vom Markt verschwunden. Auf vielen Strecken gibt es nur noch einen Anbieter, und der diktiert, was ein Ticket kostet.

Piloten und Flugbegleiter von Ryanair und SunExpress sollen zudem erstmals einen Betriebsrat bekommen und Tarifverträge vereinbaren. Das war überfällig, schlägt sich aber auf die Kalkulation nieder. So verringert sich das Angebot an Flügen,



**Prozent wird
durchschnittlich ein
Ticket 2019 teurer.**

dennoch ist nicht zu erwarten, dass sie wieder pünktlicher werden. In Deutschland und Europa fehlen Fluglotsen, bei der Berechnung des Personalbedarfs lagen Manager und EU-Beamte gründlich daneben. Bis genug Personal für Tower und Kontrollzentren vorhanden ist, dürften drei bis vier Jahre vergehen. DID

Facebook: Zuckerberg kämpft um die Firma

Die Facebook-Krise wird sich 2019 verschärfen. Seit der Wahl Donald Trumps kämpft das soziale Netzwerk mit Skandalen, Vertrauensverlust und rückläufiger Nutzung. Es ist Mark Zuckerberg und seiner Vertrauten Sheryl Sandberg nicht gelungen, die Abwärtsspirale zu stoppen. Immer wieder tauchen neue Beispiele und Details auf, die die Schattenseite des Netzwerks illustrieren: Die Probleme mit Datenskandalen und Manipulationsversuchen von politischen Agenten sind längst nicht aufgearbeitet und gelöst.

Zuckerberg gelobte stets Besserung, aber das wird nicht reichen, um die Erosion des Ansehens seiner Firma zu stoppen. Der Ruf nach personellen Konsequenzen wird lauter, aber Zuckerberg scheint selbst vielen Kritikern als unersetztlich.

Das sind schlechte Nachrichten für Sandberg. Sie kommt aus der Politik und hätte vor allem die politische Bedeutung der Probleme erkennen und beheben sollen. Das gelang ihr nicht. Es zeigten sich bereits Absetzbewegungen: Sogar die Führungsebene der von ihr gegründeten Bewegung Lean In, die Frauen im Berufsleben fördert, distanziert sich von Sandberg.

Wenn Zuckerberg gezwungen wäre, einen deutlichen Neuanfang zu signalisieren, um sich zugleich selbst Luft zu verschaffen, wäre Sandberg wohl das erste Ziel. ts



**Prozent der
Vorstands-
mitglieder börsennotierter
deutscher Unternehmen
sind Frauen.**



CHRISTIAN HEEP / LIFE

DAVID BECKER

WEITWINKEL

Der Baum des Lebens

Es ist das Holz, aus dem Legenden sind. Aus den riesigen Thujen bauen die Haida in Kanada Häuser, Totems, Instrumente und schöpfen daraus ihren Gemeinschaftsgeist und ihre Mythen. Seit Jahrhunderten leben sie in den letzten gemäßigten Regenwäldern Kanadas. Doch die Industrie hat in den Jahren massive Teile des Waldes und seiner wertvollen uralten Baumriesen geraubt.

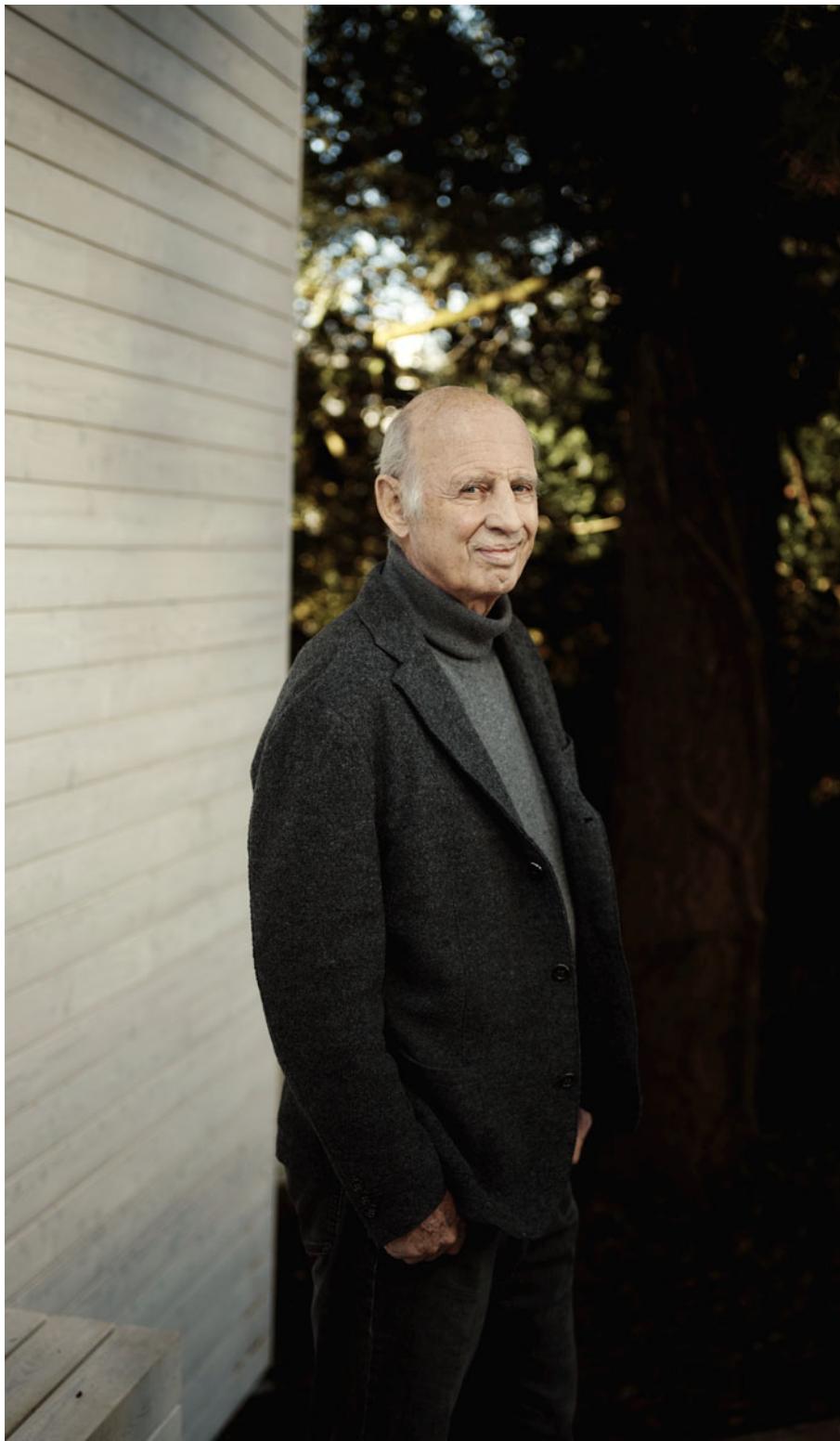
Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN

Sein letzter Stunt

Unternehmer Der Skifahrer und Filmemacher Willy Bogner war stets die beste Werbefigur für seine Modefirma. Nun kämpft er, um nicht zur Symbolfigur ihres Niedergangs zu werden.



Modemacher Bogner: Die Wunden weglächeln

Es braucht jetzt eine große Geste. Eine, die zeigt, dass Willy Bogner ein Kämpfer ist, auch mit 76 Jahren.

Sein Lachen ist noch das alte: Bogner beherrscht das Kunststück, die Oberlippe so hochzuziehen, dass nahezu die gesamte obere Zahnreihe freigelegt wird. Es ist kein Fletschen, dazu ist es nicht aggressiv genug, sondern das Strahlen eines erfolgsverwöhnten Skirennfahrers, Filmemachers, Stuntman, Modeunternehmers. Zugleich dient es dazu, die Wunden wegzulächeln, die ihm das Leben schlug. Bogner versteht etwas von Inszenierung.

Es ist Ende Januar 2018, die Firma Bogner präsentiert sich auf der Internationalen Sportmesse in München. Über die Leinwand flimmert »Feuer und Eis«, Bogners bekanntester Film von 1986: Fesche, junge Menschen brettern auf Skis Hänge hinunter, ständig brennt oder explodiert etwas.

Als bedürfe es eines Kontrasts dazu, steht unter der Leinwand zunächst etwas scheu Willy Bogner. Er hat sich in den vergangenen Monaten selten in die Öffentlichkeit begeben und tastet sich wieder ins Leben vor, ein gutes halbes Jahr nach dem Tod seiner Frau Sônia.

Bogner trägt Slipper mit dem Bogner-»B«, Rollkragenpullover, darüber ein Jackett mit Flicken an den Ellbogen. Er posiert für die Fotografen, mal mit Siegerdaumen, mal mit einer Brille, die ihn in eine virtuelle Wirklichkeit versetzt. Münchner Prominenz ist da, Überbleibsel aus der Zeit, als die Marke »Bogner« noch leuchtete. Der frühere Skirennläufer Markus Wasmeier. Filmkomponist Harold Faltermeyer, einst eine große Nummer in Hollywood. Ex-»Bunte«-Chefin Patricia Riekel. Figuren wie aus einem Helmut-Dietl-Film. Bogner tätschelt Schultern, schüttelt Hände.

Irgendwann an diesem Nachmittag hat er seine Geste gefunden: Er zieht einen Skihandschuh über die linke Hand, ballt sie zur Faust, hält sie den Kameras entgegen, die Rechte einsatzbereit im Hintergrund, wie ein Boxer. Von Muhammad Ali gibt es solche Fotos, auch noch aus der Phase, als er schon Parkinson hatte. Es war Alis letztes Aufbäumen. Es ist Bogners Foto des Tages.

Willy Bogner war oft der Erste, Beste, Schnellste. Tüftler und Teufelskerl. Zweimal nahm er an den Olympischen Spielen

JULIAN BAUMANN / DER SPIEGEL



NG COLLECTION / INTERFOTO

Szene aus Bogner-Film »Feuer, Eis & Dynamit«, 1990: Tüftler und Teufelskerl

teil, 1960 und 1964. Bei vier »James Bond«-Filmen filmte er auf Skiern die Stuntszenen im Schnee. Für das Familienunternehmen, das er 1977 übernommen hatte, war der Mann mit der hohen Stirn immer selbst der beste Werbeträger. Jetzt droht er zur Symbolfigur von dessen Niedergang zu werden.

Das einst stolze »B« ist zum Problemfall geworden. Junge Leute kaufen keine Sachen von Bogner; zu teuer, nicht modern genug. Selbst die Russen, treue Kunden, waren der Marke zeitweise abhandengekommen.

Für Bogner besonders schmerhaft: Erstmals seit 1936 stattete in diesem Jahr nicht er die deutschen Olympioniken aus, sondern Adidas. Bei den vorigen Winterspielen in Sotschi waren die quietschbunten Bogner-Jacken von der Presse verspottet worden. Ein Kommentator beschrieb, die Jacken sähen aus wie ausgekotzter Wodka.

Willy Bogner, der seiner Zeit häufig vorwärts war, hat den Absprung verpasst. Erst mit 73 Jahren zog er sich vom Chefposten zurück, den damals installierten CEO setzte er nach 14 Monaten wieder vor die Tür. Der jetzige ist seit einem Jahr im Amt, beide Seiten mühen sich, dass es diesmal gut geht.

Wer hinfällt, steht wieder auf. Das war Bogners Maxime, seit er sich als junger Mann kurz vor dem Ziel durch einen Sturz den Olympiasieg vermasselte. Die Frage ist, ob ihm der Aufbruch noch einmal gelingt. Ob er das Unternehmen wieder zum Fliegen bringen kann. Es ist Bogners letzter Stunt.

Auch deshalb zeigt er sich jetzt wieder öffentlich. Es ist wichtig für das Unternehmen. Es geht auch darum, Vitalität zu demonstrieren. Jemand, der ihm offensichtlich nichts Gutes will, streut seit Längerem das Gerücht, Bogner sei geistig nicht mehr auf der Höhe. Sei er wohl, versichert sein Umfeld. Nur habe er mal bessere Tage, mal schlechtere, wer kenne das nicht in dem Alter.

Bogner hat zwei längeren Treffen zugesagt, im Oktober und November dieses Jahres, bei ihm zu Hause. Beide Male zeigt er sich bester Dinge. Wenn er etwas nicht beantworten will, platziert er stattdessen einen Witz. Bogner wohnt in einem Münchner Stadtteil, in dem etliche Villen aussehen wie jene, in denen einst ZDF-Oberinspektor Derrick ermittelte. Sein Flachbau ist dem Bauhaus-Stil nachempfunden. Er bittet an den großen Esstisch. Die Haushälterin bereitet Espresso zu.

»Kennen Sie das Buch über uns?«, fragt Bogner. »Bogner Moments« ist ein schmucker Bildband, erschienen 2012 zum 80-jährigen Bestehen des Unternehmens. Er öffnet ihn und versinkt darin. Blättert von hinten nach vorn. Und zurück.

Er mit »James Bond«-Darsteller Roger Moore. Er mit Karl Lagerfeld. Er als junger Sportler auf dem »Stern«-Titelbild. Er mit einem Steinadler auf der Hand. Die Eltern. Seine Frau. Feuer. Eis. Ein Brief vom ehemaligen amerikanischen Präsidenten Gerald Ford, der Bogner für seinen Besuch bei ihm dankt.

Er bleibt immer an derselben Stelle im Buch hängen. Dort ist zu sehen, wie er

vom Brandenburger Tor abgesetzt wird, am Tag der Deutschen Einheit 2002. Das Tor ist zunächst noch verhüllt, nach mehrjähriger Restauration. Bogner entkleidet es, indem er beim Herabgleiten an einem überdimensionalen Reißverschluss zieht, an dem ein »B« angebracht ist. »Du stehst da oben, zwei Millionen Menschen dort unten schauen dir zu«, sagt Bogner. »Boaaaaah.« Der alte Herr am Tisch. Der Actionheld im Buch. Sie sind schwer zusammenzubringen.

Früher hielt Bogner sich zugute, er schaue nicht zurück, sondern nach vorn. Das hat sich geändert. Er blättert auch in dem Buch, wenn er allein ist. Das Schöne an dem Band: Er zeigt nur seine Triumphe, nicht die Dramen.

Seine Jugendliebe, Skirennläuferin Barbara Henneberger, kam 1964 bei Dreharbeiten für einen Bogner-Film durch eine Lawine ums Leben. Bogner wurde wegen fahrlässiger Tötung auf Bewährung verurteilt.

Zwei der drei Kinder, die er und seine Frau Sónia adoptiert hatten, starben. Eines der Mädchen als Baby, der Junge erhängte sich 2005 im Alter von 17 Jahren.

Der Tod seiner Frau im Mai 2017, nach 44 Ehejahren, hat Bogner aus der Bahn geworfen. Heute kann er über sie reden, ohne dass ihm die Tränen kommen. Das ist noch nicht lange so.

Sie fehlt. Auch in der Firma, wo sie Mode entwarf. Mitunter war sie in strategischen Entscheidungen härter als er.

2014, als sie bereits an Krebs erkrankt war, wollte Bogner die Firma loswerden. Er beauftragte die US-Investmentbank Gold-

man Sachs damit, den Verkauf einzuleiten. Von erhofften 700 Millionen Euro war die Rede. Am Ende hätte beinahe der Fußballer Philipp Lahm zugeschlagen, gemeinsam mit Daimler-Chef Dieter Zetsche und weiteren Investoren. 270 Millionen Euro hätte Bogner angeblich bekommen. Er sagte ab.

Hätte Bogner verkauft, wäre er heute um ein paar Sorgen ärmer und ein paar Hundert Millionen Euro reicher. Er wiegelt ab: »Was machst du dann mit dem Geld? Wenn du dir eine Insel in der Südsee kaufst, bist du da drei Wochen, dann sagst du: Und was jetzt?« Nein, das sei alles schon okay gewesen. »Außerdem: So bin ich weiterhin gefordert.«

Bogner hat viele Talente. Loslassen gehört nicht dazu. Um Details kümmert er sich gern selbst. So wie bei einem der Treffen in seinem Haus, als Bogner für ein Foto posieren soll.

Damit der Hintergrund nicht zu unruhig ist, nimmt er ein Bild von der Wand, es zeigt sein Anwesen auf Mallorca. Als das Foto gemacht ist, hängt er das Bild zurück. Entfernt sich ein paar Meter. Das Bild hängt schief. Er richtet es. Geht wieder auf Abstand. Immer noch schief. Es ist Millimeterarbeit. Auf diese Weise hat er auch Filme gedreht.

»Wenn eine Schaufel im Bild war, ist er selbst hin und hat sie weggenommen, obwohl eine Crew von hundert Leuten um ihn herum war. Das hat manchmal den Arbeitsfluss verlangsamt«, sagt der Snowboarder Reto Lamm, einer von Bogners Vertrauten. »Es ist ihm immer wichtig, dass seine Idee so umgesetzt wird, wie er es sich vorstellt.«

Im September 2016 testete Bogner dann doch, wie es sich anfühlt loszulassen. Er zog sich aus dem operativen Geschäft zurück. Bogner glaubte, den richtigen Nachfolger gefunden zu haben: Alexander Wirth, seit Beginn jenes Jahres bei ihm beschäftigt, vormals Deutschlandchef des Modeunternehmens Ralph Lauren.

Im Amt wirkte Wirth eher wie ein CEO-Lehrling. Seine Unsicherheit schien er durch großspuriges Auftreten zu kompensieren. Bei Bogners Vertrauten kam er nicht gut an.

Bogner sagt, er habe ein Jahr gebraucht, um zur Überzeugung zu gelangen, dass Wirth der Falsche sei. »Ich bin ein von Grund auf positiver Mensch. Ich will, dass jemand, den ich hole, gut ist.« In den Wörtern eines Weggefährten: »Der Willy ist herzensgut, aber auch gutgläubig.«

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass Bogner ein Dickschädel sein kann. Er ließ keinen Zweifel, wer von beiden das letzte Wort hat. An Wirths Vertrag fügte er eine Liste an, wozu der Neue ohne die Zustimmung Bogners nicht befugt war. Investitionen jenseits der 50 000 Euro etwa durfte Wirth nicht selbstständig tätigen, sofern sie nicht im »genehmigten Investi-

tions- und Verkaufsbudget berücksichtigt« waren. Als Wirth dem »Handelsblatt« ein Interview gab, schneite plötzlich Bogner herein und plauderte munter mit.

Wirths Abgang soll vom Streit um das Münchner Stammhaus beschleunigt worden sein. Es ist Bogners Vorzeigeladen, beste Lage, Residenzstraße 14–15, gegenüber der Staatsoper. Mehr München geht kaum.

Eröffnet 1979, wirkte der Laden zuletzt heruntergewohnt. Unter Wirth soll es Pläne für einen grundlegenden Umbau gegeben haben. Die Kosten hätten leicht zu einer Millionensumme anschwellen können, heißt es in Bogners Umfeld. »So braucht man das Geld nicht rauszuschmeißen«, sagt Bogner. Die Renovierung, wie sie nun umgesetzt wurde, soll einen Bruchteil davon gekostet haben.

Wirth musste gehen, zwei Aufsichtsräte gingen mit. Um die Bedingung für die Trennung wurde lange gerungen, Wirth wie auch Bogner wollen sich nicht dazu äußern. Im Oktober teilte das Unternehmen mit, alle Fragen, die zu Wirths Ausscheiden geführt hätten, seien »einvernehmlich geklärt« worden.

Es geht ihm jetzt vor allem darum, sein unternehmerisches Erbe zu bestellen.

Wer sich dem Unternehmen Bogner nähert, lernt Menschen kennen, die den Inhaber beraten. Oder ihn einmal beraten haben. Sie haben Einblicke oder hatten sie einmal. Manche reden schlecht über andere, einige nur gut über sich selbst. Nicht bei jedem der Einflüsterer ist klar, welche Interessen er im Blick hat. Ob es die Willy Bogners sind oder die eigenen. Vermutlich weiß auch Bogner es nicht. Die meisten sprechen, wollen sich aber nicht zitieren lassen.

Wolfgang Reitzle hingegen poltert öffentlich. Er war elf Jahre lang Chef des Gasherstellers Linde. Seit Januar steht er dem neu formierten Bogner-Aufsichtsrat vor. Leser der Klatschpresse kennen den Mann mit dem Menjoubärtchen, weil er mit der Moderatorin Nina Ruge verheiratet ist.

Als im Oktober das Stammhaus in der Residenzstraße wiedereröffnet wird, zählen die beiden zu den Gästen. Reitzle fragt, ob er hoch dürfe in die oberen Stockwerke, »der Nina das zeigen«. Der Laden ist lichter als vor der Renovierung. Ein Bild vom Piz Palü, einem von Bogners Lieblingsbergen, das Original ist 3900 Meter hoch, zieht sich über drei Stockwerke durch. Aus einem Dachfenster kippt jemand Kunstschnee in den Innenhof. Im Regal liegen Norwegerpullis für 799 Euro das Stück.

Später am Abend redet Reitzle sich in Rage. Der Grund sind Briefe, die seit gut einem Jahr verschickt werden. Sie gingen an mehrere Redaktionen, darunter die des SPIEGEL, und enthalten Vorwürfe gegen das Unternehmen Bogner, gegen den Inhaber, gegen Vertraute von ihm. Der Absender ist unbekannt. Es muss jemand sein, der von der neuen Spalte, von CEO Baumgärtner wenig hält. Oder einfach das Unternehmen schlecht machen will.

Solche Briefe sollte man nicht zur Kenntnis nehmen, schimpft Reitzle. Er habe das immer so gehalten, egal, wo er gearbeitet habe.

In einem der ersten Briefe stand, Bogner habe Steuern hinterzogen. Es stimmt, da war etwas: Bogner soll verbilligte Verkäufe an Mitarbeiter nicht richtig versteuert haben. Das Finanzamt ist nun mit der Sache befasst, eine Entscheidung steht aus.

In einem der jüngsten Briefe, der den SPIEGEL in diesem Herbst erreicht, ist von einer Mitarbeiterbefragung die Rede, der zufolge die Stimmung im Unternehmen schlecht sei. CEO Baumgärtner widerspricht: Die letzte Mitarbeiterbefragung liege acht Jahre zurück.

Ein weiterer Vorwurf: Baumgärtner und ein Vorstandskollege seien »auf Geschäftskosten« und mit »vorgeschobenen Gründen« zur Fußballweltmeisterschaft nach Moskau gereist. Baumgärtner sagt, er sei erst zwei Tage nach dem Finale in Russland angekommen.

Willy Bogner erfährt erst am Tag nach der Feier in der Residenzstraße durch eine Mitarbeiterin von diesem Brief. Man schont ihn. Es hätte ihm sonst den Abend verhagelt, so die Sorge seiner Leute. Bogner verzichtete das Gesicht, als hätte er in eine Zitrone gebissen: »Es ist furchtbar nervig. Ich würde gern wissen, wer hinter den Briefen steckt, und ihn zur Rechenschaft ziehen. Was für ein schlechter Stil. Was soll das? Warum stellt derjenige sich nicht offen hin und sagt: Ich finde dich scheiße?«

Im Unternehmen sorgen die Briefe für Unruhe. Wer könnte der Briefeschreiber sein? Dieselbe Person etwa, die das Gerücht von Bogners angeblicher Demenz in die Welt gesetzt hat? Die Mitarbeiter untersuchen Poststempel, rekonstruieren, wer von welchen Interna Kenntnis hat. Manche der Schreiben enthalten Tippsfehler. Weist das auf jemanden hin, der schludrig ist? Oder so tut, als wäre er es?

Es ist kein würdiges Ende der Ära Willy Bogner. Und es ist kein Trost, dass die Zeit der Modezaren ohnehin zu Ende zu gehen scheint. Giorgio Armani, 84, ist dabei, sein kriselndes Haus zu bestellen, doch auch er ist nicht sehr versiert im Loslassen. Der ein Jahr ältere König Karl, also Lagerfeld, steht vermutlich auch kurz vor der Abdankung. Darauf lassen seine jüngsten Auftritte schließen: ein bäriger, füllig gewor-



ROBAIMAGES

Ehepaar Bogner um 2006: »Herzensgut, aber auch gutgläubig«

dener Herr, dem Zähne fehlen. Die Kunstu-figur Lagerfeld zerbröseln.

Was also bleibt? Bogner gilt als der Mann mit den drei Leben. Sportler, Filmmacher, Unternehmer. Gefragt, welche Rolle er am besten ausgefüllt habe, überlegt Bogner lange. Und gibt dann doch keine Antwort. Snowboarder Lamm sagt: «Ich sehe Willy als Kunstschaffenden, nicht als Businessman. Man sollte seine Kreativität nicht mit Logik zerstören.» Andere Weggefährten sind direkter: Bogner sei als Unternehmer nie so gut gewesen wie als Sportler.

Oder als Filmemacher. Bogner ordnet gerade seinen cineastischen Nachlass. Er schaut sich alte Aufnahmen an, einige erstmals seit Jahrzehnten. Es sei erstaunlich, »wie viel Power manche Szenen auch heute noch haben«.

Er plant einen Kinofilm mit Höhepunkten seines Schaffens, in 3-D. Das Projekt soll auf Instagram und YouTube begleitet werden, vielleicht auch im Fernsehen. Es soll ein großes Ding werden, so wie früher. Der Film soll auch neue Szenen enthalten, Bogner will selbst filmen, auf Skibern. Er fährt noch, nur vorsichtiger. Früher sei er einfach gesprungen, sagt Bogner. »Inzwischen schaue ich erst mal, wie hoch ich bin. Und wie tief der Schnee unten ist.«

Denkt er an den Tod? Vor mehr als sieben Jahren, nachdem sich sein Freund, der Playboy Gunter Sachs, eine Kugel in den Kopf geschossen hatte, sagte Bogner: So wolle er nicht sterben.

Wie dann?

»Die Zuständigen werden sich schon etwas einfallen lassen.«

Bogner ist gelassener geworden. Sagt er. Er gehe nur noch ein-, zweimal im Monat ins Büro, für ein paar Stunden. Nach den Mitarbeitern schauen. Nach den Zahlen fragen. Es geht ihm jetzt vor allem darum, sein unternehmerisches Erbe zu bestellen.

»That's life«, sagt Bogner.

Zuletzt gab es die Idee, das Unternehmen in eine Stiftung umzuwandeln. Noch sei nichts entschieden, sagt Bogner. Er prüfe »alle Optionen«, um den Fortbestand zu sichern. Die Frage wird auch sein, was seine Adoptivtochter will, die sich selbst einmal so beschrieb: Sie mache »aus Prinzip das Gegenteil von dem, was man von mir erwartet.«

Florinda Bogner ist Hundeflüsterin. Seit Kurzem wohnt sie auf dem Bauernhof ihres Vaters am Tegernsee. Mit Hunden. Zu viel Trubel für Willy Bogner, weshalb er dort derzeit nur selten antrifft.

Zuletzt trug das Münchner Stadtgeflüster weiter, Florinda Bogner wolle in das Unternehmen einsteigen, vielleicht mit einem Lebensgefährten. In Bogners Umfeld erzeugte das Unruhe.

Richtig ist: Es gibt das Angebot ihres Vaters, dass sie in die Firma hineinschnuppern kann. Wenn sie das will. Vorstellbar wäre eine Art Traineeprogramm, auf ein Jahr begrenzt, damit sie versteht, wie der Laden funktioniert. Danach könnte sie entscheiden, ob sie bleibt oder zu ihren Hunden zurückkehrt.

Willy Bogner sagt, fast täglich bekomme er Anfragen »von irgendwelchen Leuten, die in die Firma investieren wollen«. Zuletzt sei es »ein Chinese« gewesen, der sich für die Olympischen Winterspiele 2022 in Peking aufstellen wolle. Wer, das mag er nicht sagen. Eben jemand, der gesagt hat, ah, da gibt es diese Bogners, die schau ich mir mal an.

Auf die Frage, ob das Angebot vom Tisch sei, scherzt Bogner: »Das kommt auf den Tisch an.«

Kurze Pause.

»Nein, im Moment passiert da nichts.«

Man werde also nicht demnächst in der Zeitung lesen, Bogner sei jetzt chinesisch? Kurze Irritation. Bogner lacht laut auf.

Alexander Kühn

10 Prämien zur Wahl!

JETZT LESER WERBEN – SIE MÜSSEN SELBST NICHT ABONNENT SEIN.



Kärcher-Hochdruckreiniger K2

Modell »Full Control Home« mit gezielter Druckregulierung. Ideal für größere Flächen rund ums Haus. Ohne Zuzahlung.



Denver Smartphone SDQ-55044L

Mit 5,5-Zoll-Display, Android 8.1 GO, modernem Fingerprintsensor und Dual-SIM-System. Ohne Zuzahlung.



iPad 32 GB Wi-Fi in Spacegrau

Neues Modell mit A10-Fusion Chip und iOS 11, 9,7"-Retina-Display, Fingerabdruck-Sensor und 8-MP-Kamera. Zuzahlung: € 229,-.



Polar A370 Fitness-Tracker

Schlankes Design. Mit 24/7-Pulsmessung, Activity Tracking, Schlafanalyse, GPS, Smart Notifications u. a. Ohne Zuzahlung.



WMF-Kochgeschirr-Set, 4-tlg.

Je ein Fleischtopf mit Ø 16, 20, 24 cm und eine Stielkasserolle mit 16 cm. Rostfrei und induktionsgeeignet. Ohne Zuzahlung.



Wagenfeld-Tischleuchte WG 24

Der Bauhaus-Klassiker! Aus vernickeltem Metall, Klarglas und Opalglas. Nummeriert. Höhe: ca. 36 cm. Zuzahlung: € 149,-.



Artemide Tolomeo Micro Tavolo

Zeitlose Alu-Tischleuchte mit regulierbaren Armen und verstellbarem Leuchtkörper. Länge: ca. 73 cm. Zuzahlung: € 29,-.



KitchenAid-Küchenmaschine

Küchenhelfer mit Knethaken, Flachrührer, Schneebesen und 4,28-Liter-Schüssel. Maße: 35x35x22 cm. Zuzahlung: € 199,-.



Titan 4-Rollen-Trolley

Edel und robust, mit TSA LOCK®-Schloss und laufruhigen Doppelrollen. In Anthrazit. Maße: 51x76x30 cm. Ohne Zuzahlung.

Schnell bestellen:
nur bis 7.1.2019



€120,- Prämie

Bei Bestellung bis 7.1.2019 erhalten Sie
€120,- als Prämie. Schnell sichern!

Ja, ich habe geworben und wähle meine Prämie!

SPIEGEL-Vorteile

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt € 5,10 nur € 4,80 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch das Digital-Upgrade für nur € 0,70 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

Wunschprämie

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Kärcher-Hochdruckreiniger (5742) | <input type="checkbox"/> Denver Smartphone (5720) |
| <input type="checkbox"/> iPad 32 GB (5694) Ztlg. € 229,- | <input type="checkbox"/> Polar A370 (5755) |
| <input type="checkbox"/> WMF-Kochgeschirr-Set (5737) | <input type="checkbox"/> Wagenfeld (3739) Ztlg. € 149,- |
| <input type="checkbox"/> Artemide Leuchte (4265) Ztlg. € 29,- | <input type="checkbox"/> KitchenAid (5735) Ztlg. € 199,- |
| <input type="checkbox"/> Titan 4-Rollen-Trolley (5726) | |
| <input type="checkbox"/> € 120,- Prämie (5010) bis 7.1.2019 . Mein Konto für die Überweisung: | |

DE

IBAN

Anschrift des Werbers:

Frau
 Herr

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

Anschrift des neuen Lesers:

Frau

Herr

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

Geburtsdatum

PLZ

Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen!

Ja, ich möchte zusätzlich das Digital-Upgrade für nur € 0,70 pro Ausgabe beziehen statt für € 4,99 im Einzelkauf.

SD19-015

Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnement liest den SPIEGEL für zunächst 52 Ausgaben für zurzeit € 4,80 pro Ausgabe statt € 5,10 im Einzelkauf, das Digital-Upgrade zusätzlich für € 0,70 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich automatisch und ist dann jederzeit zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

Ich zahle bequem per **SEPA-Lastschrift*** vierteljährlich € 62,40, Digital-Upgrade halbjährlich € 18,20

DE

IBAN

Datum

X
Unterschrift des neuen Lesers

SP19-101-WT127

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.



Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg



040 3007-2700



abo.spiegel.de/p19

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Der Vorzugspreis von € 0,70 für das Digital-Upgrade gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,60 für das E-Paper, Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht: www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



LEXEY SWALL / DER SPIEGEL

Fondsinitiatorin Chen: »Nicht das Geld entscheidet, sondern die Menschen, die es verteilen«

»Der Kuchen ist groß, wir Frauen müssen uns ein dickeres Stück abschneiden«

SPIEGEL-Gespräch Die Gründerszene gilt als innovativ und männerlastig. Sarah Chen will das ändern und mit einer Milliarde Dollar Start-ups von Frauen und gemischten Teams fördern.

Chen, 29, stammt aus Malaysia und moderierte bereits mit neun Jahren eine eigene TV-Sendung. Heute ist sie Chief Strategy Officer des Start-ups Bloxed und lebt in Washington, D.C. Im Oktober 2018 gründete sie mit vier anderen Frauen »The Billion Dollar Fund for Women« (zu Deutsch: »Der Milliarde-Dollar-Fonds für Frauen«). Co-Geschäftsführerin des Fonds ist die US-Investorin und Gründerin Shelly Porges, die jahrelang für Hillary Clinton im State Department arbeitete.

SPIEGEL: Frau Chen, 2017 wurden laut »Fortune« 85 Milliarden Dollar Risikokapital in US-Start-ups investiert – aber nur zwei Prozent davon flossen in Unternehmen, die von Frauen gegründet oder geführt wurden. Geld ist doch opportunistisch. Wieso folgt es nicht automatisch dem Erfolg?

Chen: Weil nicht das Geld entscheidet. Sondern die Menschen, die es verteilen, zumindest, wenn wir von Venture-Capital sprechen. Die entscheiden leider nicht nur rational, sondern folgen unbewusst dem Gesetz der Vertrautheit. Sonst würden sie gemischte Teams bevorzugen – Studien zeigen, dass solche Teams erfolgreicher sind und rund 50 Prozent höhere Gewinne erwirtschaften.

SPIEGEL: Aber Investoren wollen Rendite sehen. Wie kann es sein, dass es diese Investmentlücke überhaupt gibt?

Chen: Eines der Hauptprobleme sind die Vorurteile, die wir alle mit uns herumtragen. Wenn Risikofonds in einem sehr frühen Stadium in ein Start-up investieren, worin investieren sie dann? Sie investieren vor allem in eine Idee – und in eine Person.

Das bedeutet, dass ein alter weißer Mann eher auf einen jüngeren weißen männlichen Gründer setzt. Weil der ihn an sich selbst erinnert und ihn vielleicht über ein Harvard-Old-Boys-Network kontaktiert hat.

SPIEGEL: Sie haben mit vier weiteren Frauen The Billion Dollar Fund for Women gegründet. Was genau ist Ihr Ziel?

Chen: Wir wollen dafür sorgen, dass in den nächsten Jahren eine Milliarde Dollar in Start-ups investiert wird, die von Frauen gegründet oder geleitet werden. Es wird viel über den Gender-Pay-Gap gesprochen, aber nicht über diese Investitionslücke. Der Kuchen ist groß – wir Frauen müssen uns ein dickeres Stück davon abschneiden.

SPIEGEL: Wie soll das funktionieren?

Chen: Wir sind kein eigener Fonds, sondern eine Art Konsortium: Wir motivieren Venture-Capital-Fonds dazu, sich zu verpflichten, eine gewisse Summe in von Frauen geführte Unternehmen zu investieren. Unser oberstes Ziel ist es, den gesamten Investitionstopf zu vergrößern. Wir reden nicht nur mit US-Investoren, sondern auch mit Entscheidern aus Asien, Europa, Afrika und dem Mittleren Osten. Es geht hier um ein großes Problem. Dafür braucht es eine große Lösung.

SPIEGEL: Was genau ist Ihr Beitrag?

Chen: The Billion Dollar Fund for Women ist vor allem ein Netzwerk von Risikofonds, die etwas verändern wollen und die gleichen

Dinge hinterfragen. Wir Initiatorinnen bringen kulturell und beruflich unterschiedliche Erfahrungen ein. Die konkreten Investitionen überlassen wir den Profis, aber wir ermutigen sie, eine Perspektive einzunehmen, die sie vielleicht zuvor nicht hatten.

SPIEGEL: Sie haben das Projekt im Oktober gestartet. Wie viele Unterstützer haben Sie inzwischen an Bord?

Chen: Wir hätten nie gedacht, dass die Idee so erfolgreich ist. Am Anfang glaubten wir, dass wir vielleicht hundert Millionen einsammeln können. Inzwischen sind wir bei mehr als 650 Millionen Dollar angekommen, zugesagt durch 30 Fonds. Ich bin zuversichtlich, dass wir bald die Milliarde knacken werden.

SPIEGEL: Aber bislang sind das doch bloß Selbstverpflichtungen auf dem Papier. Wer überprüft, ob die Investitionen tatsächlich getätigter werden?

Chen: Das ist unser Job. Es kann passieren, dass nicht jede Zusage komplett erfüllt wird. Aber selbst wenn nur ein Teil des versprochenen Kapitals in die Zukunftsvisionen von Frauen investiert wird, würde ich abends zufriedener ins Bett gehen.

SPIEGEL: Eine Milliarde Dollar wäre verschwindend gering, angesichts der Summen, die aktuell in dieser Branche verteilt werden.

Chen: Das stimmt so nicht. Angesichts der Tatsache, dass in den USA 2017 Unternehmen, die ausschließlich von Frauen gegründet wurden, nur 1,9 Milliarden Dollar Risikokapital erhalten haben, hätte eine zusätzliche Milliarde Dollar großen Einfluss.

SPIEGEL: Frauen gelten oft als Gründerinnen mit einer Mission. Das klingt gut und schön. Aber: Keiner der großen Fonds ist angetreten, um die Welt zu retten. Das Wichtigste ist, dass die Rendite stimmt.

Chen: Da ist etwas Wahres dran. Facebook wurde gegründet, so sagt es zumindest die Hollywood-Version, weil Mark Zuckerberg die coolsten Mädchen auf seiner Universität daten wollte. Und es gibt auch Frauen, die die zehnte Shopping-App gründen, die die Welt nicht braucht.

SPIEGEL: Start-ups sind dann erfolgreich, wenn sie ein Problem lösen wollen, das viele Menschen betrifft ...

Chen: Genau. Und Frauen gründen oft Start-ups, die Frauenprobleme lösen und sich mit sozialen Herausforderungen beschäftigen. Manchmal verstehen Männer schlicht nicht, dass es diese Probleme überhaupt gibt.

SPIEGEL: Nennen Sie ein Beispiel.

Chen: Shelly Porges, eine meiner Co-Initiatorinnen,

Förderung für Start-ups
2017 in den USA



unterstützt eine Gründerin, die Coworking-Büros mit lizenziert Kinderbetreuung anbietet. Die Qualität der Kinderbetreuung ist ein großes Thema in den USA, das vor allem berufstätige Mütter betrifft. Coworking-Plätze sind gerade sehr gefragt. Viele Anbieter locken ihre Kunden mit zusätzlichen Angeboten wie Fitnessstudio oder Hemdensorvice. Das interessiert die meisten Frauen aber nicht, sie können den Platz erst nutzen, wenn sie ihre Kinder gut betreut wissen. Darin sehe ich großes Potenzial.

SPIEGEL: Darauf hätte auch ein Mann kommen können.

Chen: Aber meist kümmern sich eben doch die Frauen um die Organisation von Haushalt und Familie. Oder denken Sie an den Bereich Gesundheitsvorsorge. Das ist ein Milliardenmarkt. Herzinfarkte sind weltweit die häufigste Todesursache – doch mitunter ist nur jeder dritte Teilnehmer an Studien der Herz-Kreislauf-Forschung eine Frau. Die Symptome, die Frauen bei solchen Erkrankungen erleben – zum Beispiel Kurzatmigkeit und Kieferschmerzen –, sind in der Regel nicht die, auf die Menschen achten. Deshalb hat die Gründerin Alicia Chong Rodriguez einen BH mit eingebauten Sensoren entwickelt, der Herzdaten der Trägerin sammelt, auf Unregelmäßigkeiten analysiert und wichtige Informationen an einen Arzt weiterleitet.

SPIEGEL: Sie leben selbst erst seit einem Jahr in den USA und haben früher für einen Venture-Capital-Fonds in Malaysia gearbeitet. Hätten Sie nicht dort dafür sorgen können, dass mehr Geld an Gründerinnen fließt?

Chen: Im Rückblick wird mir klar, wie konservativ viele unserer Entscheidungen waren. Ich nehme mich da selbst nicht aus.

SPIEGEL: Woran lag das Ihrer Meinung nach?

Chen: Weil es schlicht nicht die Norm ist, Frauen in Führungspositionen zu erleben. Ich war meistens selbst die Minderheit in Person in jeder Besprechung: jung, weiblich und dann auch noch eine Nichtmuslimin in einem muslimisch geprägten Land wie Malaysia. Es gibt Sparten wie zum Beispiel die Konsumgüterbranche, in der heute schon mehr Frauen in führenden Funktionen vertreten sind. Aber gerade in der Techszene, in der ich arbeite, sind wir schlicht die Ausnahme. Wir brauchen mehr weibliche Führungskräfte, um mehr Frauen zu motivieren, führen zu wollen. Und es braucht in jedem Unternehmen immer einen Mutigen, der damit anfängt.

SPIEGEL: Reicht es aus, nur Frauen zu fördern?

Chen: Am Ende geht es natürlich nicht nur um Geschlecht oder Ethnie. Diverse Teams,



LEXIE SWALL / DER SPIEGEL

Chen beim SPIEGEL-Gespräch*

»Es geht nicht nur um Geschlecht und Ethnie«

bei denen Menschen mit unterschiedlicher kultureller Prägung oder Bildung zusammenarbeiten, sind am erfolgreichsten. Verschiedene Menschen schauen eben unterschiedlich auf Probleme. Darin liegt das Potenzial. Das haben inzwischen auch Konzerne begriffen.

SPIEGEL: Haben Sie ein Beispiel?

Chen: Nehmen wir eine Marke, die jeder kennt: Disney. In deren Filmen sind die Heldinnen von heute nicht mehr nur Prinzessinnen mit heller Hautfarbe und blonden, langen Haaren, die am Ende aller Abenteuer auf Prince Charming warten. Der Kinoerfolg »Die Eiskönigin« zeigt, mitunter braucht es keinen Prinzen, wenn man auf sich selbst vertraut und eine tolle Schwester hat.

SPIEGEL: Aber in der Businesswelt werden viele Klischees gepflegt: Dort gelten Männer als risikoaffin und gnadenlos optimistisch.

Chen: Ich würde dem entgegenhalten, dass Frauen dafür risikobewusst sind. Und das zahlt sich meist aus, gerade bei einem Start-up. Sie hinterfragen sich und ihre Idee oft viel früher und kritischer, als männliche Gründer das tun, was häufig zu ausgefeilter Produkten führt.

SPIEGEL: Trotzdem geht bei einem Pitch oft der Mann als Gewinner vom Platz und streicht durchschnittlich mehr Geld ein.

Chen: Ja, aber wir sollten uns nichts vormachen: Das Problem beginnt nicht erst, wenn ich als Gründerin vor einer Runde Investoren stehe. Es geht schon um den Weg dorthin. Wir sollten darauf achten, wie wir unsere Kinder erziehen, welche Eigenschaften wir fördern. Ich selbst bin von meinen Eltern immer ermuntert worden, ehrgeizig zu sein, und sie haben mich nicht anders behandelt als meinen älteren Bruder. Ich wurde dazu erzogen, Fragen zu stellen, auch kritische. Aber ich habe natürlich schnell gemerkt, dass das nicht der Durchschnitt ist. Dass gerade in vielen

asiatischen Familien Mädchen ganz anders aufwachsen als Jungen.

SPIEGEL: In Ihrer Karriere hat Ihnen das offenbar geholfen.

Chen: Ja und nein. Es ist schwer für andere, wenn sie nicht wissen, in welche Schublade man passt.

SPIEGEL: Warum?

Chen: Wenn eine Frau ehrgeizig ist, wird sie im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen oft als weniger sympathisch angesehen. Wenn Menschen unsicher sind, suchen sie nach einer einfachen Lösung. Das spielt zum Beispiel bei Beförderungen eine wichtige Rolle: Unterstütze ich als Chef jemanden, der sich gut anpasst, der mir nicht gefährlich werden will? Oder jemanden, der mein Handeln infrage stellt und damit den Status quo stört? Doch nur so kommen Unternehmen voran: mit Mitarbeitern, die auch die unangenehmen Fragen stellen.

SPIEGEL: Sie sind Mitbegründerin der Initiative »Lean In Malaysia«, die von Facebook-Geschäftsführerin Sheryl Sandberg inspiriert wurde. Ist Sandberg, die gerade wegen des Umgangs mit Wahlmanipulationen via Facebook in der Kritik steht, nicht ein Beispiel dafür, dass Frauen nicht per se die besseren Manager sind?

Chen: Ich würde nie behaupten, dass alle Frauen bessere Manager sind. Aber ich finde es schon bezeichnend, wie persönlich Sandberg gerade attackiert wird. Oder wenn ich an die extreme Kritik an Bozoma Saint John denke, die früher Apple-Managerin und Marketingchefin von Uber war. Diese Anfeindungen zeigen vor allem, wie ungewohnt es für viele immer noch ist, Frauen in so mächtigen Positionen zu sehen, und dass die automatische Reaktion darin besteht, nach Fehlern zu suchen.

SPIEGEL: Aber suggeriert man nicht genau das, wenn man sagt: Investiert mehr in Frauen, das ist klüger?

Chen: Niemand aus unserer Truppe wäre so vermessen, zu behaupten, dass eine Investition in weibliche Gründerinnen sich immer auszahlen wird. Wir reden hier über hochriskante Wetten auf Technologie, Zukunft, Persönlichkeiten – Scheitern gehört dazu. Aber es ist vorausschauend, ganz gezielt ein diversifiziertes Portfolio aufzubauen.

SPIEGEL: Frau Chen, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Video

3 Fragen an Shelly Porges

spiegel.de/sp12019chen
oder in der App DER SPIEGEL



* Mit der Redakteurin Simone Salden in Washington, D.C.

Nachtigall im Schredder

Business Outsider Alexander Schimmelbusch über die atomare Lebenslüge der Deutschen

Die Verdrängung hatte im Laufe der Evolution vorwiegend positive Auswirkungen. Wenn der Mensch nicht dazu in der Lage wäre, die Gewissheit des eigenen Todes zu verdrängen, wäre er schon längst in Depressionen verfallen und hätte niemals die schöpferische Kraft aufbringen können, das Rad zu erfinden. Oder den Feuerstein.

Oder den Dieselmotor oder das Düsentriebwerk oder das Kohlekraftwerk, die ihm einst erlaubten würden, einen »Selbstmordpakt mit fossilen Brennstoffen« zu schließen, wie es die »New York Times« kürzlich formulierte.

Aber irgendwann kam der Punkt, an dem die Verdrängung ins Destruktive kippte. Möglicherweise war es im November 1989, als vor allem die US-Delegation auf dem Klimagipfel im holländischen Noordwijk die Übereinkunft zum Einfrieren der CO₂-Emissionen torpedierte.

Und so geht es uns nun an den Kragen: In einem Sonderbericht fordert der Weltklimarat IPCC »schnelle, weitreichende und beispiellose Änderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen«, um die Erwärmung der Erde im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter noch auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Beim Verfehlen dieses ambitionier-ten Ziels schon um ein halbes Grad drohten Dürren, Hungersnöte, Über-schwemmungen, Völkerwanderungen in bibli-schem Ausmaße und das Erreichen eines apokalyptischen Kippunktes, ab dem die Erderwärmung sich von selbst immer weiter verstärken würde.

Besonders im deutschen Kontext ist interessant, dass alle relevanten Szenarien des Expertengremiums (neben dem vollständigen Ausstieg aus der Kohle) einen massiven Anstieg der Stromerzeugung aus Atomkraft voraussetzen – bis zum Jahr 2030 weltweit um 59 bis 106 Prozent. Bei nüchterner Betrachtung leuchtet dies ein, handelt es sich bei der Atomkraft um eine nahezu emissionsfreie Energiequelle. Hinzu kommen diverse Studien, etwa jene der Universität Stuttgart aus dem Jahr 2013, die zum Ergebnis kommt, dass der Betrieb der deutschen Kohlekraftwerke durch die Freisetzung von Feinstaub in Europa jährlich für sage und schreibe 3100 Todesfälle verantwortlich ist. Oder die Studie der amerikanischen Klimaforscherlegende James E. Hansen aus demselben Jahr, der zufolge die Atomkraft weltweit bis dato 1,84 Millionen Todesfälle durch Luftverschmutzung verhindert hat.

Der französische Präsident Emmanuel Macron scheint für diese Faktenlage zugänglich zu sein. In einer Grundsatzrede zur Energiepolitik verlängerte er gerade die Frist um zehn Jahre, innerhalb derer der atomare Anteil am französischen Stromaufkommen von 75 auf 50 Prozent gesenkt werden soll. In Frankreich, wo schon 2022 die letzten vier

Kohlekraftwerke vom Netz gehen werden, gilt die Atomkraft als günstige und CO₂-neutrale Brückentechnologie. In Deutschland ist eine derart rationale und ideologiefreie Haltung zu diesem Thema kaum vorstellbar. Zu glorreich und romantisch aufgeladen ist die Geschichte der deutschen Anti-Atomkraft-Bewegung, deren Energie sich zu Beginn vor allem aus lokalem Nicht-vor-meiner-Haustür-Widerstand gespeist hat.

Etwa dem der Winzer aus Wyhl am Kaiserstuhl, die Mitte der Siebzigerjahre den Bau eines Kernkraftwerkes in den südbadischen Rheinauen verhinderten – nicht zuletzt mit dem Argument, die Nebelschwaden aus den Kühltürmen der geplanten Anlage würden die Qualität der regionalen Weine beeinträchtigen.

Den Rest besorgte der Kalte Krieg, der eine Urangst vor dem Atom in die Seelen der Bundesbürger pflanzte, die bald kaum noch zwischen den Gefahren von Atomraketen und denen von Atomkraftwerken unterschieden. Diese Unschärfe erlaubte es ihnen, den Widerstand gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie als heroischen Kampf um die Bewahrung der Schöpfung zu erleben.

Der Sieg der Anti-Atomkraft-Bewegung hat nun aber zu dem widersinnigen Resultat geführt, dass die Stromerzeugung aus dem Klimakiller Braunkohle in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt weitgehend konstant geblieben ist.

Und das wird auf absehbare Zeit so bleiben: Denn Industrienationen sind auf die sogenannte Grundlast angewiesen, also auf Kraftwerke, die konstant unter Vollast laufen, auch in windstiller, mondloser Nacht.

Somit ist es tatsächlich »eine Illusion«, wie es Sigmar Gabriel 2014 formulierte, »zu glauben, Deutschland könne gleichzeitig aus der Kernkraft und der Kohle aussteigen«.

Um die Bundesrepublik allein mit erneuerbaren Energieträgern zu betreiben, wären erst mal ein paar

riesige Pumpspeicher vonnöten, epochale Infrastrukturprojekte – und dies in einem Land, das seit fast zehn Jahren versucht, einen Flughafen fertigzustellen. Vom kompletten Umbau der Stromnetze, dessen zaghafte Anfänge vielerorts schon heute von beherzten Nicht-vor-meiner-Haustür-Protesten begleitet werden, mal ganz zu schweigen. So kann es dem aufrechten Kernkraftgegner in Deutschland heute passieren, dass sein Niedrigenergiehaus von einem monströsen Tagebau verschluckt zu werden droht, während über den Solarpaneelen auf seinem Dach der Rotor eines Windrads durch den Kohlestaub wummert, als Nachtigallenschredder.

»Was haben die Deutschen gemacht«, fragte Macron vergangenes Jahr im französischen Fernsehen, »nachdem sie beschlossen hatten, auf einmal all ihre Atomkraftwerke runterzufahren? Sie haben mehr Erneuerbare als wir entwickelt, aber sie haben auch wieder massiv auf die Kohle gesetzt. Das war schlecht für ihre CO₂-Bilanz, und das war schlecht für den Planeten.« Ausnahmsweise hat Macron hier mal recht. Denn für die kommenden Jahre – »vermutlich die wichtigsten der Menschheitsgeschichte«, so die IPCC-Wissenschaftlerin Debra Roberts – sind die realen Alternativen nicht Atomkraft oder erneuerbare Energien, sondern Atomkraft oder Kohle als Brückentechnologie. Sollten wir darüber nicht noch mal sachlich diskutieren?

Schimmelbusch, 43, war Investmentbanker und ist Schriftsteller.



Ausland

Erdogan hebt die Hand immer öfter zum »Wolfsgruß« der türkischen Rechtsextremen. ► S. 82



AHMAD AL-RUBAYE / AFP

In Mossul im Nordirak ziehen als Weihnachtsmänner verkleidete junge Iraker am zweiten Weihnachtstag durch die Straßen und verteilen Geschenke. Seit Ende des Krieges gegen den »Islamischen Staat« im Dezember vergangenen Jahres liegt die ehemals zweitgrößte Stadt im Irak und einstige Hochburg der Dschihadisten noch immer weitgehend in Trümmern.

Analyse

Der Aufschub

Die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo werden an der Misere des Landes nichts ändern.

Es verwundert niemanden, dass die ursprünglich für den 23. Dezember geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Demokratischen Republik Kongo um eine Woche verschoben wurden. Das organisatorische Chaos war schon bei der Vorbereitung unbeschreiblich. Nun müssen sich die mehr als 40 Millionen wahlberechtigten Kongolesen bis zum 30. Dezember 2018 gedulden. Dann endlich dürfen sie zum ersten Mal in der Geschichte ihres Landes über einen Machtwechsel demokratisch abstimmen. Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 wurden alle Präsidenten gestürzt oder ermordet, nur Joseph Kabilas, der derzeitige Amtsinhaber, ist widerwillig abgetreten. Denn auch er hatte vorher versucht, die Verfassung zu ändern, um wie die Autokraten in Ruanda, Uganda oder Burundi ad infinitum zu herrschen. Schließlich lenkte er ein und schickte mit Emmanuel Ramazani Shadary einen Nachfolger ins Rennen, den die Opposition für eine pure Marionette hält: Er werde Kabila's Rückkehr

an die Macht garantieren und das Milliardenvermögen sichern, das sein korrupter Familienclan im Laufe der Jahre angehäuft habe, so ihre Kritik. Schon allein wegen dieser durchschaubaren Rochade glaubt die Mehrheit der verarmten und seit Jahrzehnten von Krieg und Gewalt geplagten Bevölkerung nicht an freie und faire Wahlen. Umso weniger, als nun auch noch mehr als 1,2 Millionen Menschen in drei Stimmbezirken erst im März wählen dürfen.

Die Regierung nennt als Grund für diese Verschiebung vor allem die im Ostkongo erneut ausgebrochene Ebola-Epidemie. Ein Vorwand, der ins Gesamtbild passt, heißt es aus der Opposition. Unabhängige Wahlbeobachter wurden abgewiesen. Der aussichtsreichste Bewerber um das höchste Staatsamt, Moïse Katumbi, ein Ex-Gouverneur, durfte sein Heimatland nicht mehr betreten, um sich als Kandidat registrieren zu lassen. Das Ergebnis der verschobenen Abstimmung steht also heute schon fest – und es wird nichts an der Misere des Landes ändern. Bartholomäus Grill



SEBASTIAN SCHEINER / AP

Netanyahu

Israel

Klarer Favorit

Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu hat für den 9. April eine vorgezogene Neuwahl angekündigt. Auslöser ist ein monatelanger Streit seiner Regierungskoalition über die Einberufung von Ultraorthodoxen zum Wehrdienst. Das frühe Wahldatum überrascht – erst fünf Wochen zuvor hatte Netanyahu erklärt, eine Auflösung der Regierungskoalition sei derzeit keine Option. Doch für Netanyahu geht es um seine politische Karriere und sein Vermächtnis. Wenige Tage vor der Wahlkündigung sickerte durch, dass Generalstaatsanwalt Avichai Mandelblit in zwei Punkten Anklage wegen Korruption gegen den Premier erheben will. Es ist zwar eher unwahrscheinlich, dass Mandelblit dies mitten im Wahlkampf tut: Interne Richtlinien des Justizministeriums empfehlen extreme Vorsicht in diesen Zeiten, um die Abstimmung nicht zu beeinflussen. Mandelblits Büro gibt an, die Untersuchungen würden erst um den 19. April veröffentlicht, also nach der Wahl.

Trotz der staatsanwaltlichen Ermittlungen gilt Netanyahu als klarer Favorit. Die Opposition ist gespalten und genießt beim zentralen Thema Sicherheit kaum Wählervertrauen – mit Ausnahme von Benny Gantz, einem Ex-Generalstabschef, der am Donnerstag in die Politik wechselte und seine eigene Partei gründete. Er könnte sich in einem neuen Netanyahu-Kabinett als Verteidigungsminister ins Spiel bringen.

Premier Netanyahu hat die Neuwahl gewissermaßen zum Referendum über sich selbst gemacht. Am 9. April könnte er zudem seinem Ziel näherkommen, Staatsgründer David Ben-Gurion als den am längsten regierenden Premier Israels zu übertreffen. Welche Auswirkungen der Korruptionsverdacht nach einem Wahlsieg Netanyahu dann noch hätte, ist ungewiss. Sein Fraktionschef David Amsalem erklärte, er werde im Falle einer Anklage eine Klausel unterstützen, die dem amtierenden Premier Immunität zusichert. RAS

Thailand

Die Scheindemokratie

Thailand wird seit mehr als vier Jahren von einer Militärjunta geführt, die nun im Frühjahr Wahlen abhalten lassen will. Phil Robertson, Vizechef der Asienabteilung bei der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, zu den jüngsten politischen Entwicklungen.

SPIEGEL: Die Junta hat das Verbot politischer Versammlungen aufgehoben, das sie nach ihrem Putsch 2014 installiert hatte. Was bedeutet das?

Robertson: Die Militärs haben einige Einschränkungen aufgehoben, was zum Beispiel Versammlungen von mehr als fünf Personen angeht. Parteien können sich nun offiziell organisieren und mit ihren Mitgliedern sprechen.

SPIEGEL: Die Meinungsfreiheit bleibt aber weiterhin eingeschränkt.

Robertson: Die Junta behält es sich vor, Menschen wegen kritischer Rede strafrechtlich zu verfolgen. Wer in der Öffentlichkeit oder in den digitalen Medien etwas gegen die Militärs sagt, kann dafür bestraft werden.

SPIEGEL: So wie Thanathorn Juangroongruangkit, der Chef der »Future Forward Partei«?

Robertson: Thanathorn gilt als junger und aufstrebender Politiker. Er kritisierte bei einer Veranstaltung vor einigen Monaten, dass die dem Militär nahe-

stehenden Parteien versuchen, ehemalige Kabinettsmitglieder und andere Parteimitglieder für sich zu gewinnen. Diese Kritik war eine normale politische Äußerung, aber sie wurde nach dem »Computer-Kriminalitätsgesetz« verfolgt und könnte verhindern, dass er antritt und gewinnt.

SPIEGEL: Die Militärregierung will an der Macht bleiben?

Robertson: Definitiv. Die Verfassung und die politischen Gesetze wurden von dieser Junta geschaffen. Und sie verschafft der promilitärischen Partei, die sie selbst aufgebaut hat, jeden möglichen Vorteil. Führer dieser Partei sitzen zurzeit im Kabinett und behaupten, sie würden keinen Wahlkampf machen. Aber natürlich tun sie das.

SPIEGEL: Die benachbarten asiatischen Länder schauen stillschweigend zu.

Robertson: Jeder spricht gern darüber, dass es wichtig ist, in Thailand Wahlen abzuhalten. Aber gleichzeitig wünscht man sich Stabilität. Thailand übernimmt 2019 den Vorsitz beim Verband Südostasiatischer Nationen, Asean. Deren Mitglieder wollen ein produktives Jahr, kein Chaos. Als die Asean-Oberen sich 2009 im thailändischen Pattaya trafen, stürmten die Rothemden das Hotel, die Gäste mussten per Heli evakuiert werden. KKU

Chappatte





Jahr der Rowdys

Geopolitik Wer sind die prägenden Figuren, was werden die wichtigsten Trends des neuen Jahres sein? Ein Ausblick auf die kommenden zwölf Monate, von Europa bis Asien, von den USA bis Afrika.

Wer vor 100 Jahren von Deutschland aus auf die Welt von 1919 blickte, sah ein ausgeblutetes Europa, ein revolutionäres Russland, Berlins verlorene Kolonien in Afrika und Asien, einen zerrißenen Nahen Osten und ein aufstrebendes Amerika. Deutschland selbst war ein geschlagenes Imperium, eine sieben Wochen alte Republik, die bange darauf wartete, was die Siegermächte des Ersten Weltkriegs mit ihr vorhatten.

Wer heute auf das Jahr 2019 vorausblickt, sieht einen mit sich ringenden Westen, ein argwöhnisches Russland, einen erst recht zerrißenen Nahen Osten, ein wachsendes Afrika, ein aufstrebendes Asien. Und Deutschland selbst: eine der wohlhabendsten und modernsten Demokratien der Welt und doch ein verunsichertes Land.

Die Deutschen des frühen 21. Jahrhunderts stehen nicht auf einem Trümmerhaufen der Geschichte wie die des frühen 20. Jahrhunderts. Doch die Welt um sie herum ist weder übersichtlicher noch berechenbarer geworden. Im Gegenteil. Die internationale Ordnung verändert sich so stark wie seit dem letzten großen Umbruch, dem Ende des Kalten Krieges, nicht mehr. Die großen Trends der vergangenen Jahrzehnte – Globalisierung, Digitalisierung und Migration – formen die Welt, von den Industriestaaten über die Schwellen- bis zu den Entwicklungsländern.

Nicht jeder Kontinent, nicht jedes Land ist gleich betroffen, nicht alle Entwicklungen sind gleich bedeutend für Europa und Deutschland. Aber es lohnt, sich zu Beginn des neuen Jahres einmal vom Minutenakt des Nachrichtenstroms zu lösen und den Globus in den Blick zu nehmen.

Was sind die wichtigsten Trends und Ereignisse der kommenden zwölf Monate? Welche Termine, welche Entwicklungen werden das Jahr prägen? Ein Ausblick auf 2019, von Brüssel bis Kapstadt, von Washington über Moskau bis Peking.

Europa: Ein Kontinent schrumpft

Ende März wird Großbritannien die Europäische Union wahrscheinlich verlassen, zum ersten Mal schiede damit ein Land

aus der Gemeinschaft aus, die 60 Jahre lang immer nur gewachsen ist, eine Zäsur. Den Januar werden EU-Politiker damit verbringen, Premierministerin Theresa May zu helfen, ihren Brexit-Deal durchs Unterhaus zu bringen, ein fast aussichtloses Unterfangen.

Dann aber will sich die Gemeinschaft mit ihrer Zukunft beschäftigen. Im rumänischen Hermannstadt (Sibiu) kommen am 9. Mai die Staats- und Regierungschefs zusammen, um sich eine Agenda für die neue Ära ohne die Briten zu geben. Zwei Wochen später finden die Europawahlen statt. Alle Umfragen deuten auf ein Erstarken der Populisten hin, die politische Debatte auf dem Kontinent dürfte sich nach rechts verschieben.

Und das Führungsduo ist geschwächt. Frankreichs Emmanuel Macron hat Rück-

Die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen wird sich eher noch verschärfen.

halt im Volk verloren, Bundeskanzlerin Angela Merkel versucht, als Kanzlerin auf Abruf politisch zu überleben. Europa ist ein Kontinent im Schrumpfmodus und wartet nun darauf, welche Krise es als nächste ereilt: Stürzen Italiens Banken ab und bringen den Euro in Gefahr? zieht Marine Le Pen bei der Europawahl in Frankreich an Macron vorbei? Wie stark wird die deutsche AfD im Europaparlament? Wie reagiert die Gemeinschaft, wenn die Flüchtlingszahlen wieder steigen sollten?

Vor lauter Krisenmanagement drohen die Europäer erneut zu übersehen, dass sie den Herausforderungen der Welt nur geeint begegnen können. Noch ist offen, ob US-Präsident Donald Trump Strafzölle gegen die europäische Autoindustrie verhängt. China mischt sich immer aggressiver in europäische Entscheidungen ein. Bei Zukunftsthemen, etwa der künstlichen Intelligenz, gerät der alte Kontinent ins Hintertreffen.

Dass 2019 eine Kehrtwende gelingt, ist unwahrscheinlich, denn nach den Europawahlen sind erst einmal Topjobs neu zu besetzen: Die Gemeinschaft sucht einen Nachfolger für Jean-Claude Juncker als Kommissionschef. Der CSU-Mann Manfred Weber rechnet sich gute Chancen aus, doch gesetzt ist er nicht. Auch einen neuen Ratspräsidenten, Parlamentschef und eine neue Außenbeauftragte braucht die EU, dazu kommen der Nato-Generalsekretär und der Chef der europäischen Zentralbank – Posten, um deren Verteilung in Brüssel viele Nächte lang gerungen werden wird. Die Prognose für 2019 lautet: Europa kreist um sich selbst.

USA: Wie überlebt man Trump?

Als Donald Trumps Außenminister Mike Pompeo im Dezember nach Brüssel kam, nahm er Europa jede Hoffnung, dass 2019 weniger turbulent werden könnte als die beiden Jahre zuvor. Pompeo erklärte der EU die Trump-Doktrin, Amerikas verstörenden Blick auf die Welt: Die Friedensmissionen der Vereinten Nationen dauerten zu lange, sagte er. Das Klimaabkommen benachteilige die USA, der Internationale Strafgerichtshof sei auch keine Hilfe.

Was amerikanischen Interessen zuwiderläuft, soll verändert oder abgesagt werden. Auch im kommenden Jahr wird die Regierung in Washington Institutionen bekämpfen, die sich Amerikas Willen nicht beugen.

Trumps Blick auf die Welt ist geprägt von kurzfristigen Deals: Was ihm nicht nutzt, schadet ihm. Wer nicht gewinnt, verliert. Das wird sich 2019 nicht ändern. Washington steht unter Trump für eine Macho-Außenpolitik, die sich um Werte und Bündnisse kaum schert.

Er lässt die verbündeten Kurden Syriens im Stich, zieht wohl alle Soldaten dort ab, was auch dazu führen dürfte, dass der »Islamische Staat« wieder erstarkt. Die US-Regierung hat angekündigt, die Zahl ihrer Truppen in Afghanistan drastisch zu reduzieren. Das macht den Bundeswehreinsatz in dem Land viel schwerer und gefährlicher. Verteidigungsminister James Mattis

hat hingeworfen – er galt als der letzte Außenpolitiker mit Verstand in Trumps Riege. Was heißt das für die Nato, die Sicherheit Europas?

Im kommenden Jahr muss Trump die außenpolitischen Erfolge liefern, von denen er seit Beginn seiner Amtszeit redet: Er muss Kim Jong Un in Nordkorea zur Abrüstung verpflichten sowie Saudi-Arabien und Israel zu einem friedlicheren Nahen Osten bewegen. Auch den Handelskrieg mit China muss er beilegen. Das Problem ist, dass Trump außenpolitisch radikaler werden muss, je mehr er innenpolitisch unter Druck gerät – und dieser Druck wird 2019 steigen.

Sonderermittler Robert Mueller treibt die Untersuchungen in der Russlandaffäre voran, es wird immer offensichtlicher, dass Trump systematisch lügt, sich sogar strafbar gemacht haben könnte. Wäre Trump nicht Präsident, läge wohl längst eine Anklage gegen ihn vor.

Ihm hilft, dass der harte Kern seiner Unterstützer zu ihm hält, egal was passiert. Außerdem ist die US-Wirtschaft 2018 kräftig gewachsen, das stärkt ihm den Rücken.

Umso größer muss die Angst sein, dass 2019 die Wirtschaft nicht stark wächst. Wird Trump selbst dann seinen protektionistischen Wirtschaftskurs fortsetzen? Wird er weiter Strafzölle als Mittel der Diplomatie einsetzen, auch wenn das amerikanischen Unternehmen schadet?

Mit alldem müssen sich die Demokraten auseinandersetzen, die 2020 gegen Trump antreten wollen. 2019 wird ein zähes Warten auf 2020. Unter Demokraten beginnt bereits ein Wettkampf um Geld, Menschen und Ideen. Je nach Zählung erwägen zwischen 20 und 40 Politiker eine Kandidatur, sie loten gerade aus, wer genügend Geld

und Unterstützer gegen Trump zusammenbringen kann.

Auf der einen Seite stehen linke Populisten wie Senator Bernie Sanders, auf der anderen moderate Figuren wie der Unternehmer Michael Bloomberg oder Obamas ehemaliger Vizepräsident Joe Biden. Alle werden sich mit der Frage beschäftigen müssen: Wie lässt sich Trump besiegen? Lässt er sich besiegen?

Das gute Abschneiden bei den Zwischenwahlen hat der Opposition einen überraschenden Weg aufgezeigt: je pragmatischer, je unaufgeregter ein demokratischer Kandidat, desto größer die Chance, Wähler zu gewinnen. Das beste Mittel gegen Trump, so scheint es, ist die Vernunft.

Russland: Die Putin GmbH

Die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen wird sich 2019 eher noch verschärfen als abkühlen. Drei Jahrzehnte lang hat der INF-Vertrag Europa von Kurz- und Mittelstreckenwaffen frei gehalten, das Jahr 2019 aber wird er nicht überstehen. Washington wirft Russland vor, ihn zu verletzen, und hat Moskau ein Ultimatum gestellt. Der Kreml wird darauf kaum reagieren – warum auch? US-Präsident Trump will ohnehin aus dem Vertrag aussteigen.

Aus russischer Sicht wirkt es derzeit, als hinge vieles gar nicht mehr von Moskau ab, schon gar nicht im Verhältnis zu Washington. Die Zeiten, da Russland noch Hoffnungen auf Donald Trump setzte, sind vorbei.

Russland erscheint wie ein Boxer, der in einer zu hohen Gewichtsklasse boxt. Es hat bewiesen, dass man auch mit begrenzten wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen als Großmacht dastehen kann,

wenn man fehlende Kraft mit hoher Risikobereitschaft kompensiert.

Doch bei allen taktischen Erfolgen ist Russland strategisch im Nachteil, denn wirtschaftlich stagniert das Land. Es wird 2019 deutlich langsamer wachsen als die EU oder die USA, vom Nachbarn China ganz zu schweigen. Das ist auch die Folge der Sanktionen, mit denen Moskau wegen seines Vorgehens in der Ukraine, wegen Hackingattacken und des Gifftanschlags auf einen ehemaligen Doppelagenten in Salisbury belegt wurde. Jeder neue Zwischenfall kann weitere Sanktionen auslösen. Der Beschuss ukrainischer Patrouillenboote vor der Straße von Kertsch weckt Zweifel am Projekt der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 – die neue CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer warnte bereits, die Menge des durchgeleiteten Gases könne beschränkt werden.

Der Kreml behauptet zwar, die Sanktionen nützten Russland eher, als dass sie schadeten, doch Wladimir Putins Handlungen zeigen, dass er mit staatlichen Mitteln und großem Druck ersetzen will, was ihm an privaten Investitionen entgeht. Russland wird sich 2019 noch weiter weg bewegen von jenem liberalen Wirtschaftsmodell, mit dem sein Präsident einst antrat.

Dafür wird das Land nun eher wie ein Konzern geführt, an Kennziffern orientiert und immer weniger an den sozialen Bedürfnissen des Wählers. Die Anhebung des Rentenalters um fünf Jahre, die 2019 beginnt und viele Russen empört, ist das beste Beispiel. Die große Frage des kommenden Jahres wird sein, wie der Staat mit sozialen Protesten umgeht.

Afrika: Ein Kontinent wächst

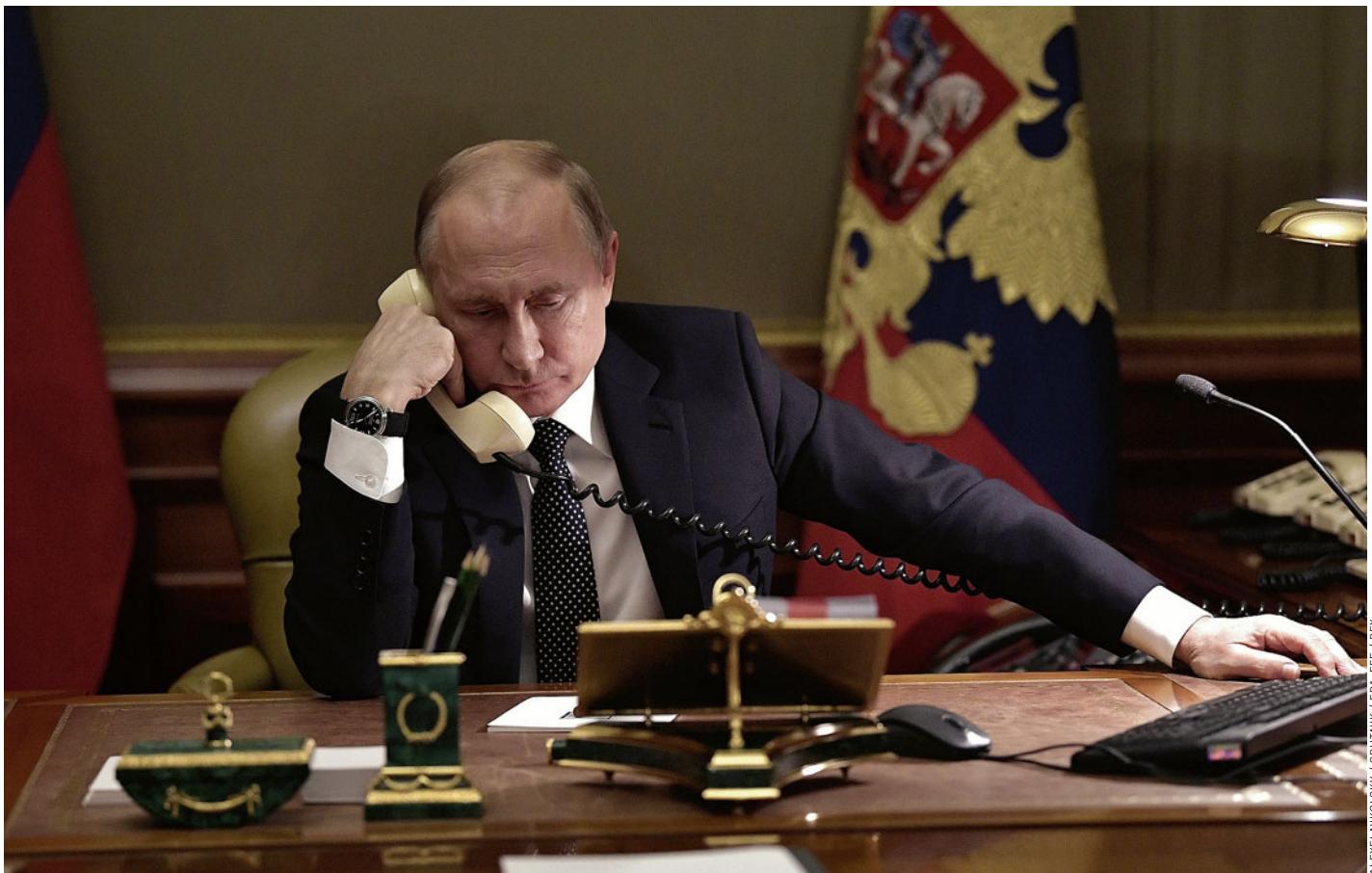
Für den europäischen Blick auf Afrika ist das Problem der unkontrollierten Migration zum alles überragenden Thema geworden. Das wird auch 2019 so sein – obwohl unterdessen deutlich weniger Flüchtlinge und Asylbewerber nach Europa kommen. Die Hauptmigrationsroute über Libyen und das Mittelmeer wird unter Mithilfe der EU-Grenzschutzbehörden schärfer kontrolliert und ist weitgehend blockiert.

Aber die im Norden verbreitete Angst vor einem Massenansturm von Afrikanern zwingt die Politik zum Handeln. In Brüssel, Paris und Berlin denkt man über zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen nach.

Der Migrationsdruck steigt auch, weil die Bevölkerung Afrikas in einem atemberaubenden Tempo wächst. 2050 werden 2,5 Milliarden Menschen dort leben, doppelt so viele wie jetzt. Und viele der heute rund 400 Millionen jungen Männer und Frauen werden in oftmals krisengeschüttelten Ländern vergeblich nach Arbeit su-



Premierministerin May: Ein fast aussichtsloses Unterfangen



ALEXEI NIKOLSKY / SPUTNIK / EPA-EFE / REUT

Russlands Präsident Putin: Wie ein Boxer in einer zu hohen Gewichtsklasse

chen – und sich womöglich auf den Weg nach Europa machen.

Die Afrikastrategie der Wohlstandsfestung Europa wird also noch stärker unter dem Vorzeichen der Migrationsabwehr stehen, die traditionelle Entwicklungshilfe immer mehr für diesen Zweck instrumentalisiert.

Besonders in Deutschland ist ein regelrechter Afrika-Aktivismus entstanden, die Ministerien für Wirtschaft, Finanzen und Entwicklungszusammenarbeit haben Initiativen ins Leben gerufen, um den Nachbarkontinent im Eigeninteresse zu unterstützen. Doch eine koordinierte und durchdachte Afrikastrategie oder ein Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik ist vorerst nicht zu erwarten.

Afrika wird weiterhin mit den Augen des barmherzigen Samariters gesehen. Während deutsche Unternehmer das Investitionsrisiko scheuen, nehmen Länder wie China, Indien, Russland oder die Türkei die Chancen des Kontinents wahr. Manche Beobachter sprechen bereits von einem »neuen Wettkampf um Afrika«, bei dem die Teilnehmer wie in der Kolonialzeit um Rohstoffe, Absatzmärkte und militärischen Einfluss kämpfen.

Mittlerweile sind mehr als 10 000 chinesische Unternehmen in Afrika aktiv. Das Reich der Mitte exportiert dorthin mehr als die ehemaligen europäischen Kolonial-

mächte Großbritannien, Frankreich und Deutschland zusammen. Allerdings nehmen auch die Befürchtungen zu, dass die Chinesen Afrika in eine Schuldenfalle treiben könnten.

Der Nahe Osten: Der Kronprinz und die Mullahs

Jahrzehntelang war es vor allem das Zerwürfnis zwischen den arabischen Staaten und Israel, das den Nahen Osten entzweite: die Palästinafrage.

Doch inzwischen wird dieser klassische Nahostkonflikt von einer anderen Konfrontation überschattet: dem Machtkampf zwischen Sunniten und Schiiten – und unter den Sunniten zwischen zwei großen Lagern, die von den Golfstaaten und Ägypten auf der einen sowie von Katar und der Türkei auf der anderen Seite vertreten werden.

2019 dürfte dieser Konflikt offener denn je zutage treten. Dafür sind vor allem zwei Länder verantwortlich, die beide vor einer entscheidenden Frage stehen: Wird das Regime in Iran die Wirtschaftssanktionen überstehen, die US-Präsident Donald Trump gegen die schiitische Großmacht verhängt hat? Und wird Saudi-Arabien weiterhin von Kronprinz Mohammed bin Salman regiert, einem der einflussreichsten und gefährlichsten Politiker der Region?

Iran, seit der Gründung 1979 politisch weitgehend isoliert, droht ein wirtschaftliches Desaster. Um fast zwei Drittel ist der Wert des Rial gegenüber dem Dollar 2018 gesunken, Handel und Auslandsinvestitionen sind eingebrochen. Die Zuversicht, die das Nuklearabkommen von 2015 ausgelöst hatte, ist verflogen. Teheran hat bereits zweimal schwere soziale Unruhen erlebt, 1999 und 2009. Sowohl vor 20 wie vor 10 Jahren hat sich die Mehrheit der Bevölkerung am Ende gegen den militärtumsturz entschieden. Die Iraner wollten den bescheidenen Wohlstand, den sie sich erarbeitet hatten, nicht für einen Regimewechsel riskieren. Das könnte sich 2019 ändern.

Irans sunnitischer Rivale Saudi-Arabien erschien nach der Machtübernahme des jungen Kronprinzen Mohammed bin Salman manchem als neue Ordnungsmacht im Nahen Osten. Doch der vermeintliche Reformer, der den Frauen das Autofahren erlaubte und die Wirtschaft zu öffnen versprach, hat sich als Hasardeur erwiesen: Mit dem verhängnisvollen Krieg im Jemen, der gescheiterten Isolation des Emirats Katar und dem Mordanschlag auf den Journalisten Jamal Khashoggi hat der Prinz die Stabilität des Königreichs und seine eigene Zukunft aufs Spiel gesetzt.

Ob Mohammed bin Salman 2019 an der Macht bleibt, hängt von zwei Faktoren ab:



Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman: Hat der Westen noch Einfluss?

erstens, ob US-Präsident Trump weiterhin an ihm festhält – und zweitens, ob die anderen führenden Prinzen das Schicksal des Hauses Saud an ihn binden wollen. Saudi-Arabien hatte fähige und unfähige, mehr oder weniger korrupte Herrscher. Einen brutalen und verantwortungslosen Alleinherrschern, zu dem sich Mohammed bin Salman zu entwickeln scheint, hatte es nie.

Iran und Saudi-Arabien, sagte Jamal Khashoggi einmal zum SPIEGEL, seien wie »zwei Rowdys, die den Nahen Osten vollends zerstören könnten«. Der Westen sei in seinem eigenen Interesse dazu aufgerufen, die beiden Großmächte der Region zu mäßigen. Das Jahr 2019 wird erweisen, ob der Westen nach der Katastrophe des Irakkriegs und den Versäumnissen in Syrien überhaupt noch Einfluss im Nahen Osten hat.

Asien: Die Angst der Kleinen vor dem Großen

Die Kommunistische Partei Chinas hat ihr Herrschaftsmodell aus staatlicher Repression sowie wirtschaftlichem und technischem Fortschritt perfektioniert. Bis 2020 sollen die letzten knapp 30 Millionen von einst 800 Millionen Menschen aus der absoluten Armut befreit werden, der Binnenkonsum soll angekurbelt, die Luftverschmutzung reduziert und der Überwachungsstaat weiter ausgebaut werden.

Der Erfolg des chinesischen Modells wird 2019 aber an Grenzen stoßen – nicht unbedingt in China selbst, wohl aber in den anderen asiatischen Staaten, die von China zugleich beeindruckt und zunehmend desillusioniert sind: Ihre Abhängigkeit vom chinesischen Markt, von Pekings wirtschaftlichem und politischem Einfluss schlägt immer deutlicher in Abwehr um. Vor einer »neuen Version des Kolonialis-

mus« warnte Malaysias Premier Mahathir Mohamad bei seinem Besuch in Peking im August und meinte China, ohne es beim Namen zu nennen: »Arme Länder sind nicht in der Lage, es mit reichen Ländern aufzunehmen.«

Peking ist nicht entgangen, dass sein Ehrgeiz Ängste schürt, nicht nur in Asien, sondern auch im Westen. Die Parteistrategen werden ihre Rhetorik 2019 deshalb wohl zügeln und vermeiden, Chinas Ambitionen allzu laut in die Welt hinauszuposaunen. An den Ambitionen selbst ändert das nichts, denn Peking bereitet sich nicht nur auf das neue Jahr, sondern auf die Auseinandersetzung des kommenden Jahrzehnts vor – mit dem letzten Rivalen, der ihm auf dem Weg zur Weltmacht noch im Wege steht: den USA.

Ein großes Jubiläum allerdings wird China 2019 begehen, eines, von dem im Westen nur wenige wissen, obwohl es Europas und Asiens, Deutschlands und Chinas Geschichte eng verbindet: Als die Sieger des Ersten Weltkriegs den Vertrag von Versailles verfassten, legten sie nicht nur den Deutschen eine Bürde auf. Sie pflanzten auch in China die Saat des Nationalismus. Denn das dort von der deutschen Kolonialmacht verlorene Gebiet Kiautschou wurde nicht an Peking zurückgegeben, sondern ging an Asiens aufstrebende Großmacht Japan.

Am 4. Mai 1919 demonstrierten in Peking die Studenten, und wie auch viele Deutsche verlangten sie, dass ihre Regierung den Vertrag zurückweise. Die »Vierte-Mai-Bewegung« gilt als die Avantgarde des modernen China. Auch die Kommunistische Partei führt ihren Ursprung auf diese Strömung zurück.

Christian Esch, Bartholomäus Grill,
Peter Müller, Christoph Scheuermann,
Bernhard Zand

Wölfe des Sultans

Türkei Präsident Erdogan wendet sich von den Islamisten ab – und den Ultronalistern zu. Das Land rückt so noch weiter nach rechts.

Seine Jünger nannten ihn »Adnan Hoca«, »Lehrer Adnan«: Jahrelang konnte der türkische Sektenführer Adnan Oktar in seiner Fernsehshow ungestraft gegen Juden hetzen und die Evolutionstheorie leugnen. Aussteiger warfen ihm vor, Frauen durch Drogen gefügig gemacht zu haben, trotzdem wurde er von der türkischen Justiz lange nicht belangt. Oktar verfügt über Kontakte zur türkischen Regierungspartei AKP.

Inzwischen ist Oktar in Ankara jedoch offenbar in Ungnade gefallen: Polizisten stürmten im Juli seine Villa am Bosporusufer in Istanbul und nahmen ihn fest. Seither sitzt Oktar unter anderem wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung und Kindesmissbrauchs in Untersuchungshaft.

Oktar, 62 Jahre alt, ist nicht der einzige Islamist, gegen den die türkische Regierung vorgeht. Bereits Anfang 2018 nahm die Polizei Alparslan Kuytul fest, den Anführer der einflussreichen islamistischen Furkan-Bewegung. Laut türkischen Medienberichten bereitet die Polizei zudem Operationen gegen den Süleymançilar- und den Nurculuk-Orden vor, zwei der größten islamischen Gruppierungen in der Türkei. Eltern nehmen ihre Kinder auch schon von Koranschulen, die von den Gemeinden betrieben werden.

Präsident Recep Tayyip Erdogan ist eigentlich selbst gläubiger Muslim. Bei seinem Aufstieg an die Spitze des türkischen Staates waren islamische Gruppen seine wichtigsten Verbündeten. Seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016, für den die Regierung die Gemeinde des Islamistenpredigers Fethullah Gülen verantwortlich macht, vollzieht Erdogan jedoch einen Kurswechsel: Er wendet sich von den Islamisten ab – und den Ultronalistern zu.

Bei der Präsidentschafts- und Parlamentswahl im Juni ging die AKP eine Koalition mit der neofaschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) ein, die Erdogan bis vor wenigen Jahren noch erbittert bekämpft hatte. Auch bei der Regionalwahl im März 2019 wollen beide Parteien kooperieren.

In der AKP haben Nationalisten wie Innenminister Süleyman Soylu an Einfluss gewonnen, während muslimisch-konservative Politiker wie der frühere Premier Ahmet Davutoğlu kaum noch eine Rolle spielen. Im Staatsapparat, in der Justiz und in der Polizei haben die Ultranationalisten die ehemaligen Gülen-Kader als mächtigste Fraktion abgelöst. Und Erdoğan selbst hebt bei Auftritten die Hand zum »Wolfsgruß« der türkischen Rechtsextremen.

Das Lager der Ultranationalisten ist weniger homogen als islamische Bruderschaften. Es setzt sich zusammen aus MHP-Politikern, Kadern der Kameradschaft »Graue Wölfe«, rechtsextremen Funktionären in Polizei, Justiz und Geheimdienst sowie Generälen. Mit Erdoğan verbindet die Bewegung der Hass gegen die Gülen-Gemeinde und die kurdische Guerillaorganisation PKK.

Erdoğan tritt in der Öffentlichkeit als starker Mann auf. Viele Türken nennen

ihn wegen seiner Machtfülle »Sultan«. Doch der türkische Präsident war in seiner Laufbahn stets auf Partner angewiesen. Als seine Partei 2002 an die Macht kam, kontrollierte eine säkulare Elite die Bürokratie, die sich als Hüterin des Erbes von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk verstand.

Da die AKP über kein eigenes Personal verfügte, griff Erdoğan bei der Neubesetzung von Staatsposten nicht auf die Kemalisten, sondern lieber auf die gut ausgebildeten Kader der islamistischen Gülen-Sekte zurück. Gemeinsam mit Gülen rang Erdoğan das kemalistische Establishment nieder. In den sogenannten Ergenekon- und Balyoz-Prozessen wurden ab 2007 Hunderte kemalistische und ultranationalistische Staatsbeamte, Generäle, Polizisten, aber auch liberale Oppositionspolitiker und Journalisten als angebliche Putschisten verurteilt.

Die Koalition zwischen Erdoğan und Gülen zerbrach, als mit den Kemalisten der gemeinsame Feind verloren ging. Beide Fraktionen lieferten sich einen Machtkampf, der in dem Putschversuch 2016 gipfelte. Seither geht die Regierung unerbittlich gegen vermeintliche Gülen-Anhänger vor. 170 000 Staatsbedienstete wurden suspendiert oder entlassen, mehr als 80 000 Menschen verhaftet. Und die Leerstellen, die durch die Racheaktion im Staatsapparat entstanden sind, füllt Erdoğan zunehmend mit jenen ultranationalistischen Kräften, die er unter anderem durch die »Ergenekon« und »Balyoz«-Prozesse noch beiseiteschaffen wollte.

Die Anwälte mancher Oppositioneller berichten, sie würden vor Gericht nun immer öfter Richtern und Staatsanwälten begegnen, die schon in den Neunzigerjahren aktiv waren, als das Militär das Land regierte.

Mindestens ebenso mächtig wie in der Justiz sind die Ultranationalisten in der Polizei: Innenminister Soylu ist ein Ziehsohn des berüchtigten rechten Hardliners Mehmet Ağar, der in den Neunzigerjahren als Innenminister für Repressionen gegen Kurden, Linke und Muslime verantwortlich war. Ağar kam 2012 ins Gefängnis. Doch er wurde inzwischen rehabilitiert und soll im Hintergrund Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen. Die Antiterrorpolizei stehe mittlerweile wieder mehr oder weniger vollständig unter dem Befehl Ağars, sagt ein türkischer Offizieller.

In der AKP sind viele, gerade muslimisch-konservative Funktionäre entsetzt über den Machtzuwachs der Ultranationalisten. »Diese Leute haben unsere Bewegung bis aufs Blut bekämpft«, sagt ein AKP-Vorstandsmitglied, das anonym bleiben will, »und nun erheben wir sie zu Koalitionspartnern.«

Die Ultranationalisten verfolgen eine radikale »Turkey First«-Agenda: Sie drängen Erdoğan zu einer Kriegspolitik gegenüber Kurden, wollen die Beitrittsverhandlungen mit der EU abbrechen und die Türkei aus der Nato führen. Vertreter der türkischen Zivilgesellschaft sind für sie Landesverräter.

Seit Sommer sperrt die Polizei jeden Samstag den Platz vor dem Galatasaray-Gymnasium in Istanbul ab. Dort hatten regelmäßig Mütter an ihre Söhne und Töchter erinnert, die von der Polizei in den Neunzigerjahren verschleppt und ermordet worden waren. Innenminister Soylu hat diese Repressionen gegen die sogenannten Samstagsmütter veranlasst. Für das Verschwinden der jungen Leute mitverantwortlich war damals sein Vorgänger und Förderer – Ultranationalist Ağar.

Maximilian Popp
Twitter: @maximilian_popp



ANADOLU AGENCY / GETTY IMAGES

Staatschef Erdogan: Radikale Agenda



ALESSANDRO RIZZI / LUZ / FOTOGLORIA

Die Luft lesen

Japan Nach mehr als zwei Jahrzehnten verabschiedet sich SPIEGEL-Korrespondent Wieland Wagner von einem Land, das zum Museum für die Vergänglichkeit von Erfolg verkommen ist.

Manchmal überschneiden sich private und berufliche Abschiede. So kommt es mir jedenfalls vor, wenn ich an meinen japanischen Schwiegervater denke, der vergangenes Jahr starb. Er war 91. Mit ihm verlor ich nicht nur einen verehrten, lieben Menschen. Mit ihm ging auch ein Stück Japans, meiner langjährigen zweiten Heimat als Korrespondent. Er hatte sie auf seine Art verkörpert und mir nahegebracht.

Mein Schwiegervater, er hieß Haruo, betrieb bis zum Schluss sein Schirmgeschäft im Westen Tokios. In einer Einkaufsstraße, wie es sie zehntausendfach in Japan gibt. Hier, am Rande der 38-Millionen-Stadt, macht sich die rapide Vergreisung besonders krass bemerkbar, die ganz Japan so rasend verändert wie kaum ein anderes

großes Industrieland. Mehr als ein Viertel der Nation ist älter als 65 Jahre, es werden zu wenige Kinder geboren. Allein im vergangenen Jahr verlor Tokio gut 390 000 Einwohner, mehr Menschen, als in einer Stadt wie Bochum leben. Am Rand von Tokio begegne mir fast nur hochbetagte Menschen, Senioren wie Haruo. In der Einkaufsmeile, in der er sein Geschäft betrieb, klaffen viele Lücken, asphaltierte Flächen, wo einst Läden standen und nun Parkplätze für Autos vermietet werden. Zugleich sehe ich dort immer öfter Ausländer – Arbeiter aus Nepal, Vietnam, China –, mit deren Hilfe Japan seinen akuten Personalmangel zu lindern versucht.

Die Gastarbeiter lässt Japan nur verschämt herein. Offiziell wollen die meisten Japaner von Einwanderung kaum etwas wissen. Sie sind stolz auf ihre kulturelle Eigenart, über die sie sich definieren – statt über universelle Werte wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Am liebsten würden sie unter sich bleiben. Im kom-

menden Jahr will die Regierung noch mehr Gastarbeiter ins Land holen, die Demografie lässt ihr keine andere Wahl.

Mein Schwiegervater spürte, dass in dem Japan, das er nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg mit aufgebaut hatte, etwas ins Rutschen geriet. Er nahm es hin, dass er und seine Generation länger und länger arbeiten mussten. Nie hätte er darüber geklagt. »Shikata ga nai« – »nichts zu machen«, pflegte er zu sagen. Er war dazu erzogen, sich anzupassen.

Wenn er nichts verkaufte, hockte er im hinteren Teil seines Ladens auf den Tatamis, den Reisstrohmatten, und reparierte Schirme. Das war lange ein einträgliches Geschäft, denn Japaner lieben Schirme, nicht nur gegen Regen, auch gegen die UV-Strahlung der Sonne. Doch heimische Qualitätsprodukte wurden allmählich durch Billigimporte aus China verdrängt, Neukauf ist oft billiger als Reparatur. Haruo war einer der Letzten in Tokio, die noch Schirme reparierten.

Die Farbaufnahmen zu diesem Stück stammen aus einem Fotoessay des italienischen Fotografen Alessandro Rizzi.

Werbung an Hochhäusern, Passantin in Tokio

Kollektive Fähigkeit, nach Katastrophen schnell wieder zum Alltag zurückzukehren

ternehmer staunten so kurzatmig über Japans Erfolge wie heute über China. Japan sei eine »größere Bedrohung für die USA als die Sowjetunion«, warnte der US-Ökonom und spätere Finanzminister Lawrence Summers. Damals schrieb ich eine Doktorarbeit über die frühe Außenpolitik des Landes. Auch mein historisches Projekt war inspiriert vom Geist der Zeit, auf 362 Seiten erkundete ich die »ideologische und politische Grundlegung des japanischen Führungsanspruchs in Ostasien«.

Anfang der Neunzigerjahre platzte die Japanblase, erst krachte es an der Börse und mit Verzögerung dann auf dem Immobilienmarkt. Fortan erlebte ich ein Japan, das zu einem Museum für die Vergänglichkeit von Erfolg ver kam. Einstige heimische Stars wurden plötzlich nahbar. Auf diese Weise lernte ich Kichinosuke Sasaki kennen, einen bankrotten Immobilienzar. Der gelernte Arzt empfing mich 1998 in seinem Büro in Tokio. Ihm gehörten 145 Objekte, sein Vermögen war zeitweise auf rund eine Billion Yen geschätzt worden, ein US-Magazin hatte ihn zur zwölftreichsten Person der Welt erklärt. »Alle sind sie mir hinterhergelaufen, die Banker, die Beamten, die Politiker«, sagte er. Als die Blase platzte, wurde er zur Unperson und später zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

2011 starb er, viele Landsleute hatten ihn längst vergessen. Was mich an Japanern beeindruckt, oft aber auch verstört, ist ihre kollektive Fähigkeit, nach Katastrophen schnell zum Alltag zurückzukehren. Ebenso schnell vergessen sie oft die Opfer – und überlassen sie ihrem Schicksal.

Vielen der Vergessenen bin ich begegnet. Von ihnen habe ich einiges gelernt über diese konfuzianisch geprägte, oft streng hierarchische Gesellschaft, die so viel Wert legt auf Harmonie. Als ich im Januar 1996, ein Jahr nach einem verheerenden Erdbeben, die Hafenstadt Kobe besuchte, traf ich dort immer noch Obdachlose. Sie hausten in Zelten aus blauen Plastikplanen in Parks und am Straßenrand. Einer von ihnen war Kunio Suzu, ein Bauarbeiter mit Frau und Tochter. Nachts war es so bitterkalt, dass sie sich mit Reiswein wärmt en. Dennoch beklagte sich Suzu nicht, er wollte der Gesellschaft nicht zur Last fallen. Er reichte auch mir ein Glas und schenkte ein.

Eine ähnliche Schicksalsergebnisheit erlebte ich im März 2011. Diesmal war Nordostjapan von einem Erdbeben verwüstet worden. Der anschließende Tsunami hatte das Kernkraftwerk Fukushima Daiichi zerstört und den schwersten atomaren Super-



ALESSANDRO RIZZI / LUZ / FOTOGLORIA

Es hatte etwas Beruhigendes, ihn bei seiner Routine zu beobachten. Ich befragte ihn dann oft zu seinem Leben. Wie er gegen Ende des Krieges vor den Brandbomben der Amerikaner aus der Stadtmitte hierher geflohen war. Oder wie er noch Anfang 1945 zum Kamikazeflieger hatte ausgebildet werden sollen und die militärische Niederlage ihm den irrsinnigen Selbstmordeinsatz glücklicherweise erspart hatte.

Im Hintergrund hatte er oft die Sumokämpfe im Fernsehen laufen. Er weihte mich in die Regeln des ehrwürdigen Kampfsports ein, der zugleich ein nationaler Kult ist und archaische Tugenden verkörpert wie Ausdauer, Treue und Fürsorge. Doch selbst dem Sumo geht der einheimische Nachwuchs aus. Immer mehr der muskulösen Dickleiber werden im Ausland angeheuert, in der Mongolei oder in Osteuropa. Der Nationalkult verkommt zum Wrestling-Spektakel.

In Haruos Laden war Japan noch Japan. Er verkörperte ein Inselland, das nie pausiert. Auch mir kam es so vor, als würde der Alltag ewig weitergehen.

Dann kam jener Donnerstag, an dem Haruo sein Geschäft nicht mehr öffnete. Er hockte müde auf seinen Tatamis, gegen Mittag schlief er ein, für immer.

Seither ertönt das vertraute Rattern des Rollladens nicht mehr, der jeden Morgen hochgezogen wurde. Auch in der Nachbar-

schaft wird es stiller: Geschlossen haben mittlerweile der Friseur, der Buchhändler, die Apothekerin. Der Fotohändler hat noch geöffnet, er sieht kaum noch etwas; auch er dürfte über 90 sein.

Als ich Mitte der Achtzigerjahre zum ersten Mal durch diese Straße ging, war sie noch bunt und lebendig. Aus den Lautsprechern trällerten Schlager, welche die Zukunft besangen. Es herrschte die sogenannte Bubble, der Aktien- und Immobilienboom, an dem fast alle verdienten. Damals riss Haruo sein Haus, das auch als Wohnung diente, ab und baute neu. Auch der Fotohändler renovierte und baute noch ein paar Etagen höher als mein Schwiegervater.

Japan galt als Asiens Nummer eins. Westliche Journalisten, Politiker und Un-



Schwiegervater Haruo

In seinem Laden war Japan noch Japan

GAU seit Tschernobyl verursacht. Bis heute leben Zehntausende, die vor der Strahlung flohen, verstreut in ganz Japan.

Auch nach Fukushima erwartete die übrige Welt, Japan werde aus seiner »Jahrhundertkatastrophe«, wie sie oft genannt wird, Lehren ziehen. Es werde endlich aus der Atomenergie aussteigen und seine fast schon religiöse Technikgläubigkeit überdenken. Doch Japan machte großenteils weiter wie zuvor, die Kräfte der Beharrung in der Politik waren zu mächtig.

Irgendwann war Fukushima für Nippons Medien kein großes Thema mehr. Ein Atomreaktor nach dem anderen wurde wieder hochgefahren, das nukleare Desaster kollektiv verdrängt. Daher kam ich mir manchmal fast neurotisch vor, wenn ich zum Beispiel bei Taifunen sorgenvoll Richtung Fukushima blickte. Denn die strahlende Ruine ist nur notdürftig gesichert, täglich sammelt sich radioaktiv verseuchtes Grundwasser neu an. Das Abwracken wird noch etwa vier Jahrzehnte dauern und Generationen von Arbeitern und Technikern beschäftigen.

Japan kennt keine Debattenkultur, wie sie eine lebendige Demokratie braucht. Zwar gibt es ein Parlament, freie Wahlen und eine demokratische Verfassung. Doch die wurde dem Land nach der Niederlage 1945 von den US-Besatzern mehr oder weniger aufgezwungen. Ich habe noch keinen Politiker in Tokio getroffen, der vom Kriegsende als »Befreiung« spricht. Demokratie langweilt die Mehrheit der Japaner; und die Medien nehmen ihre Wächterrolle kaum oder allenfalls lustlos wahr.

Gewiss, ich kenne Ausnahmen, zu ihnen gehört Isoko Mochizuki, eine Reporterin der Zeitung »Tokyo Shimbun«. Wir verabredeten uns in einem verrauchten Restaurant neben dem Parlament, um uns herum saßen nur Männer. Die Journalistin hatte zuvor etwas fast Unerhörtes gewagt, sie hatte den Regierungssprecher auf seiner täglichen Pressekonferenz ungewöhnlich kritisch zu einem aktuellen Skandal befragt.

Es ging um Vorwürfe, wonach einem Anhänger des Premiers ein staatliches Grundstück zum Bau einer Privatschule stark verbilligt zugeschanzt worden war. Als angebliche Vermittlerin war auch die Gattin des Premiers ins Gerede gekommen. Der Premier selbst wies die Vorwürfe zurück, aber Beamte hatten nachweislich Dokumente gefälscht und Hinweise auf die Gattin getilgt. »Sontaku« nennen die Japaner diese Praxis – »vorauselenden Gehorsam«. Mochizuki berichtete mir nun, wie empörte Leser sie in ihrer Redaktion angerufen und der Respektlosigkeit



ALESSANDRO RIZZI / LUZ / FOTOSGLORIA

Schulkinder, Senioren in Tokio: Am Stadtrand der Hauptstadt

bezieht hätten. Auch Kollegen würden sie kritisieren, weil sie um den guten Draht des Presseclubs zur Obrigkeit fürchteten.

Die meisten Japaner überlassen Politik den Liberaldemokraten, einer konservativen Partei, die das Land seit 1955 fast durchgehend regiert. Politik besteht hier aus Ritualen, wie auch sonst vieles im Alltag. Das verstand ich schon in jungen Jahren, als ich die Sprache lernte: Japaner verständigen sich oft weniger mit der Grammatik der Worte als mit Gesten der Höflichkeit. Sie dienen dazu, das Ich zurückzunehmen und Konflikten aus dem Weg zu gehen.

Mittlerweile ertappte ich mich selbst oft dabei, dass ich lieber nebulöse Formulierungen wähle, als unverblümmt meine Meinung zu sagen. Das fängt im Kleinen an. Wenn ich mit Japanern ins Restaurant gehe, bestelle ich nicht unbedingt, worauf ich gerade Appetit habe. Vielmehr versuche ich herauszufinden, was der oder die andere trinken und essen möchte. Das kann eine Weile dauern. Die Japaner haben eine Redewendung dafür: »Kuki wo yomu«, auf Deutsch etwa: »die Luft lesen«. So nennen sie ihre Fähigkeit, intuitiv zu erfassen, was ihre Umgebung gerade denkt und will.

Die kollektive Anpassungsbereitschaft kam der Nation lange zugute in einem Land, das großenteils aus Bergen und Tälern besteht und selbst für Bewohner bisweilen unerträglich eng und gedrängt sein kann. Wie eine einzige Firma widmete sie sich nach dem Krieg der industriellen Aufholjagd. Dabei war sie so erfolgreich, dass sie den Westen fast überholte. Aber nun ist Japan ein abschreckendes Beispiel für ein Land, das seinen Gipfel überschritten hat.

Japan müsste sich neu erfinden, eine Zukunftsvision entwickeln. Für eine Gesellschaft, die rasant vergeist. Für eine Gesellschaft, der allenthalben Arbeitskräfte fehlen. Dafür brauchte es kreative Köpfe. Doch viele junge Japaner haben die Hoffnung längst aufgegeben. Ihnen graut vor einer Firmenkultur, die sie täglich in dunkle Anzüge und überfüllte Pendlerzüge zwängt. Sie kapseln sich ab in ihren Elternhäusern; manche bringen sich um.

»Hikikomori« nennen die Japaner jene, die sich von der Gesellschaft zurückziehen. Einige von ihnen kenne ich. Ihr Schicksal berührt mich zutiefst, denn oft handelt es sich um ideenreiche, sensible Menschen. Ich verstehe nicht, dass Japan auf sie verzichtet, nur weil sie anders sind als die große Masse. Und warum sie häufig schon in Kindergarten oder Schule in eine qualvolle Isolation getrieben werden.

Ein Hikikomori, den ich für den SPIEGEL traf, heißt Junji, er war 35. Zehn Jahre lang war er nur aus seinem Kinderzimmer gegangen, um das Essen zu holen, das seine Mutter auf einem Tablet bereitgestellt hatte. Als ich mit ihm sprach, sah er mich nie an, sondern blickte nach unten. Er hasste seinen Vater dafür, dass der ihn nicht verstand, als er sein Studium abbrach. Die Familie habe ihn nur an seinen Schulerfolgen gemessen, berichtete er. Ein einziges Mal sei der Vater ihm zu Hilfe gekommen: als die Mutter mit dem Küchenmesser auf ihn losging, verzweifelt über Junjis Scheitern.

Junji fragte sich, wofür er leben und lernen sollte. Und das hatten sich schon viele vor ihm gefragt: Mitte der Neunzigerjahre berichtete ich über die Folgen des Giftgasanschlags der buddhistisch gepräg-



begegnen einem fast nur hochbetagte Menschen

Das Japan, das Abe nostalgisch verklärt, gab es in der Zeit, in der sein Großvater lebte. Der hieß Nobusuke Kishi, hatte als eine Art japanischer Albert Speer die Rüstung im Zweiten Weltkrieg organisiert und nach der Niederlage später als Premier regiert. Das Wirtschaftswunder, das er mit entfachte, feierte die Nation dann mit den Olympischen Spielen von Tokio 1964. Kishi war da nicht mehr im Amt, aber der Enkel ließ sich von der Pracht tief beeindrucken – und sicher auch von den Symbolen des Aufstiegs, die aus Anlass des Sportfestes eingeweiht wurden: dem Superschnellzug Shinkansen und der Stadtautobahn von Tokio.

Nun möchte Abe sein eigenes olympisches Wunder vollbringen. Mit den Sommerspielen von Tokio 2020 will er der alt und müde gewordenen Nation neues Selbstbewusstsein vermitteln. Er nutzt das Sportereignis als gigantisches Konjunkturprogramm, für das nötige

Geld sorgt indirekt auch die Notenbank mit ihrer ultralockeren Geldpolitik. Die Immobilienpreise steigen vielerorts und die Gewinne der Baufirmen auch.

Gleichzeitig wachsen die Staatsschulden, von denen Japan einen Berg angehäuft hat, der sich fast schon mit dem mythischen Fuji vergleichen lässt. Es hat sich mit mehr als dem Doppelten seiner Wirtschaftsleistung verschuldet. Anders als Griechenland lehnt der Staat sich zwar bei den eigenen Bürgern Geld. Doch kann das unsolide Haushalten auf Dauer gut gehen? Bei einer Bevölkerung, die älter und älter wird und ihre Ersparnisse allmählich aufbraucht für Gesundheit und Pflege?

Abes Japan erinnert mich an das Japan der Bubble, das ich Mitte der Achtzigerjahre kennenlernte, als ich erstmals hier lebte. Und so schließt sich der Kreis. Haruo, mein Schwiegervater, hat sich übrigens gefreut auf die Olympischen Spiele. Wenn ich ihn fragte, wie lange er noch arbeiten wolle, lachte er und sagte: »Bis zu den Spielen.« Es war eine Antwort, die man oft hört: Ganz Japan, scheint es, fiebert nur noch diesem einen Ziel entgegen. Um die Bevölkerung auf 2020 einzustimmen, überbieten sich die TV-Sender schon jetzt mit Olympiaprogrammen. Was aber macht Japan nach dem Jubel? Fast bin ich erleichtert, dass ich darüber dann nicht mehr berichten muss.

Video
Bilder, die bleiben

spiegel.de/sp2019wagner
oder in der App DER SPIEGEL



ten Aum-Sekte im Zentrum Tokios, bei dem 13 Menschen starben und unter dessen Folgen rund 6000 Opfer litten. Viele Sektenmitglieder waren Studenten. Ich wollte wissen, was diese intelligenten jungen Japaner in die Abhängigkeit des kriminellen Aum-Führers getrieben hatte – eines bärigen Gurus, der sich Shoko Asahara nannte und mit bürgerlichem Namen Chizuo Matsumoto hieß.

In einem kargen Apartment in Tokio besuchte ich Hidetoshi Takahashi, einen Aum-Aussteiger. Er hatte Astronomie studiert. Bei dem Guru hatte er nach dem Sinn des Lebens gesucht, nach einer Alternative zu einer Gesellschaft, die ihm außer Arbeit und Konsum kaum attraktive Werte zu bieten hatte. Er hatte sich befreien wollen aus dem Bollwerk der Konventionen und Rituale, hinter dem Japan sich verschanzt.

Als wir uns trafen, war der Guru bereits verhaftet worden, Takahashi hatte sich von ihm losgesagt. Gleichwohl lebte er in ständiger Angst, weil einstige Sektenanhänger wie er in Japan nun wie Aussätzige geächtet wurden. Statt über die Ursachen des Giftgasanschlags zu diskutieren und Lehren daraus zu ziehen, schuf sich die japanische Gesellschaft neue Feindbilder.

An die damalige Recherche wurde ich in diesem Sommer wieder erinnert. Der Anlass: Asahara und zwölf frühere Funktionäre wurden hingerichtet. An zwei verschiedenen Tagen. 23 Jahre nach dem Anschlag. Ohne jede vorherige Ankündigung. Gerüchten zufolge gab es erhebliche Zweifel an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Gurus. Warum die Obrigkeit ihn trotzdem hängte und warum ausgerechnet jetzt, er-

fuhr die Öffentlichkeit nicht. Es interessierte auch kaum jemanden. Japan wollte endlich mit dem düsteren Kapitel abschließen.

Die drittgrößte Volkswirtschaft dreht sich in ihren eigenen Nachrichtenzyklen. Wenn man nicht gerade aufmerksam Zeitung liest, bekommt man hier wenig von dem mit, was den Rest der Welt so bewegt – Kriege, Klimawandel oder gar #MeToo sind kaum Thema. Mitunter komme ich mir in Japan vor wie auf einem anderen Planeten. Eher sorgen die Wettbewerbe des Schüler-Balls für größtmögliche nationale Aufregung oder der Rücktritt eines Idols von AKB48, der angesagten Mädchenband. Und fast zu jeder Tageszeit hastet ein hyperaktiver Premier über die Fernsehbildschirme; er heißt Shinzo Abe.

Abe liebt große Auftritte. Vor gut zwei Jahren, bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro, verkleidete er sich als Klempner Super Mario – die Figur aus dem gleichnamigen Computerspiel – und ließ sich so auf die Bühne hieven.

Doch bei aller verspielten Exotik, die Japan tatsächlich oft wie eine Fantasiewelt von Nintendo erscheinen lässt, kämpft auch dieses Land mit schnöden Alltagsproblemen. Wie Europa und die USA leidet es unter der Anpassungskrise der industrialisierten Welt. Und ähnlich wie US-Präsident Donald Trump verspricht auch Premier Abe seinen Landsleuten, ein Japan »wiederherzustellen«, das es früher mal gab, aber wohl nie wieder geben wird. Er sagt zwar nicht: »Let's make Japan great again.« Er sagt, er wolle Japan wieder zu einem »schönen Land« machen, wie er sein wichtigstes Buch betitelt hat.

Wissenschaft+Technik

Mit Pinguinen als Proviant gelang ihm das Heldenstück, all seine Leute lebend nach Hause zu bringen. ► S. 94



Lava und Asche spie der Ätna, Europas größter aktiver Vulkan, kurz vor Weihnachten. Die Urgewalt des Ausbruchs ließ im Osten der Insel Sizilien mehrfach die Erde beben; Hunderte Einwohner mussten ihre Wohnungen verlassen, zeitweilig blieb der Flughafen von Catania geschlossen. Zuletzt war der Ätna im Frühjahr 2017 ausgebrochen. Auch der Vulkan Stromboli auf den benachbarten Äolischen Inseln scheint wieder aktiver zu werden.

Pädiatrie

Schlanker nur mit Mama

● Lang ist die Liste der segensreichen Effekte, die Muttermilch angeblich auf das Leben von Kindern hat. Dass sie das Risiko für Übergewicht und Allergien senken kann, haben Studien nachgewiesen – auch wenn nicht immer klar ist, ob die Wirkung allein durch die Milch oder durch andere Faktoren zustande kommt. Viele Mütter, die bald nach der Geburt wieder in den Job einsteigen, pumpen daher ab und füllen Gefrierfächer mit Muttermilch in Fläschchen. Doch voll entfaltet der Wundertrunk sein Potenzial wohl nur, wenn ihn das Baby direkt aus der Mutterbrust trinkt. Zumindes-

bei Übergewicht haben das kanadische Forscher festgestellt. Kinder, die gestillt wurden, das fanden sie in einer Studie mit mehr als 2500 Mutter-Kind-Paaren heraus, haben im Alter von einem Jahr einen niedrigeren Body-Mass-Index als Gleichaltrige, die Muttermilch aus der Flasche nuckelten. Die meisten Studien würden nicht zwischen direkt verabreichter und abgepumpter Muttermilch unterscheiden, schreiben die Autoren um Meghan Azad von der kanadischen University of Manitoba im Fachblatt »Pediatrics«. Das sei aber notwendig, weil die Aufbewahrung von Muttermilch deren biologische Eigenschaften verändern könne und weil das Stillen womöglich die Selbstregulation der Babys fördere. JKO

Fußnote

80 000

Kilometer werden bis 2050 die bestehenden und geplanten Megakanäle messen, die Süßwasser für Industrie und Landwirtschaft führen – eine Länge, die dem doppelten Erdumfang entspricht. Das berichten Umweltwissenschaftler im Fachblatt »Frontiers in Environmental Science«. Als Nächstes wollen die Forscher um die Tübinger Umweltsystemanalytikerin Christiane Zarfl die Auswirkungen solcher künstlichen Flüsse untersuchen.

»So zerstörerisch wie Legebatterien«



Der irische Gourmetkoch John Paul McMahon, 40, warnt vor den ökologischen und sozialen Folgen des Avocado-Anbaus. McMahon betreibt in Galway drei Restaurants. In einem davon, dem Aniar, hat er sich einen Michelin-Stern erkocht.

SPIEGEL: Toast mit Avocado, finden Sie das nicht auch lecker?

McMahon: Schon. Trotzdem serviere ich in meinen Restaurants überhaupt keine Avocados mehr. Das Problem ist der Anbau der Früchte. Avocadoplantagen sind ähnlich zerstörerisch für die Umwelt wie die Legebatterien von Hühnern. Länder wie Mexiko oder Chile beuten ihren eigenen Boden und ihre Menschen aus, damit wir jederzeit Avocados kaufen können.

SPIEGEL: Deutschland importierte 2017 knapp 70 000 Tonnen Avocados. 2013 waren es noch weniger als die Hälfte. Warum ist die Frucht so populär?

McMahon: Weil sie so vielseitig kombinierbar ist und als besonders gesund gilt. Aber gesunde Lebensmittel sind nicht automatisch nachhaltig, das ist ein weit verbreiteter Irrtum. In Südamerika werden ganze Wälder abgeholt, um junge Avocadobäume zu pflanzen. Die Löhne

der Plantagenarbeiter sind viel zu niedrig. Und in manchen Regionen Mexikos kontrollieren Drogenkartelle den Handel und erpressen die Bauern. Ich glaube nicht, dass das den Menschen hier klar ist. Avocados sind die Blutdiamanten Mexikos.

SPIEGEL: Übertreiben Sie nicht?

McMahon: Keinesfalls. Für mich ist das eine neue Form des Kolonialismus. Allein die USA importieren vier Milliarden Avocados jährlich. Jedes Restaurant, das ein veganes Gericht anbieten möchte, kommt als Erstes auf Avocado. Das hat verheerende Folgen für die Herkunftsänder. Restaurants sollten Avocados nicht mehr benutzen. Wir alle sollten sie nicht mehr kaufen. Denn mit jedem Kauf sind wir Teil des Problems. Es gibt zwar



Avocadoernte in Mexiko

auch Avocados, die fair gehandelt und organisch angebaut werden. Das sind aber Ausnahmen.

SPIEGEL: Welche Alternativen empfehlen Sie?

McMahon: Es gibt viele leckere Gemüsesorten, die sich zu einer Paste verarbeiten lassen und die nicht vorher um die halbe Welt geflogen werden müssen. In meinem Café Tartare in Galway bieten wir zum Beispiel Toast mit Topinambur und Sauce hollandaise an. Auch Grünkohlpesto ist eine gute Alternative oder Pasten aus Sellerie oder anderen Gemüsen.

SPIEGEL: Grünkohl? Sellerie? Klingt nicht sehr inspirierend.

McMahon: Da fehlt es nur an Vorstellungskraft. Wir glauben, exotische Lebensmittel würden besser schmecken, aber es gibt eine Menge schmackhafte lokale Gemüse. Man muss einfach etwas Zeit für das Einkaufen investieren und auf die

Suche gehen. In Irland ist Seetang zum Beispiel eine Zutat, die viel zu wenig verwendet wird. Getrockneter Seetang enthält etliche Vitamine und Mineralstoffe. Als Zutat in Suppen und Eintöpfen oder zur Pasta schmeckt er wirklich gut.

SPIEGEL: Was können Sie den Verbrauchern noch empfehlen?

McMahon: Seien Sie kreativ, suchen Sie im Internet, was gerade zu dieser Jahreszeit in Ihrer Gegend angeboten wird. Mir geht es auch darum, die globale Vereinheitlichung der Esskultur zu stoppen. Egal wo Sie hinkommen, in Asien, Europa oder Amerika, überall gibt es dasselbe. Wie langweilig! PHB

Analyse

Die Vulkan-Welle

Warum der Tsunami in Indonesien nicht unerwartet kam und seine Opfer dennoch unvorbereitet traf

Mehr als 400 Menschen starben, als am 22. Dezember eine Riesenwelle gegen die Küste Indonesiens schlug. Auf den ersten Blick erscheint die folgenschwere Naturkatastrophe wie eine tragische Verkettung. So gab es kein warnendes Erdbeben, denn dieser Tsunami wurde nicht durch die Reibung tektonischer Platten ausgelöst, was mutmaßlich eine längere Vorratzeit ermöglicht hätte, sondern durch den Zusammenbruch einer nahen Vulkanflanke. Dazu kam: Die Vulkaneruption fiel zusammen mit einem hohen Wasserstand durch den Vollmond, außerdem war es Nacht, und das Meer lag im Dunkeln – niemand sah die Welle kommen.

Politiker und Experten kritisieren nun, dass das indonesische Tsunami-Frühwarnsystem schon seit Jahren nicht mehr richtig funktioniere, Präsident Joko Widodo versprach eilig eine Modernisierung. Das klingt zupackend, lenkt aber vom eigentlichen Problem ab. Denn das Unglück ereignete sich schließlich nicht

irgendwo, sondern in der Sundastraße am Vulkan Krakatau, dessen explosiver Ausbruch im Jahr 1883 Weltgeschichte schrieb; ein dadurch ausgelöster, über 40 Meter hoher Tsunami tötete damals mehr als 30 000 Menschen. Diesmal verursachte der Nachfolgevulkan Anak Krakatau (wörtlich übersetzt: »das Kind des Krakatau«) die Katastrophe. Schon 2012 warnten Geologen vor einem Vulkan-Tsunami in der Region, wie er sich nun tatsächlich ereignet hat. Selbst mit dem besten Warnsystem wäre es schwierig, alle gefährdeten Menschen rechtzeitig zu erreichen. Der Ruf nach besserer Technik lenkt daher ab von dem Versagen der Planer und Politiker vor Ort: Viele Hotels und Siedlungen sind zu nah am Wasser gebaut, an den Stränden fehlen Hochwasserbarrieren und Warnschilder, es mangelt an Evakuierungs-trainings und Notvorbereitungen. Eine alltägliche und langfristige Katastrophenkultur wäre mindestens so wichtig wie eine neue Hightech-Alarmanlage. Hilmar Schmundt



Die Fabrik der Zukunft

Erfindungen Auto- und Flugzeugteile, Häuser und Brücken, Turnschuhe und Turbinen – all das kommt aus dem 3-D-Drucker. 2019 könnte das Jahr werden, das der revolutionären Herstellungsmethode den Durchbruch bringt.

Das seltsame Haus ist knapp 50 Quadratmeter klein, hat ein Flachdach und wulstige Wände, wie übereinandergestopfte Weißwürste. Etwas verloren steht das Gebilde am Nordhafen von Kopenhagen, wo Kreuzfahrtschiffe Busladungen von Touristen ausspucken.

Das Hexenhäuschen ist ein Meisterwerk, ein Instant-Klassiker, fast vergleichbar mit der ikonischen Architektur des Guggenheim-Museums. So sieht das zumindest Henrik Lund-Nielsen. Denn es ist das wohl erste bautechnisch zugelassene Haus in Europa, das am Computer entstand und dann einfach ausgedruckt wurde – nur nicht mit Tinte, sondern mit Beton. 3D Printhuset nennt sich die Firma dahinter: 3-D-Druckhaus.

»Wir haben das Haus in nur 50 Stunden gedruckt«, sagt Firmenchef Lund-Nielsen, ein knorriger Macher, während seine Finger liebevoll über den wulstigen Beton streicheln: »Aber insgesamt dauerte es zwei Monate, weil wir so viele Fehler gemacht haben.« Er sagt das mit einem gewissen Verpatzerstolz. Denn alle Fehler, die sein Team macht, erspart er den Kunden, denen er den Hausdrucker verkaufen will.

Das Prinzip ist einfach: Wo früher Mauerer Ziegelsteine legten, surrt beim Druckhaus ein ferngesteuerter Betonschlauch über die Mauer, so ähnlich wie ein Spritzbeutel mit Sahne über eine Torte. Schicht um Schicht wachsen Wände empor, was Zeit, Lohnkosten und Material sparen soll. Nur Fenster, Türen, Kabel, Rohre und Dach müssen danach separat in den Rohbau eingepasst werden. Der deutsche Baukonzern Peri arbeitet intensiv mit den Kopenhagenern zusammen.

»Wir stehen am Beginn einer neuen Ära«, schwärmt Lund-Nielsen. »Der Hausdruck ermöglicht neue Formen wie Wellen und Wölbungen, die mit herkömmlichen Methoden kaum machbar sind.«

Und 2019 könnte das Jahr werden, das den Durchbruch für 3-D-Drucker bringt.

Schon in den Sechzigerjahren träumten Ingenieure davon, Computerdaten direkt als dreidimensionale Plastikfiguren auszudrucken, 1967 wurde für ein derartiges Konzept ein Patent angemeldet – ein fast alchemistischer Traum, Daten in Dinge zu verwandeln.

Doch erst nach der Jahrtausendwende kamen günstige Geräte auf den Markt mit dem Versprechen, dass schon bald jeder Haushalt über einen Sachenmacher verfügen könnte, eine Art Tischleindruck-dich. »Weihnachtsmannmaschine« wurden kommerzielle Drucker wie der Makerbot genannt, weil sie angeblich fast jeden Wunsch erfüllen können.

Es kam anders. Die Geräte waren noch nicht ausgereift. Düsen verstopften, Drucker trödelten nächtelang oder gingen in Flammen auf. Das Interesse an klumpigen Selfie-Büsten oder Kleiderhaken aus schrottigem Plastik erlahmte, die Firma Makerbot schlitterte in die Krise. Um die Weihnachtsmannmaschinen wurde es still.

Doch im Verborgenen tüftelten die Pioniere der Objektdrucker unabirrt weiter. Inzwischen setzen Auto- und Flugzeughersteller hochwertige Bauteile ein, die aus dem 3-D-Drucker stammen. Die Anwendungen werden immer vielfältiger:

- ▶ US-Knäste stellen mit 3-D-Printern künstliche Zähne für Gefangene her.
- ▶ Die Automarke Mini druckt Kunden individualisierte Blinkerabdeckungen.
- ▶ Adidas testet in der Speedfactory im fränkischen Ansbach eine neuartige Generation von Turnschuhen, um schon bald jedem Kunden eine maßgeschneiderte Passform zu bieten.
- ▶ Legofans entwickeln eigene Bausteine und tauschen sie über die Website Print-a-brick aus.

Auch in Amsterdam herrscht Aufbruchsstimmung. Schweißgerätschwaden durchziehen die Industriehalle der ehemaligen NDSM-Werft am rostigen Nordufer des Hafens, wo seit dem Zusammenbruch der

Schwerindustrie Start-ups sitzen, darunter die Stahldrucker von MX3D.

Roboterarme drehen sich in einem wirren Ballett, fauchend setzen sie Schweißnähte, Klecks um Klecks wachsen Teile einer Fußgängerbrücke, die 2019 eine Gracht im Zentrum überspannen soll. Die Druckerbrücke ist biomorph gewunden wie ein stählernes Reptil, das Fehlen von rechten Winkeln erinnert an das florale Eisenflechtwerk der Pariser Métro. Am Projekt beteiligt sind auch das Imperial College in London und der Stahlkonzern Arcelor Mittal.

»Was vor zehn Jahren eine Vision war, wird heute Realität«, sagt Fabian Krauß, Manager bei EOS, einem 3-D-Druckmaschinenhersteller aus Krailling bei München, der heute rund tausend Mitarbeiter hat und zu den globalen Schwergewichten der Branche zählt. EOS steht für Electro Optical Systems – und greift auch den Namen der griechischen Göttin der Morgenröte auf.

Wo man sich früher zwischen industriell und handgemacht entscheiden musste, setzt sich nun eine faszinierende Mischform durch: die Massenindividualisierung. »Kaum ein Konzern kommt 2019 noch um den 3-D-Druck herum«, prophezeit Krauß. »Egal ob Sportartikelhersteller, Brillenfirmen oder Möbelunternehmen.«

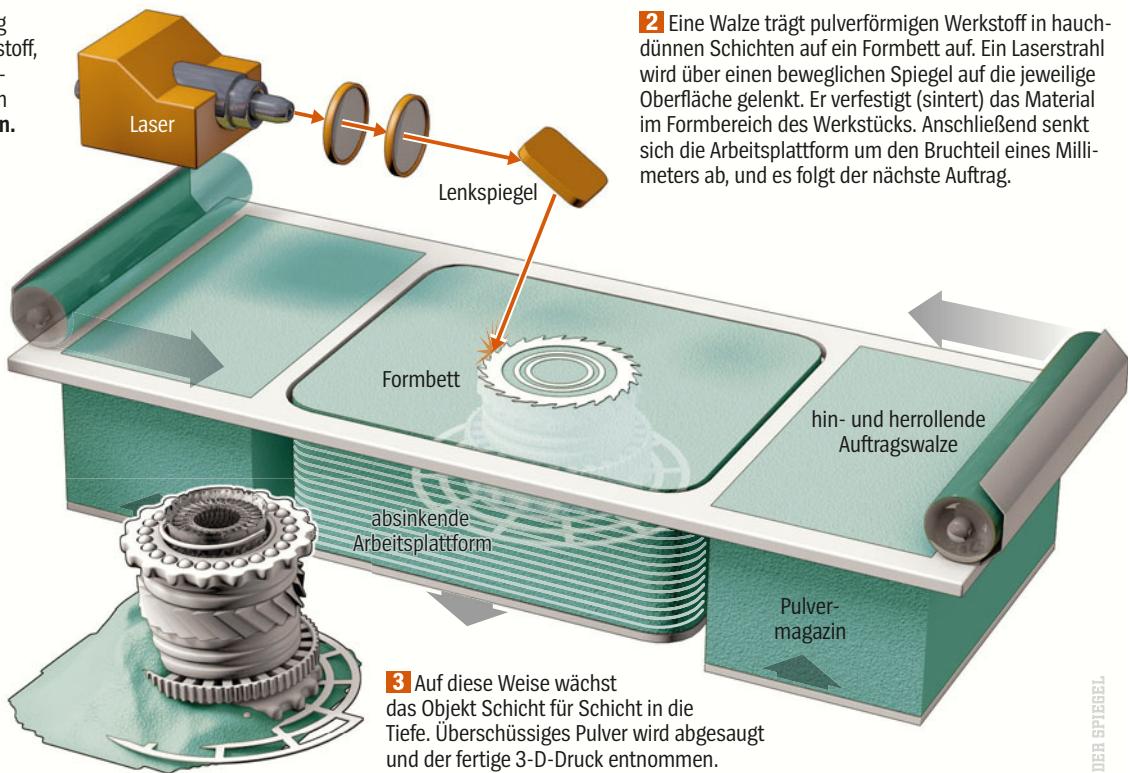
Teils werden die Bauteile gedruckt, teils geschweißt, geschmolzen oder belichtet. Fachleute fassen diese Verfahren unter dem Begriff »Additive Manufacturing« (AM) zusammen, weil dabei nicht gesägt oder gefräst, sondern Schicht um Schicht hinzugefügt wird – addiert eben.

Früher sei der 3-D-Druck oft langsam und teuer und daher bestenfalls für Prototypen oder Kleinserien tauglich gewesen, sagt Reinhart Poprawe, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Lasertechnik ILT in Aachen. Doch das ändere sich nun; bei schnellen Geräten schmelzen mehrere Laser gleichzeitig das Metallpulver, schon heute purzeln Triebwerksteile als Großserie

3-D-Druckverfahren

Sogenanntes Additive Manufacturing umfasst u.a. das Drucken mit Kunststoff, die Belichtung von Kunstharz (Photopolymerisation) und das vor allem im Maschinenbau genutzte **Lasersintern**.

1 Eine Datei mit der dreidimensionalen Struktur des Werkstücks wird eingelesen und der Druckauftrag gestartet.



DER SPIEGEL

von 100 000 Stück aus dem Drucker. Der nächste große Entwicklungsschritt ist die Voxelisierung. Poprawes Laser sollen sich so zielgenau steuern lassen, dass sie jeden Datenpunkt individuell bearbeiten. Bei zweidimensionalen Fotos heißen die Bildpunkte Pixel, bei dreidimensionalen Drucken Voxel (von Volumenpixel). Der Vorteil der voxelgenauen Fertigung: Aluminium beispielsweise gilt als leicht, aber nicht sehr stabil. Wenn ihm jedoch eine Art Wirbelsäule aus Scandium als Stützkorsett eingevoxelt wird, kann es zu einem zugfesten Supermaterial mutieren.

Deutschland, bei der Digitalisierung häufig abgeschlagen, stehe beim 3-D-Druck vergleichsweise gut da, sagt Poprawe. Denn schließlich kommen hier zwei traditionelle Stärken zusammen: Maschinenbau und Grundlagenforschung.

Die dritte Zutat: Risikofreude und systematischer Irrsinn. Jenes Elektromotorrad zum Beispiel, das man manchmal durch einen dieser verschachtelten Berliner Hinterhöfe kurven sieht, in dem einst kleine Handwerker saßen. Das E-Bike heißt Nera, ist pechschwarz, kantig wie ein Batmobil und kommt fast vollständig aus dem 3-D-Drucker, erkennbar am typischen Riffelmuster der Oberflächen.

»Wir wollten einfach demonstrieren, was möglich ist«, sagt Stephan Beyer verschmitzt, umgeben vom Surren der mannshohen Maschinen seiner Firma BigRep, die zu den weltweit größten serienmäßi-

gen 3-D-Druckern zählen. Das Unternehmen hat 90 Mitarbeiter aus 14 Nationen, Filialen in Singapur und den USA, Kunden wie Daimler und Siemens.

»Früher dachten einige Visionäre, dass der 3-D-Druck die herkömmlichen Produktionsverfahren verdrängen würde«, sagt Beyer. Doch dieses Schwarz-Weiß-Denken sei falsch, erklärt er: »Unsere 3-D-Drucker werden zum Beispiel verwendet, nicht um Schiffsschrauben selbst zu drucken, sondern um die Gussformen für Schiffsschrauben zu drucken.«

Generell ist die Hybridfertigung auf dem Vormarsch: Manchmal werden klassische Bauteile nachträglich mit Zusatzdetails bedruckt, manchmal werden 3-D-Ausdrucke nachgebohrt, -gefräst oder -poliert. Printerpurismus war gestern. Rund 300 Maschinen hat BigRep bereits verkauft. Rings um Beyer rattern diverse 3-D-Drucker, Zeile für Zeile schreiben sie Motorradbauteile, verblüffend fluffige Autositze oder erstaunlich sanft greifende Roboterhände. Diese Demonstrationsobjekte sollen eine neue Generation von Designern inspirieren. Denn die neue Branche beklagt einen Flaschenhals: Während sich ein Motorrad ausdrucken lässt, ist die Ausbildung von Fachleuten ungleich schwieriger. Die meisten Mitarbeiter lernen ihr Handwerk erst vor Ort.

Warum dauert es so lange bis zum Durchbruch der 3-D-Drucker? Teils fehlten immer noch Standards, sagt Joris Peels, ein Experte aus Amsterdam. Und oft ent-

sprechen die Ausdrucke nicht den Vorstellungen. Zuverlässig ist nicht selten vor allem eines: der Frust.

Aber zum Teil habe sich die Branche auch selbst blockiert, sagt Peels: »Manche Firmen zwangen Kunden eine Lock-in-Strategie auf, die ihnen nur erlaubte, mit firmeneigenem Material zu drucken. Das hielt die Profite hoch, aber den Markt klein.«

So steht die 3-D-Branche immer noch am Anfang. Das zeigt sich auch in Kopenhagen. Die Macher des gedruckten Häuschens am Nordhafen tüfteln weiter in einer nahen Industriehalle, in der einst die Betonbauteile für die fast acht Kilometer lange Öresundbrücke hergestellt wurden.

Bislang läuft ihr Betondrucker mit einem Tempo von 30 Zentimetern pro Sekunde. Aber Henrik Lund-Nielsen will das Tempo steigern, Zeit ist Geld.

Plötzlich verstopft die Düse, und der Beton quillt als verdrehte Flechtkanbwurst heraus. »Das ist nicht, was wir geplant haben«, knurrt Lund-Nielsen. Doch dann hellt sich sein Gesicht auf: »Aber es gefällt mir. Daraus könnte ein neues Produkt werden. Vielleicht dekoratives Mauerwerk? Lass laufen!« Hilmar Schmundt

Video
Ein Motorrad aus dem Drucker
spiegel.de/sp12019drucker
oder in der App DER SPIEGEL



Flexibel bleiben: Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten!



Der SPIEGEL jede Woche
frei Haus:

- ohne Risiko jederzeit kündbar
- 6 % günstiger als im Einzelhandel
- kostenloser Urlaubsservice
- mit dem LITERATUR SPIEGEL
- vergünstigte Tickets für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen
www.spiegel-live.de

Ja, ich möchte den SPIEGEL lesen!

Ich lese den SPIEGEL für nur € 4,80 pro Ausgabe statt ~~€ 5,10~~ im Einzelkauf und entscheide selbst, wie lange ich den SPIEGEL lesen möchte.

Einfach jetzt anfordern:

 abo.spiegel.de/flexibel

 **040 3007-2700** (Bitte Aktionsnummer angeben: SP18-215)

»Sie ist weg, Jungs«

Expeditionen Wo liegt die »Endurance«, das legendäre Schiff des Antarktispioniers Ernest Shackleton? Ein Forschertrupp ist unterwegs, das Wrack zu finden – und ein Klimarätsel zu lösen.

Eines wusste der britische Polarforscher Ernest Shackleton gewiss. Auf die »Endurance« würde er sich verlassen können. Der kaum zwei Jahre alte Dreimaster aus norwegischer Produktion, 44 Meter lang, war eines der stärksten, zähhesten, stabilsten Holzschiffe, die Menschen je gebaut hatten.

Am 8. August 1914, nur Tage nach Beginn des Ersten Weltkrieges, legte die »Endurance« im englischen Plymouth ab. Ihr Ziel: die Antarktis. Shackleton, 40, wollte als Erster den Südkontinent durchqueren – doch das Leben spielte anders. Schon im Weddellmeer, einem menschenfeindlichen Gewässer direkt vor Antarktika, entdeckte die Expedition des Briten und seiner 27 Mitstreiter. Die »Endurance« blieb im Packeis stecken, zehn Monate lang. Shackleton hoffte vergebens, dass sie im Sommer freikommen würde. Nach und nach wurde das so widerständige Schiff vom Eis zerquetscht. Decksplanken barsten. Kabinen splitterten.

Der lange Todeskampf der »Endurance« endete am 21. November 1915 gegen 17 Uhr, da versank sie mit dem Bug voran in einem Loch im Eismeer. Zu seiner Mannschaft, die längst auf einer Eisscholle kampierte, sagte Shackleton leise: »Sie ist weg, Jungs.«

Was dann folgte, war ein bis heute atemberaubendes Überlebensdrama, in dem Shackleton als Krisenmanager brillierte. Mit Nerven aus Stahl, Pinguinen als Proviant und drei Beibooten gelang ihm das Heldenstück, all seine Leute aus der Eishölle lebend nach Hause zu bringen.

Die »Endurance« aber liegt seit ihrem Schicksalstag in mehr als 3000 Meter Tiefe in ihrem Grab auf dem Boden des Südpolarmeeres. Wie sie aussehen mag? Was von ihr übrig ist? Jetzt ist eine Expedition unterwegs, die es sich mit einem Millionennetz zur Aufgabe gemacht hat, das legendäre Wrack aufzuspüren und zu fotografieren. Bezahlte wird die Suchaktion von einer öffentlichkeitsscheuen Stiftung, hinter der mutmaßlich ein Londoner Hedgefonds-Manager steckt.

Als wissenschaftlicher Leiter der Expedition fungiert der Glaziologe Julian Dowdeswell, 61, von der Uni-

versität Cambridge. Er steht dort dem Scott Polar Research Institute vor, einer altehrwürdigen Einrichtung, die wohl die bedeutendste Sammlung an Exponaten und Dokumenten zum Goldenen Zeitalter der Antarktisforschung hütet, den entdeckungsreichen Jahren von 1897 bis 1922.

»Wir beherbergen Shackletons private Tagebücher«, erzählt Dowdeswell stolz. Eine Reihe von Shackleton-Devotionalien lagert hier, darunter Stiefel, seine Uhr und viele der berühmten Fotoplatten aus Glas, die Shackletons Expeditionsfotograf Frank Hurley belichtet hatte. In Cambridge ist auch der Sextant zu sehen, den Shackle-

tons Kapitän Frank Worsley benutzt hatte, um die letzte Position der sinkenden »Endurance« zu berechnen. Sie lautet: 68°39'30"S, 52°26'30"W.

Zum Jahreswechsel fliegt Dowdeswell von Kapstadt per Privatjet in die Antarktis. Am 1. Januar will er zusammen mit 35 Forschern und Technikern zumeist aus Großbritannien, Südafrika und Neuseeland am Rande des Weddellmeeres in See stechen. Für ihre 45-tägige Mission haben die Wissenschaftler den südafrikanischen Forschungseisbrecher »Agulhas II« gechartert, 134 Meter lang, vollgestopft mit Hightech.

An Bord sind zwei tonnenschwere autonome Unterwasserroboter vom Typ Hugin 6000. Sie können selbst 100 Kilometer vom Schiff entfernt selbsttätig im Eismeer manövrieren und hochauflösendes Bildmaterial vom Seeboden aufzeichnen.

Beide wurden beigesteuert von der in Texas beheimateten Firma Ocean Infinity. Mit ähnlichem Gerät hatte das Unternehmen in der ersten Jahreshälfte erfolglos im Indischen Ozean nach MH 370 gesucht, der seit März 2014 verschollenen Boeing 777 von Malaysia Airlines.

»Wir haben eine sehr genaue Vorstellung davon, wo die »Endurance« liegt«, sagt Dowdeswell. Morsleys Positionsberechnungen gelten als ziemlich, aber nicht als vollkommen akkurat. Das Suchgebiet haben die Forscher eingegrenzt auf ein Quadrat mit einer Kantenlänge von rund 20 Kilometern. Der Zustand des Wracks, so erwartet Dowdeswell, werde hervorragend sein, der Rumpf zwar beschädigt, aber weitgehend intakt, so gut wie frei von Sediment.

Die Reise der Forscher zur Ruhestätte der »Endurance« wird allerdings schwierig, denn das Weddellmeer ist tückisch wie kaum ein anderes Seegebiet. Insbesondere in der Region über dem Wrack herrscht laut Dowdeswell »immer, wirklich immer eine sehr heikle Packeis-Situation«, heute nicht anders als zu Shackletons Zeiten. In den vergangenen sieben Jahren habe sich das Eis sogar ganz besonders hoch getürmt.

Knowledge Bengu, der noch nicht 40-jährige Kapitän der »Agulhas II«, wird sich bei der Navigation durch das Eismeer unter anderem auf Satellitendaten verlassen, die ihm nahezu in Echtzeit vorliegen werden. Zudem wird er sich nach den Bildern einer Kameradrohne richten, die zur besseren Fernsicht bis zu tausend Meter hoch über dem Deck schweben wird. Sie soll ihm den Weg weisen zu offenem Wasser oder wenigstens zu dünnerem Eis. Dem Kapitän ob-



Eisbrecher »Agulhas II«
Navigation per Kameradrohne



RGS-IBG

Dreimaster »Endurance« im Weddellmeer Januar 1915: »Sehr heikle Packeis-Situation«

liegt die Entscheidung, die Mission notfalls abzubrechen.

Für die Suche nach Shackletons Schiff hat Dowdeswell zunächst fünf Tage veranschlagt. Weitere 15 Tage will er auf ein umfangreiches Forschungsprogramm verwenden. Sein Ziel dabei: das gewaltige Eisshelf Larsen C, rund 300 Kilometer von der »Endurance« entfernt.

Dort will Dowdeswell eine drängende Frage klären – nämlich, ob die Eisschelfe der Antarktis wirklich vom Klimawandel destabilisiert werden. 1995 ist das Eisschelf Larsen A kollabiert, 2002 das Eisschelf Larsen B. Im Juli 2017 kalte von Larsen C ein Eisberg-Gigant von kaum je gesehener Größe – 175 Kilometer lang, bis zu 50 Kilometer breit.

Dowdeswell will mit den Unterwasser-robotern jetzt die Unterseite des ramponierten Eisschelfs untersuchen sowie den Meeresgrund darunter. Dieser Seeboden, sagt er, »dürfte eines der am wenigsten erforschten Stücke Erde sein, die es noch gibt«. Eine letzte Terra incognita auf einem Kontinent, dessen Existenz erst vor knapp 200 Jahren nachgewiesen werden konnte.

Dowdeswell glaubt, auf dem Meeresgrund Belege dafür zu finden, ob Eisschelfe seit dem Höhepunkt der letzten Eiszeit vor 20 000 Jahren eher häufig kollabierten oder eher selten. Sollte er feststellen, dass ein Schelfeis-Kollaps in vorindustrieller Zeit ein sehr rares Ereignis war, dann wäre dies ein alarmierendes Signal für das, was der voranschreitende Klimawandel am Südpol anrichten könnte.

Eisschelfe sind der vorderste Teil eines Gletschers. Sie schwimmen auf dem Ozean auf und bremsen die Fließgeschwindigkeit des Eises, das aus dem Landesinnern nachrückt. Wenn diese Eisschelfe kürzer und kürzer werden, drohen sich Aber-tausende Milliarden Tonnen von überirdisch gelagertem Wasser zusätzlich ins Eismeer zu ergießen. Die schmelzenden Gletscher der Antarktischen Halbinsel allein könnten den globalen Meeresspiegel um 24 Zentimeter ansteigen lassen.

Wird Dowdeswell die »Endurance« finden? Wird er Larsen C erreichen? Wie Shackleton hat auch Dowdeswell die Erfahrung gemacht, dass Pläne in der Antarktis schneller scheitern als irgendwo sonst. Für den Fall, dass zu viel Eis die

Fahrt der »Agulhas II« blockiert, hat er sich Alternativen vorgenommen: ein anderes Eisschelf für die Forschung – und ein anderes Entdeckerwrack mit bemerkenswert ähnlicher Legende.

Ein paar Hundert Kilometer nordwestlich der »Endurance« liegt das schwedische Expeditionsschiff »Antarctic« auf dem Grund. Vom Packeis zerdrückt, war es am 12. Februar 1903 gesunken. Mit drei Beibooten gelang es seiner Besatzung, auf eine Vulkaninsel zu flüchten. Dort ernährten sich die Schiffbrüchigen von Pinguinen und hofften in finsterer Kälte auf wunderbare Rettung, monatelang.

Ein junger Seemann starb. Der Rest der Mannschaft jedoch hatte Glück: Im November kam ein argentinisches Kriegsschiff vorbei und brachte die gestrandeten Antarktis-Fahrer heil zurück in die Zivilisation. Marco Evers

Video

»Als wären sie gestern zurückgekehrt«

spiegel.de/sp12019shackleton
oder in der App DER SPIEGEL





Heimliche Herrscher

Tiere Termiten sind unbeliebt, dabei zählen sie zu den bedeutsamsten und interessantesten Geschöpfen der Welt. Eine Rufrettung.

Die winzigen Insekten können ganze Holzhäuser zerlegen und Pfahlbauten zum Einsturz bringen. Sogar auf den Geschmack des Geldes sind sie gekommen: In Indien überfielen Termiten eine Bank und erbeuteten Geldscheine im Wert von 150 000 Euro, die sie umgehend verspeisten. Auch dass ihre engsten Verwandten die Schaben sind, macht sie nicht beliebter. Jede zweite wissenschaftliche Arbeit über Termiten befasst sich mit ihrer Vernichtung – zu Unrecht, wie Lisa Margonelli findet. Mit einem neuen Buch will die Autorin den Ruf dieser erstaunlichen Winzlinge aus den warmen Regionen des Planeten verbessern*. Termiten seien ein ökologisches Wunder, ihre Biomasse ist so groß wie die aller Landwirbeltiere der Welt zusammen, und sie spielen eine Schlüsselrolle in den Stoffkreisläufen der Erde.

Oasen in der Dürre

Vom Flugzeug aus lässt sich erkennen, wer die Savanne beherrscht: Mehr als Löwen oder Elefanten prägen Termiten die Landschaft. Die winzigen Insekten – sie sind zwischen 4 und 20 Millimeter lang – legen

weitverzweigte Tunnelbauten an, pflügen dabei das Erdreich um und schaffen so Inseln der Fruchtbarkeit, auf denen Pflanzen bestens gedeihen. Aus der Luft zeigt sich dies in einem für die Savanne charakteristischen Leopardenmuster.

Wichtig dabei ist, dass Bakterien im Termitendarm Stickstoff fixieren, so düngen die Tiere die Böden. Deren Gehalt an Stickstoff- und Phosphorverbindungen nimmt mit wachsender Nähe zum Zentrum eines Termitenbaus zu. Zugleich regulieren die unterirdisch lebenden Insekten den Wasserhaushalt, indem sie die Erde umgraben: So kann sie besser Feuchtigkeit halten.

Die Fruchtbarkeitsflecken sind für die Ökologie der Savanne von großer Bedeutung. Nicht nur sind die grünen Termiteninseln Horte der Vielfalt, auf denen sich andere Insekten, Nager oder Reptilien tummeln. Sie schützen auch vor der Austrocknung. Denn in Landschaften mit homogener Bodenfruchtbarkeit kann es bei anhaltender Dürre zum unvermittelten Kollaps der Vegetation kommen. Varianz in der Fruchtbarkeit, wie sie von Termiten hervorgebracht wird, steigert dagegen die Widerstandskraft. Die Wüste hat hier schlechte Chancen.

Termiten sind die ökologische Schutztruppe, die die Savanne vor dem Vormarsch der Wüste bewahrt.

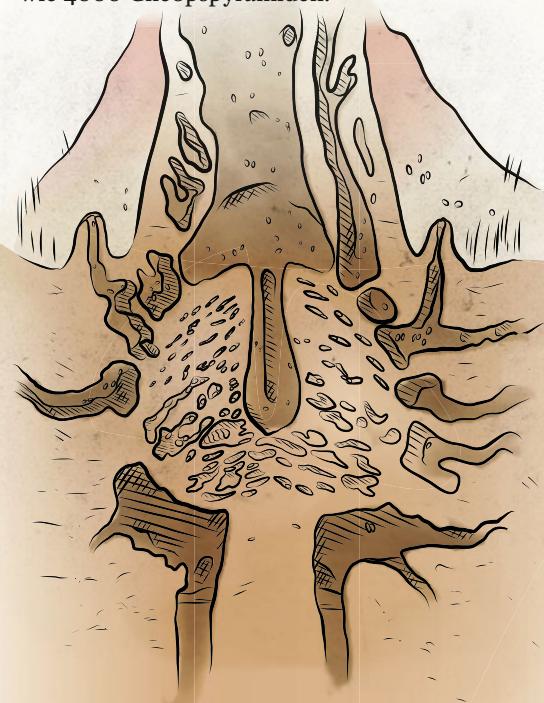
Cheops in groß

Gemessen an den Dimensionen ihrer Erbauer, sind Termitenhügel die größten Bauwerke der Welt. Die einzelne Termite nimmt sich neben den größten von ihnen wesentlich kleiner aus als der Durchschnittstourist neben dem Hochhausturm Burj Khalifa in Dubai. Und wie originell ist dabei die Architektur! Einige Termitenbauten recken sich als dünne Finger in den Himmel, andere spreizen sich wie eine Hand, wieder andere erinnern organisch-verwunschen an die Sagrada Família, die Basilika Antoni Gaudí.

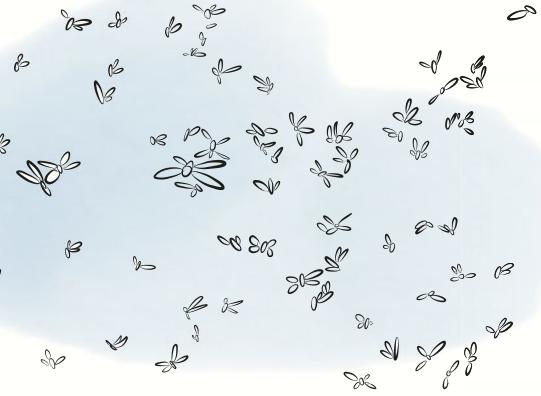
Die wahre Pracht jedoch zeigt sich im Innern: Tunnel, Durchgänge, Galerien, Kreuzgänge, Sternsäle und Wendeltreppen. Mal sind die Wände glatt geschrägt, mal rau verputzt. Und all dies ist nicht etwa Wohnstatt – sondern Lunge. Das Termitenvolk haust in den ausgedehnten Kellergewölben, der überirdische Bau dient allein dem Luftaustausch und der Klimatisierung.

Wie ein lebendes Organ ist auch der Termitenbau ein dynamisches, veränderliches Gebilde. Unentwegt wird es umgebaut und neu gestaltet. Da nimmt es kaum wunder, dass Termitenhügel Jahrhunderte-, nein: Jahrtausendbauwerke sein können.

Eindrucksvoll unterstreicht das eine gerade erst veröffentlichte Arbeit aus Brasilien: Dort fanden Forscher 200 Millionen kegelförmige Erdhaufen, verstreut über ein Areal von der Größe Großbritanniens. Die ältesten dieser Termitenbauwerke stammen aus der Zeit, als die letzten großen ägyptischen Pyramiden errichtet wurden, der Gesamtaushub indes ist weitaus größer: rund zehn Kubikkilometer, so viel wie 4000 Cheopspyramiden.



* Lisa Margonelli: »Underbug – An Obsessive Tale of Termites and Technology«, Scientific American/Farrar, Straus and Giroux; 320 Seiten.



Sex im Untergrund

Die meisten Termiten sind blind, flügellos und – soweit bekannt – dumm. Intelligenz ist bei diesen staatenbildenden Insekten ein kollektives Phänomen. Auf sich allein gestellt, irrt eine Termite ziel- und orientierungslos umher. Nur die Geschlechtstiere (Alatae) tragen kurzzeitig Flügel – sehr lange Flügel sogar, auch wenn selbst die sie nicht zu wirklich guten Fliegern machen. Bei geeignetem Wetter schwärmen die Alatae zu Tausenden zum Hochzeitsflug aus. Wenn ein Paar zueinandergefunden hat, gräbt es sich ein, um fortan eingemauert in freiwilliger Gefangenschaft den Rest seines Lebens zu verbringen. Das Weibchen wächst nun zu einer unförmigen, bewegungsunfähigen Masse heran. Gepflegt wird es von seinen Töchtern und Söhnen, die aus dem daumengroßen, pulsierenden Leib der Königin bald alltäglich Tausende bis Zehntausende Eier ernten.

Wer im Reich der Tiere viele Nachkommen in die Welt setzt, bezahlt dies häufig mit einer geringeren Lebensspanne – die Termiten nicht: Bei einigen Arten kann die Königin mehr als 20 Jahre alt werden und viele Millionen Nachkommen hervorbringen. Das Leben ihrer unfruchtbaren Brut dagegen vergeht im Nu: Nur zwei bis drei Monate dienen sie dem Staat entweder als Arbeiter oder als Soldat, dann werden sie durch jüngere Geschwister ersetzt.

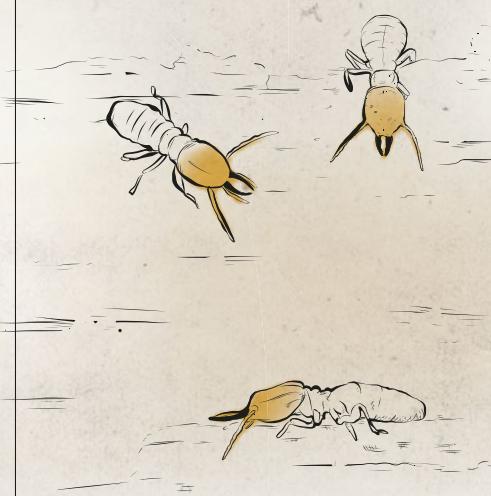


Fressklub im Darm

Termiten sind die effektivsten Pflanzenfresser des Insektenreichs. Dabei übertreffen sie sogar Rinder und Schafe: Sie können nicht nur Gras, sondern auch das weit schwerer verdauliche Holz aufschließen und ihrem Stoffwechsel einverleiben. Wie Wiederkäuer haben Termiten einen vergrößerten Verdauungstrakt, in dem Mikroben chemische Schwerstarbeit leisten. Biologen haben mehr als tausend verschiedene Mikroorganismen im Termittendarm identifiziert, die meisten kommen ausschließlich dort vor.

Sie bilden ein komplexes Ökosystem. Nicht nur Bakterien und Archaeabakterien leben hier, sondern bei niederen Termiten auch hundertmal so große Einzeller, sogenannte Protozoen. Um die chemische Spaltkraft der Bewohner ihres Darms optimal nutzen zu können, haben die Termiten diese Gemeinschaft ihrer Mikroben, ihr sogenanntes Mikrobiom, vergesellschaftet: Sie erbetteln voneinander jeweils einen Brei aus Fäkalien, Bakterien und vorverdauten Holzschnipseln. »Prokto-deale Trophallaxis« nennen die Forscher diesen geselligen Austausch von Darmflüssigkeit.

Biotechnologen fasziniert die einzigartige Fähigkeit der Termiten, Holz biologisch nutzbar zu machen. Zu gern würden sie von ihnen die Kunst der Holzverdauung erlernen. Hochrechnungen zufolge ließe sich damit der Benzinbedarf der gesamten Autoflotte des Planeten decken. Das Problem ist nur: Bisher scheitern die Ingenieure. Die Stoffwechselprozesse im Termittendarm erweisen sich als zu komplex, als dass sie sich kopieren ließen.



Köstliches im Keller

Schon bevor die Termiten zu Pilzzüchtern wurden, waren sie ein Erfolgsmodell der Evolution. Dann, vor vermutlich rund 30 Millionen Jahren, entdeckten einige von ihnen die Reize des Gartenbaus. Die Vorfahren der Gattung *Macrotermes* begannen damals, im Kellergeschoss ihrer festungsartigen Behausungen ausgedehnte Pilzgärten anzulegen.

Es handelt sich um einen bemerkenswerten Fall metabolischen Outsourcings. Die Aufgabe, Holz zu verdauen, haben diese Tiere an die Pilze delegiert: Die Termiten düngen ihre Gärten mit einer Art Sägemehlbrei und ernähren sich dann von den Zuckerbestandteilen und Proteinen, die der Pilz daraus gebildet hat.

Das funktioniert nur, weil der Verdauungstrakt der Termiten die Kunst der richtigen Saatgutauswahl beherrscht: Er lässt lediglich die Sporen des Termitenpilzes *Termitomyces* unbeschadet passieren, sodass die Insekten diese Sporen mit ihrem Kot aussäen. Die Termitenpilze übrigens sind auch für Menschen eine Delikatesse: Wenn in der Savanne Namibias nach wochenlanger Trockenheit die ersten Regenfälle niedergehen, stoßen am Fuß der Termitenhügel einzelne Fruchtkörper durch die harte Lehmkruste, die zu gewaltigen Pilzen mit ausladenden Schirmen heranwachsen. Unter der Landbevölkerung sind sie als »Omajova« bekannt.

Am besten schmecken die Termitenpilze leicht gesalzen und in Butter gebraten. Johann Grolle

Kultur

Seit 1919 waren die Menschen im Reformmodus und sind es bis heute. ► S. 110



SQUAREONE ENTERTAINMENT

Close in »Die Frau des Nobelpreisträgers«

Kino

Stolz und Bitterkeit

● Er gilt als Star unter den Autoren. Seit Jahrzehnten werden seine Romane von Kritikern gefeiert und von Fans geliebt. Und deshalb ist der amerikanische Schriftsteller Joe Castleman (gespielt von Jonathan Pryce) auch nur ein bisschen überrascht, als ihn gleich zu Beginn des Films – der Autor und seine Gattin liegen noch im Bett – ein Anruf aus Stockholm erreicht: Castleman hat den Nobelpreis für Literatur gewonnen, endlich! Doch dieser Spielfilm heißt »Die Frau des Nobelpreisträgers«, ein erster Hinweis darauf, dass manchmal der Blick auf jene Menschen lohnt, die neben oder hinter vermeintlichen Genies leicht übersehen werden. Zweiter Hinweis: die Besetzung. Joan Castleman, die Titelfigur, wird verkörpert von der fabelhaften Glenn Close, 71. Die Schauspielerin (»Gefährliche Liebschaften«) gilt gerade wieder einmal als Kandidatin für den Oscar, wieder zu Recht,

wie bereits die Szene mit dem Anruf aus Stockholm beweist: Freude steht Joan ins Gesicht geschrieben, Stolz. Aber da ist offenbar noch mehr, eine – fast – perfekt unterdrückte Verbitterung nach Jahrzehnten der Ehe. Wie Rückblenden zeigen, hatte die junge Joan (gespielt von Annie Starke, der Tochter von Glenn Close) ihre eigenen literarischen Ambitionen als Studentin aufgegeben, nachdem sie sich in ihren Professor verliebt hatte, ebenjenen Joe Castleman. Jetzt reisen die beiden zur Preisverleihung. »Die Frau des Nobelpreisträgers« beruht auf einem Roman der Autorin Meg Wolitzer, der in den USA bereits 2003 erschienen ist. Der Film des schwedischen Regisseurs Björn Runge arbeitet die zeitlosen Qualitäten dieses Stoffs heraus: ein wunderbar respektloser Einblick in den Literaturbetrieb – vor allem aber ein großartig gespieltes Ehedrama (Kinostart: 3. Januar). MWO

Pop

Mehr als Musik

● Das Jahr 2018 hat den deutschen Musikmagazinen nicht gutgetan. Im Sommer wurde »Intro« eingestellt, im Herbst die »Groove« und nun, zum Jahresende, erscheint das letzte Heft der »Spex«, der einflussreichsten deutschen Zeitschrift für Popkultur-Belange, nach 384 Ausgaben. Es ist eine banale Erkenntnis, dass große Teile des Musikjournalismus auf Blogs

abgewandert sind und dass die Algorithmen der Streamingdienste ähnlich gut auf neue Lieder hinweisen, wie es Kritiker bislang taten. Trotzdem stimmt das letzte »Spex«-Heft langjährige Leser besonders melancholisch: weil es eben auch noch einmal eine Meldung aus einer Ära ist, als Pop mehr war als nur gute Musik. Pop-songs zu hören heißt die Welt zu lesen, das war die Idee der »Spex« von den frühen Achtzigern an bis ans Ende der Neunziger. Ein großes und großenwahnsinniges

Missverständnis natürlich, das seine Wirksamkeit nur entfalten konnte, solange der Pop im deutschen Bildungsbürgertum als legitime Kultur nicht anerkannt war. Diese Ära darf als abgeschlossen gelten, ihre Anerkennungskämpfe sind vorbei, alles ist heute Kultur. Diese versunkene Welt war aber auch überschaubar. Neue interessante Musik kam meistens von coolen Jungs aus England oder den USA. All das gilt heute nicht mehr. Was so befreiend wie unübersichtlich ist. RAP

Theater

»Skandalöses Vorgehen«

● Die Lokalpolitiker der österreichischen Stadt Linz wollen nicht mehr für das örtliche Landestheater bezahlen und haben damit einen Eklat ausgelöst. Bereits mehr als 20 000 Unterzeichner hat eine Petition gefunden, die sich gegen den Beschluss des Linzer Gemeinderats wendet, mit dem der Theatervertrag mit dem Bundesland Oberösterreich gekündigt wurde. Hermann Schneider, Intendant des Opern- und Schauspielbetriebs mit insgesamt fünf Bühnen und 800 Mitarbeitern, spricht von einem »skandalösen Vorgehen« des Linzer Bürgermeisters Klaus Luger (SPÖ). Die Haushaltsslage der Stadt Linz (die 2009 als Kulturhauptstadt Europas auftrat) ist besonders pre-

kär, weil ihr durch Spekulationsgeschäfte eines ehemaligen Finanzbeamten Verluste von mehreren Hundert Millionen Euro drohen könnten. Theaterchef Schneider und die Urheber der Petition fürchten nun eine Signalwirkung auf sparswütige österreichische und deutsche Politiker in anderen Städten. »Es ist ein Novum, dass sich eine Stadt komplett von einer Kulturstätte verabschiedet, von der ihre Bürger in erheblichem Maß profitieren«, sagt der Intendant. Zwar hat das Bundesland Oberösterreich zugesagt, den Anteil der Stadt am 40-Millionen-Euro-Budget des Theaters zumindest für ein Jahr zu übernehmen. Bereits für die übernächste Saison aber sieht Schneider »eine alarmierende Unsicherheit, die jede professionelle Planung mehr als gefährdet«. HÖB



PETER PHILIPP

Musiktheater Linz

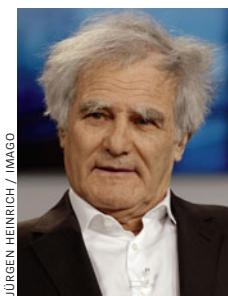
Zeitgeschichte

Verständnis für den Vater

● Der wachsende Erfolg populistischer Parteien in Europa wird gern mit den Verhältnissen in der Spätphase der Weimarer Republik verglichen. Schon damals, so heißt es, habe man die heraufziehende Gefahr straflich unterschätzt. Der Historiker Julius H. Schoeps hat diesen kritischen Befund nun bestätigt. In seinem neuen Buch »Düstere Vorahnungen. Deutschlands Juden am Vorabend der Katastrophe« schildert der in Berlin lebende Gelehrte die dramatische Fehl-

einschätzung, mit der die Mehrheit der deutschen Juden (und des deutschen Bürgertums generell) auf den Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung reagierte. »Düstere Vorahnungen« gaben damals nur wenige jüdische Autoren zu Protokoll, Kurt Tucholsky etwa oder Theodor Lessing. Schoeps hätte dieses Buch wohl gar nicht geschrieben, wenn nicht sein Vater, der Monarchist und ultrakonservative Historiker Hans-Joachim Schoeps, zu den wenigen Juden gezählt hätte, die anfangs sogar den Nazis applaudiert hatten – in der irrgen Annahme, sie könnten den antisemitischen Wahn der Hitler-Truppe durch eine besonders nationalistische Haltung eindämmen. Vater Schoeps überlebte den Holocaust nur, weil er Ende 1938 mit falschen Papieren nach Schweden floh. Das Buch des Sohnes ist auch deswegen so bewegend, weil er sich erkennbar bemüht, die Irrwege des Vaters zu verstehen, ohne dabei dessen Illusionen zu unterschlagen. DY

Julius H. Schoeps: »Düstere Vorahnungen. Deutschlands Juden am Vorabend der Katastrophe«. Henrich & Henrich; 612 Seiten; 35 Euro.



Julius H. Schoeps



ULLSTEIN BILD

Nils Minkmar **Zur Zeit**

SPD-Salat



Der Kurznachrichtendienst Twitter hat durch Donald Trump eine politische Bedeutung bekommen. Das hat viele Nachteile, denn der Dienst ist wenig reguliert,

jeder kann alles behaupten, aber er hat auch Vorteile: Man kann schnell ohne hohe Kosten viele Leute erreichen. Trumps Tweets sind nicht immer wahr, aber sie sind stets verständlich. Umgekehrt verhält es sich bei der SPD: Man ahnt eine gute Absicht, den Sinn muss man raten.

Über die Weihnachtstage wurden vom Account des Parteivorstands drei Tweets veröffentlicht, die nur als Hilferuf gelesen werden können. Am 24. Dezember hieß es: »Zu Gans passt besonders gut: Klöße, Rotkohl, Wein – und ein fundiertes Gespräch darüber, wie unsere am 1.1.2019 in Kraft treten Gesetze das Leben der Menschen verbessern? Unser Rezept« – dann folgte ein Link zur Homepage der SPD, falls man noch mehr Text gesucht hat. Zu diesem Tweet gab es ein Foto von Menschen um einen Braten, aber man konnte es gar nicht erkennen, denn über dem Bild war große weiße Schrift gelegt und folgender Text: »Erst essen wir, dann reden wir über die SPD-Gesetze, die am 1.1.2019 in Kraft treten – und dann machen wir es uns gemütlich!« Von dieser Art gab es noch zwei weitere Tweets, einen zum Thema Debatten unter dem Weihnachtsbaum, da fragt ein Mann mit weißen Haaren ein kleines Mädchen die »SPD-Gesetze« ab – der sozialdemokratische Weihnachtsmann und das Kind, das die Bevölkerung darstellt. Der dritte Tweet lautete: »Wir freuen uns 2019 ja am meisten über das neue Serienhighlight ›Europawahl‹«, und dann folgte wieder eine Aufzählung der sogenannten »SPD-Gesetze«, die am 1. Januar in Kraft treten. Die haben natürlich wenig mit der Europawahl zu tun, die auch keine Serie ist, aber in diesem Tweet müssen alle beieinanderwohnen.

Wo soll man anfangen? Was ist das für ein Durcheinander? Was ist das für eine hilflose Ranschmeiße an den imaginären Menschen da draußen? Es gibt auch keine SPD-Gesetze, nur Gesetze, die der Bundestag mit Mehrheit verabschiedet und die für alle gelten. Wenn nur Populisten verständlich kommunizieren, sind wir in Schwierigkeiten.

An dieser Stelle schreiben Nils Minkmar und Elke Schmitter im Wechsel.



Die da draußen gegen die da drinnen

Klassenkampf Die Proteste der Gelbwesten zeigen: Der Westen ist von einer unübersehbaren Bruchlinie durchzogen. Wenn es nicht gelingt, den Konflikt zwischen Kosmopoliten und Populisten zu entschärfen, wird die liberale Demokratie untergehen.

Von der Geografie zur Geopolitik ist es manchmal nur ein Gedankensprung. In seinem neuen Buch »No Society« zitiert der französische Geograf Christophe Guilluy einen Satz seines älteren Kollegen Yves Lacoste: »Die Geografie, das dient zuallererst dazu, Krieg zu führen.« Sie liefert nicht nur die Grundlage für Konflikte um die territoriale Ausdehnung von Staaten und die Festlegung von Außengrenzen, sondern auch bei Problemen der inneren Raumordnung, die das politische Handeln bestimmen.

Seit sechs Wochen findet so ein Krieg nun auf Frankreichs Straßen statt, an Knotenpunkten, Autobahnzufahrten, Verteilern und auf den Boulevards und Avenuen großer Städte, am schockierendsten in Paris, wo zum Sturm auf den Élysée-Palast gerufen wurde wie einst auf die Bastille, Signal des ungeheuren Freiheitsschlags, der ganz Europa erschütterte. Aber wer führt diesen Krieg? Das Volk gegen die Regierung oder umgekehrt die Regierung gegen den Mob?

Guilluy, 54, ist der Mann, der die Karten dafür vorgezeichnet hat. Er hat an der Sorbonne Stadtgeografie studiert, als unabhängiger Berater für regionale und lokale Gebietskörperschaften kennt er das Terrain. Bis vor Kurzem wurde er nur in Fachkreisen genannt und selbst dort oft als Außenreiter abgetan, jetzt gilt er als Visionär. Plötzlich werden seine Studien überall gelesen und zitiert. »Fractures françaises«, »La France périphérique« und eben »No Society« lauten die Titel, die in den vergangenen acht Jahren nacheinander erschienen sind und von der kommenden Explosion des republikanischen Modells künden.

Guilluy ist ein gefragter Mann in diesen Tagen, als er in der Woche vor Weihnachten in Paris zum Gespräch empfängt, sind die Proteste zwar gerade ein klein wenig schwächer geworden. Für den Jahreswechsel haben die Gelbwesten allerdings neue Demonstrationen angekündigt.

Es gibt eine neue soziale Geografie, so Guilluy, einen neuen Atlas der Bruchlinien

in der französischen Gesellschaft, die sich auf der Landkarte ablesen lassen und die Verteilung einander entfremdeter Bevölkerungsschichten in räumlich getrennte Gebiete anzeigen. Und die Front verläuft überall.

Das britische Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union, der Sieg Donald Trumps über seine liberale Gegenkandidatin, die Impllosion des klassischen Parteiensystems in Frankreich, der Durchbruch der AfD in Deutschland, die neue Regierungskoalition in Italien, politische Blockaden in den Niederlanden, in Belgien, in Skandinavien oder Spanien – allenthalben verstärkt sich in kurzer Zeit die populistische Dynamik, die eine extreme Polarisierung der Gesellschaft ankündigt.

»Der Untergang der Mittelschicht ist das schmutzige Geheimnis der Globalisierung.«

Die Nationen des Westens spalten sich in zwei Welten: oben und unten, wohlhabend und bedürftig, selbstzufrieden und unglücklich, kosmopolitisch und bodenständig, mobil und sesshaft, progressiv, aufgeschlossen und – da ist es, das hässliche Wort, um das man nicht herumkommt: populistisch. Der Populismus ist das, was jahrzehntelang das Proletariat war, Bedrohung für die einen, Verheißung für die anderen. Sein Klassenkampf ist ein Kultukampf.

Die Risse im Raum, die auf der sozialen und politischen Generalstabskarte hervortreten, sind noch ziemlich frisch, ein Resultat der Globalisierung seit Mitte der Neunzigerjahre. Zum ersten Mal in der Wirtschaftsgeschichte des Westens, behauptet Guilluy, leben die unteren Volkschichten heute nicht mehr dort, wo Beschäftigung und Wohlstand entstehen. Sie werden an die Ränder gedrängt, in eine

»peripherie« und »periurbane« Welt, die den Anschluss an die globale Entwicklung verpasst.

Und so stehen sich zwei Seiten gegenüber, die nur noch wenig teilen: auf der einen Seite die Metropolen, glitzernde Schaufenster der Globalisierung und ihres Zwillingssbruders, des Multikulturalismus, wo die neue Bourgeoisie und eine bunte Vielfalt von Migranten nebeneinander leben. Und die Peripherie der kleinen und mittleren Städte, der alten Industriegebiete und entlegenen ländlichen Regionen. In ihr konzentrieren sich soziale Kategorien, die früher wenig verband, Arbeiter, einfache Angestellte, prekär Beschäftigte, Landwirte, kleine Selbstständige, Rentner, jetzt vereint durch das Gefühl, einer doppelten Unsicherheit ausgesetzt zu sein: finanziell und kulturell. Sie bleiben unsichtbar, von ihnen spricht man nicht, sie leben unter dem ironischen, herablassenden Blick derjenigen, die intellektueller, gebildeter, beweglicher, moderner sind oder sich dafür halten. Aber sie machen in Frankreich, so Guilluys Berechnung, gut 60 Prozent der Bevölkerung aus.

Von Skandinavien bis zum Mittelmeer, von den USA bis nach Mitteleuropa lassen sich ähnliche Symptome des Umbruchs beobachten. Und ihre Fieberkurve läuft auf die gleiche tödliche Gefahr zu: das Ende der liberalen Demokratie, wie wir sie kennen. In der wachsenden Kluft zwischen dem einfachen Volk, der in Frankreich immer noch euphemistisch sogenannten »classe populaire«, und den aufstrebenden Eliten, dem neuen Establishment, verschwindet die Mittelschicht, der sich bis heute die Mehrheit der Bevölkerung zurechnet und die den soliden Sockel der Demokratie bildete. »Der Untergang der westlichen Mittelschicht ist das große schmutzige Geheimnis der Globalisierung«, sagt Guilluy, und das gilt für den gesamten Westen.

Ohne die Mittelschichten fehlt der Klebstoff, der die Gesellschaft zusammenhält. Die Erosion des traditionellen Parteien-

systems, die vielfach schon in den Zerfall übergegangen ist, ist dafür ein verlässlicher Indikator. Immer öfter bringen Wahlen keine regierungsfähige Mehrheit mehr hervor. Sowohl der traditionellen Konsensdemokratie (in Deutschland verkörpert durch die Große Koalition) wie auch der Wechseldemokratie (wie in Großbritannien und Frankreich üblich) geht die Puste aus.

Revolutionen fanden bislang immer in den Städten statt. Heute sammelt sich ein revolutionäres Potenzial abseits der dynamischen und strahlenden Metropolen an, ohne Klassenbewusstsein, ohne Führung und Organisation, das zur größten Bedrohung der liberalen Demokratie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs anwachsen könnte.

Viele der aus der Provinz nach Paris geristen Demonstranten waren seit Jahren nicht oder sogar nie in der Hauptstadt. Mobilität, als modernes Ideal gepriesen, wird in der Realität überschätzt. Ein großer Teil der Franzosen lebt im gleichen Département, in dem er geboren wurde – genauso wie viele Amerikaner in ihrem Bundesstaat oder County bleiben. Die Postleitzahl gibt Auskunft über ihr Wahlverhalten. Die »Gilets jaunes« haben diesen unsichtbaren, von der Politik weitgehend ausgeblichenen und übersehenen Teil der Bevölkerung in gretles Licht gestellt: Ich demonstriere, also bin ich. Die Peripherie rückt sich ins Zentrum. Nicht eine Minderheit von Abgehängten, Untergebildeten und moralisch Kläglichen – jenen »deplorables«, denen Hillary Clinton im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf ihre Verachtung bekundet hatte – erhebt mit ihnen die Stimme.

Eine disparate, heterogene Mehrheit hat in den vergangenen Wochen die Straßen besetzt, und sie repräsentiert das, was gestern noch der Kern der Mittelschicht war, von der Politik gern beschworen und dann doch wieder vergessen und vernachlässigt: die kleinen Leute, eine altmodische, fast schon mythische Kategorie, ohne die in der Demokratie, in der bekanntlich jede Stimme unabhängig vom Einkommen und vom Bildungsabschluss gleich viel zählt, nun einmal nichts geht.

Sie sind nämlich, was die Oberen immer wieder zu überraschen scheint, die Mehrheit: das Volk, der Demos. Eine Demokratie kann definitionsgemäß nicht ohne das Volk funktionieren, deshalb, so bestätigt es auch der Soziologe und Demograf Emmanuel Todd, »ist der Vorwurf des Populismus genauso absurd wie die Denunzierung der Eliten als solche«. Wenn der Gegensatz zwischen Populismus und Elitismus unüberbrückbar wird, droht die Auflösung der Gesellschaft. Das Volk fühlt sich nicht mehr repräsentiert, die Eli-

ten verlieren ihre Gestaltungskompetenz. Dann ist die Zeit der Asozialität gekommen, »No Society«, wovon Guilluy's jüngstes Buch in Anspielung auf Margaret Thatchers berühmten Spruch »There is no such thing as society«, es gebe nur Individuen und Familien, handelt. Und wenn es keine Gesellschaft gibt, dann auch keine Verantwortung fürs Allgemeinwohl, nur die Eigenverantwortung des Einzelnen.

Ein Teil der früheren Mittelschicht – vornehmlich die akademisch gebildeten Babyboomer und ihre Kinder – schließt sich der Oberschicht an, nicht immer ökonomisch, doch moralisch und kulturell. In gewisser Art sind sie die neue Oberschicht: Sie üben die kulturelle Hegemonie, die Deutungs- und Normierungsmacht, im öffentlichen

Diskurs aus. Der Klassenkampf, den sie führen, ist ein Kulturmampf um die öffentliche Moral; die Waffen, die sie schwingen, sind die nicht zu überbietenden Anklagepunkte des Faschismus, des Rassismus und des Fremdenhasses.

Der größere, untere Teil der alten Mittelschicht, von realen Abstiegsängsten für sich und seine Kinder geplagt, verschmilzt allmählich mit den Kreisen, die früher einmal als volkstümlich, heute als populistisch bezeichnet werden. So wird das Volk von den Eliten zum Plebs abgestempelt: uninformatiert, unaufgeklärt, irrational und im Grenzfall moralisch verwerflich. Es ist nicht länger der ökonomische, soziale und kulturelle Bezugspunkt der innere Kompass der Gesellschaft.



JORIS VAN GENNIP/LAIF

Dieser als verletzend empfundene Bedeutungsverlust spitzt sich im Streit um die Migration dramatisch zu. Die Kontrolle der Grenzen und der Zuwanderung ist eine Forderung, die auf überwältigende Zustimmung stößt. Das Meinungsforschungsinstitut Ipsos hat die Haltung der Bevölkerung in 22 Ländern weltweit ergründet und kam zu einem erstaunlichen Befund: Nur 11 Prozent der Befragten in Frankreich schrieben der Einwanderung positive Wirkungen auf ihr Land zu, in der Bundesrepublik Deutschland waren es immerhin 18 Prozent. Rund die Hälfte gab an, man habe bereits zu viele Fremde aufgenommen.

Für die Integration der Migranten ist die Aufnahmefähigkeit der unteren

Schichten jedoch entscheidend, denn die Neuankömmlinge wandern nicht in die Oberschicht ein. Diese verfügt über die Mittel, unsichtbare Grenzen zu ziehen und sich in ihren Wohnvierteln, Schulen und Karrieren abzuschotten, während sie das Ideal der offenen Gesellschaft propagieren.

»Die offenen Gesellschaften«, sagt Guilluy, »sind die größten Fake News der letzten Jahrzehnte. Es gibt keine Open Society, es gibt im Gegenteil immer stärker abgeschirmte Welten. Paris begreift sich als offene Stadt, aber eine Stadt, in der der Quadratmeter bis zu 10 000 Euro kostet, ist keine offene, sondern eine geschlossene Stadt. Bei einem Einkommen von 1000 Euro im Monat funktioniert der Multikulturalismus nicht.«

In Frankreich konzentriert sich fast die Hälfte der Arbeitsplätze in einem Dutzend Metropolen, davon 22 Prozent allein im Großraum Paris. Mittlere und kleine Städte sowie entlegene Regionen verlieren Arbeitsplätze. Das ist neu. Viele Jahrzehnte lang kam das Wirtschaftswachstum der Gesamtheit des Landes zugute.

Als Emmanuel Macron noch Wirtschafts- und Finanzminister war und an seine Präsidentschaftskandidatur zu denken begann, bat er Guilluy zu einem Gespräch in sein Büro. Der legte seine bunten Karten auf den Tisch und erklärte seine Theorie von Zentrum und Peripherie. Macron habe den Befund nicht bestritten, sagt Guilluy, aber einen anderen Schluss gezogen: Paris, Lyon, Toulouse, Bordeaux müssten vorangehen, der Rest werde nachgezogen. Er habe dagegengehalten: »Was wir brauchen, ist eine intellektuelle Revolution. Das alte Wachstumsmodell funktioniert nicht mehr. Es verschärft die Ungleichheit, denn es mehrt nur den Wohlstand einer Minderheit in einigen wenigen Metropolen. Im 21. Jahrhundert erleben wir einen Bruch zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Der Wirtschaft kann es gut gehen, während das Gros der Gesellschaft leidet. Das erfordert ein neues Denken.« Macron jedoch halte das alte, das neoliberalen Denken noch immer für das neue, wie Tony Blair in London 20 Jahre zuvor.

Die politische Herausforderung wird deshalb darin bestehen, das eigene ansässige Volk zu integrieren, statt unentwegt über die Notwendigkeit der Integration von Migranten zu reden. Ohne die eine ist auch die andere Seite zum Scheitern verurteilt. »Ich glaube, es ist das Problem der westlichen Demokratien und der westlichen Eliten, dass sie das eigene Volk vergessen haben«, sagt Guilluy. »Darin besteht der Verrat.«

Wieder steht ein Unwort im Raum: Verrat am Volk. Redet so ein Rechter? Guilluy kommt von ziemlich weit links, sein Denken ist marxistisch geprägt, er bewundert den früheren Chef der Kommunistischen Partei Frankreichs, Georges Marchais, der schon 1981 verlangt habe, Schluss zu machen mit der offiziellen wie der heimlichen Immigration, um die Arbeiterschaft vor Lohndumping und Verarmung zu schützen. Stattdessen seien die linken Intellektuellen in die ideologische Falle getappt, die soziale Frage gegen Minderheitenrechte auszuspielen. Mit der moralischen Ächtung des Rassismus liefere die Linke einen potenziell mehrheitsfähigen Teil der Wählerschaft an die Rechtspopulisten aus.

In Deutschland hat Sahra Wagenknecht, die sich vor Weihnachten in einer gelben



Gelbwesten bei Protest in Paris am 8. Dezember
Wir brauchen eine intellektuelle Revolution



Autor Guilluy: Die Sorge um und für das Volk

Weste vor das Bundeskanzleramt in Berlin stellte, ähnliche Gedanken formuliert – und gerät dafür in ihrer Partei immer wieder unter Feuer. Linke und Liberale verstehen das Verlangen nach Freiheit und Selbstverwirklichung gut, das nach Anerkennung, Ordnung und Zugehörigkeit weniger. Deshalb neigen sie bei aller Toleranz für soziale und kulturelle Diversität zu erstaunlich heftiger Intoleranz gegen alle Abweichungen von der politischen Korrektheit.

Das Allgemeinwohl muss rekonstituiert werden, ein Ausgleich zwischen Volk und Eliten gefunden werden, ein neues soziales und politisches Bündnis, wenn die populistische Revolte nicht die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden soll. In den USA hat Trump die Attacken auf liberale Werte bereits zu einem von Ressentiments getriebenen Kampf gegen die Institutionen ausgeweitet.

Der britische Autor David Goodhart, 62, der für verschiedene Thinktanks gearbeitet hat, schlägt dafür einen »decent populism«, einen anständigen Populismus, vor. Beinahe ein Widerspruch in sich, womit aber nicht viel anderes gemeint ist als eine Rückkehr zur Sorge um das Gemeinwohl, die im Zeitalter der postnationalen Globalisierung immer auch eine nationale Präferenz miteinschließt. Nicht zufällig ge-

mahnt der Begriff an die »common decency«, den allgemeinen Anstand, den der große englische Schriftsteller und Essayist George Orwell gerade den einfachen Menschen zuschrieb.

Guilluys Polarisierung zwischen Rand und Zentrum analysiert Goodhart als »die große Spaltung« zwischen »Anywheres« und »Somewheres«, ortsgesetzlichen, kosmopolitisch eingestellten Menschen, die aufgrund ihrer Bildung und sonstiger Ressourcen in allen Weltstädten leben können; und den Ortsgebundenen, die instinktiv sozial konservativer, sesshafter, weniger individualistisch sind und stärker an ihrer Gemeinschaft von Gleichen hängen, ohne deshalb reaktionär, rassistisch oder sexistisch zu sein. Die einen hätten eine »erworbenen« Identität, die sie mit sich tragen können; die anderen eine »zugeschriebene«, die sie in einer Umgebung und einem Milieu verankert.

Die »Anywheres« bilden nach Goodhart einen Anteil an der britischen Bevölkerung von 20 bis 25 Prozent. Die »Somewheres« mussten zusehen, wie die Deindustrialisierung den Wert ihrer Arbeit minderte, ihren Status herabsetzte und den nationalen Sozialvertrag aushöhlte. Doch sie machen gut die Hälfte der Bevölkerung aus. Damit liegt Goodhart nicht

weit entfernt von Guilluys Schätzungen in Frankreich; das Verhältnis dürfte in allen hoch entwickelten westlichen Nationen ziemlich ähnlich sein. Nur eine kleine Minderheit von ihnen, nicht viel mehr als zehn Prozent, lasse sich als »autoritär« einstufen – 52 Prozent hingegen als »illiberal«, wie der Politologe Eric Kaufmann von der University of London herausgefunden hat. Seine Einordnung der Befragten auf einer Achse von Werten zwischen liberal und illiberal erwies sich als präziser Anzeiger der Wahlentscheidung über den Brexit. In den USA sind Sozialpsychologen wie Jonathan Haidt (»The Righteous Mind«) und Michele Gelfand (»Rule Makers, Rule Breakers«) zu vergleichbaren politischen Charakterprofilen gekommen.

In der großen Zahl der Einwanderer, welche die weiße Mehrheitsgesellschaft verängstige, sieht Kaufmann den entscheidenden Schlüsselfaktor: »Die Kluft zwischen Weißen, die Veränderungen annehmen, und denen, die sich ihnen widersetzen, stellt sich als der politisch bedeutsamste Spalt überall im Westen heraus. Verglichen mit dem kulturellen Graben sind die materiellen Unterschiede viel unwichtiger.«

Die »Somewheres« teilen das in Umfragen geäußerte Gefühl, sich oft »wie Fremde im eigenen Land« vorzukommen. Sie glauben fest daran, dass es so etwas wie Gesellschaft gibt, nicht nur eine Ansammlung konkurrierender Individuen, für die das Leben auf Leistung und Selbstoptimierung hinausläuft. Sie weigern sich, im Postnationalismus anzukommen, weil sie ahnen, dass mit dem Nationalstaat auch der Sozialstaat abgebaut werde. Ein Liberalismus, der seine Weltsicht als die einzige zukunftsfähige in der Gesamtgesellschaft durchzusetzen versucht, der vor allem die Differenz zwischen »wir« und »den anderen« aufzuheben versucht, stellt letztlich den parlamentarisch konstituierten Nationalstaat als politische Einheit zur Disposition.

Der kanadische Historiker Michael Ignatieff, selbst ein engagierter Politiker und früherer Vorsitzender der Liberalen Partei Kanadas, warnte mit Blick auf das Brexit-Referendum vor der triumphalen Attitüde selbstgerechter Aufklärer: »Sich selbst als Stimme der Vernunft auszugeben ist keine kluge Politik. Es ist elitäre Herablassung.« Die Brexeters, die Trump-Anhänger, die AfD-Wähler, die Gelbwesten, die Gefolgschaft der Lega Nord – sie alle haben ihre Gründe, berechtigte oder nicht, und in der Demokratie einen Anspruch, dass diese gehört, berücksichtigt und debattiert statt tabuisiert werden.

Das bedeutet nicht, liberale Grundsätze aufzugeben, auch nicht, dass die enorme Liberalisierung der Gesellschaft seit Mitte

SPIEGEL JAHRESBESTSELLER 2018

Im Auftrag des SPIEGEL ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control);
nähere Informationen finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

1 Sebastian Fitzek

Der Insasse

Droemer; 22,99 Euro

Der deutsche Leser fürchtet sich gern. Und deswegen liebt er auch den Psychiatrie-schocker des Berliner Krimiautors mehr als jedes andere Buch



2 Frank Schätzing

Die Tyrannie des Schmetterlings

Kiepenheuer & Witsch; 26 Euro

3 Dörte Hansen

Mittagsstunde

Penguin; 22 Euro

4 Jojo Moyes

Mein Herz in zwei Welten

Wunderlich; 22,95 Euro

5 Nele Neuhaus

Muttertag

Ullstein; 22 Euro

6 Volker Klüpfel / Michael Kобр

Kluftinger

Ullstein; 22 Euro

7 Mariana Leky

Was man von hier aus sehen kann

DuMont; 20 Euro

8 Robert Seethaler

Das Feld

Hanser Berlin; 22 Euro

9 Maxim Leo / Jochen Gutsch

Es ist nur eine Phase, Hase

Ullstein; 12 Euro

10 Charlotte Link

Die Suche

Blanvalet; 24 Euro

11 Ferdinand von Schirach

Strafe

Luchterhand; 18 Euro

12 Lucinda Riley

Die Mondschwester

Goldmann; 19,99 Euro

13 Maja Lunde

Die Geschichte der Bienen

btb; 20 Euro

14 Jonas Jonasson

Der Hundertjährige, der zurückkam, um die Welt zu retten

C. Bertelsmann; 20 Euro

15 Carmen Korn

Zeitenwende

Kindler; 19,95 Euro

16 Juli Zeh

Neujahr

Luchterhand; 20 Euro

17 Daniel Kehlmann

Tyll

Rowohlt; 22,95 Euro

18 Bernhard Schlink

Olga

Diogenes; 24 Euro

19 Elena Ferrante

Die Geschichte des verlorenen Kindes

Suhrkamp; 25 Euro

20 Maja Lunde

Die Geschichte des Wassers

btb; 20 Euro

Sachbuch

1 Michelle Obama

Becoming

Goldmann; 26 Euro



2 Stephen Hawking

Kurze Antworten auf große Fragen

Klett-Cotta; 20 Euro

3 Bas Kast

Der Ernährungskompass

C. Bertelsmann; 20 Euro

4 Thilo Sarrazin

Feindliche Übernahme

FBV; 24,99 Euro

5 Michael Wolff

Feuer und Zorn

Rowohlt; 19,95 Euro

6 Eckart von Hirschhausen / Tobias Esch

Die bessere Hälfte

Rowohlt; 18 Euro

7 Richard David Precht

Jäger, Hirten, Kritiker

Goldmann; 20 Euro

8 Yuval Noah Harari

21 Lektionen für das 21. Jahrhundert

C. H. Beck; 24,95 Euro

9 Peter Wohlleben

Das geheime Leben der Bäume

Ludwig; 19,99 Euro

10 Christopher Schacht

Mit 50 Euro um die Welt

adeo; 20 Euro

11 Peter Hahne

Schluss mit euren ewigen Mogelpackungen!

Lübbe; 10 Euro

12 Dirk Müller

Machtbeben

Heyne; 22 Euro

13 Gregor Gysi

Ein Leben ist zu wenig

Aufbau; 24 Euro

14 Manfred Lütz

Der Skandal der Skandale

Herder; 22 Euro

15 Rolf Dobelli

Die Kunst des guten Lebens

Piper; 20 Euro

16 Ranga Yogeshwar

Nächste Ausfahrt Zukunft

Kiepenheuer & Witsch; 22 Euro

17 Axel Hacke

Über den Anstand in schwierigen Zeiten und die Frage, wie wir miteinander umgehen

Kunstmann; 18 Euro

18 James Comey

Größer als das Amt

Droemer; 19,99 Euro

19 Gerald Hüther

Würde

Knaus; 20 Euro

20 Kollegah

Das ist Alpha!

Riva; 22 Euro

der Sechzigerjahre gestoppt oder gar rückgängig gemacht werden soll. Putins autoritäre Demokratie, Erdogans Führerdemokratie, Orbáns illiberalen Demokratie, Trumps Volkstribunen-Demokratie sind gewiss keine Zukunftsmodelle für den Westen.

Westliche Gesellschaften existieren in einem permanenten Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Auch in reicher, mobiler, gebildeter und aufgeklärter werdenden Nationen leben die meisten Menschen in Familien und Nachbarschaften verwurzelt, empfinden Veränderung als Verlust oder Bedrohung und tragen Verantwortung – mehr für ihre Nächsten, weniger für die anderen. Es kommt nicht darauf an, die Globalisierung zu überwinden oder den Kapitalismus zu zerschlagen – beide sind und bleiben einfach da –, sondern darauf, sie besser zu organisieren.

Die intellektuelle Revolution, nach der Guilluy und andere rufen, beginnt mit der Wiederherstellung des politischen Vertrauens. Und das bedeutet, platt und elementar, der Sorge um und für das Volk. Die Suche nach einem neuen, stabilen Ausgleich zwischen der offenen und der geschlossenen Gesellschaft, den »Anywheres« und den »Somewheres«, den Metropolen und der Peripherie, kommt der Versöhnung zwischen den zwei Seelen gleich, die in der Brust moderner politischer Nationen wohnen.

Der konservative amerikanische Intellektuelle Yuval Levin, Autor des Buches »The Fractured Republic«, fürchtet, dass der historische Augenblick für die Erneuerung des Gesellschaftsvertrags im Zeitalter des Individualismus schon verstrichen sein könnte, zumindest in den USA, mit Trump als Bulldozer im Trümmerfeld. Auf dem europäischen Entwicklungsweg werden die Folgen des Brexit, das Gelingen oder Scheitern von Macron, der Übergang in die Nach-Merkel-Ära in Deutschland die Meilensteine setzen.

Die gelben Westen haben vorgeführt, wie schnell und verheerend die Gewalt auf den Straßen einziehen und die Paläste bedrohen kann. Für Guilluy, den Kartenleser der sozialen Verwerfungen, ist die Rückkehr zu den Grundlagen des Gemeinwesens, der »common decency« oder des anständigen Populismus, »keine Hypothese, sondern eine Notwendigkeit, wenn man den Bürgerkrieg vermeiden will, den man zu fürchten vorgibt und den man doch heraufbeschwört«. Im 21. Jahrhundert müssten die Eliten und die politischen Repräsentanten endlich wieder lernen, mit ihrem Volk zusammenzuleben.

Haben die Gelbwesen den Anfang gemacht? Die Frage bleibt unbeantwortet, noch. Romain Leick

Selbst leben!

Essen Bas Kast hat mit »Der Ernährungskompass« das wichtigste Sachbuch des Jahres geschrieben. Nun arbeitet er an einem Kochbuch.

Besuch bei dem Mann, der das Essen der Deutschen verändert.

Das Sachbuch, über das alle reden, entstand in einem unscheinbaren Wohnhaus in einem kleinen Dorf bei Würzburg. In diesen ruhigen Straßen lebt noch der Geist der alten Bundesrepublik mit seltsamen Kunstwerken in den Vorgärten und Jägerzäunen, die die Vorgärten umgeben. Wenn die Kinder in der Schule sind, wird in den Küchen in den stillen Straßen gekocht, das war schon immer so. Was aber gekocht wird, in welcher Absicht und von wem – das verändert sich gerade.

Bas Kast, 45, röhrt einen Teig. Er füllt eine Silikonform mit dem Vollkornteig aus der Schüssel und fummelt am Herd herum. Es sieht aus, als wisse er, was er tue, und auch wieder nicht. Kast hat die Figur und die Konzentration eines Sportlers, aber er zögert auch, liest nach, die Handgriffe eines Kochs sind ihm neu. Er trägt die praktische dunkle Kluft dessen, der zu Hause arbeitet und am Nachmittag die Kinder vom Kindergarten abholt. Der ist in Sichtweite, im Sommer kann er seine beiden Söhne draußen spielen hören. Kast erklärt leise und gewissenhaft die diversen wissenschaftlichen und publizistischen Stationen seiner Biografie, als wäre er selbst immer noch erstaunt darüber, dass ihn dieser Weg zu diesem Erfolg geführt hat.

Auf der Arbeitsfläche liegen Druckfahnen seines neuen Buchs, eines Kochbuchs, das auf den Prinzipien seines Bestsellers »Der Ernährungskompass« basiert. Damit gelang ihm ein sensationeller Erfolg, es war das Sachbuch des Jahres 2018 und bewegte das Publikum. Es lag nahe, die dort formulierten Erkenntnisse auch in die praktische Form eines Kochbuchs zu schreiben, aber das ist eine völlig neue Gattung für den Wissenschaftsautor.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass viele berühmte Köche die Rezepte ihrer Kochbücher nicht selbst aufschreiben. Daher wissen geübte Kochbuchleser, dass sie es mit den exakten Angaben nicht so genau zu nehmen brauchen. Bei Kast ist das anders. Er überlässt nichts dem Zufall und bemüht sich um jedes von ihm empfohlene Gericht.

Etwas dieses Brot heute. Weil er unablässig redet und es zwischendrin auch mal vergisst, mag man die Sache zunächst un-

terschätzen. Bis man es probieren darf. Es schmeckt komplex, erdig und insgesamt fantastisch. Das wiederum hatte Kast, der Bäcker aus Vernunft, nicht anders erwartet. Er gleicht jenen stillen Mitschülern, die so vor sich hin lernen und ohne Drama jedes Mal 15 Punkte schreiben. Die Unterschätzung gehört zur Geschichte seines großen Erfolgs.

Kast hat die ersten 14 Jahre seines Lebens in den Niederlanden verbracht, wo das Essen schon mal aus dem Automaten kommt. Studiert hat er Biologie und Psychologie – all diese Informationen führen also nicht dazu, dass man von ihm ein Ernährungsbuch oder gar ein Kochbuch erwartet. Der ganze Witz des Werks besteht darin, dass der Autor jemand ist, der sich lange Zeit nichts aus Essen gemacht hat. Seine Ernährung ruhte auf den berühmten drei Säulen Fleisch, Chips und Süßigkeiten. Bis er Schmerzen in der Brust bekam. Eine

Nach seiner Logik greifen aufgeklärte Zeit- genossen weder zur Saftpresse noch zu Säften.

Weile gelang es ihm, sie zu ignorieren, bis zu jenem Tag, als ihn Krämpfe und Schmerzen in die Knie zwangen. Er überlebte, weil er lange sportlich gelebt hatte, und das war die Geburtsstunde des Buchs. Was, so fragte er sich, sagt uns eigentlich die Wissenschaft darüber, wie Essen und Gesundheit zusammenhängen? Abgesehen von den Modediäten, den Diäten, um abzunehmen oder bestehende Krankheiten wundersam zu kurieren? Gibt es so etwas wie seriöse, übereinstimmende Empfehlungen, was man essen soll, um mit möglichst wenig Plagen, ohne Diabetes etwa, alt zu werden?

Dazu las er, drei Jahre lang, denn er wollte eine Summe der wissenschaftlichen Erkenntnisse vorlegen. Ein lesbares Buch, das auf dem neuesten Stand ist und zugleich die Verwirrung der wöchentlich wechselnden Diätempfehlungen beendet. Heute ist er in der Lage, den Kern einer gesunden Ernährung in wenigen Punkten zu umreißen. Die Erkenntnisse sind weder grundstürzend noch bedeuten sie eine große Zumutung. Sie sind, und das ist das

Erschreckende, recht simpel. Jede und jeder kann es hinbekommen, sich so zu ernähren, dass gesundheitliche Plagen mit hoher Wahrscheinlichkeit vermieden werden können.

Das wurde von einem verwirrten Publikum mit Dankbarkeit rezipiert. Denn, auch das gehört zur Wahrheit, das Thema der gesunden Ernährung ist teilweise unter die Sektierer gefallen. Die richtige Art zu essen, das ist für viele zu einer Überzeugung, wenn nicht gar zu einem konstitutiven Merkmal ihrer Identität geworden. Es ist die naheliegendste Art, sich neu zu erfinden, Politik für Unpolitische und Religion für Atheisten. Dass Kast all das nicht besonders interessiert, macht sein Buch so interessant. Und so erfolgreich.

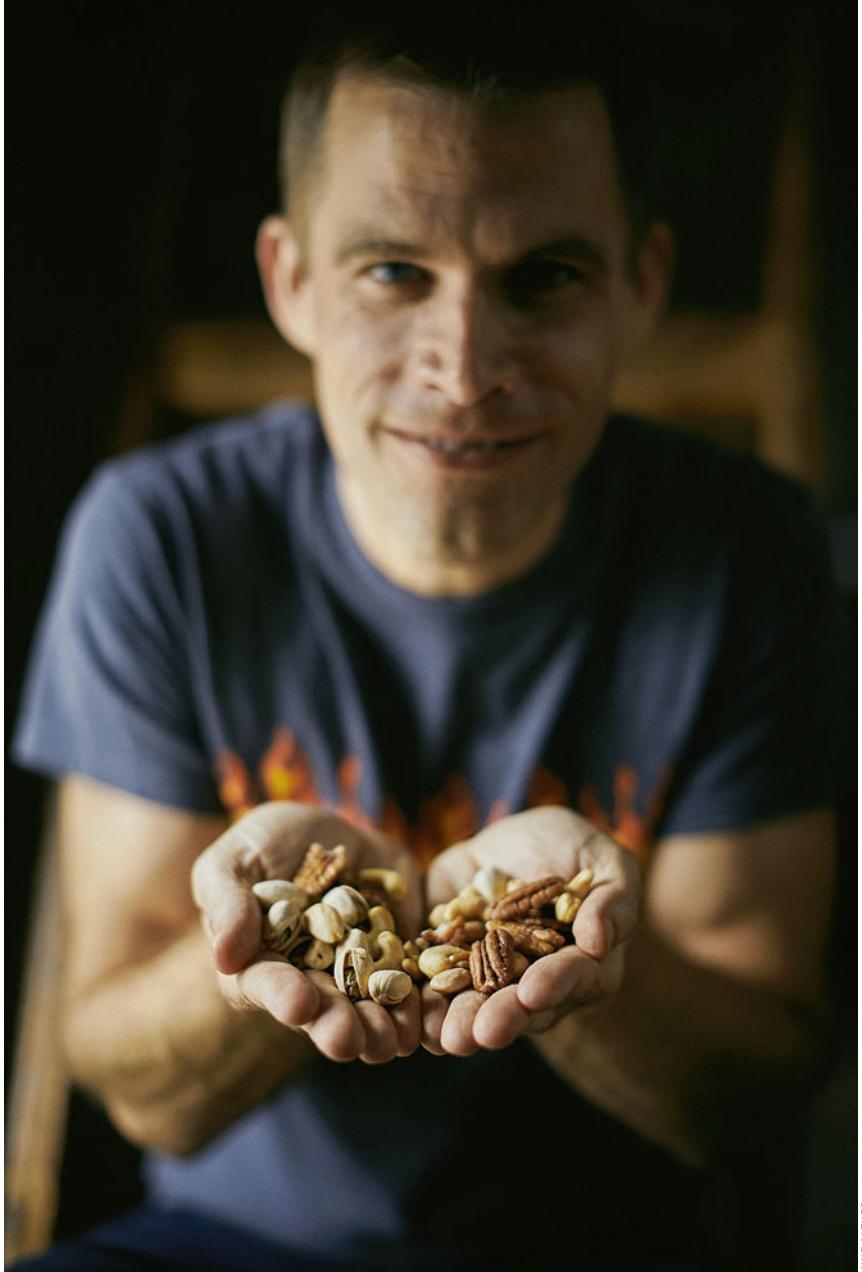
Kasts Ansatz basiert nicht auf der Vermittlung eines Glaubenssystems, sondern er empfiehlt eine Handlung: »Kochen Sie!« Der Beginn der Heilung von jenen Übeln, die durch falsche Ernährung befördert werden – es sind eine ganze Menge –, liegt also in den Händen der Leser selbst. Das ist ein Ansatz, dessen Brisanz man leicht übersieht. Eigentlich empfiehlt Kast dem Leser, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen. Man fühlt sich an den Schluss von Sofia Coppolas großem Film »Somewhere« erinnert. In dem Film geht es um einen Filmstar, wie seine Tochter ihn sieht. Der Mann droht den Faden zu verlieren vor lauter Ruhm, mitten im Luxus vereheldet er. Und dann fängt er an zu kochen. Er stiftet ein Band in seiner kleinen Familie und berappelt sich.

So ähnlich erging es Kast in diesem Haus: Zunächst fand er keine Wohnung, die ruhig genug war, denn er ist äußerst lärmempfindlich und arbeitet zu Hause. Er studierte die üblichen Immobilienportale, fand dort aber nichts. Also besann er sich auf eigene Fähigkeiten und nutzte seine Joggingtouren, um die Nachbarn und Mitbürger über den Wunsch nach einer ruhigen Bleibe zu informieren, per Handzettel. Irgendwann meldete sich ein Landwirt, dessen Dialekt Kast erst gar nicht verstand. Der Mann hätte nie auf ein Inserat reagiert, der Zettel war das perfekte Medium in der Dorfgemeinschaft.

Aber wie sieht das für die gesamte Gesellschaft aus? Diese Frage liegt letztlich auch dem »Ernährungskompass« zugrunde: Jeder muss etwas essen, jeder wünscht es sich bezahlbar, genussvoll und gesund – aber weshalb führt dieses Streben zu industriell gefertigten, teuren und ungesunden Mahlzeiten?

Wer wie Kast über Essen nachdenkt, landet unweigerlich beim Thema Autonomie. Es klingt einfach und einleuchtend. Doch es gibt ein Problem mit dem Zubereiten von saisonalem Gemüse, das nicht weit transportiert, nicht verarbeitet wird, auch mit selbst gebackenem Brot, Nüssen,

Bas Kast: »Der Ernährungskompass«, C. Bertelsmann; 320 Seiten; 20 Euro. Bas Kast: »Der Ernährungskompass – Das Kochbuch«, C. Bertelsmann; 224 Seiten; 22 Euro. Erscheint am 25. Februar.



MIKE MEYER

Bestsellerautor Kast: Ungesund ernährt, bis das Herz nicht mehr mitspielte

Öl und sehr wenig frischem Fisch. Das alles erzeugt wenig Umsatz. Kaum jemand verdient Geld daran. So beleuchtet das wissenschaftlich fundierte Buch über Gesundheit und Ernährung plötzlich, durch seinen großen Erfolg, gewissermaßen unabsichtlich, einen ganz anderen Bereich unseres Lebens, die Wachstumsidiologie.

Bas Kast wurde nach diesem Erfolg von diversen Leuten angesprochen, um die Prinzipien weiterzudenken, zu entwickeln und ihnen eine ökonomische Rolle zu erfinden. Ein großer Konzern war dabei, führend auf dem Gebiet der Medizintechnik. Nun interessierte man sich dort aber auch für die Prävention, weil das Thema ganz offensichtlich noch Potenzial versprach und die Probleme einer alternden Gesellschaft sich nicht in

Kliniken allein lösen lassen werden. Kast hörte sich diverse Ideen an, eine besondere Saftpresse war darunter. Aber Kast liegt viel daran, Obst in der ursprünglichen Form zu konsumieren, mit allen Fasern und der eigenen Struktur. Er sah schlicht keine Verbesserung darin, Apfelsaft oder Orangensaft zu produzieren, wenn man einfach das Obst selbst essen kann. Nach seiner Logik greifen aufgeklärte Zeitgenossen weder zur teuren Saftpresse noch zu den Säften, seien sie noch so frei von Zusätzen. Je mehr wir selbst machen, desto besser.

Doch sein Ansatz hat noch andere Konsequenzen. Sollte sich eine Gemeinde dazu entschließen, spaßeshalber bis zum Sommer nach den Linien des »Ernährungskompass« zu essen und zu kochen,

dann bliebe das nicht ohne direkte wirtschaftliche Auswirkungen. Die Filialen der Fast-Food-Ketten könnten schließen und ebenso die Cola-Abfüller. Bei Details der kastischen Empfehlungen schwankt die Wissenschaft noch, aber eine Sache ist deutlich: Cola, Pommes und Burger verstärken alles, was nicht verstärkt werden soll. Wenn man davon lässt und sich bald erholt, werden vermutlich auch viele Medikamente überflüssig. Nahrungsergänzungspräparate wie Vitaminpillen, aber auch die diversen Senker von Blutdruck und Diabetesmedikamente. Apotheken und Ärzte würden ihre Stammkundschaft verlieren.

Es ist ein perverses System: Der postmoderne Kapitalismus zwängt die Menschen in ein Zeikorsett, sodass sie meinen, zum Einkaufen und zum Kochen keine Zeit zu haben. Zeit, die in den Jahren, in denen noch ordentliches Wachstum erwirtschaftet wurde, also den Fünfzigern und Sechzigern, allerdings durchaus vorhanden war. Später verkauft man ihnen Fast Food, Tiefkühlkost oder empfiehlt digital bestelltes Essen von elend entlohnenden Lieferdiensten und sorgt für eine körperliche Verfassung, die schlechter ist, als sie sein müsste. In der Summe aber entsteht aus angerichtetem und wieder behobenem Schaden Wachstum.

Nun gelingt ein Gericht nicht wegen des guten kapitalismuskritischen Gehalts, es muss auch schmecken. Und das verbindet sich mit Emotionen, kulturellen Prägungen, auch Stimmungen, die von Wetter und Licht abhängen. Im Winter brauchen wir eher Schokolade, von der Kast auch sehr viel hält, solange ihr Kakaoanteil nur hoch genug ist. Aus seiner holländischen Kindheit hat sich Kast eine Liebe zur Erdnussbutter bewahrt. Auf der Anrichte in der Küche steht ein großes Glas davon, er bezieht es von einem Onlineshop für niederländische Spezialitäten, bei dem man einmal neugierig wäre zu erfahren, ob es noch ein zweites Produkt im Angebot gibt. Es passt in seine Erkenntnis von den gesunden Fetten – er bestreicht eine Scheibe seines lauwarmen Vollkornbrots damit und genießt es als spätes Frühstück.

Seine Frau ist ebenfalls Wissenschaftlerin, forscht an einer Universität. Sie beeinflusst indirekt seine Themen. Wenn sie abends nach Hause kommt, hat er schon den Ehrgeiz, ihr etwas Unerhörtes und Interessantes aus seinen täglichen Lektüren erzählen zu können. Das Kochbuch eignet sich für das Abendessen, sofern alles klappt. Aber was kommt dann? Wenn ihn das gewaltige Thema der gesunden und guten Ernährung je aus den Fängen lässt, möchte Kast sich frei machen für eine ganz andere, simple Frage: Was ist eigentlich gute Erziehung? Nils Minkmar



Die exklusive Kino-Preview!

Präsentiert von **DER SPIEGEL live**

Jetzt zwei kostenlose Karten reservieren.





BEN IS BACK

Unerwartet steht der 19-jährige Ben (Lucas Hedges) an Weihnachten bei seiner Familie vor der Tür. Niemand hatte mit ihm gerechnet, denn Ben macht einen Drogenentzug und sollte das Fest eigentlich in der Entzugs-klinik verbringen. Seine Mutter Holly (Julia Roberts) ist überglücklich, aber auch schwer besorgt, dass Ben einen Rückfall erleiden könnte – die Erinnerung an seine Sucht ist allgegenwärtig, und überall lauert die Gefahr, dass sie ihn wieder einholt. Vor allem Bens Schwester Ivy (Kathryn Newton) und sein Stiefvater Neal (Courtney B. Vance) sind skeptisch, hat die Familie doch wegen Ben sehr gelitten. Also nimmt Holly ihren geliebten Sohn nur unter einer Bedingung für das Weihnachtsfest zu Hause auf: Sie will ihn keine Sekunde aus den Augen lassen! In den folgenden turbulenten 24 Stunden wird Hollys Liebe zu Ben auf eine harte Probe gestellt, und sie muss alles tun, um ihre Familie zusammenzuhalten und Ben vor sich selbst zu bewahren ...

Eine Mutter kämpft wie eine Löwin um das Schicksal ihres Sohnes. OSCAR®-Preisträgerin Julia Roberts brilliert in dem aufwühlenden Familiendrama BEN IS BACK, das sich zu einem mitreißenden Thriller entwickelt, der immer weitere Kreise zieht. Lucas Hedges, der nach begeisternden Auftritten wie in »Three Billboards Outside Ebbing, Missouri« zum Nachwuchsstar avancierte und für »Manchester By The Sea« sogar eine OSCAR®-Nominierung erhielt, spielt die Titelrolle mit faszinierender Mehrdeutigkeit. Seine Rückkehr nach Hause entwickelt sich zu einem intensiven Trip, der zutiefst berührt.

www.tobis.de/film/ben-is-back

[f /benisbackmovie](https://www.facebook.com/benisbackmovie)

Die Preview-Aktion wird am **Montag, dem 7.1.2019** stattfinden. Für **zwei kostenlose** Kinokarten können Sie sich ab sofort online registrieren: www.spiegel.de/kinopreview

Ab Donnerstag, dem 3.1.2019 werden Sie per E-Mail informiert, ob Sie bei der Preview dabei sind.

Achtung: Die Tickets sind nicht übertragbar. Missbrauch wird zur Anzeige gebracht.



QR-Code scannen und online registrieren unter
[www.spiegel.de/
kinopreview](http://www.spiegel.de/kinopreview)

Berlin

Zoo Palast
Hardenbergstraße 29a
Beginn: **20.00 Uhr**

Düsseldorf

Atelier-Kino im Savoy-Theater
Graf-Adolf-Straße 47
Beginn: **20.00 Uhr**

Frankfurt am Main

Harmonie Kinos
Dreieichstraße 54
Beginn: **20.00 Uhr**

Hamburg

Astor Filmlounge
Am Sandtorkai 46a
Beginn: **20.00 Uhr**

Hannover

Kino am Raschplatz
Raschplatz 5
Beginn: **20.00 Uhr**

Köln

Weisshaus Kino
Luxemburger Straße 253
Beginn: **20.00 Uhr**

Leipzig

Passage Kinos
Hainstraße 19a
Beginn: **20.00 Uhr**

München

Gabriel Filmtheater
Dachauer Straße 16
Beginn: **20.45 Uhr**

Nürnberg

Cinecittà
Gewerbemuseumsplatz 3
Beginn: **20.00 Uhr**

Stuttgart

Delphi
Tübinger Straße 6
Beginn: **20.00 Uhr**

**Preview am 7. Januar
Kinostart am 10. Januar**

Anders atmen

Kulturgeschichte 1919 war das Jahr, in dem das Bauhaus entstand, die erste Waldorfschule gegründet und die seltsame Idee geboren wurde, der Mensch sei zu perfektionieren. Das Missverständnis lebt bis heute fort.



T. LUX FEININGER / DDP IMAGES

T.-Lux-Feininger-Foto »Sprung übers Bauhaus«, um 1927: Kunst und »kommender Glaube«

Es war ein gewisser Größenwahn, mit dem der Architekt und Frontveteran Walter Gropius 1919 auf die tiefe Sinnkrise seiner Zeit reagierte, auch wenn er selbst, fast bescheiden, nur von einer »glühenden Hoffnung« sprach. In Weimar eröffnete er eine Akademie, er nannte sie Bauhaus, wollte dort Künstler und Gestalter ausbilden – und »den neuen Menschen in neuer Umgebung aufbauen«.

Hundert Jahre ist das her. Der große Krieg, im November 1918 beendet, hatte die äußere und innere Verletzbarkeit der Menschen bewiesen, nichts davon war 1919 verwunden. Die ganze Gesellschaft erschien noch wie ein Trümmerfeld, vielfach gespalten. Wie ein Dunst legte sich damals etwas über die Epoche und ist seitdem nicht wieder verschwunden: der Glaube an die Vervollkommnung des Menschen.

Künstler, Politiker, esoterische Gurus – alle sprachen plötzlich vom »neuen Menschen«, vom »neuen Menschen-tum«, vom richtigen Leben. Selbst Zeitschriften wie »Deutsche Kunst und Dekoration« forderten im Nachkriegsjahr 1919 einen »neuen«, einen »aufrichtigen Lebensstil«. So gelinge der »Übergang, den wir auch geistig und seelisch durchmachen müssen«.

Die Vorstellung, der Mensch lasse sich perfektionieren, ist geblieben, bis heute. Sie hängt zusammen mit der Illusion vom Gutmenschen, der davon ausgeht, er mache die Welt nicht zuletzt durch seinen Lebensstil zu einer besseren. Dadurch, wie er seine Wohnung möbliert, wie er sich kleidet, was er isst, welchen Sport er treibt. Im Jahr 2019 ist das leichter denn je, im Grunde ist es schon erledigt, wenn man Bioprodukte einkauft, Yoga macht oder zum Follower der einschlägigen Hashtags wird: etwa von #vegan, von #umweltschutz oder von #weltverbesserer.

Eine größere Reihe von Ausstellungen, Filmen und Büchern zum Jubiläum von Gropius' Akademie wird das Jahr 2019 kulturell mitprägen. In Weimar und Dessau werden sogar neue Bauhaus-Museen eröffnet – deren Architekturen sind passenderweise das, was man international als »bauhaus« bezeichnet. Mit minimalistischer Kantigkeit (in Weimar mehr Bunker, in Dessau mehr Glaspalast) wird versucht, die 100 Jahre alte Idee des Neuen, der damaligen Nachkriegsmoderne zu konservieren.

Von dieser Moderne habe sich die Menschheit schließlich Erlösung erwartet wie von einer Religion, sie sei ein Ersatz-glaube gewesen, sagen Kunsthistoriker. Weil heute immer noch alle auf Erlösung

hoffen, hat die Idee und vor allem die Ästhetik des Modernen anhaltende Bedeutung, sie wird sogar regelrecht verehrt. Wagenfeld-Lampen, Breuer-Stahlsessel, Brandt-Teekannen, all die berühmten Designobjekte vom Bauhaus, sind auch Symbole einer guten und viel zu kurzen deutschen Vergangenheit geworden.

Allerdings erzählen sie nicht die ganze Wahrheit über die Institution, über diese Ära damals, die so widersprüchlich war und solche Langzeitfolgen hatte.

Viele zum Beispiel gedenken dieser Schule als Ursprungsort einer rationalen Ästhetik, sie haben ein kühles Labor im Sinn. Doch in den ersten Jahren war die Lehranstalt das Gegenteil – und deshalb, wegen ihrer überbordenden Emotionalität und Irrationalität, ist sie so beispielhaft für das damalige Deutschland, für diese junge, unerfahrene Republik.

Gropius hatte zwei bestehende Weimarer Kunstschenks verschmolzen und mit

Tatsächlich wollte auch Itten einen neuen Menschen erzeugen, er wollte das wohl noch mehr als Gropius, und zwar mithilfe einer obskuren Lehre namens Mazdaznan. Sie war ein Glaubensimport aus den USA, wo ein Einwanderer namens Otto Hanisch sie Ende des 19. Jahrhunderts erfunden hatte, und durch Itten war sie unter den diversen esoterischen Strömungen an der Schule die populärste. Esoterik sei am Bauhaus »Tagesgespräch« gewesen, so erinnerte sich später einer der Meister.

Mazdaznan war ein Mix aus verschiedenen Mythen – und durchdrungen von Rassismus. Itten, der in einer selbst entworfenen Kutte herumlief, der vor allem für die neuen Schüler zuständig war, aber auch den Speiseplan der Schule mitbestimmen wollte, war der Meinung, vegetarisches Essen, bewusstes Atmen, viel Bewegung und überhaupt die richtige Lebensführung hätten der »weißen, arischen

Rasse« zur »weiteren Evolutionierung«. In Vorträgen sprach er über die »Ziele der reinen Arierlehre« und den »kommen-den Menschen«. Außerdem entwarf er ein »Haus des weißen Mannes«. Und auch dessen kubischer Stil war schon sehr bauhaus.

Im Jahr 1923 verließ dieser guru-hafte, auch autoritäre Meister die neuartige Lehranstalt, er hatte viele Schüler hinter sich geschart und versucht, zum eigentlichen Anführer zu werden, nur damit hatte er die Toleranz von Gropius und etlicher Anti-Esoteriker an der Schule zu sehr strapaziert.

Nach seinem Weggang wurde das Bauhaus tatsächlich ein La-

bor der Avantgarde, der Funktionalität. Einerseits. Andererseits blieb auch durch Lehrkräfte wie den Maler Wassily Kandinsky eine gewisse esoterische Färbung bestehen, wurde darüber hinaus die Anbetung des Utopischen und damit des Unmöglichen nie ganz aufgegeben. Mit dreieckigen Kinderwiegen, mit geometrischen Teppichmustern, klaren Typografien und fotografischen Experimenten erhielt dieser Glaube seine Gestalt.

Die Ausstellung »Moderne am Main 1919–1933«, die Mitte Januar im Museum Angewandte Kunst in Frankfurt eröffnet wird, erinnert daran, welche Hoffnung die Deutschen auch andernorts auf eine umfassende Transformation setzten. Ihr sollte sich alles unterziehen, die Körper, die Frisuren, die Architekturen. Aber neben den modernen entwickelten sich auch antimoderne Bewegungen, und oft genug überschnitten sie sich, die Grenzen waren nicht immer klar erkennbar. Alle benutzten das



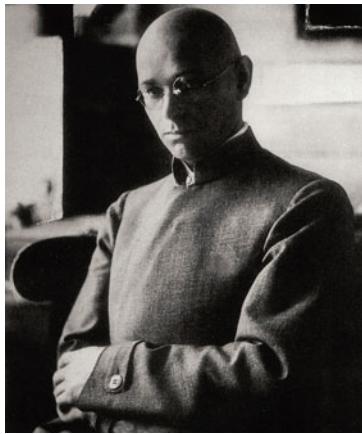
Hauptsitz der Anthroposophischen Gesellschaft in der Schweiz
Für »Führer«, »Sonnenland« und »Weltenäther«

der daraus entstandenen Einrichtung etwas Neues und zugleich extrem Nostalgisches im Sinn. Sein Bauhaus sollte eine Wiederauferstehung der mittelalterlichen Bauhütten sein, er wollte das Handwerkliche, das Gemeinschaftsgefühl stärken, er wollte im Grunde Überirdisches liefern. In seinem Gründungsmanifest beschwore er einen »neuen kommenden Glauben«. Und die Schülerschaft beteuerte bald, sie ringe mit jenem Geist, der in der Gotik gelebt habe und »der unser Volk aus dem Abgrund emporführen kann und wird«.

An dieser zuerst so rückwärtsgewandten Reformschule nannte man die Lehrkräfte nicht Professoren, sondern Meister. Einer war der Maler Johannes Itten, der Schweizer wurde die Symbolfigur der ersten Jahre, er dominierte sie sogar. Offenbar hatte er vor, das Bauhaus – so sah es sein Kollege Oskar Schlemmer – zu einem »Kloster mit Heiligen oder doch Mönchen« zu machen.



Architekturentwurf*, Künstler Itten um 1920: Rassistische Moderne



selbe Vokabular. Nun lässt sich die Be- schwörung des neuen Menschen schon in der Bibel finden. Wann immer eine Bewe- gung in die Zukunft drängt, taucht die Idee wieder auf. Bei Karl Marx war das so, auch bei den russischen Revolutionären von 1917, und ebenso laut wurde der Zukunfts- mensch in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg ausgerufen.

Viele, die sich 1919 für Erneuerer hiel- ten, führten die Reformbewegungen der Vorkriegszeit fort, spitzten sie aber in die eine oder andere Richtung ideologisch wei- ter zu. Die Wandervogelbewegung wurde zur »Bündischen Jugend«, spaltete sich in diverse Ableger, überhaupt wurden Grup- pen aller Art gebildet, offenbar musste die Sehnsucht nach Zugehörigkeit gestillt wer- den. Die Zwanzigerjahre waren auf jeden Fall nicht nur eine Dekade der berauschten Bohemiens. Schlagworte wie Disziplin und Selbstdisziplin wurden populär – aber ebenso sah man überall Dämonen.

In Deutschland und in der Schweiz wurde viel über den Esoteriker Rudolf Steiner und seine Anthroposophie gespro- chen, für ihn war sie eine »Wissenschaft« des Geistes und der Geister, auch Itten kannte sich da gut aus. Steiner, gebürtiger Österreicher und für seine Anhänger ein Entsendeter aus dem »Sonnenland« der Seligen, hatte sich vor dem Krieg in Berlin den Theosophen angeschlossen und schließlich seinen eigenen Karma-Okkul- tismus abgeleitet.

Seine Bewegung basierte auf Visionen, Steiners »Schauungen« in den »Welten- äther«. Steiner versprach, seine »Geistes- schüler« aus dem Chaos zu führen. Und dieses Chaos herrschte seiner Meinung nach überall, deshalb sollte alles im Sinne seiner Lehre umgeformt werden, der Staat, die Wirtschaft, die Medizin, die Pädagogik. Neben der Ablehnung der repräsentativen Demokratie propagierte auch er Rassismus, sein »Wurzelrassen«-Konzept war

zentraler Bestandteil seiner Ideologie, sei- ner Idee vom neuen Menschen.

Es gab nichts, womit sich Steiner nicht auszukennen glaubte. Selbstbewusst verfasste er sogar ein fünftes Evangelium, die Anthroposophie galt ihm als besseres Christentum.

1919 gab er ein Buch zu seiner Lehre heraus, er eröffnete mit dem Besitzer der Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria eine erste Waldorfschule in Stuttgart, 1920 gründete er in der Schweiz und in Deutsch- land Gesellschaften wie Futurum AG und Der Kommende Tag AG, das bis heute existierende Unternehmen Weleda ging daraus hervor. Steiner starb 1925, doch seine Geistesbrüder führten die Bewe- gung fort.

In Deutschland wurde die Anthro- posophische Gesellschaft 1935 offiziell ver- boten – trotz ideologischer Übereinstim- mungen mit dem Nationalsozialismus und obwohl sich NS-Funktionäre für sie ein- setzten. Denen hatten es unter anderem die »biologisch-dynamischen« landwirt- schaftlichen Visionen der Anthroposop- phen angetan. Im Gegenzug feierte der anthroposophische Verband Demeter in seiner Zeitschrift Hitler, auch noch lange nach 1935, »der Führer« verteidigte die »Ehre« und die »Lebensrechte des deut- schen Volkes«. Nach dem Krieg etablierte sich diese Weltanschauung erneut, heute ist sie ein globales Glaubens-, Bildungs- und Geschäftsmodell.

Vielleicht ist dies sogar das schwierigste Erbe von 1919 – diese Gleichsetzung einer gewissen Lebensführung mit einem ver- meintlich zukunftsfähigen, irgendwie erleuchteten Charakter. Heute gehört zum Gutmenschen-Lebensstil im Sinne Stei- ners mehr denn je die Feier des Biodynamischen, ebenso die Befürwortung einer »direkten« Demokratie und eines Grund- einkommens. Eigentlich war das alles aber die ganze Zeit da. Joseph Beuys etwa, ein ergebener Bewunderer und Interpret Stei- ners, forderte in den Achtzigerjahren

»Volksabstimmungen«, er hielt politische Parteien für »Unsinn« und fand, »auf Ein- kommen besteht ein Menschenrecht«.

Itten, Steiner und andere Propheten des neuen Menschen setzten nach 1919 auf Veränderung, auf die Arbeit ihrer Schüler am eigenen Ich. Und doch wollten sie kei- ne starken Persönlichkeiten um sich herum versammeln, sondern Jünger. Letztlich ging es ihnen nicht um den guten Men- schen, sondern um den gutgläubigen.

Seit 1919 waren die Menschen also im Reformmodus und sind es bis heute. Sie wurden dabei nicht klüger, schon gar nicht menschlicher. Und die Kultur, auf die sich Leute wie Gropius als Mittel zur Stärkung und Optimierung der Charaktere verlas- sen hatten, konnte das Land vor nichts bewahren.

Auch der Nationalsozialismus nahm vor 100 Jahren seinen Anfang. Im Januar 1919 war die Deutsche Arbeiterpartei ge- gründet worden, ihre Anführer hielten in Münchner Wirtshäusern Reden, etwa zu dem Thema »Wie besiegt man den Kapitalismus?«. Im Herbst trat der 30 Jahr- alte Adolf Hitler bei, der sein Geld als Spitzel der Reichswehr verdiente, aber durchaus noch an eine Künstlerkarriere glaubte. 1920 benannte sich die Partei in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter- partei um.

Hitler entwarf die Parteifahnen, besuch- te oft das Künstlerviertel Schwabing – und hielt sich, so beschrieb es vor ein paar Jah- ren die Kunsthistorikerin Birgit Schwarz in einem grundlegenden Buch zu Hitlers Geniekult, nach wie vor für ein kommen- des Genie, aus seinem Künstlerbewusst- sein habe er überhaupt erst den Führer- mythos entwickelt. Bald verlangte er nach einem »Diktator, der ein Genie ist«.

Im Singular klingen manche Modesätze des Jahres 1919 harmlos. Wenn aber nicht nur »der neue Mensch« ersonnen wird, sondern »die neuen Menschen« gewollt sind, scheint schon der Totalitarismus auf. Wenn es also nicht mehr um Individuen, sondern um Massen geht. Die National- sozialisten dachten stets im Plural.

Das Bauhaus wurde in Weimar von einer früh erstarkenden Rechten angefeindet. Es zog 1925 nach Dessau, eine letzte Station war dann Berlin, bevor es 1933 geschlossen wurde. Es war zu revolutionär, zu progressiv geworden. Nicht mehr der Mensch sollte sich ändern, sondern die Gesellschaft für den Menschen verbessert werden, das war die radikalere und huma- nere Idee gewesen. Ulrike Knöfel

Video

Zum Kaffee bei Ilse Gropius

spiegel.de/sp12019gropius
oder in der App DER SPIEGEL



* »Haus des weißen Mannes« von Johannes Itten, 1921.

Über die Trödelei

Selbstkritik Jeder möchte sein Leben ändern. Aber gute Vorsätze können in Teufels Küche führen.

Das Ende des Jahres könnte bedeuten, dem Friedhof der guten Vorsätze einen respektvollen Besuch abzustatten und dann zur erleichterten neuen Tagesordnung überzugehen. Das findet eher selten statt. Viele Menschen, die Autorin eingeschlossen, beenden den Zyklus von 52 Wochen mit einer freundlichen Amnesie und starten den nächsten unter dem trügerischen Eindruck von Ressourcen, die mit Festlichkeit und Alkoholmissbrauch einhergehen. Noch liegen auch jene Weihnachtsgeschenke von guten oder auch fernren Freunden und Familienmitgliedern auf dem Coffee Table, die als freundlich mahnendes Stimulans gedacht waren – Kochbücher, Ratgeber für mehr Sport, Zeitmanagement, Meditation, bessere Ernährung etc.

Man kann diese Besinnungsliteratur in Stimmen des gütigen oder fordernden Eltern-Ichs unterscheiden, je nachdem ob man lernen soll, »die Seele baumeln« zu lassen oder ganz neue Tüchtigkeiten zu entwickeln (als Läuferin, als Vater, als Gastgeberin oder Ähnliches). Daraus lässt sich dann ableiten, ob die soziale Umgebung einen eher als Burn-out-Kandidaten oder als liebenswürdiges Faultier wahrnimmt. So oder so bleibt aber der Optimierungsdruck, die Aufforderung, mit seiner Lebenszeit sinnstiftend umzugehen, eine Art Memento mori, wie es die Kunstgeschichte mit drastischen oder sanften Motiven, mit Totentänzen oder Fruchtfliegen seit Jahrhunderten pflegt. Das Leben ist kurz.

Da wir westlichen Geschöpfe unsere Zeit auf der Erde kaum anders denken können als einen Pfeil, dem das Sterben eine Grenze setzt, liegt es nah, auf dieser Linie des Lebens so viel wie möglich unterzubringen. Sie wach zu erleben und nicht zu verämmern, ihr Intensitäten abzutrotzen, aus denen dann Erinnerungen werden. Damit privilegieren wir das Ereignis vor der Wiederholung, das Besondere vor dem Immergleichen, das Herausgehobene vor der Fototapete des Alltags.

Eine gewisse Bereitschaft zur Erhitzung liegt also in unserer Natur. Keine Zeit zu haben oder immer weniger Zeit zu haben ist ein Widerspruch in sich – jedenfalls wenn wir der physikalischen Zeitmessung vertrauen –, aber eine psychische Wahrheit. Denn unsere Smartphone-Existenz erhöht die innere Sprungbereitschaft tatsächlich, und die Aufspaltung der Gegenwart in die analoge und die virtuelle Welt, deren Mitteilungen unaufhörlich fließen, kann, meiner Erfahrung nach, das Nervensystem wirklich leise zerrüttten. Andererseits: Die Klage über das Vergehen der Lebenszeit ist älter als das Onlinezeitalter, es gab sie schon vor der industriellen Moderne, die mit der Eisenbahn, mit der maschinellen Produktion, mit den Taschenuhren und den getakteten Arbeitsverhältnissen aus einem träge mäandernden Fluss einen Ka-

nal zum Transport von Lebenseinheiten machte. Mein persönliches Memento mori ist ein Blatt aus dem literarischen Raben-Kalender von einem Montag, dem 31. Juli, und lautet: »Man muß die Hälfte seiner Zeit vertun, um mit der anderen etwas anfangen zu können.«

Dieser Montag muss lange her sein, da galt noch die alte Rechtschreibung. Der Satz selbst, Charles de Montesquieu zugeschrieben, dem wir unsere Idee der Gewaltenteilung verdanken und der in seiner damals eher üppigen, heute eher schmal erscheinenden Lebenszeit von 66 Jahren allerhand geschafft hat. Auch im 18. Jahrhundert (er starb am 10. Februar 1755 in Paris), in der legendären Tändelphase des Rokoko, da wir uns die Wohlgeborenen als ewige Kinder der Behaglichkeit vorstellen, erinnerte ein prominenter Intellektueller an die Trödelei als eine bedrohte Tugend.

Wir erlauben das Trödeln, die nicht effizient genutzte Zeit, eigentlich nur Kindern und Greisen. Auch im Ruhestand gibt es die soziale Erwartung, etwas aus dieser Lebensphase zu machen, und sei es, sich zu entschleunigen, achtsam zu werden und wie dergleichen noch heißt. Das montesquieusche »Vertun« meint aber möglicherweise eher die Verschwendug,



Vanitas-Darstellung aus dem 17. Jahrhundert: Das Leben ist kurz

einen Modus des Seins, der intuitiv verläuft, verspielt, emotional ungerichtet, dem inneren Wetter folgend und dabei ohne das Barometer der Selbstbeobachtung, eine Art Schlummer jeglichen Eifers.

Für diese Art psychische Erholung haben früher Rituale gesorgt, für deren Gelingen kein Einzelner verantwortlich war und die überhaupt wenig Spektakuläres an sich hatten, Vereinstreffen, Kirchenkreise, Stammtische und dergleichen; mir scheinen sie immer weniger zu werden. Und wenn man die literarischen Reflexionen über das Ende der Arbeiterklasse von französischen Autoren wie Didier Eribon und Édouard Louis daraufhin betrachtet, bringt der Schwund dieser Formen sozialer Entlastung auch eine gehörige, wenn auch unbestimmte Wut mit sich. Auch hier also sind wir Kinder der Globalisierung zum privaten Heldenstum verurteilt. Die subjektive Trödelei allerdings ist ungleich schwerer zu verzeihen als die soziale, man kann also der Paradoxie nicht entgehen, auch daraus einen Vorsatz zu machen. Ich tu's. Elke Schmitter

»Dadadadidii-dadi«

SPIEGEL-Gespräch Christian Bruhn komponierte »Marmor, Stein und Eisen bricht« und rund 2000 weitere Schlager. Sie machten ihn reich, brachten ihm aber den Ruf eines Schnulzenheinis ein.

Bruhn, 84, ist einer der erfolgreichsten deutschen Komponisten und Produzenten. Er schrieb Schlager für Freddy Quinn, Mireille Mathieu und seine zweite Ehefrau Katja Ebstein, zudem die Titelmelodien der Kinderserien »Heidi«, »Wickie«, »Captain Future« und »Timm Thaler«. Bis 2009 war er Aufsichtsratsvorsitzender der Musikautoren-gesellschaft Gema. Im Januar kommt ein Dokumentarfilm über ihn ins Kino*. Bruhn lebt in München.

SPIEGEL: Herr Bruhn, Menschen singen Ihre Lieder besonders gern, wenn sie ange-trunken sind. Ist Ihnen das unangenehm?

Bruhn: Melodien halten sich nur, wenn die Feuerwehrkapelle sie spielt oder sie auf dem Oktoberfest laufen. Ich mache Musik nicht für eine schief gebildete Elite, sondern für 95 Prozent der Menschen, und die dürfen sich gern betrinken. Es war mir nie wichtig, auf der Straße erkannt zu werden, aber ich will dort gepfiffen werden.

SPIEGEL: Welcher Ihrer Hits wird am häufigsten gepfiffen, gesungen, gegrölt?

Bruhn: »Marmor, Stein und Eisen bricht«. Der Witz ist: Die ersten vier Takte sind gar nicht von mir. Drafi Deutscher kam damals an, packte seine Gitarre aus und sang mir vor: »Làlala-làlala-làlala, dam-dàm, dam-dàm«. Das »dam-dàm« erinnerte mich an den Beginn eines Lieds na-

mens »Schnürlregen«. Also dichtete ich: »Weine nicht, wenn der Regen fällt ...«. Nach einem Überlegen fiel mir der alte Albumvers mit Marmor, Stein und Eisen ein.

SPIEGEL: Was macht das Lied besonders?

Bruhn: Es ist raffiniert komponiert, es beginnt zurückhaltend, erst ist da nur die Gi-



RODERICK ALCHINGER / DER SPIEGEL

Musiker Bruhn: »Ich will gepfiffen werden«

tarre. Dann kommt, wullewullewullewulle, das Schlagzeug, danach wird es groß und kräftig. Eigentlich ist es ein Rocksong.

SPIEGEL: Wie viel haben Sie damit verdient?

Bruhn: Ich bitte Sie, das Stück ist von 1965, das kann man nicht beziffern. Es könnte eine sechsstellige Summe sein. Ihr Journalisten fragt immer nach dem Geld! Ich mache mir nichts aus Geld. Es muss nur

genug davon da sein. Das war es immer, auch noch nach meiner bitteren Scheidung von Erika ...

SPIEGEL: ... einer der beiden Interpretinnen Ihres »Heidi«-Lieds ...

Bruhn: ... die mich die Hälfte meines Vermögens gekostet hat. Aber ich war auch danach noch ein fröhlicher Bursche, es blieb mir ja genug übrig.

SPIEGEL: Zehn Millionen Mark, hieß es damals in der Presse.

Bruhn: Wenn ich Angst vor der Altersarmut habe, hole ich mir Trost bei meinem Vermögensberater, der sagt: Es langt. Ich brauche nicht mehr viel. Früher hatte ich die dicksten Autos, heute ist es ein Fiat Panda. Meist fährt damit meine Haushälterin, zur Post und zu Edeka. Ich habe Kleidung, die ist teilweise 40 Jahre alt. Die Bank, auf der Sie sitzen, die Stühle, der Tisch und das Board, die sind vom Anfang der Sechzigerjahre, als ich hier in mein Haus eingezogen bin.

SPIEGEL: 1962 hatten Sie gerade die Deutschen Schlagerfestspiele gewonnen, mit »Zwei kleine Italiener«, gesungen von Conny Froboess. Hat das Lied Ihr Haus finanziert?

Bruhn: Dafür musste ich schon ein bissel mehr tun. Die Single hat sich zwar eine Million Mal verkauft, pro Platte gab es für den Komponisten aber nur vier Pfennig, macht 4000 Mark. Das ist

nix. Heute ist es noch lächerlicher: Läuft ein Song von mir auf Spotify, bekomme ich 0,001 Cent. YouTube überweist mir gar nichts, die bezahlen lediglich eine Pauschale an die Gema. Es ist ein Verbrechen!

SPIEGEL: Wo komponieren Sie?

Bruhn: Am Schreibtisch oder am Computer.

SPIEGEL: Der Autor Alexander Kluge sagt, wenn er es sich aussuchen könnte, würde er nur an glücklichen Tagen schreiben.

* »Meine Welt ist die Musik«; Start: 10. Januar.
Das Gespräch führte der Redakteur Alexander Kühn.

Bruhn: Ich bin nicht so kompliziert. Ich bin glücklich, wenn ich schreiben kann.

SPIEGEL: Fallen Ihnen Melodien im Traum ein?

Bruhn: Ja, nur beim Aufwachen klingen sie nicht mehr so schön. Heute Nacht habe ich folgenden Text geträumt: »Ein bisschen Bier, ein bisschen Rauch, ein bisschen Brot für meinen Bauch, ein bisschen Spaß und etwas Liebe« – jetzt müsste etwas kommen wie »das wär das Glück für mich«.

SPIEGEL: Sind Schlager Kunst?

Bruhn: Jede Musik ist Kunst.

SPIEGEL: Sind Schlager Kitsch?

Bruhn: Kitsch wird definiert als verlogenem Gefühl. Können Gefühle lügen?

SPIEGEL: Einmal sollen Sie ein Klavier angezündet haben, weil Sie als »Schnulzenheini« beschimpft worden waren.

Bruhn: Es hat gebrannt wie Zunder. Ich hatte mich mit dem Besitzer eines Berliner Kabaretts gestritten, da fiel die Beleidigung. Ich holte mein Feuerzeug hervor, wollte eine Droggebärde machen, plötzlich stand das Ding in Flammen.

SPIEGEL: Und, sind Sie ein Schnulzenheini?

Bruhn: Ich bin einer der profiliertesten Unterhaltungsmusiker Deutschlands. Sie vergessen, dass ich Filmmusik, Chansons, Instrumentalmusik und den sehr anspruchsvollen Heinrich-Heine-Zyklus für Katja Ebstein komponiert habe.

SPIEGEL: Sie wirken gekränkt.

Bruhn: Ich fühle mich klein gemacht. Ich bin nicht auf Schlagermusik geeicht, ich hatte damit nur meine größten Erfolge.

SPIEGEL: Wird in der Schlagerszene mehr aus Freude getrunken oder aus Frust?

Bruhn: Meist aus Freude. Wobei, ich kannte Sänger, die kamen nur mit Alkohol auf Touren. Billy Sanders, der erste Interpret meines Gartenzwerg-Marschs ...

SPIEGEL: ... »Adelheid, Adelheid, schenk mir einen Gartenzwerg« ...

Bruhn: ... der bekam vor Auftritten ein Tablett mit drei Cognacs. Rex Gildo hatte ein Alkoholproblem. Jürgen Marcus hat sich tragisch zu Tode gesoffen, ich habe eines seiner letzten Alben mit ihm aufgenommen. Aber das sind Ausnahmen.

SPIEGEL: Jürgen Marcus hat sich erst spät als homosexuell geoutet, Rex Gildo nie.

Bruhn: Für Rexi wurde sogar eine Liebelei mit seiner Duettpartnerin Gitte Haenning erfunden. Die Mädchen, die ihn anhimmelten, sollten nicht enttäuscht werden. Sie dürfen aber nicht vergessen, dass Homosexualität bis 1969 unter Strafe stand.

SPIEGEL: Skurril, dass sich Künstler, die auf Deutsch sangen, Namen gaben, als wären sie Popstars aus den USA. Gerd Höllerich nannte sich Roy Black, Herbert Anton Bloeth wurde zu Tony Marshall.

Bruhn: Vielleicht lag es an der Angst der Deutschen, spießig rüberzukommen. Ich habe der Sängerin Manuela, aber auch Drafi Deutscher für ihre ersten Aufnahmen einen kleinen Akzent beigebracht. Der Klang fremdländisch, war aber von mir erfunden und kam gut an. Bei Mireille Mathieu hingegen war das Problem, dass sie kein Deutsch konnte. Bis ihre Aufnahmen verständlich waren, dauerte es Stunden.

SPIEGEL: Interpreten aus anderen Kulturen hatten bei uns nur eine Chance, wenn sie sich anpassten.

Bruhn: Roberto Blanco, für den ich »Ein bisschen Spaß muss sein« geschrieben habe, hätte natürlich auch mit kubanischen Volksliedern auftreten können, nur: Wer will die hören?

SPIEGEL: Lemmy Kilmister von Motörhead hat gesagt, Rock 'n' Roll sei ein Gefühl, das »unten in den Eiern« sitze. Wo sitzt der Schlager?

Bruhn: Musik hat immer mit Sinnlichkeit zu tun. Auch der Schlager spricht mitunter Regionen unterhalb der Bauchlinie an. Er drückt es nur anders aus. Ein Lied von mir geht so: »Ich möcht der Knopf an deiner Bluse sein. / Dann könnt ich nah, nah, nah, nah, nah bei deinem Herzen sein. / Und legst du nachts die Bluse hin, dann bin ich froh, dass ich in deinem Zimmer bin.«

SPIEGEL: Ein bisschen ... schlüpfig ...

Bruhn: Dass im einen oder anderen Schlagertext der Wunsch nach Beischlaf durchscheint – so sind wir Menschen nun mal geschaffen. Schlüpfig waren meine Lieder nie. Ich hatte immer gute Textdichter, ich habe mich auch selbst eingebracht, meine Mitarbeit an den Texten ist Legende. Aus Textdichter Georg Buschors Vorschlag »Wärst du doch in Heidelberg geblieben« machte ich »Düsseldorf«. Mit der vierfachen Alliteration: du, doch, Düsseldorf – darauf lege ich Wert.

SPIEGEL: Wie weit dürfen Schlagertexte gehen?

Bruhn: Sex war lange tabu, wie alles, was verrucht anmutet. Der Bayerische Rundfunk hat in den Sechzigerjahren meine Produktion »Schuld war nur der Bossa Nova« boykottiert, weil die kleine Jane darin erst am Morgen aus der Dancing-Bar nach Hause kommt. Ein anderes Lied von mir heißt: »Ich mach mir Sorgen um dich«. Der Vers endet: »Ich mach, ich mach, ich mach ...« Da dachten die beim BR an Masturbation!

SPIEGEL: Sie auch?

Bruhn: Niemals!



PICTURE-ALLIANCE / DPA



DDP IMAGES



UNITED ARCHIVES / IMAGO



RAINER BINDER / YOUR PHOTO TODAY

Interpreten Mathieu 1982, Quinn 1962, Ebstein 1973, Trickfilmszene aus »Heidi« (2. v. o.): »Können Gefühle lügen?«

SPIEGEL: Wie haben Sie Deutschland damals empfunden?

Bruhn: Die Adenauer-Zeit war schrecklich, es war ein pfeifiges, spießiges Land.

SPIEGEL: Mit Ihrer Musik sind Sie ein Chronist jener Jahre.

Bruhn: Sie neigen zu etwas viel Überbau.

SPIEGEL: »Zwei kleine Italiener« war das erste deutsche Lied über Gastarbeiter. Allerdings war der Text nicht sehr politisch.

Bruhn: »Eine Reise in den Süden ist für andre schick und fein, / doch zwei kleine Italiener möchten gern zu Hause sein.« Im Schlager genügt das, deutlicher muss man nicht werden. Manchmal hatte ich tatsächlich eine Metaebene im Kopf, die im Text nicht explizit vorkam. In »Akropolis adieu«, das ich 1978 für Mireille Mathieu geschrieben habe, heißt es: »Es war September in Athen. / Der letzte Abend war so leer. / Sie fragte ihn: Wann kommst du wieder? / Da sagte er: Vielleicht nie mehr.« Mein Textdichter Georg

Buschor und ich hatten uns vor gestellt, dass ein junger Mann von der griechischen Junta festgenommen und in Ketten gelegt wird, und er verabschiedet sich von seiner Geliebten. Im Lied taucht dieser Kontext nicht auf.

SPIEGEL: Weil Sie befürchteten, er sei den Schlagerfans nicht zumutbar?

Bruhn: Weil Schlager dazu nicht da sind.

SPIEGEL: Sind Sie ein politischer Mensch?

Bruhn: Als Jüngling habe ich vor dem Musikstudium eine Malerlehre gemacht, die hat mich politisch werden lassen. Ich stamme aus einem bildungsbürgerlichen Haus. Die Lehre war ein Eintauchen in eine fremde Welt, die Gesellen mussten richtig malochen. Manche von ihnen waren Kommunisten, ich bin damals in die SPD eingetreten. Die Demokratie haben wir jungen Leute von Ihrem Magazin gelernt. Als Rudolf Augstein während der SPIEGEL-Affäre verhaftet wurde, habe ich geweint.

SPIEGEL: Warum waren Ihre Lieder dann nicht politischer?

Bruhn: Das hat nichts miteinander zu tun. Die Seele hat mehrere Abteilungen.

SPIEGEL: Wollten Sie gesellschaftlich nichts bewirken?

Bruhn: Dazu fehlt mir das Sendungsbewusstsein. Wer mit Musik den Brotpreis senken, die Arbeitslosigkeit abschaffen oder gar die Welt verbessern will, der spinnt. Die Zeigefingerleute sollen ihre Lieder machen, wir machen unsere. Schlager soll Menschen erfreuen, sie vom bösen Alltag lösen.

SPIEGEL: Man nennt das Eskapismus.

Bruhn: Ha, schon wieder! Wozu das Negative da reinbringen? Die überwiegende

Mehrheit der Menschheit äußert sich glücklich und positiv über leicht verständliche Musik. Nein, Sie kriegen mich nicht!

SPIEGEL: Der Komponist Franz Schubert sagte, er kenne keine lustige Musik.

Bruhn: Schubert war ein großer Künstler, aber schwermütig und unglücklich, der arme Kerl.

SPIEGEL: Der Philosoph Theodor Adorno fand, Unterhaltungsmusik sei »Schund«.

Bruhn: Adorno hatte keine Ahnung. Er hat einen sehr dummen Artikel über Jazz geschrieben. Für ihn war das Kakofonie, dabei ist Jazz wunderbar harmonisch. Viele große Unterhalter waren Jazzliebhaber. Peter Alexander, Paul Kuhn. Ich bin es auch.

SPIEGEL: Können Sie mit zeitgenössischer Musik etwas anfangen?

Bruhn: Das Interesse für neuere Bands habe ich nach Led Zeppelin vernachlässigt.

SPIEGEL: Tim Bendzko?

trate, vor schwarzem Hintergrund, nur von einem Spot beleuchtet – der würde gewinnen.

SPIEGEL: Der Auftritt von Lena Meyer-Landrut war so.

Bruhn: Sie ist halt nur nicht die größte Sängerin.

SPIEGEL: Conchita Wurst?

Bruhn: Eine starke Nummer.

SPIEGEL: Warum finden die Deutschen Helene Fischer toll?

Bruhn: Weil sie toll ist.

SPIEGEL: Sie haben auch fürs Werbefernsehen komponiert. Klingelt bei Ihnen jedes Mal die Kasse, wenn auf einem Kanal »Milka, die zarteste Versuchung, seit es Schokolade gibt« ertönt?

Bruhn: Sofern der Milka-Produzent Mondelēz International nicht vergisst, es bei der Gema zu melden. Viel bekomme ich von Milka ohnehin nicht mehr, denn die spielen inzwischen nur noch die letzte

Phrase – und die falsch. Statt »Dadadadidii-dadi« machen sie »Dadadadädi-dadi«. Statt G ein F. Die hören das nicht. Dabei war es schwer genug, für diese konsonantenreichen Worte eine Melodie zu finden: »zar-tes-te Ver-su-chung«.

SPIEGEL: Wie schwer ist es, Musik für Zeichentrickserien wie »Wickey«, »Heidi« oder »Captain Future« zu schreiben?

Bruhn: »Heidi« war einfach. Es ist nichts anderes als der Kuckucksruf: »Kuckuck« – »Heidi«. Die Melodie von »Captain Future« war schon fertig, als die Anfrage kam. Ich hatte sie für einen Western angeboten, gespielt von Hörnern. Sie hätte sich gut dafür geeignet, ist aber nicht genommen worden. Dann habe ich gesagt, wir machen es als Vokalise, also ohne Worte gesungen, mit straffem Rhythmus. So klang es

nach Weltall. Eine Sternstunde mit top Musikern.

SPIEGEL: Welcher Ihrer Liedtexte soll einmal auf Ihrem Grabstein stehen?

Bruhn: Darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht. Stattdessen habe ich, damit meine Söhne keinen Unfug machen, bereits meine Todesanzeige für die »Süddeutsche Zeitung« entworfen. Die hatte zu meinem 80. Geburtstag geschrieben, mein Instinkt habe mich »zu den Orten des musikalisch Anrüchigen, zu den Müllhalden des Machbaren« geführt. Das darf nicht unkommentiert bleiben. Auf meiner Todesanzeige ist statt eines Kreuzes ein Violinschlüssel abgebildet, darunter steht, was ich beruflich gemacht habe. Und dann der Satz: »Diese Zeitung hat ihn geschmäht, doch er trug es mit Würde.«

SPIEGEL: Herr Bruhn, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Erfolgsteam Deutscher, Bruhn 1969: »Groß und kräftig«

Bruhn: »Nur noch kurz die Welt retten« war höchst originell, die Frage ist nur, ob es jemals von einer Blaskapelle gespielt werden wird.

SPIEGEL: Rammstein?

Bruhn: Geschickt gemacht. Mir zu grob.

SPIEGEL: Die Toten Hosen?

Bruhn: Die haben immer wieder schöne volkstümliche Sachen.

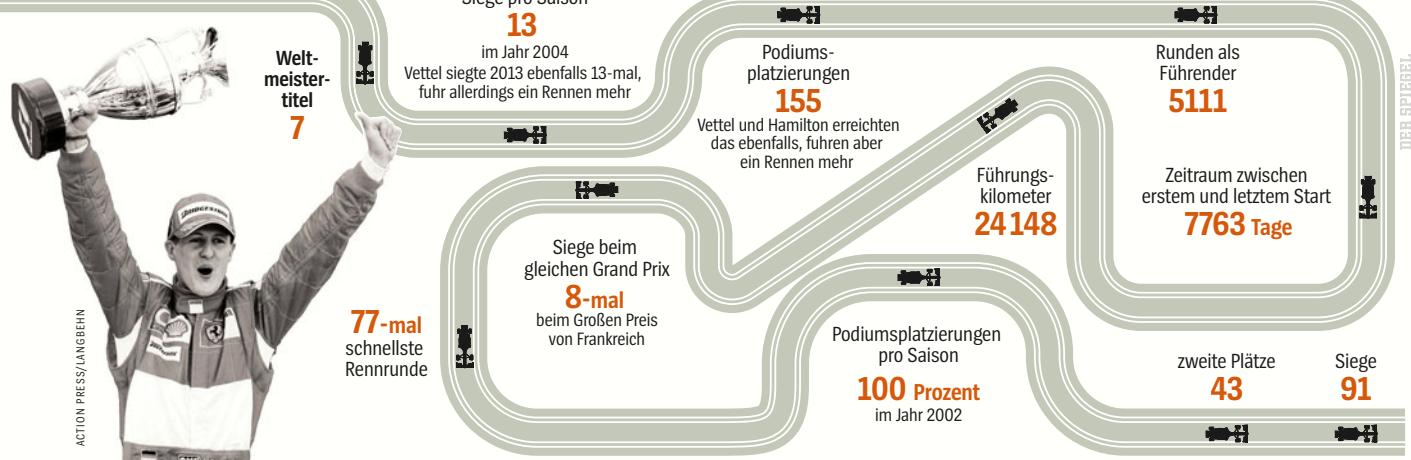
SPIEGEL: Sie waren mehrmals beim Grand Prix vertreten, wie der Eurovision Song Contest früher hieß. 1970 in Amsterdam, als Ihre damalige Frau Katja Ebstein »Wunder gibt es immer wieder« sang, dirigierten Sie das Orchester. Interessiert Sie die Veranstaltung noch?

Bruhn: Ich schaue das jedes Jahr und warte darauf, dass irgendwann ein Elefant auf die Bühne kommt. Es ist ja inzwischen mehr Zirkus als Musik. Eigentlich müsste das Lied an sich wirken. Ich bin sicher, wenn ein junger Charles Aznavour auf-

Sport

»Dopingtests sind eine hoffnungslos ineffiziente Art, um Fairness zu garantieren.« ▶ S. 118

Michael Schumachers Rekorde



ACTION PRESS/LANGREIN

DER SPIEGEL

Michael Schumacher ist noch immer ein Mann der Rekorde. Am 3. Januar ist der 50. Geburtstag des ehemaligen Formel-1-Weltmeisters, der nach einem Skiunfall vor fünf Jahren ins Koma fiel. Viele von ihm aufgestellte Bestmarken im Grand Prix blieben bisher unerreicht – nicht nur die sieben Weltmeistertitel und die

91 Siege. Rekord ist, dass er bei 37 Rennen in Folge als Führender an den Start ging. Auch eine Spanne von 7763 Tagen zwischen seinem ersten und seinem letzten Rennen hat sonst niemand erreicht. Schumacher hatte in 19 Jahren jeweils mindestens einen Start in der Formel 1 – Weltrekord zusammen mit Rubens Barrichello.

Magische Momente

Hollywoodstar aus dem Graben gezogen

Joachim Helmhold, 79, über sein Motorradrennen mit Steve McQueen



THOMAS PURSCHKE

SPIEGEL: 1964 fand in Erfurt die Internationale Sechstagefahrt im Motorrad-Geländesport statt. Drei Jahre nach dem Mauerbau war im Team des »Klassenfeinds« Hollywoodstar Steve McQueen am Start. Sie waren DDR-Meister im Motocross. Kannten Sie McQueen?

Helmhold: Ich kannte ihn aus Western wie »Die glorreichen Sieben«, die auch in einigen DDR-Kinos gezeigt wurden. Gegen diesen großen amerikanischen Filmstar zu fahren war ein Erlebnis, einmalig.

SPIEGEL: McQueen hatte ein Jahr lang für die Sixdays trainiert und marschierte bei der Eröffnungsfeier als Fahnenträger des US-Teams in die Thüringenhalle ein. Es war die Zeit des Kalten Krieges. Zahlreiche DDR-Funktionäre waren deshalb anwesend.

Helmhold: Die Politik spielte bei uns Fahrern keine große Rolle. Jeder wollte auf dem Motorrad sein Bestes geben. Wir als Fahrer haben uns gefreut, dass

die Amerikaner mit dabei waren, das belebte die Konkurrenz.

SPIEGEL: Hatte McQueen Starallüren?

Helmhold: Nein, überhaupt nicht. Der lag nach den Renntagen abends genauso geschlaucht auf der Wiese im Fuhrpark wie viele andere auch. Von Arroganz keine Spur.

SPIEGEL: Für Steve McQueen ging bereits am dritten Tag die Internationale Sechs-

tagefahrt dramatisch zu Ende. Was war passiert?

Helmhold: Im Jonastal bei Arnstadt fuhr er mit seiner schweren Triumph 650 aus England in einer Kurve geradeaus zehn Meter in die Büsche. Ich sah es, hielt an, stellte meine Maschine ab und zog ihn da raus. Und fragte ihn, ob er verletzt sei, worauf er sagte, es sei alles okay, und sich bedankte. Dann fuhr ich weiter.

SPIEGEL: War sein Motorrad für Geröll und Wurzeln im Thüringer Wald ungeeignet?

Helmhold: Seine Triumph war wohl zu schwer und zu unhandlich. McQueen hatte mehrere Stürze, und irgendwann war es dann leider für ihn mit dem Rennen vorbei. Sein Teamkamerad Bud Ekins, der McQueen im Film »Gesprengte Ketten« beim Sprung mit dem Motorrad über einen Holzzaun gedoubelt hatte, brach sich bei den Sixdays den linken Fuß. Es ist eben ein harter Sport.

SPIEGEL: Konnten Sie bis zum Ende durchfahren?

Helmhold: Ja, allerdings ist mir am letzten Tag beim Geschwindigkeitsrennen auf dem Erfurter Flughafen das Getriebe meiner Jawa aus der Tschechoslowakei ausgetragen, sodass ich einige Gänge nicht mehr benutzen konnte. Das war sehr ärgerlich, aber so etwas passiert ab und an im extremen Renneinsatz. TPU



DIETER DEMMKE / PICTURE ALLIANCE

McQueen (l.) in Thüringen 1964



Systemversagen

Verbände Fast 20 Jahre nach ihrer Gründung erlebt die Welt-Anti-Doping-Agentur die schwerste Krise ihres Bestehens. Sie sei intransparent, ineffizient, interessengesteuert, sagen Kritiker. 2019 ist ein entscheidendes Jahr: Ist die Wada überhaupt noch zu retten?

Kurz nachdem Jeffrey Adams die höchste sportliche Ehre seines Landes zuteilgeworden ist, sitzt er im Foyer des Kongresszentrums von Toronto und erzählt, wie ihn der Sport ruiniert hat. »Alle reden hier von den schönen Momenten, der Kraft des Sports«, sagt Adams an einem kalten Oktobervormittag, »aber für mich überwiegen die dunklen Seiten.«

Der Kanadier, 48, rotblondes Haar, Kinnbart, hatte kurz zuvor ein Jackett übergestreift bekommen – es ist das Aufnahmeritual für neue Mitglieder in die Hall of Fame des kanadischen Sports. Nach Feiern ist Adams aber nicht zumute: »Ich musste mir heute schon oft auf die Lippe beißen.« Der Blick in die Vergangenheit schmerzt den ehemaligen Weltklassesportler.

Adams, seit seinem zehnten Lebensjahr im Rollstuhl, gewann 13 Medaillen bei Paralympischen Sommerspielen, war ein Star im Behindertensport. Bis ihn im Juni 2006 ein Anruf erreichte. Knapp drei Wochen zuvor hatten ihm Dopingkontrolleure Urin abgenommen, nun war das Ergebnis da: positiv. Kokain. Zwei Jahre Sperre. Zu Unrecht, fand Adams.

Er kämpfte gegen das Ergebnis an, investierte über eine Million Dollar in seine Verteidigung. Knapp zwei Jahre nach Abgabe der Urinprobe urteilte der Weltsportgerichtshof Cas: Die Sperre ist aufzuheben, bei dem Kontrollverfahren habe es Unstimmigkeiten gegeben. Da hatte Adams bereits alles verloren: seine Reputation, sein Vermögen, seine Beziehung, seine Freude am Sport. Und seinen Glauben in die Welt-Anti-Doping-Agentur Wada.

»Sie erweckt den Anschein, für sauberen Sport zu kämpfen«, sagt Adams, der bis heute seine Unschuld beteuert, »doch die wahren Betrüger werden nie gefasst. Bestraft werden nur die, die sich nicht wehren können.«

Adams ist nicht allein mit dieser Einschätzung. Und es gibt weitere Kritikpunkte. Die Vorwürfe kommen von Athleten, Politikern, Funktionären. Sie monieren Verrat, Intransparenz, Unfähigkeit.

2019 feiert die Wada ihr 20-jähriges Bestehen, sie wird sich feiern für zwei Jahrzehnte als oberste Dopingpolizei – und

muss gleichzeitig ihre wohl größte Krise moderieren.

Die jüngsten Dopingskandale und der laxen Umgang mit ihnen schüren die Wut auf die obersten Kontrolleure im globalen Anti-Doping-Kampf. »Anstatt die Tausenden sauberen Athleten weltweit zu unterstützen, die ein Anrecht auf Chancengleichheit haben, geht es mehr um Politik als um Prinzipien, mehr um Einnahmen als um Ethik«, sagte etwa der britische Bahnrad-Olympiasieger Callum Skinner. Er spricht für viele Sportler, sie fordern umfassende Reformen.

Doch worum geht es im Einzelnen? Die Hauptkritik an der Wada und am internationalen Anti-Doping-System lässt sich in drei Punkten zusammenfassen.

Punkt 1: Entscheidungen sind nicht nachvollziehbar.

Am 7. Juli 2018 rollte Christopher Froome an den Start der ersten Etappe der Tour de France. Froome, 33, Kenianer mit britischem Pass, ging als Titelverteidiger ins Rennen, er hat die härteste Radrundfahrt der Welt schon viermal gewonnen. Erstaunlich, bedenkt man sein Schicksal: Ausdauersportler Froome ist Astmatiker, zumindest bescheinigt ihm das ein Attest. Eine medizinische Ausnahmegenehmigung erlaubt ihm die Einnahme von Salbutamol, das die Bronchien erweitern soll. Zumindest solange der Wirkstoff eine bestimmte Schwelle im Urin nicht überschreitet.

Froome überschritt sie aber deutlich; im Spätsommer 2017 war eine Probe von ihm positiv ausgefallen. Erst Monate später wurde der Fall öffentlich, das Sanktionsverfahren zog sich bis kurz vor den Tourstart 2018, der Rennveranstalter hatte bereits gedroht, ihn auszuladen. Dann sprach der Weltradsportverband UCI Christopher Froome frei, die Wada verzichtete auf Einspruch. Angeblich habe man Froome kein Dopingvergehen nachweisen können. Der größte Name im Radsport seit dem notorischen Doper Lance Armstrong entging somit einer Sperre. Freie Fahrt für Froome.

UCI-Präsident David Lappartient sagte nach Ende der Froome-Saga, es sei »un-

glücklicherweise die Lebenswirklichkeit«, dass der Ausgang von Dopingverfahren auch von den »Ressourcen« des Verdächtigen abhänge. Mit Ressourcen meinte Lappartient Geld. Froome hatte zu seiner Verteidigung einen Staranwalt verpflichtet, der schon einen Mitverschwörer Armstrongs verteidigt hatte.

Es ist verwunderlich, wie schnell die Wada die Einstellung des Verfahrens abwickelt. Im Wada-Regelwerk (WADC) ist festgeschrieben: Jeder ist verantwortlich für Art und Menge der Substanzen, die in seinem Körper nachgewiesen werden. »Strict liability« heißt es, eine sogenannte verschuldensunabhängige Haftung.

Andere Sportler mussten auf dieser Grundlage Sperren hinnehmen, selbst wenn sie glaubhaft versicherten, dass ein verbotener Wirkstoff unabsichtlich in ihren Körper gelangt war. Etwa Jesper Münsberg, ein ehemaliger Fußballspieler, der es bis in die zweite Liga Dänemarks schaffte. Münsberg, asthmakrank, wurde 2008 wie Froome positiv auf Salbutamol getestet, nachdem ihm sein Arzt wegen Atembeschwerden zu einer höheren Dosierung geraten hatte. Die Wada vermutete aber eine Dopingabsicht. Am Ende wurde der Däne, damals 32 und hauptberuflich Handwerker, für sechs Monate gesperrt.

Punkt 2: Das Kontrollsyste ist ineffektiv und unverhältnismäßig.

Bis zu 31 Prozent aller dänischen Spitzensportler seien potenzielle Doper, heißt es in einer Studie, die im Februar veröffentlicht wurde. Untersuchungen aus anderen Ländern kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Ein anderes Forscherteam hatte mit Hilfe anonymisierter Fragebögen noch höhere Zahlen ermittelt, die Dopingbelegschaft unter Weltklasseathleten liegt demnach zwischen 44 und 57 Prozent. Würde jeder dieser Sportler enttarnt, droht bald verwaiste Startblöcke und Kaderplätze.

Doch diese Gefahr besteht nicht, weil das Kontrollsyste nicht hinterherkommt. Die aktuellen Zahlen der Wada: Rund



IMAGO SPORT

Tour-de-France-Sieger Froome (r.) 2017 in Paris: Freie Fahrt



MIKE CASSSESE / REUTERS

Behindertensportler Adams 2008: »Die wahren Betrüger werden nie gefasst«

322 000 Proben wurden 2017 unter ihrer Aufsicht kontrolliert, davon waren 1,43 Prozent positiv. Stimmen die Umfragestudien der Wissenschaftler, bleiben also die allermeisten Betrüger unentdeckt. Ein Grund: die schlechte Nachweisbarkeit vieler Betrugspraktiken. Ein anderer: Nicht immer führen Laboranalysen zu einem korrekten Ergebnis.

»Dopingtests sind eine hoffnungslos ineffiziente Art, um Fairness zu garantieren«, resümierte die Dopingforscher Paul Dimeo und Verner Møller in ihrem Buch »The Anti-Doping Crisis in Sport«. Sie vergleichen die Analyseverfahren mit der Hawk-Eye-Technologie. Im Tennis kann mithilfe mehrerer Kameras sehr sicher aufgelöst werden, ob ein Ball noch innerhalb des Spielfeldes den Boden berührt. Im Anti-Doping-Kampf bleiben hingegen stets Restzweifel am Ergebnis. Es gibt hier kein unbestechliches Auge.

Trotzdem bleibt das System bestehen – und verlangt den Sportlern viel ab. Etwa, indem Spitzensportler den Kontrollinstanzen ihre Aufenthaltsorte mitteilen müssen, bis zu drei Monate im Voraus; nur so könnten sie bei unangekündigten Tests außerhalb des Wettkampfs aufgefunden werden.

Profisportler unterliegen damit strenger Meldeauflagen als pädophile Straftäter nach ihrer Haftentlassung in Großbritannien, resümierte der Soziologe Ivan Waddington im »International Journal of Sport Policy«. Es gibt eine dauerhafte Verletzung der Privatsphäre, allein um ein wackeliges System mit potenziell falschen Resultaten aufrechtzuerhalten. »Die Trainingskontrollen gehören bis auf Weiteres abgeschafft«, fordert deshalb der Mainzer Sportmediziner Perikles Simon.

Punkt 3: Die Wada ist nicht unabhängig.

Das Einknicken erfolgte im Urlaubsparadies. Auf den Seychellen verkündete die Wada Mitte September, dass die Suspendierung der russischen Anti-Doping-Agentur Rusada aufgehoben sei; knapp drei Jahre war die Kontrolleinrichtung außen vor gewesen, nach dem wohl größten Doping-skandal der Sportgeschichte.

Jahrelang hatte Russland seine Sportler gedopt, belastende Proben ausgetauscht, die Welt getäuscht, selbst der Geheimdienst soll involviert gewesen sein. Mehr als tausend Athleten seien in das Betrugssystem verwickelt gewesen oder hätten davon profitiert, hielt der kanadische Sonderermittler Richard McLaren in einem seiner zwei Untersuchungsberichte fest.

Die Ergebnisse dieser Berichte sollten die russischen Funktionäre anerkennen, so lautete ein Kriterium, das die Wada für

die Wiederzulassung der Rusada aufstellte. Zudem sollte Wada-Ermittlern Zugang zum Moskauer Dopingkontrolllabor gestattet werden, um mögliche weitere Beweise für die Manipulation zu sichern. Klare Vorgaben. Eigentlich.

Im Spätsommer dann die 180-Grad-Wende: Die Anerkennung von McLarens Arbeit wurde abgeräumt. Und der Besuch im Labor? Der könnte auch noch bis Ende des Jahres erfolgen. Russland wurde absolutiert.

Viele Sportler und Funktionäre reagierten fassungslos auf die Entscheidung. Man »verrät die sauberen Sportler«, sagte der ehemalige Wada-Chefermittler Jack Robertson im »Guardian«. Behindertensportler Ali Jawad schrieb in einem offenen Brief, mangelnde Unabhängigkeit und Transparenz seien die größten Sorgen der Athleten, das Kontrollsyste m müsse stärker von Einflüssen aus dem Sport abgenutzt werden.

Es ist ein Geburtsfehler der Welt-Anti-Doping-Agentur. Seit die Wada 1999 gegründet wurde, stellt das Internationale Olympische Komitee (IOC) 50 Prozent des Jahresbudgets. Damit sichert sich das IOC um Präsident Thomas Bach aber auch Mitspracherecht, mehrere IOC-Mitglieder sitzen in Wada-Gremien. Der Sport kontrolliert sich also selbst.

»Der Fuchs bewacht den Hühnerstall«, predigt Travis Tygart, Chef der US-Anti-Doping-Agentur, seit Jahren. Nach den jüngsten Zugeständnissen der Wada gegenüber Russland hat er den Ton verschärft: »Die Wada muss aufhören, dem IOC als eine Marionette zu dienen.«

Aus der Wada selbst kommen nur leise Töne, die derzeitige Führungsriege plädiert für milde Reformen, keinen grundsätzlichen Kurswechsel.

Dabei könnte die Hoffnung auf Besserung bereits da sein: Linda Helleland, Ministerin für Kinder und Gleichberechtigung in Norwegen, ist Vizepräsidentin der Wada; sie propagiert eine Kontrollbehörde, die die Belange der Sportler wirklich ernst nimmt. 2019 will sich Helleland zur Wahl stellen, wenn das Präsidentenamt neu besetzt wird. Viele Athleten begrüßen ihren Vorstoß. Sie wissen wohl: Die Frau aus Norwegen könnte die letzte Chance sein für einen Mentalitätswandel im Anti-Doping-Kampf.

Denn das Chaos geht weiter. Zwar besuchte eine Wada-Delegation kurz vor Weihnachten wie geplant das Moskauer Labor, ohne jedoch Zugriff auf die gewünschten Daten zu erhalten. Wada-Kritiker Tygart reagierte sarkastisch: »Surprise, surprise – ist irgendwer geschockt?« Russlands Sportminister Pawel Kolobkow hingegen bleibt zuversichtlich: »Wir werden eine Lösung finden.« Thilo Neumann

Alle Bezirke im Porträt



Jetzt im Handel erhältlich.

Versandkostenfrei bestellen: shop.tagesspiegel.de
9,80 €

DER SPIEGEL

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) · Mail spiegel@spiegel.de

Impressum

HERAUSGEBER Rudolf Augstein
(1923–2002)

CHEFREDAKTION
Susanne Beyer, Dirk Kurbjuweit
(V.i.S.d.P.), Alfred Weinzierl

AUTOR Klaus Brinkbäumer

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* René Pfister, Michael Sauga, Christiane Hoffmann (stellv.), *Redaktion Politik und Wirtschaft:* Nicola Abé, Dr. Melanie Amann, Markus Dettmer, Veit Medick, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Cornelia Schmargal, Christoph Schult, Anne Seith, Gerald Traufetter, *Autoren, Reporter:* Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet, *Redaktion:* Laura Backes, Katrin Elger, Michael Fröhlingdorf, Hubert Gude, Charlotte Klein, Miriam Olbrisch, Christopher Piltz, Andreas Ulrich, Michael Wulzinger, *Meldungen:* Annette Bruhns, *Autoren, Reporter:* Jan Fleischhauer, Annette Großbongardt, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep (frei), Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegreif

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig, *Redaktion:* Maik Baumgärtner, Sven Becker, Sven Röbel, Michael Sontheimer (frei), Andreas Wassermann, Wolf Wiedemann-Schmidt, *Autoren, Reporter:* Stefan Berg, Martin Knobbe

WIRTSCHAFT *Leitung:* Susanne Amann, Markus Brauck, *Redaktion:* Simon Hage, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Simone Salden, *Autoren, Reporter:* Armin Mahler, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Britta Sandberg, Julian von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu von Rohr (stellv.), *Redaktion:* Fiona Ehlers, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Raniah Salloum, Samihah Shafy, Helene Zuber, *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Clemens Höges, Susanne Koebel, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf, *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhübel, Julia Koch, Kerstin Kulmann, Hilmar Schmundt, Frank Thadeusz, Christian Wüst, *Autoren:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Sebastian Hammelohle, Tobias Rapp (stellv.), *Redaktion:* Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Ulrike Knöfel, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf, Takis Würger, *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorris, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minckmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Özlem Gezer (stellv.), *Redaktion:* Hauke Goos, Maike Großekathöfer, Barbara Hardtlinghaus, Felix Hütte, Timotej Neshitov, Dialipa Neufeld, Jonathan Stock, *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Ulrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch (frei), Marc Hujer, Alexander Smolczky, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Udo Ludwig, *Redaktion:* Thilo Neumann, Gerhard Pleil, Antje Windmann, Christoph Winterbach

INVESTIGATIVREPORTER Rafael Buschmann, Jürgen Dahlkamp, Gunther Latsch, Jörg Schmitt (*investigativ-reporter@spiegel.de*), *Dokumentation:* Nicola Naber, *Koordination SPIEGEL ONLINE:* Jörg Diehl, *Koordination SPIEGEL TV:* Thomas Heise

TEAM LEBEN Anke Dürr, Detlef Hacke, Marcus Keller

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dr. Susanne Weingarten, Dr. Eva-Maria Schnurr (stellv.), *Redaktion:* Markus Degerich, Uwe Klüfmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Sandra Schulz, *Autoren:* Marianne Wellershoff

KOORDINATION MEINUNG Markus Feldenkirchen, Christiane Hoffmann

SPIEGEL PLUS Alexander Neubacher

DEIN SPIEGEL *Leitung:* Bettina Stiebel, Kathrin Breer (stellv.), *Redaktion:* Antonia Bauer, Claudia Beckscheit, Patrick Blume, Alexandra Schulz, Marco Wedig

CHEF VOM DIENST Anke Jensen, Thomas Schäfer

Schlussredaktion: Gesine Block; Christian Albrecht, Gartred Alfeis, Ulrike Boßherhoff, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylvie Kruse, Katharina Lüken, Stefanie Moos, Reimer Nagel, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Sandra Waage

Produktion: Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmecke, Petra Gronau, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Rebecca von Hoff, Katrin Zabel

BILDREDAKTION *Leitung:* Michaela Herold, Claudia Jęczwiaż (stellv.); Tinka Dietz, Sabine Döthling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Hues, Petra Konopka, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wenzel

Mail: bildred@spiegel.de

SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 917 399814

GRAFIK UND MULTIMEDIA *Leitung:*

Jens Radt, *Grafik-Team:* Cornelia Baumermann, Thomas Hammer; Ludger Bollen, Max Heber, Anna-Lena Metz, Ferdinand Kuchlmayr, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter, *Multimedia-Team:* Olaf Heuser; Alexander Epp, Birgit Großekathöfer, Roman Höfner, Marco Zang, Elisabeth Kolb, Bernhard Riedmann

LAYOUT *Leitung:* Jens Kuppi, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Lynn Dohrmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Elsa Hundertmark, Louise Jessen, Nils Küppers, Annika Loebel, Leon Lothschütz, Florian Rauschenberger, Barbara Rödiger

TITELBILD *Leitung:* Katja Kollmann, Johannes Unsetl (stellv.); Suze Barrett, Iris Kuhmann

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Alexanderrufer 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäischen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Lukas Ebeler, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Anna Clauß, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Hesse, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 454590, Fax 45459525

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BANGLORE Lauro Höflinger, 811, 10th A Main Road, Suite No. 114, 1st Floor, Bangalore – 560 038

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 857 919715

BRÜSSEL Peter Müller,

rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Maximilian Popp,

Tel. +90 5413971567

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P.O. Box 15614, Vlaeburg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Jörg Schindler, 26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel. +44 203 4180610, Fax +44 207 0929055

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 65052889

MOSKAU Christian Esch, Glasowski Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61, Fax 22849-62

NEW YORK Philipp Oehmke, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2217583, rv.newyork@spiegel.de

PARIS Julia Amalia Heyer, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120, Fax 49260822

PEKING Bernhard Zand, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. +55 21 2275-1204

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Guido Mingels, P.O. Box 19152, San Francisco, CA 94119-1526, Tel. +1 212 2275583, rv.newyork@spiegel.de

TEL AVIV Alexander Osang, Hashahaf 20, P.O. Box 8387, 6803466 Tel Aviv-Yafo, Tel. +972 3 6835339

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Asagaya Minami 2-31-15 B, Sugimami-ku, Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

WARSCHAU P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau, Tel. +48 26 6179295

WASHINGTON Christoph Scheuermann, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION *Leitung:* Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freivald (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arpa, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Johanna Eltzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Dr. Andre Geicke, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ullrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Rainer Lübbert, Sonja Maas, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moermann, Tobias Mülau, Bernd Musa, Claudia Niesen, Sandra Öfner, Dr. Vasilos Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Mirjam Schlossharter, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenhaler, Meike Staaf, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claus Stodte, Rainer Szimml, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelband, Anika Zeller, Malte Zeller

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: André Pätzold

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 72 vom 1. Januar 2018

Mediaunterlagen und Tarife: www.spiegel.media

Verantwortlich für Vertrieb: Christoph Hauschild

Verantwortlich für Herstellung: Silke Kassuba

Druck: Stark Druck, Pforzheim
 FSC FSC® C008208

GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg www.spiegel.de/leserbriefe, Fax: 040 3007-2966 Mail: leserbriefe@spiegel.de

Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: hohlspiegel@spiegel.de

Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:

Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«
Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966 Mail: leserservice@spiegel.de

Nachdruckrechte / Lizzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags.
Für Deutschland, Österreich, Schweiz:

Mail: lizenzen@spiegel.de, Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966

Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing Mail: julie.ho@nytimes.com, Telefon: +1 212 556-5118

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e.V. Telefon: 06421 606265 Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise

Inland: 52 Ausgaben € 249,60

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 171,60

Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland

Mengenpreise auf Anfrage.

Abonnentenservice

Persönlich erreichbar

Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg

Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070

Mail: aboservice@spiegel.de



Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 4,80 pro gedruckte Ausgabe

für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.

Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP18-003, SD18-008 (Upgrade)



Nachrufe



FRANKA BRUNS / AP

F. W. Bernstein, 80

Er war ein Genie der Zeichen- und Dichtkunst, das sich über seinen eigenen Ruhm keine Illusionen machte. Berühmt waren seine Kollegen Robert Gernhardt und vor allem Otto Waalkes, der mit den Texten aus der Neuen Frankfurter Schule zu einem bis heute verehrten Star der deutschen Komik wurde. Doch F. W. Bernsteins Arbeiten, wie die Entlarvung der Elche, wurden geliebt: »Die schärfsten Kritiker der Elche/waren früher selber welche«. Der als Fritz Weigle 1938 in Göppingen geborene Lyriker und Zeichner war unter den kreativen Kollegen von »Pardon« und »Titanic« ein Meister der kleinen Form – ein Roman war von ihm nicht zu erwarten. Mitten in der Ernsthaftigkeit der deutschen Debatten der Sechziger- und Siebzigerjahre entfaltete sich sein Können in der »Pardon«-Beilage »Welt im Spiegel«. Man öffnet den Sammelband auf eigenes Risiko, denn sogleich verbringt man Stunden damit und hält sich anschließend vor Lachen die Seiten. F. W. Bernstein verfolgte damals die Demonstrationen und Aktionen der Achtundsechziger in der Zeitung. Er hatte schon Familie, Kinder und wollte sich nicht auf die unsichere Existenz eines freien Zeichners verlassen. Er arbeitete als Zeichenlehrer, später als Professor an der Hochschule der Künste in Berlin. Sein großes Thema waren die Details, die, wenn man sie nur intensiv genug studiert, dem Leben einen unerwarteten Sinn geben. Er konnte ein Gedicht über das Warten auf einen Auflauf verfassen, wie man dabei einschläft und was man dann so träumt. Aber das war keine Flucht in die Idylle, sondern wurzelte in einer tiefen Skepsis gegen alles, was Größe, Pathos und hehre Kunst beansprucht. In seinem Werk ist der Mensch immer schon gestimmt, verwirrt oder ausgetrickst von den Tücken der belebten wie der unbelebten Welt. Bernstein konnte sogar über Lehrpläne dichten, und die vorletzte Zeile kann als Motto und Inspiration dieses einzigen Mannes gelten: »Lieber Kollege/Sieh den neuen Bildungsplan/bitte schön recht freundlich an./Denn wir gaben unser Bestes/und wir hoffen, Du verstehst es./ Alles, was wir tun auf Erden,/muss ein arger Unfug werden./Was hast Du denn so getrieben,/während wir den Plan geschrieben?« F. W. Bernstein starb am 20. Dezember in Berlin. NM

Wolfgang Pohrt, 73

Er war ein Eigenbrötler. Ein Linker, der am liebsten gegen Linke polemisierte. Ein Gelehrter, der sich nur am Rand der gelehrt Institutionen bewegte. Ein Autor, der quer durch alle politischen Lager gelesen wurde und dem die große Anerkennung doch immer versagt blieb, er hätte sie wohl auch gar nicht gewollt. Wolfgang Pohrt studierte Soziologie in Frankfurt am Main und Berlin und schrieb in den Achtzigern für alle möglichen linken und linksradikalen Medien, aber auch für den SPIEGEL. Linke Lebenslügen waren sein Lieblingsthema, gefolgt von den Lebenslügen der Deutschen. So wurde er zum Vordenker einer sehr deutschen Unterabteilung der Linken: der sogenannten Antideutschen – die Pohrt allerdings auch nicht mochte. Wolfgang Pohrt starb am 21. Dezember an den Spätfolgen eines Schlaganfalls. RAP

Osvaldo Bayer, 91

Der argentinische Journalist, Historiker und Professor für Menschenrechte war ein Pionier für Vergangenheitsbewältigung in einem Land, in dem Vertuschung von Unrecht Tradition hat. Sein wohl wichtigstes Werk »Aufstand in Patagonien« erschien 2010 auf Deutsch – über 30 Jahre nach der Veröffentlichung in Argentinien. Es erzählt von der blutigen Niederschlagung eines Landarbeiterstreiks in Patagonien 1921. Das Militär ermordete damals 1500 Arbeiter. Das Buch wurde verboten und verbrannt. Heute gilt es als Standardwerk. Der Sohn österreichischer Einwanderer, der

auch in Hamburg Philosophie studiert hatte, floh 1976 vor der Junta nach Berlin. Der bekennende Anarchist gab der entrichten indigenen Bevölkerung eine Stimme, den Opfern der Militärdiktatur stand er bei. Er bereue nichts, sagte er einmal: »Ich würde mein Leben wiederholen.« Osvaldo Bayer starb am 24. Dezember in Buenos Aires. ks

Penny Marshall, 75

Die amerikanische Schauspielerin und Regisseurin machte aus Tom Hanks einen Superstar, indem sie ihn in der Komödie »Big« (1988) einen Mann spielen ließ, in dessen Körper der Geist eines kleinen Jungen steckt. Penny Marshall setzte diese Geschichte mit so viel Esprit und Charme in Szene, dass der Film allein in den USA mehr als 100 Millionen Dollar einspielte. Sie war die erste Frau in der Geschichte Hollywoods, der das im Regiefach gelungen ist. Das sichere Gespür für das Timing von Pointen, das ihre besten Filme auszeichnet, hatte sie als Schauspielerin in einigen TV-Sit-



ZUMA PRESS / IMAGO

coms gelernt – und möglicherweise auch die Fähigkeit, sich als Frau in der männlich dominierten Unterhaltungsindustrie zu behaupten. Mit ihrem Blockbuster »Eine Klasse für sich« (1992), der von der Gründung einer Frauen-Baseball-Liga in den USA erzählt, gelang ihr der wohl größte Coup. Die Regisseurin stellte unter Beweis, dass Sportfilme keineswegs nur mit männlichen Helden enorme Erfolge sein können. Penny Marshall starb am 17. Dezember in Los Angeles. LOB



EKKO VON SCHWICHOW/SCHWICHOW.DE

Personalien

Sexy Helmträger

● Der laut »People«-Magazin »Sexiest Man Alive 2018« und heiß gehandelte James-Bond-Kandidat **Idris Elba**, 46, outete sich als TV-Muffel. Elbas Abneigung kam in einem Interview mit dem »Times Magazine« ans Licht, in dem er gestand, die dänische Serie »Kommissarin Lund« nur vom Hörensagen zu kennen: »Ich sollte mehr Fernsehen schauen«, sagte er zerknirscht. Trotzdem wird der britische Schauspieler ab 1. Januar in der fünften Staffel der Erfolgsserie »Luther« zu sehen sein. Dabei war lange unklar, ob er die Rolle als Titelheld John Luther weiter spielen würde. Elba hatte eine Auszeit von der Schauspielerei nehmen wollen, um als DJ aufzutreten – seine Leidenschaft seit vielen Jahren. Als er noch nicht so gut im Schauspielgeschäft war, hat er mit Plattenauflagen Geld verdient. Die Erfahrung als DJ habe ihm dann bei Castings sehr geholfen. Jeder möge DJs, so Elba, das habe ihm Selbstbewusstsein gegeben, und mit diesem Selbstbewusstsein konnte er die Castingdirektoren beeindrucken. In Wahrheit sei er aber eher der scheue Typ. Am liebsten fahre er Motorrad, weil ihn wegen des Helms niemand erkennen könne. ks



KARWAI TANG / WIREIMAGE / GETTY IMAGES



Wissenswertes über Düsternbrook

● In Düsternbrook führt ein hübscher Spazierweg am Ufer der Kieler Förde entlang, hier ist ein Zentrum für Ozeanforschung beheimatet, hier stehen einige schöne alte Villen. Bisher ist dieser Kieler Stadtteil vor allem Einheimischen bekannt, doch das wird

sich ändern. Denn in Düsternbrook ist der Schauspieler **Axel Milberg**, 62, aufgewachsen – genau der: »Tatort«-Kommissar Klaus Borowski. Und weil das Bücherschreiben gerade ein sehr beliebtes Hobby bekannter deutscher Film- und Fernsehschauspieler ist, hat nun auch Milberg einen Roman geschrieben. Er heißt »Düsternbrook«, er spielt in Düsternbrook und

erzählt vom Aufwachsen eines Jungen namens Axel, ja, genau, in Düsternbrook. Der Piper Verlag, bei dem das Buch am 2. Mai erscheinen wird, kündigt an, dass sich das Werk durch einen »verträumten Ton« und »Humor« auszeichnen soll. Angeblich tauchen auch Außerirdische auf. Im Frühling wissen wir mehr über Düsternbrook. clv

Gemischte Gefühle

● Die als »Denver«-Biest bekannte Schauspielerin **Joan Collins**, 85, schrekt auch im echten Leben nicht davor zurück, sich unbeliebt zu machen. Die #MeToo-Debatte sei »außer Kontrolle« geraten, sagte die Britin, die seit 65 Jahren im Showbusiness ist, in einem TV-Interview. Die Konsenskultur bediene ein Maß von politischer Korrektheit, das



DAVE BENNETT / GETTY IMAGES

verrückt sei – wo denn da die Kunst der Verführung bleibe?! Anlass für Collins' Stellungnahme war eine Diskussion in Großbritannien, ob der Song »Baby It's Cold Outside« aus dem Jahr 1944 im Radio gespielt werden dürfe oder boykottiert gehöre, weil der Text Vergewaltigung propagiere. Auch dem »Guardian« schilderte Collins ihre gemischten Gefühle zur #MeToo-Debatte. Dass es sexuelle Gewalt gegen Frauen gibt, bestreitet sie nicht. In ihrer Biografie schildert sie sogar, dass sie vergewaltigt worden sei. Sie sei aber nie ins Hotelzimmer eines Produzenten gegangen, weil sie wisse, wie Männer sein könnten. Wenn ein Mann sich gegen den Willen einer Frau entblöße und die dann sage, der Anblick des Penis habe sie »gelähmt«, könne Collins kein Verständnis aufbringen: »Also, sorry, du bist dann nicht gelähmt, du sagst: Lass das, ich gehe jetzt.« Sie selbst habe bei ähnlicher Gelegenheit ihr Knie eingesetzt. KS

Dilemma XXL

● Der Rapper **Travis Scott**, 26, soll zugesagt haben, beim Super Bowl Anfang Februar zusammen mit der Band Maroon 5 aufzutreten. Das Finale der National Football League (NFL) ist in den USA ein Ereignis gigantischen Ausmaßes, alle Beteiligten bekommen sehr, sehr viel Aufmerksamkeit. Scott, der auf dem Cover des US-Magazins »Rolling Stone« gerade als der »neueste Superstar« des Rap gefeiert wird, erhielt jedoch nicht nur Glückwünsche. Scott wird vorgeworfen, eine Art inoffiziellen Boykott schwarzer Musiker gegen die NFL zu brechen. Aus Solidarität mit dem Quar-

terback Colin Kaepernick sprachen sich einige Musiker dafür aus, Engagements im Zusammenhang mit der NFL abzulehnen. Kaepernick war der Erste, der beim Spielen der Nationalhymne auf dem Spielfeld niederkniete, um Polizeigewalt gegen Schwarze anzuprangern. Laut »Variety« bemüht sich Rapper Jay-Z darum, Scott umzustimmen. Bisher ohne öffentliche Reaktion. KS



TIM MOSENFELDER / GETTY IMAGES



PETER SCHINZLER / DER SPIEGEL

Die Augenzeugin

»Raum für Gestrandete«

Bettina Spahn, 54, leitet die Katholische Bahnhofsmission am Münchener Hauptbahnhof. Für den Bahnhof und angrenzende Flächen erließ der Stadtrat ein ganz-tägiges Alkoholverbot, um Trinker zu vertreiben.

● »Ich vergleiche den Druck auf die Szene gern damit, einen Teig auszurollen: Die Masse bleibt gleich, nur wird sie in Richtung der Ränder ausgewalzt. Ähnlich verhält es sich mit den Trinkern. Statt am Bahnhof halten sie sich dann in Gruppen in umliegenden Straßen und Parks auf. Dadurch wird es am Bahnhof ruhiger, aber die Menschen, die in der Öffentlichkeit zusammen trinken, verschwinden ja nicht aus dem Stadtbild, die wird es immer geben.«

Das Stammpublikum am Hauptbahnhof umfasst unter anderem eine zweistellige Zahl Menschen, die dort Alkohol konsumieren. Männer sind in der Überzahl, Frauen wirken oft besonders verwahrlost. Seit der EU-Erweiterung kommen mehr Menschen aus Osteuropa. Es sind nicht nur Wohnungslose, sondern auch viele, die Kontakt suchen, anstatt allein in ihrer Wohnung oder Unterkunft zu trinken.

Ich verstehe sehr gut, dass der Anblick Reisende irritiert und stört. Das ist unangenehm, das ist nicht schön, das will man nicht sehen. Den Hauptbahnhof durchlaufen pro Tag mehrere Hunderttausend Reisende, sie sollen sich nicht belästigt fühlen. Das Problem ist, dass gleichzeitig die klassischen Bahnhofskneipen und billigen Trinkhallen verschwunden sind. Früher gab es viele Boazn, diese bayerischen Kneipen, nun sind die Mieten zu teuer. Im Bahnhofsviertel gibt es vorwiegend Restaurants, Bars und große Hotels für Besucher, die in kurzer Zeit Geld ausgeben wollen. Für die Einheimischen werden die Räume knapper.

Ein Bahnhof ist immer auch ein Raum für Gestrandete. Wie die Behörden damit umgehen, ist von Stadt zu Stadt verschieden. Die Tür der Bahnhofsmission steht für alle offen; die Hausordnung verbietet jedoch, dass in unseren Räumen Alkohol getrunken wird. Wenn jemand schwer betrunken ist, muss er gehen. Seit 2016 haben wir einen Sicherheitsdienst für die Bahnhofsmission eingestellt, es gab einfach zu viele Konflikte bei rund 300 Besuchern pro Tag, darunter viele Problemfälle. Um sie besser zu erreichen, braucht es mehr Sozialarbeiter. Was sich in München noch nicht durchgesetzt hat: Trinkräume für Suchtkranke. Die halte ich für sinnvoll, einige Städte haben sie bereits eingerichtet.«

Aufgezeichnet von Jan Friedmann



»Die derzeitige ›SPIEGEL-Affäre‹ ist umso schlimmer, da sie gerade für diejenigen, die ständig Parolen von ›Lügenpresse‹ und ›Fake News‹ verbreiten, ein gefundenes Fressen sein wird.«

Joachim Kasten, Hamburg

Aufstehen, weitermachen

Nr. 52/2018 Sagen, was ist. In eigener Sache: Wie einer unserer Reporter seine Geschichten fälschte und warum er damit durchkam

Auch ich habe Herrn Relotius' Texte gerne gelesen. Sie waren und sind sehr gut geschrieben. Auf Kosten der Wahrheit, wie wir jetzt wissen. Die Kontrollen müssen und werden Sie verbessern. Aber eine hundertprozentige Kontrolle von Menschen kann und wird es nie geben, und ich denke, das kann auch niemand wollen. Wichtig sind Transparenz und Selbstkritik. Das leisten Sie. Und Sie leisten es auf die gewohnt professionelle Weise, gern auch gut geschrieben. Warum auch nicht?

Sabine Lagies, Pleystein (Bayern)

Mit Ihrer vorschnell erscheinenden öffentlichen Aufarbeitung der »gefälschten Geschichten« und »betrügerischen Machwerke« eines »kriminellen Einzeltäters« will der SPIEGEL offenbar die eigene Bedeutung in Zeiten des zunehmenden Niedergangs der obsolet wirkenden Printmedien angesichts der übermächtigen Digitalisierung und vielfältigen Internetangebote noch einmal künstlich aufwerten.

Dr. David Perteck, Hamburg

Durch den Fall des Betrugs durch Herrn Relotius wurde ich mit der Frage konfrontiert, ob ich mein SPIEGEL-Abo kündigen sollte. Ich bin zum Entschluss gekommen, dass auch Leser eine Verpflichtung gegenüber einer Zeitschrift haben, diese Zeitschrift auch in dunklen Zeiten zu unterstützen. Meine Erschütterung ist erheblich. Auch ich habe die Reportagen des betroffenen Kollegen als Höhepunkte Ihrer Arbeit als Nachrichten vermittelndes und darstellendes Medium empfunden. Ich bin der Meinung, dass man diesen Fall bis zum letzten Blatt Papier untersuchen und auswerten sollte. Ergebnis dieser Untersuchung sollte eine neue Art der Herangehensweise an die Berichterstattung wirklich wichtiger Themen sein.

Dr. Volker Thieme, Leipzig

Bei den Texten des Herrn Relotius hatte ich eine Vorahnung, dass irgend etwas faul ist, gerade wegen der vielen girlandenartig ausschmückenden Details. Warum hatte dieses Gefühl beim SPIEGEL keiner der

Verantwortlichen und bedurfte es erst eines mutigen Kollegen, um den Fall aufzudecken? Mich nervten, ja ärgerten diese Texte. Zu kitschig, zu sülzig, zu perfekt.

Jochen Weber, Koblenz

Die ganze Sache hat fast grotesk komische Momente. Die Type ist ja in erster Linie ein genialer Enkeltrickbetrüger, nicht nur der SPIEGEL ist dem auf den Leim gegangen. Trotzdem scheinen erhebliche strukturelle Defizite beim SPIEGEL und die generelle Ausrichtung der zuständigen Redaktion/Chefredaktion, solche Drama-Soap-Storys zu pushen, diesen »Albtraum« erheblich begünstigt zu haben. Dieser könnte eine Chance sein, sich auf die Kernkompetenzen des Nachrichten-Magazins zurückzubesinnen. Ich denke, der SPIEGEL schafft das.

Ralf Spiller, Berlin

Relotius war mit seinen »Erzählungen« so erfolgreich, weil er das Weltbild des SPIEGEL bedient hat, die Voreingenommenheit eines Blatts, dass die Wirklichkeit so zu sein hat, wie der SPIEGEL sie sieht. Dem Blatt fehlt leider zunehmend die kritische Distanz, die man von einem Nachrichten-Magazin erwartet. Ob die neue Demut zu mehr Unvoreingenommenheit führt? Wünschenswert wäre es!

Prof. Dr. Christian Kölbel, Schweich (Rhld.-Pf.)



SPIEGEL-Website am 19. Dezember

Hinfallen, aufstehen, Mund abputzen, weitermachen. Never surrender!

Wilfried Merg, Leverkusen

Peinlich und beschämend finde ich nicht so sehr das Fehlverhalten des Herrn Relotius, sondern das Ausmaß und die Intensität, mit welcher der SPIEGEL sich auf mehr als 22 Seiten plus Umschlagtitel mit Gebrüll darum bemüht, seine hehre Journalisten-tugend herauszustellen, und zu diesem

Zweck den Delinquenten unbekümmert an den Pranger stellt. Geschäftsinteresse ist ja okay, aber Heuchelei ist uncool. Wie soll man auch im Land der Dichter, Denker und »Bunte«-»Bild«-etc.-Leser glauben, dass unsere Medien frei von derart zweifelhaftem Verhalten sind? Kriegt euch mal wieder ein; ihr seid nicht der Nabel der Welt. Und ich habe keine Lust, euch beim Waschen eurer schmutzigen Wäsche zuzuschauen und noch dafür zu bezahlen.

Ernst Terhardt, München

Nun ist bei Dir, SPIEGEL, eine Art Super-GAU eingetreten. Auch das wirst Du überstehen, vorausgesetzt, auch die Chefredaktion übernimmt einen Teil der Verantwortung für dieses Desaster, das auch durch deren allgemeine Orientierung verursacht wurde. Vom Motto des Gründers hast Du Dich in den letzten Jahren leider etwas entfernt, aber das kann man ja wieder zurechtrücken. Vor allem der Tränendrüsen-Journalismus muss jetzt auf den Prüfstand! Gefühlsduseleien haben in Deinen Heften nichts zu suchen.

Benno Spring, Belo Horizonte (Brasilien)

Wie bei jedem guten Betrug gelang es Claas Relotius ausgezeichnet, die Bedürfnisse seiner Betrugspflege zu erfahren und zu erfüllen. Ein riesiges Kompliment an Juan Moreno! Er repräsentiert, wie ein guter Journalist sein soll. Autoritäten infrage stellen und schreiben, was ist.

Dr. Karsten Strey, Hamburg

Relotius ist ein wunderbarer Schreiber, ich habe seine Geschichten mit Twain- und Waugh-Vergnügen gelesen. Der Grundfehler seiner Arbeit lag nur darin, dass er kein Reporter ist, sondern Schriftsteller.

Axel Thorer, München

Zurück zu den Fakten. Nichts beschönigen. Nichts aufrechnen. Nichts weglassen. Nichts relativieren. Zurück zu den Argumenten. Einordnen. Vergleichen. Kommentieren. Diskutieren. Ich möchte mich in einer guten Reportage nicht mit dem Autor auseinandersetzen müssen.

Horst Schniedenharn, Wiesbaden

Gesinnungsethisch stets auf der »richtigen« Seite passten die Geschichten des Herrn Relotius eben nur zu gut in Ihr Blatt.

Ralf Altmann, Siegen

Seit mehr als einem halben Jahrhundert bin ich Ihr treuer Leser. Doch nach diesem von mir nie für möglich gehaltenen Vertrauensbruch hätte es sich zumindest gehört, das Heft Nr. 52 als Freiexemplar abzugeben.

Uwe George, Hamburg

Bevor sich SPIEGEL-Redakteure auch noch einen Journalistenpreis wegen vorbildlicher Transparenz in der Fake-News-Aufdeckung im eigenen Haus ans Revers heften, werde ich jetzt schleunigst den SPIEGEL aus meinem Alltag tilgen.

Dr. Manfred Zink, Lehrberg (Bayern)

Ich schätze die unvoreingenommene und informative Arbeit Ihrer Mitarbeiter. Ich werde weiterhin mit Ihnen gehen. Sie haben den Dieselskandal aufgedeckt. Sie schaffen es, fast immer, mich mit Ihren Berichten zu begeistern. Ich bedanke mich für alles Wissen, welches ich von Ihnen gelernt habe. Bitte lassen Sie sich nicht beirren. Nur weil einer Quatsch macht, werden nicht alle diskreditiert. Ich habe mir gerade einen SPIEGEL gekauft und freue mich darauf, ihn zu lesen.

Patricia Hoepke, München

Die Affäre Relotius ist für die AfD das schönste Weihnachtsgeschenk.

Günter Kohlbecker, München

Für mich stand schon lange fest, dass in den Zeitungen nur das Datum und der aufgedruckte Verkaufspreis richtig waren. Wie wohltuend war doch der SPIEGEL. Und nun das – auch der SPIEGEL begibt sich auf unterstes journalistisches Niveau –, pfui Deibel! Es ehrt Sie aber, dass Sie sofort mit einer Titelgeschichte darauf reagieren. Mit dem entstandenen Vertrauensverlust müssen Sie nun zu leben lernen – das wird sicherlich nicht einfach. Ich wünsche und hoffe, dass es dem SPIEGEL gelingt.

Eberhard Block, Dörverden (Nieders.)

Es tut mir für die gesamte Redaktion sehr leid, dass sie einem vertraut hat, der es nicht verdient hat. Es gibt Menschen, die können andere einlullen, bis das natürliche Warngefühl ausgeschaltet ist. Bleibt erschütterbar – und widersteht, kann man mit Peter Rühmkorf nur noch sagen.

Gudrun Anderson, Hamburg

Bitte die Selbstkasteiungen in Sachen Relotius jetzt auch nicht übertreiben. Langsam wird's peinlich. Wir SPIEGEL-Leser vermögen einzuschätzen, ob und in welchem Maße auch Ihre Redaktion versagt hat. Das ist jetzt klar. Bitte die Leserschaft auch weiterhin informieren, aber nach Möglichkeit nur noch sehr eingeschränkt mit dem selbstanklagenden Unterton.

Hagen Körber, Köln

In jeder Institution gibt es schwarze Schafe, die Unheil anrichten. Verlassen wir uns auf das Versprechen des SPIEGEL: Er wird sein »SPIEGEL-Gate« sorgfältig analysieren und aufarbeiten – mit angemessener Demut und weiterhin notwendigem Selbstbewusstsein, anspruchsvoll und doch verständlich, informativ und zugleich packend, sachlich, aber auch unterhaltsam.

Fred Maurer, Aalen (Bad.-Württ.)



JENS RESSING / SPIEGEL ONLINE

Relotius-Text in Nr. 10/2018

Ich bin Blockchain-Entwickler und habe die Vision, dass jegliches Rohmaterial, das in den Nachrichten auftaucht, zur späteren eventuellen Kontrolle in eine Blockchain abgelegt wird, sodass man als interessierter Leser sich bis zu den Quellen eines Artikels vorarbeiten kann, wenn man denn will. Bei einer vertraulichen Quelle könnte ein sogenannter Multi-Signatur-Kontrakt eingesetzt werden, mit dem Redakteur und Chefredakteur die Inhalte entschlüsseln müssen, damit sie einsehbar sind. Authentizität von Informationen wird in Zukunft einen immer höheren Stellenwert einnehmen.

Christophe Leske, Düsseldorf

Im Vertrauen auf korrekte Berichterstattung kaufe und lese ich seit 55 Jahren den SPIEGEL, ob im Ausland oder zu Hause. Und nun dieses Desaster. Der sträfliche Vorsatz Ihres preissüchtigen Claas Relotius und die doch nicht so perfekt funktionierende Kontrollinstanz Ihrer Dokumentation haben nicht nur dem SPIEGEL geschadet, die gesamte Medienbranche gerät in Misskredit und unter Generalverdacht. Ich überlege schon, ob der aktuelle SPIEGEL mein letzter ist.

Wilfried Dieterichs, Laatzen (Nieders.)

Der SPIEGEL verstand sich ursprünglich als Nachrichten-Magazin. Inzwischen bringt er Fotos, die malerisch aufgehübscht und künstlich dramatischer gestaltet wurden. Etliche Meldungen schaffen es ganz offenbar nur wegen ihres Unterhaltungswerts in die Ausgaben, wegen ihrer Boulevardaffinität. Zu diesem Trend passen aufgehübschte Reportagen nur allzu gut. Claas Relotius hat das ganz richtig eingeschätzt. Ich wünsche mir sehr, dass sich der SPIEGEL wieder auf seine Wurzeln besinnt!

Michaele Happich, Fürth

Das seitenlange kitschige Geschrei hatte, auch thematisch, einen offenkundigen Doku-Soap-Charakter. Das habe ich einfach überblättert. Egal ob die Informationen stimmten oder nicht: So etwas gehört nicht in ein Nachrichten-Magazin. Schluss damit. Mir genügen sorgfältig recherchierte Berichte und Hintergrundartikel.

Rainer Warnecke, Bad Harzburg (Nieders.)

Laut Statistik haben Sie im dritten Quartal 2018 716 663 Exemplare des SPIEGEL verkauft. Diese Zahl wird sich um ein Exemplar je Erscheinung verringern: Lügen muss ich nicht bezahlen, die gibt es reichlich kostenlos im Internet.

Roland Legler, Berlin

Selbst mir sind beim Lesen der Syrien-Reportage »Ein Kinderspiel« erhebliche Zweifel an deren Wahrheitsgehalt gekommen. Dass es möglich ist, für eine inhaltlich derart realitätsferne und abseitige Geschichte den Deutschen Reporterpreis verliehen zu bekommen, lässt mich fassungslos zurück. Ich weiß nicht, welches Blatt ich heute noch bedenkenlos in den Händen halten kann. Ob ich mein SPIEGEL-Abo kündigen werde, weiß ich noch nicht.

Verena Breum, Wedel (Schl.-Holst.)

Ich habe den SPIEGEL seit Jahren abonniert. Warum? Weil Ihr Blatt bei dem überwiegenden Teil der interessanten Reportagen einen enormen Tiefgang abbildet und ich Ihnen grundsätzlich mein Vertrauen beim Lesen schenke. Das wird ganz sicher auch in Zukunft so bleiben! Insbesondere, da ich sehe, wie Sie aktuell mit der notwendigen Aufarbeitung umgehen. Fakt ist und bleibt: Bei entsprechender Motivation lässt sich so etwas niemals ausschließen. Die Konsequenz kann allerdings nicht lauten, kein Vertrauen mehr zu haben. Was für eine arme Welt wäre das dann?

Frank Reisch, Wuppertal

Mir liegt, wie Ihnen selbst, an schneller und lückenloser Aufklärung und daran, dass solches Fehlverhalten künftig weitgehend ausgeschlossen werden kann. Mir liegt aber auch sehr viel daran, dass Sie, nach angemessener Beschäftigung mit SPIEGEL-internen Abläufen, schnell zu Ihrer eigentlichen Arbeit zurückfinden: Sagen, was ist! Ich bleibe dem SPIEGEL treu.

Joachim Driefmeier, Neuchâtel (Schweiz)

Seit meinem 14. Lebensjahr begleitet mich der SPIEGEL. Das sind 57 lange Jahre. Mit Euch habe ich Politik und Wirtschaft gelernt. Ihr habt mir auch gutes Deutsch beigebracht. Wegen einer faulen Tomate werf ich nicht den ganzen Korb weg. Ihr macht das schon, auch wenn es nicht schön ist, Kollegen strenger kontrollieren zu müssen.

Peter Seiler, Heddesheim (Bad.-Württ.)

Als langjähriger SPIEGEL-Leser war ich zuerst einmal schockiert über die Nachricht, dass Ihr Magazin verfälschte Artikel veröffentlicht hat. Nachdem ich allerdings Ihre offene und lobenswerte Darstellung der Hintergründe dieser manipulierten Artikel eingehend gelesen habe, ist mein Vertrauen in Ihr Nachrichten-Magazin auch weiterhin ungebrochen. Gerade diese Offenheit und »Sagen, was ist« zeichnet den SPIEGEL aus. Es wäre zu wünschen, dass auch in anderen Bereichen der Politik und Gesellschaft mit einer solch vehementen Offenheit Verfehlungen ans Licht kämen.

Hans-Peter Klaussner, Olsztyn (Polen)

Ein erster Schritt, wie Sie künftig berichten wollen, scheint mir der Bericht über die Krawalle in Chemnitz zu sein. Sachlich, informativ, beinahe gerichtsverwertbar. Aber die Story über die texanische Grenze war eindeutig spannender zu lesen. Letztlich kaufe ich Ihr Magazin auch wegen guter sprachlicher Ausgestaltung. Die Anforderungen an Ihre Mitarbeiter, beide Anforderungen zu erfüllen, steigen also nochmals. Ich gehe davon aus, dass Sie es schaffen werden.

Guido Hasel, Sindelfingen (Bad.-Württ.)

Dass die SPIEGEL-Redaktion versagt hat, ist schlimm. Dass die Glaubwürdigkeit auch anderer Medien in Zweifel gerät, ist schlimmer. Und am schlimmsten ist der Kollateralschaden für die Demokratie, weil »Lügenpresse« nun nicht mehr so abwegig klingt.

Claus Bienfait, Köln

Nun hat ein Mensch – nicht eine Redaktion – einen gravierenden Fehler gemacht. Und diesen Fehler macht der SPIEGEL selbstkritisch publik. So etwas nennt man Transparenz. Mein Fazit: weitermachen.

Dr. Christopher Busch, Hamburg

Es ist unvermeidbar, leider, dass es auch Betrüger gibt. Mich hat das überhaupt nicht erschüttert. Als mündige, kritische Leserin mache ich mir meine eigenen Gedanken zu den Themen dieser Welt. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg bei der Aufklärung. Auf keinen Fall sollte in Ihre Redaktion das Misstrauen einziehen und eine vertrauensvolle kollegiale Zusammenarbeit zerstören.

Simone Hemkentokrax, Bielefeld

Die Redaktion des SPIEGEL stellt sich jetzt als Opfer dar – aber von der Warte der Leser aus gesehen ist sie die eigentlich Schuldige. Betrüger, und auch sehr geschickte, wird es immer geben, aber das System muss verhindern können, dass sie mehr als 50-mal am selben Ort und mit demselben Modus Operandi zuschlagen.

Karl Lackner, Garching (Bayern)

Klar, Ganoven gibt es immer und überall, wohl auch unter Journalist*en. Und die sind eben nicht mehr so gut wie früher, da helfen auch keine Preise. Nee, das ist eben kein Qualitätsjournalismus mehr, den hat der SPIEGEL früher wohl mal gemacht – heute nicht mehr. Etwas mehr Demut, bitte, meine Damen und Herren Journalist*en, wäre wohl angebracht. Nicht nur, wenn eine/r mal erwischt wurde.

Klaus Bock, Stralsund

Jetzt haben Sie Ihren eigenen Dieselskandal. Wie bei VW oder anderen ist die Mischung aus persönlichem Ehrgeiz und Machtstreben, Gier nach Profiten, Konkurrenzdruck, Sparzwang (Lohndumping auch bei freien Journalisten) und die vermeintlich alternativlose Schnelligkeit des Alltags ein Grundübel. Das ist auch ein Ergebnis des neoliberalen Wirtschaftens der vergangenen Jahrzehnte.

Frank Jourdan, Pforzheim



SCOTT DALTON / DER SPIEGEL

Reporter Moreno

Wenn Redaktionen in wesentlichen Teilen gesinnungsethisch und mit gleicher Geisteshaltung zusammengesetzt sind, werden irgendwann alle Sicherungen versagen. Mein erstes Heft habe ich 1967 (wegen der Berichterstattung zum Sechstagekrieg) gekauft, von da an hatte ich 51 Jahre volles Vertrauen in den SPIEGEL und habe ihn mehrfach gegen Anwürfe verteidigt. Dieses Vertrauen wieder aufzubauen wird lange dauern, wenn es denn gelingt.

Reinhold Rückstein, Klein Nordende (Schl.-Holst.)

In meiner Wahlheimat Frankreich bin ich seit über 25 Jahren begeisterte SPIEGEL-Leserin, wenn mir auch mehr als einmal das berühmte Wort »Scheißblatt« durch den Kopf ging – vor allem wenn es um Heilpraktiker und Homöopathie geht. Trotzdem – weiter so! »Sagen, was ist« wird immer seltener im Journalismus, und es ist mehr als schwierig, hier in Frankreich ein vergleichbares Nachrichten-Magazin zu finden – also, ab wann die Ausgabe in französischer Sprache?

Gundula Walter, La Brigue (Frankreich)

Ich bin seit 50 Jahren Journalist und beobachte seit einigen Jahren, wie eine Art »scripted reality« auch in meinem Metier selbstverständlich zu werden scheint. Da geht es nicht mehr um das klassische

»wann, wie, wo, wer und warum«, sondern darum, mit außerordentlichen Geschichten Gefühle statt Interesse zu wecken, um Emotionen statt um Aufklärung. Befeuert wird diese Entwicklung von einem Netzwerk vermeintlicher »Edelfedern«, die einander in unerhörten, gerne sozialkitschigen Beiträgen überbieten. Angeblich ist eine »Dok« machtlos gegen gut erfundene Geschichten. Aber ist sie das wirklich? Es gibt da ein letztes probates Instrument dagegen: eidestattliche Versicherungen der Autoren zum Beispiel.

Rupp Doinet, München

Der Fall Claas Relotius ist für den Journalismus, was der Fall Diederik Stapel für die Psychologie war. Hier wie da gab es jemanden, der fantastische Artikel schrieb, zu glatt und perfekt, um wahr sein zu können.

Oliver Schultheiss, Erlangen

Dieses Interview mit Giovanni di Lorenzo hatte etwas von einer Therapiesitzung, und Sie haben sich diesem sicherlich sehr schmerhaften Gespräch und di Lorenzos Aussagen und Bewertungen auch und zuvorderst zum SPIEGEL und seiner Art der zuspitzenden Berichterstattung gestellt! Das Interview war das bisher Beste und Grundsätzlichste über die Thematik eines Fälschers in der Rolle des Reporters und die Auswirkungen auf eine ganze Branche.

Albert Kock, Köln

Die Crux liegt meines Erachtens darin, dass die Redaktionsleitungen ihre Leute rauschicken – sofern das noch passiert und nicht irgendwo abgeschrieben wird – zum Beispiel mit dem Auftrag, die Stimmung in einem Kaff im Mittleren Westen zu beschreiben. Im Auftrag wird oft schon impliziert, in welche Richtung die Reportage laufen soll, um die herrschende Meinung im Redaktionsstab und in der Leserschaft zu bedienen.

Bernulf Schlauch, Langenburg-Bächlingen (Bad.-Württ.)

Ja, Sie sind entsetzt, in Ihren Grundfesten erschüttert und entrüstet über Herrn Relotius, das bin ich auch. Aber in der Welt ist mehr los, als Ihr Wunden-lecken-im-eigenen-Saft zum Titelthema machen zu müssen. Bitte verwechseln Sie nicht, dass das, was Sie am meisten bewegt, nicht ganz Deutschland am meisten bewegt.

Kathrin Corda, Stelle (Nieders.)

So erschütternd der Fall auch ist, beweist er aber auch, dass die Selbstregulierungs Kräfte bei Ihnen, hoffentlich in der ganzen Branche, funktionieren. Ein Blick in eine andere Branche zeigt, wie es deutlich schlechter geht: der Blick in die Automobilindustrie. Diese kann sich auch in der Krise bei Ihnen etwas abgucken.

Uwe Fischbeck, Weiterstadt (Hessen)

Vererbte Königswürde

Nr. 51/2018 Angela Merkel sucht nach einem Weg, die Kanzlerschaft an Parteichefin Kramp-Karrenbauer abzugeben

Warum soll die SPD nicht bei Bedarf Annegret Kramp-Karrenbauer zur Bundeskanzlerin wählen? Solange ein charismatischer Menschenfischer wie weiland Willy Brandt nicht in Sicht ist, sind die Sozis gut beraten, ihre Ablösung durch Schwarz-Grün oder Schwarz-Grün-Gelb noch etwas hinauszögern.

Gerlinde Weingärtner, München

Die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer hat doch gezeigt, wie gespalten die CDU ist. Warum zieht man aus diesem Ergebnis nicht die Konsequenz und teilt Parteivorsitz und Kanzlerschaft? Das würde endlich mal den im Parlament vertretenen Parteien einen größeren Einfluss gegenüber der Richtlinienkompetenz des Kanzlers verschaffen.

Dr. Diethard Hennig, Langensendelbach (Bayern)

Da habe ich doch jahrzehntelang geglaubt, in einer Demokratie zu leben! Und nun muss ich durch den SPIEGEL erfahren, dass es ein Irrglaube war: Es ist eine Monarchie, in der die Königswürde von einer Königin zur anderen vererbt wird!

Ingrid Purtz, Niederkassel (NRW)

Kriegsfilme vom Sofa aus

Nr. 51/2018 FDP-Vize Wolfgang Kubicki macht Politik im Stil von gestern und hat trotzdem Erfolg

Wolfgang Kubicki hat Erfolg, weil er sich nicht an das ölige Milieu der Politik und Politikberater Berlins anpasst. Die Bürger glauben ihm, dass er kein Lügner ist.

Günter Hess, Neu-Ulm (Bayern)



ROMAN PAWLOWSKI / DER SPIEGEL

Politiker Kubicki

Wenn Herr Kubicki einem AfD-Abgeordneten empfiehlt, nach Mexiko zu reisen, weil da viele Menschen erschossen werden, vermisste ich die Empörung, die Sie bestimmt im umgekehrten Fall zu Recht artikuliert hätten. Eine solche Äußerung kann man doch als Journalist nicht einfach so hinnehmen, nur weil sie gegen »den Richtigen« ging.

Heinrich Hefti, Hagenbuch (Schweiz)

Wer Kubicki kennt, weiß, dass die Behauptung, er trinke »Weißwein in rauen Mengen«, fahrlässiger und irreführender Unsinn ist. Was ein Politiker sich selbst spontan zuraunt, wenn er eine attraktive Frau sieht, ist journalistisch unerheblich. Ohne diese beiden geschwätzigen Details wäre das politische Porträt einer markanten politischen Persönlichkeit ein uneingeschränkt lesenswerter Artikel eines im Wesentlichen seriösen Magazins.

Heiner Mees, Rosengarten (Bad.-Württ.)

Dass Herr Kubicki die Frauen und den Weißwein liebt – wen interessiert das schon groß? Viel interessanter wäre doch die Frage, ob jemand die Idealbesetzung für das Vizepräsidentenamt des deutschen Parlaments ist, der den Dienst in der Parlamentsarmee durch ein vorher eingenommenes Medikament, das bei ihm Herzrhythmusstörungen auslöste, trickreich umging. Es ist ja auch viel netter, gemütlich vom Sofa aus Kriegsfilme anzusehen (»Ich kämpfe dann richtig mit«). Das Ganze erinnert stark an die gefakten Fernsehspornschmerzen, die Donald Trump den Militärdienst ersparten.

Hans-Jörg Sieber, Stuttgart

Den Artikel über Wolfgang Kubicki habe ich mit großem Vergnügen gelesen. He is a man, take him all in all. Seine unverstellte Mainstreamabstinenz ist mir ungleich sympathischer als die übertriebene Tugendhaftigkeit mit Korrektheitssternchen, die sie dem armen Habeck ankleben möchten.

Dr. Axel Rebhan, Meckenheim (NRW)

Guten Stoff geraucht

Nr. 51/2018 Der irische Historiker Brendan Simms sagt im SPIEGEL-Gespräch, der Brexit werde Europa härter treffen, als die Europäer denken

Den Ausführungen von Professor Simms stimme ich voll und ganz zu. Der Grundwiderspruch der EU liegt darin, dass die europäische Zielsetzung eines »Global Player« nur durch einen europäischen Bundesstaat erreicht werden kann. Der jedoch wird von einem Großteil der Bevölkerung abgelehnt. Mit dem Brexit wird nun von britischer Seite die Reißleine gezogen. Selbst wenn zunächst wirtschaftliche Einbußen zu befürchten sind, werden die Briten über kurz oder lang prosperieren, während Resteuropa auf den Abgrund zusteuernt.

Hans Gerd Scholz, Delbrück (NRW)

Simms meint, das Vereinigte Königreich könne »aus eigener Kraft überleben«. Viel Vergnügen in der Konfrontation mit Putin, Trump und Xi Jinping! Der dänische Finanzminister Kristian Jensen hat recht: »Es gibt zwei Arten von europäischen Na-

tionen – kleine Nationen und Länder, die noch nicht verstanden haben, dass sie kleinen Nationen sind.« Irland hat in den Brexit-Verhandlungen bewiesen, dass es zusammen mit seinen 26 EU-Partnern stärker als Großbritannien ist.

Jürgen Thiede, Kirchlinteln (Nieders.)



OLIVER HESS / DER SPIEGEL

Professor Simms

Erstens ist der »Exceptionalism«, die »britische Ausnahme«, nicht länger vermittelbar. Professor Simms will allen Ernstes das Gleichgewichtssystem des Wiener Kongresses (1815) wiederherstellen (das er »Co-Management« nennt), mit nunmehr Großbritannien in der einen und der EU-27 in der anderen Waagschale. Außerdem stellt er sich eine Kontinuität der britischen Staatlichkeit vor, die man faktisch nicht vorfindet. Offensichtlich müssen die Brexiteers noch lernen, dass ihr viktorianisch geprägtes Bild von Großbritannien der Realität in keiner Weise entspricht.

J. Paul Holmes, München

Ich habe mich seit Langem nicht so amüsiert, wäre es ein Essay, könnte das Stück von Monty Python sein, einfach wunderbar. Der Hit ist wirklich, dass Brüssel das intellektuelle Raster fehlt, um die britische Ausnahme zu begreifen. Wer das in Anbetracht der Performance britischer Regierungen der letzten Jahre schreibt, hat wirklich guten Stoff zu Hause und raucht ihn seit 1947, als Britisch-Indien vom Vereinigten Königreich verstoßen wurde, oder so.

Burkhardt Riekel, Guardamar del Segura (Spanien)

Was für ein Leben

Nr. 51/2018 Nachruf auf den Holocaust-Überlebenden Noah Klieger

Vielen Dank für den empathievollen und informativen Nachruf auf Noah Klieger. Nach dem Lesen war ich gerührt und gleichzeitig begeistert. Was für ein Leben! Nach dem zweiten Lesen hab ich den SPIEGEL sofort an meine Frau weitergereicht. Wir sind uns einig: Noah Klieger wären wir gerne persönlich begegnet.

Marita und Georg Jahn, Velbert (NRW)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

ORF-Reporter versuchte Mann mit Kopfschuss zu reanimieren

Von der Website Vorarlberg Online

Aus einer dpa-Meldung:
 »Als der 27-Jährige erklärte, die Bombe liege in seinem Auto vor der Tür, ließ die Polizei den Kampfmittelräumdienst anrücken. Der entsicherte die Bombe und nahm sie mit.«



Bahn-Anzeigetafel in Stuttgart

Aus der »Neuen Westfälischen«:
 »Neben Glühwein und Kinderwunsch gibt es allerhand Leckereien.«

Aus der »Heilbronner Stimme«:
 »Ein langsames Sterben des Krankenhauses wäre in der Tat tödlich. Das Konzept ist besser als wir erwarten könnten«, ist auch CDU-Kreisrat Martin Tuffentsammer zufrieden.«

Auto demoliert BMW Z4 und flieht

Aus der »Neuen Westfälischen«

Aus einem Interview mit Udo Lindenberg in der »Frankfurter Neuen Presse«:
 »Kauen Sie Ihre Unterhosen selbst?«

Aus dem »Hellweger Anzeiger«:
 »Zwei Monate ist es her, dass ein 44-jähriger Hammer in einem an der Hohen Straße gelegenen Hinterhof mit einem Ziegelstein erschlagen wurde. Jetzt muss er sich dafür verantworten.«



An einem Flugplatz in Moosburg

Zitate

Das »Hamburger Abendblatt« über die Football-Leaks-Berichterstattung des SPIEGEL:

Der Fußballzirkus fährt gerade auf eine Wand zu – und gibt noch richtig Gas. Den Glauben an das schöne Spiel haben zuletzt die Enthüllungen der Football-Leaks im SPIEGEL weiter erschüttert. Es ist eine Welt der Gier und des Geldes, der Lügen und Mauschelen. Früher waren Vereine für den Breitensport da, heute sind sie Kapitalgesellschaften oder zum Spielzeug für russische Oligarchen, arabische Scheichs und exzentrische Milliardäre geworden. Der Weltfußballverband Fifa erinnert eher an Organisierte Kriminalität als an eine Organisation, die mit dem Sport Völker verbinden möchte.

Die »Welt« zum selben Thema:

Die maßlose Empörung über die »Geheimsache Luxusliga« (SPIEGEL) hat zum einen sicher damit zu tun, dass der Fußball nun mal – ob in Bundesliga, Superliga oder Supersuperliga – ein Geschäft der Emotionen und damit grundsätzlich populistisch ist. Zum anderen aber auch damit, wie die Pläne zutage gefördert wurden: durch Dokumente der Enthüllungsplattform »Football Leaks«. Diese geben ... einen anschaulichen Eindruck von Praktiken des Geschäfts. Sie enthüllen Skandale (institutionelle Vorzugsbehandlung für Klubs wie Paris Saint-Germain oder Manchester City) ebenso wie Banalitäten (Prämienklauseln von Neymar). Sie decken Illegales auf, aber bewegen sich selbst am Rand des Legalen; wie die Unterlagen zu »Football Leaks« gelangen, ist unklar.

Die »Westdeutsche Allgemeine Zeitung« zum SPIEGEL-Beitrag
 »Der große Unbekannte« (Nr. 44/2017):

Zum Unumstößlichen, das ich in der 4. Klasse gelernt habe, gehörte das Wissen, dass es fünf Kontinente gibt ... Als ich unlängst im Magazin DER SPIEGEL las, dass Schüler »seit eh und je« lernten, dass die Erde sieben Kontinente habe, war ich natürlich erst mal tektonisch platt ... Das Siebener-Konzept stammt aus der englischsprachigen Welt, wo man Nordamerika als eigenständigen Kontinent behandelt, was zur Folge hat, dass auch Südamerika dieser Status zugebilligt wird. Zudem kommt noch die Antarktis hinzu. In besagtem SPIEGEL-Artikel ging es übrigens darum, dass ein internationales Team von Wissenschaftlern einen möglichen weiteren Kontinent identifiziert haben will, mit Neuseeland als Zentrum.

JETZT IM HANDEL: **EDITION STRATEGIE**



MANAGEMENT

Wie Sie erfolgreich Konzepte entwickeln und umsetzen

RESTRUKTURIERUNG

So nutzen Sie eine Krise als Chance für den Neubeginn

INTERVIEW

Vordenker Roger Martin über Gelassenheit in Zeiten des Wandels



Auch als digitale Ausgabe erhältlich:
harvardbusinessmanager.de

Harvard Business manager

EDITIONEN

WINTER
ART OF
MOON



ARTE

MONDSÜCHTIG AUF ARTE

IM „WINTER OF MOON“, AB 6. JANUAR
AUF ARTE UND IN DER ARTE-MEDIATHEK

NOMOS
GLASHÜTTE



Tangente Update

Update für eine Ikone. Die berühmte Tangente von NOMOS Glashütte wird zu Tangente neomatik 41 Update mit einem völlig neuen Datum. Dieses und weitere Modelle mit dem neuen neomatik-Kaliber gibt es jetzt im besten Fachhandel – Aachen: Lauscher, Lücker; Augsburg: Bauer, Hörl; Berlin: Christ im KaDeWe, Lorenz; Bielefeld: Böckelmann; Bonn: Hild; Bremen: Meyer; Darmstadt: Techei; Dresden: Leicht; Düsseldorf: Blome; Erfurt: Jasper; Essen: Mauer; Frankfurt am Main: Pletzsch; Glashütte: NOMOS Kaufhaus; Hamburg: Becker, Mahlberg; Hannover: Kröner; Köln: Gadebusch; Lübeck: Mahlberg; München: Fridrich, Kiefer; Münster: Oeding-Erdel; Stuttgart: Kutter; Ulm: Scheuble. Und überall bei Bucherer und Rüschenbeck. Mehr? Hier: nomos-glashuette.com